



# INTERNATIONALES LEBEN

Probleme der Aussenpolitik, der Diplomatie und der nationalen Sicherheit







## INHALT

### **Sergej Lawrow**, Minister für Auswärtige Angelegenheiten Russlands

Wir betrachten die Festigung der sittlichen Grundlage  
der internationalen Beziehungen als einen Teil der großen Politik ..... 5

### **Kyrill**, Hochheiliger Patriarch von Moskau und ganz Russland

Die vorwiegende Mission Russlands könnte  
als Verteidigung der Wahrheit in der Welt bestimmt sein ..... 10

## DIPLOMATIE

### **Andrej Denissow**, Erster Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Russlands

„Wir haben, Gott sei Dank, in der heutigen Welt praktisch keine Feinde“ ..... 24

### **Vuk Jeremic**, Minister für Auswärtige Angelegenheiten Serbiens

Russland und Serbien: acht Jahrhunderte Geschichte ..... 38

### **Sergej Rjabkow**, Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Russlands

Russland und Amerika: Fragen wie START-III, Raketenabwehr,  
afghanischer Rauschgiftschmuggel und nicht nur... ..... 46

### **Alexej Borodawkin**, Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Russlands

Östliche Richtung der russischen Aussenpolitik: Ergebnisse und Perspektiven ..... 57

## KOLUMNE DES CHEFREDAKTEURS

### **Armen Oganessjan**

Begräbnis des Mittelstandes oder Untergang der „goldenen Milliarde“ ..... 64

## DIE WELT UM UNS

### **Alexej Meschkow**

Die russisch-italienische kulturelle Zusammenarbeit: Geschichte und Gegenwart ..... 68

### **Sergej Nikolajew**

Zentralasien in der Geopolitik: Amerikanischer Vektor (1991-2008) ..... 77

<b>Michail Majorow</b> Ungeordnetes Europa .....	95
---	----

## TENDENZEN

<b>Alexander Orlow</b> Die ersten Revolutionen des 21. Jahrhunderts .....	126
--	-----

<b>Wladimir Kusnetschewski</b> Casus Libyen und Problem der staatlichen Souveränität .....	132
---	-----

<b>Wadim Lukow</b> BRICS als Faktor von globaler Bedeutung .....	142
---	-----

<b>Juri Schafranik</b> Russische Föderation – Europäische Union: Hinter den Klammern der Foren. Wie sollen wir Russland von Tjumen bis Wladiwostok einrichten .....	150
---	-----

<b>Garegin Tossunjan</b> Russland ist im Prinzip anziehend für die Investoren, das Kapital benimmt sich jedoch bisweilen wie eine nervöse Dame .....	158
--	-----

## PRO ET CONTRA

<b>Konzeptionen und Kriege der Zukunft.</b> Diskussion .....	164
--	-----

## BÜCHEREGAL

<b>Boris Pyadyschew</b> Die Alpenhöhen des Botschafters A. I. Stepanow .....	186
---	-----

<b>Gennadi Gatilow</b> Gedanken am Rande eines ungewöhnlichen Folianten .....	193
--	-----

<b>Andrej Dubina</b> Das Tagebuch des zyprischen Diplomaten .....	197
--	-----

## REDAKTIONSKOLLEGIUM

### Chefredakteur

**Armen OGANESSJAN**

**Jelena W. Ananjewa**, Beobachterin,  
Kandidatin der philosophischen  
Wissenschaften

**Andrej I. Davydenko**, Erster  
Stellvertreter des Chefredakteurs

**Sergej W. Filatow**, Sacherständiger

**Boris D. Pyadyschew**, Außerordentlicher  
und Bevollmächtigter Botschafter, Doktor  
der Geschichtswissenschaften

**Jewgenija B. Pyadyschewa**,  
Verantwortliche Sekretärin, Kandidatin der  
Geschichtswissenschaften

**Grigori I. Powolozki**, führender  
Beobachter

**Valentina K. Slobina**, Leiterin der  
Abteilung Internet und Multimediaprojekten

**Jelena Ju. Studnewa**, Beobachterin

**Natalja I. Worobjowa**, Stellvertreterin  
des Chefredakteurs

---

## RAT DER HERAUSGEBER

SERGEJ W. LAWROW  
Minister für Auswärtige  
Angelegenheiten Russlands

ALEXANDER A. AWDEJEW  
Kulturminister Russlands

ANDREJ I. DENISSOW  
Erster Stellvertreter des Ministers für  
Auswärtige Angelegenheiten Russlands

ALEXANDER S. DSASSOCHOW  
Doktor der politischen Wissenschaften

ALEXANDER W. JAKOWENKO  
Außerordentlicher und Beollmächtigter  
Botschafter, Doktor der juristischen  
Wissenschaften

KONSTANTIN I. KOSSATSCHOW  
Vorsitzender des Komitees für internationale  
Angelegenheiten der Staatsduma Russlands,  
Kandidat der juristischen Wissenschaften

WLADIMIR P. LUKIN  
Bevollmächtigter für Menschenrechte in  
Russland, Doktor der Geschichtswissenschaften,  
Professor

MICHAIL W. MARGELOW  
Vorsitzender des Ausschusses für internationale  
Angelegenheiten des Föderationsrates  
Russlands, Kandidat der politischen  
Wissenschaften

ALEXEJ JU. MESCHKOW  
Außerordentlicher und Bevollmächtigter  
Botschafter

FARIT M. MUCHAMETSCHIN  
Leiter der föderalen Agentur für  
Angelegenheiten der Gemeinschaft  
Unabhängiger Staaten, der Landsleute  
im Ausland und für internationale  
humanitäre Zusammenarbeit (russ. Abk.  
Rossotrudnitschestwo)

ALEXANDER N. PANOW  
Doktor der politischen Wissenschaften

BORIS N. PASTUCHOW  
Oberberater des Generaldirektors  
der OAO Das Welthandelszentrum

JURI K. SCHAFRANIK  
Vorsitzender des Vorstandes der  
Zwischenstaatlichen Ölgesellschaft  
(russ. Abk. MGNK) „SojusNefteGas“,  
Präsident des Fonds „Weltpolitik  
und Ressourcen“

WLADIMIR G. TITOW  
Stellvertreter des Ministers für Auswärtige  
Angelegenheiten Russlands

ANATOLIJ W. TORKUNOW  
Rektor der Moskauer Staatlichen Hochschule  
für internationale Beziehungen  
(russ. Abk. MGIMO-U).  
ordentliches Mitglied der Akademie  
der Wissenschaften Russlands

WLADIMIR A. TSCHISHOW  
Ständiger Vertreter Russlands bei den  
Europäischen Gemeinschaften in Brüssel

WITALI I. TSCHURKIN  
Ständiger Vertreter Russlands in der UNO,  
Kandidat der Geschichtswissenschaften

MICHAIL W. WANIN  
Generaldirektor des Ministeriums für  
Auswärtige Angelegenheiten Russlands

---

105064, Moskau, Gorochowskij Pereulok, 14, Russische Föderation  
Tel.: +7(499)-265-37-81. Fax: +7 (499) – 265-37-71. E-mail: info@interaffairs.ru

© Redaktion der Zeitschrift „Internationales Leben“, 2011



Im großen Empfangshaus des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten auf der Spiridonowka-Straße fand das Treffen der Mitglieder des Kollegiums des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten Russlands mit dem Patriarch von Moskau und ganz Russland Kyrill statt, im Laufe dessen die Fragen der zivilisationsübergreifenden und kulturellen Zusammenarbeit im Kontext der zunehmenden Rolle des religiösen Faktors in den internationalen Beziehungen besprochen.

Auf der Tagung hielten Minister für Auswärtige Angelegenheiten S. W. Lawrow und Kyrill, Hochheiliger, Patriarch von Moskau und ganz Russland ihre Ansprachen.

Sergej LAWROW

Minister für Auswärtige Angelegenheiten Russlands



## WIR BETRACHTEN DIE FESTIGUNG DER SITTlichen GRUNDLAGE DER INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN ALS EINEN TEIL DER GROSSEN POLITIK

Ihre Heiligkeit,  
Sehr geehrte Gäste,  
Liebe Freunde!

**W**ir sind übereingekommen, uns heute in einer solchen Zusammensetzung zu treffen, um die Frage der Rolle des religiösen Faktors in den internationalen Beziehungen und seines Einflusses auf die Realisierung unserer Aussenpolitik zu erörtern. Aufrichtig dankbar bin ich dem Hochheiligen Patriarchen für seine persönliche Teilnahme an unserem Treffen.

Die Traditionen der Zusammenarbeit zwischen der russischen Diplomatie und der Russisch-Orthodoxen Kirche sind vor vielen Jahrhunderten entstanden. In der Geschichte der Neuzeit, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, als der Staat über keine vollwertige Möglichkeit für die Arbeit mit denjenigen verfügte, die über Nacht faktisch ins Ausland geraten waren, übernahm die Russisch-Orthodoxe Kirche die Rolle eines Bindeglieds, eines Bewahrers der geistigen und kulturellen Grundlagen und besorgte eigentlich die Beseitigung des Mangels an Umgang unserer Landsleute mit dem Heimatland.

Heute haben wir ein recht breites Feld für Zusammenwirkung: die Interessen der Russisch-Orthodoxen Kirche ergänzen organisch die Arbeit des Aussenministeriums Russlands mit den Landsleuten im Ausland, friedensstiftende

Bemühungen im GUS-Raum sowie in anderen Regionen und schaffen Voraussetzungen für die Stärkung zwischenstaatlicher Beziehungen. Ein marktantes Beispiel sind Schritte, die die Führung der Russisch-Orthodoxen Kirche im Rahmen der Schaffung einer emotionellen Atmosphäre des Mitgefühls für das polnische Volk nach der Katastrophe bei Smolensk unternommen hat. Real förderte das das Vorankommen unserer Länder zur historischen Aussöhnung.

Gemeinsam stellen wir uns gegen beliebige Äusserungen von Rassismus, Menschenhass und Intoleranz sowie gegen Versuche, die Welt nach religiösen, ethnischen oder zivilisatorischen Merkmalen zu spalten. Gemeinsam ist unser Verständnis der Wichtigkeit eines zwischenkonfessionellen, zwischenzivilisatorischen Dialogs. Zu den Prioritäten des Aussenministeriums Russlands gehören die Förderung der Initiative zur Bildung eines Konsultativrates der Religionen unter der Ägide der UNO sowie die Aufgabe des vollwertigen Einsatzes eines Mechanismus des „Dialogs“ für die religiöse Problematik in der UNESCO, wo gewisse Fortschritte bereits zu verzeichnen sind, obwohl es gar nicht so einfach vorangeht.

Auch können wir ähnliche Schritte auf den Ebenen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, des Europa-Rates und anderer internationaler und regionaler Organisationen gemeinsam unternehmen. Möglichkeiten für eine solche gemeinsame Arbeit stehen uns zur Verfügung: das ist der bewährte Mechanismus der Arbeitsgruppe für das Zusammenwirken des Aussenministeriums Russlands und der Russisch-Orthodoxen Kirche sowie die im Rahmen dieses Mechanismus wirkenden thematischen Untergruppen. Wir sehen einen offensichtlichen Nutzen infolge eines solchen Zusammenwirkens.

Ich möchte Ihnen, Ihre Heiligkeit, versichern, dass das Aussenministerium Russlands nach wie vor der Russisch-Orthodoxen Kirche allseitige Unterstützung bei der Festigung ihrer Positionen im Ausland, bei der Wiederherstellung der Eigentumsrechte auf Grundstücke und kirchliche Bauten, die historisch zu Russlands Eigentum gehören, erweisen und ihr die juristische, konsularische und informative Unterstützung in allen Fragen, die für uns von Interesse sind, zur Verfügung stellen wird.

Ohne Zweifel ist das Thema der Rolle des religiösen Faktors in der Weltpolitik kompliziert und vielseitig, verlangt ein besonders ausgewogenes Herangehen.

Als der Präsident D.A.Medwedew am 12. Juli 2010 auf der Beratung von Botschaftern Russlands im Ausland eine Ansprache hielt, hob er besonders die Notwendigkeit hervor, an die Tendenzen der Weltentwicklung tiefgreifend und analytisch heranzugehen, diese mit frischem Blick zu bewerten, auf Stereotypen zu verzichten und die Ressourcen der Zivilgesellschaft möglichst wirksam zu nutzen. Gemeint hat er dabei unter anderem unsere traditionellen Konfessionen, in erster Linie die Russisch-Orthodoxe Kirche.



Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise zeigte anschaulich die Haltlosigkeit der Ideen des liberalen Kapitalismus, Ideen, die eine Gesellschaft des unaufhaltsamen Konsums hervorgebracht hatten. Die Krise hat demonstriert, dass ein Ausgang zum Weg einer stabilen Entwicklung auf Grund dieser liberal-kapitalistischen Ideen unmöglich ist. Darüber sprach noch in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts Pitirim Sorokin, der warnte, dass diese spezifische soziokulturelle konsumbezogene Lebensweise dem Untergang geweiht ist.

Immer mehr breitet sich die Erkenntnis aus, dass die Verachtung der sittlichen Natur des Menschen, der Werte und Normen, die den geistigen Kern der gesamt menschlichen Solidarität ausmachen, zu den Folgen führt, die als katastrophal bezeichnet werden können. Aber schon der Charakter globaler Drohungen, die für alle Staaten gemeinsam sind, verlangt ausgerechnet ein solidarisches, kollektives Reagieren, dem gefestigte sittliche Prinzipien zugrunde liegen.

Wir betrachten die Festigung des sittlichen Fundaments der internationalen Beziehungen als einen Teil der grossen Politik. Mehr noch: das neue polyzentrische internationale System wird unvermeidlich die ganze Vielfalt und den ganzen Reichtum des kulturell-zivilisatorischen Weltbildes verkörpern. Und ich bin überzeugt, dass die Rolle des Dialogs zwischen den Religionen von besonderer Bedeutung sein wird. Auf der Hand liegt auch, dass es für Europa schwer sein wird, die gemeinsame Sprache mit den anderen Zivilisationen zu finden, wenn Europa seine christlichen Wurzeln und die Grundalgen seiner Identität der Vergessenheit anheimfallen lässt. Und ich glaube, dass hier, in diesen Qualen, die sich jetzt in den Gehirnen und Seelen der Europäer abspielen, sich ein wichtiger Platz für unser Land, für unsere praktische Politik abzeichnet.

Die Lehren des Sieges über den Faschismus behalten ihre allgemeine Bedeutung und zeigen, dass die Vergessenheit der für die ganze Menschheit gemeinsamen sittlichen Normen den Menschen und die Gesellschaft zu einer Katastrophe führt. Die Ideologie des Nazismus bildete sich in mancherlei Hinsicht unter dem Einfluss von Werken solcher Philosophen wie Friedrich Nietzsche mit seinen Ideen der Mengengottheit. Vor nicht sehr langer Zeit stellte Francis Fukuyama in einer seiner Arbeiten fest, dass die von F.Nietzsche ausgesprochene Anerkennung „des Todes des Gottes eine Bombe darstellt, die solche Werte wie Mitgefühl und Gleichberechtigung der Menschenwürde sprengt“. Er nennt diese Ideologie eine Sackgasse, aus der die westliche Philosophie erst einen Ausweg finden muss.

Die Ideen des Messianismus, des Glaubens an die eigene Ausschliesslichkeit und an die Universalität der eigenen Werte — dabei der Werte ausschliesslich der weltlichen Kultur — sind leider langlebig und charakterisieren in mancherlei Hinsicht die Herangehensweisen sowohl der USA als auch des gesamten

Westens. Wir sind überzeugt, dass man gezwungen sein wird, sich von derartigen Herangehensweisen zu erlösen. Und je länger eine solche Erlösung auf sich warten lässt, umso schmerzlicher die Anpassung an die neue Realität sein wird.

Gleichzeitig haben wir es natürlich auch mit den Folgen einer Globalisierung zu tun, die die harten zwischennationalen Sperrwände zerstört und die Bedeutung der ethnisch-konfessionellen Identität zugespitzt hat. Das beobachten wir sowohl innerhalb von Staaten, darunter auch in Russland, als auch in der internationalen Arena. Das unterstreicht wieder einmal die Aktualität der Festigung eines zwischenkonfessionellen Dialogs, eines Dialogs zwischen den Zivilisationen und versetzt diese Aufgabe in die Kategorie von Fragen der Gewährleistung der Sicherheit in ihrem nationalen und globalen Massstab.

Für Russland ist die wichtigste Aufgabe in dieser Situation, zu vermeiden, dass wir während der „Klärung der Beziehungen“ zwischen dem Westen und der islamischen Welt einer der Parteien zugeschlagen wären. Verpflichtet sind wir, unsere ausgleichende, aussöhnende Rolle zu behalten, der die reichhaltigen Erfahrungen unserer eigenen jahrhundertelangen Koexistenz und Zusammenarbeit in einem Staat zugrundeliegen, wo mehr als 150 Völker und Nationalitäten sowie mehr als ein halbes Hundert von Konfessionen zusammengefasst sind. Vor allem natürlich die Erfahrungen unserer wichtigsten Konfessionen und — in erster Linie — der Russisch-Orthodoxen Kirche (als einer Kirche, die immer schon bestrebt war, andere religiöse Strömungen zu vereinigen).

Im Europa-Rat wurde im Jahre 2008 — auf unsere Anregung — das „Weisse Buch für internationalen Dialog“ angenommen. Auf Grund dieses Buches schlugen wir vor, im Europa-Rat eine Serie von Diskussionen darüber einzuleiten, was die europäische Identität ist, wie die fundamentalen Werte einer modernen europäischen Gesellschaft aussehen. Und wir wären daran interessiert, dass an solchen Diskussionen Philosophen, Politiker, Wissenschaftler und Vertreter des religiösen Lebens teilnehmen. Ein solcher Dialog ist herangereift, darunter auch im Lichte der berühmt-berüchtigten Entscheidung des Europäischen Gerichts für Menschenrechte anlässlich des Falls „Lautsi gegen Italien“, die Entscheidung, die den zwischenkonfessionellen Frieden und das Einvernehmen in Europa nicht fördert, weil derjenige, der seine religiös-sittlichen Wurzeln vergisst, kaum imstande sein wird, Glaubensbekenntnisse anderer Zivilisationen achtungsvoll zu behandeln.

Wir fördern den zwischenkonfessionellen Dialog. Auf Initiative Russlands wurden die Gruppe der strategischen Sicht „Russland — die islamische Welt“ sowie das Gesellschaftliche Weltforum „Dialog der Zivilisationen“ gebildet. Wir schätzen die aktive Zusammenarbeit mit der Russisch-Orthodoxen Kirche im Rahmen dieser Initiative.

Das Thema, das wir heute erörtern, ist akut. Und zu durchaus konkreten Aspekten gehört die Ausbildung entsprechender Spezialisten für internationale Beziehungen. An der Moskauer Staatlichen Hochschule für internationale Beziehungen und an der Diplomatischen Akademie gibt es heute nicht viel Möglichkeiten, die Kenntnisse von Studenten und Aspiranten im Bereich der religiösen Problematik und der Rolle der Religion in der Weltpolitik zu bereichern. Wenn wir übereinkommen würden, gegenständlich die Frage der Vorbereitung eines Zyklus von Vorlesungen über die Rolle der Religionen in der Weltpolitik mit Hilfe der Russisch-Orthodoxen Kirche zu untersuchen, wäre das ein recht gutes praktisches Ergebnis des heutigen Treffens, das die Formen unseres Zusammenwirkens ergänzt.

Auch möchte ich Ihnen, Ihre Heiligkeit, für die ständige Aufmerksamkeit gegenüber unseren Botschaftern danken. Denn sie werden vor der Abreise in ihr Aufenthaltsland von Ihnen empfangen. Und für sie ist es eine unschätzbare Möglichkeit, sich Ihre Einschätzungen der religiösen Komponente der internationalen Beziehungen anzuhören, darunter auch bezüglich konkreter Länder, wohin unsere Diplomaten abreisen.

Nochmal bestätige ich unser Interesse an der Entwicklung des Zusammenwirkens mit der Russisch-Orthodoxen Kirche sowie unsere Bereitschaft, Ihnen in Ihren Initiativen zu helfen.

**Schlüsselwörter:** die Zusammenarbeit der russischen Diplomatie und der Russisch-Orthodoxen Kirche, die Öffentlichkeitsarbeit mit den Landsleuten im Ausland, friedensstiftende Bemühungen im GUS-Raum, der zwischenkonfessionelle Dialog, der Dialog zwischen den Zivilisationen



## DIE VORWIEGENDE MISSION RUSSLANDS KÖNNTE ALS VERTEIDIGUNG DER WAHRHEIT IN DER WELT BESTIMMT SEIN

Sehr geehrter Sergej Wiktorowitsch,

Sehr geehrte Mitglieder des Kollegiums des Aussenministeriums Russlands!

**D**ie Religion bestätigt die Perspektive der Ewigkeit und ist dabei imstande, Stabilität und Voraussagbarkeit in eine Situation der Unbestimmtheit und der Konflikte hineinzubringen. Die wirtschaftliche Weltkrise demonstrierte recht anschaulich, dass eine stabile materielle Entwicklung unmöglich ist, wenn man sich auf solche fundamentalen Begriffe wie Geistigkeit, Sittlichkeit und Gutherzigkeit nicht stützt. Eine machtvolle Quelle geistiger Werte ist der Glaube. Er eröffnet den Menschen den höheren Sinn des Daseins, flösst ihnen die Hoffnung auf den Sieg des Guten ein, beschenkt sie mit Lebensenergie.

Zugleich kann der religiöse Glaube sowohl auf schöpferische als auch auf zerstörerische Ziele ausgerichtet sein. Wenn die Rede auf den religiösen Faktor in der heutigen Welt kommt, rücken leider Probleme des Terrorismus und des Extremismus auf religiöser Ebene in den Vordergrund. Am allerwenigsten wird dem positiven Potential der Religion im gesellschaftlichen Leben Aufmerksamkeit geschenkt. Meiner Meinung nach werden in der Welt jenes Land oder jene Integrationsvereinigung in den Vordergrund rücken, die imstande sein würden, die erforderlichen Bedingungen für einen positiven Einfluss des religiösen Glaubens auf die Gesellschaft — vor allem in ihrem inneren Leben — zu schaffen und sodann diese Leistungen in der internationalen Arena zu präsentieren.

Für Russland, das die Durchführung einer Modernisierung angekündigt hat, ist es besonders aktuell, das Beste von anderen Ländern zu übernehmen, sich dabei auf seine Eigenständigkeit zu stützen und jenes Entwicklungsmodell zu finden, das dieses Land in die Reihe stabiler und prosperierender Staaten aufrücken lassen würde. Deshalb brauchen wir eine vielschichtige Modernisierung, die nicht nur über eine technische und eine wirtschaftliche Komponente, sondern auch über eine ernstzunehmende Basis von Werten verfügt. Es wäre an der Zeit, den künstlich erfundenen Widerspruch zwischen der pragmatischen und der wertmässigen Herangehensweise zu zerstreuen. Das eine kann ohne das andere nicht existieren. Auf lange Sicht kann keine Schaffung des materiellen Reichtums ohne die zielgerichtete Unterstützung der nichtmateriellen Motivation in der Gesellschaft geschehen.

Wenn wir versuchen würden, die wertmässige Basis der eigenen Gesellschaft zu bestimmen, werden wir sehen, dass die gleiche Basis auch von anderen Ländern geteilt wird, die in ihrer Entwicklung jahrhundertlang mit dem heutigen Russland verbunden waren. Ich spreche von der Ukraine, Weissrussland, Moldawien, Kasachstan und anderen Staaten im Nahausland. Dieser Raum weitet sich dank den Abkömmlingen dieser Länder aus, die über die ganze Welt verstreut sind. Unter den heutigen Bedingungen wäre es wirksam, ein Projekt der Modernisierung und Entwicklung nicht nur für ein einziges Land zu erarbeiten, sondern auch ein Projekt unter Beteiligung aller Länder, die zivilisationsmässig einander nahestehen. Ausgerechnet so begann das Projekt der europäischen Integration, ausgerechnet auf diesem Weg gehen die Integrationsvereinigungen in Nordamerika, Lateinamerika, in der islamischen Welt und in der Asiatisch-Pazifischen Region.

Wenn die Russisch-Orthodoxe Kirche von einer Russischen Welt spricht, meint sie darunter nicht einfach die russischsprachige Welt oder einen Kreis von Freunden Russlands, sondern gerade den gemeinsamen wertmässigen Raum. Natürlich steht vor uns die Aufgabe, jene Werte zu bestimmen, die uns vereinen und unser Lebenskredo prägen. Ich kann einige dieser Werte nennen. Das sind der religiöse Glaube und der Friede zwischen den Religionen, Freiheit und sittliche Verantwortung, Selbstaufopferung zugunsten der anderen Menschen, eine gefestigte Familie, die Achtung gegenüber älteren Menschen, gemeinsame Beratungen und Handlungen, Kreativität, Fleiss, Gerechtigkeit, Liebe zum Vaterland, Pflege der Umwelt.

Man muss sagen, dass die Russisch-Orthodoxe Kirche eine grosse intellektuelle Arbeit zur Formulierung von Ideen geleistet hat, die aus der allgemeinen wertmässigen Basis unserer Zivilisation resultieren. Im Jahre 2000 wurden die „Grundlagen der sozialen Konzeption der Russisch-Orthodoxen Kirche“ und im Jahre 2008 die „Grundlagen der Lehre über die Würde, die Freiheit und die

Rechte des Menschen“ beschlossen. Der Prozess der Ausarbeitung von Ideen, die mit der russischen geistigen Tradition zusammenhängen, fährt heute im Rahmen einer Zwischenkonzilsitzung fort, die an einigen Themen arbeitet, die für die internationale Tätigkeit des Moskauer Patriarchats von unmittelbarer Bedeutung sind.

Die Russische Welt wird erst dann in Form nicht einer schönen Abstraktion, sondern als ein realer Faktor der internationalen Beziehungen existieren, wenn sich dauerhafte Beziehungen zwischen den Ländern entwickeln werden, die die unmittelbaren Nachfolger der Kiewer Rus sind, nämlich zwischen Russland, der Ukraine und Weissrussland.

Ich glaube, dass der Aufbau besonderer Beziehungen im „Dreieck“ Kiew — Moskau — Minsk die Entwicklung des Themas des gemeinsamen Erbes der Rus fördern kann. Sehr wichtig ist, dass Russland — der Ukraine folgend — im vorigen Jahr den Tag der Einführung des Christentums in der Rus zu einem denkwürdigen Datum erklärt hat. In Weissrussland geschah das vorerst nicht, obwohl die Bischöfliche Versammlung des Jahres 2008 diesen Vorschlag an die Oberhäupter aller drei Staaten gerichtet hatte. Vielleicht wäre es sinnvoll, einen Kalender von Daten zusammenzustellen, die auf eine besondere Weise die drei Staaten vereinigen und die von uns gemeinsam — im Rahmen des gemeinsamen Ideengehalts — gefeiert werden könnten. Neben der Christianisierung Russlands sind es die Feste des Heiligen Kyrill und des Heiligen Methodios, des Heiligen Erstberufenen Apostels Andreas, des Sieges im Grossen Vaterländischen Krieg.

Die Festigung der Verbindungen mit Kischinjow gehört ebenfalls zu den wichtigen Aufgaben. Nicht einfach gestaltet sich die politische Situation in Moldova, aber wir dürfen die jahrhundertealten Bande nicht vergessen, die das russische und das moldauische Volk zusammenhalten. Die zementierende Komponente dieser Verbindung ist der Umstand, dass die beiden Völker zum gemeinsamen geistigen Raum der Russisch-Orthodoxen Kirche gehören, der ihre wertmässige Basis gebildet hat.

Ich bin der Meinung, dass grosses Interesse für die Partnerschaft auf dem Gebiet der gemeinsamen Werte in Astana, Baku, Jerewan und anderen Metropolen der GUS-Länder bekundet werden kann. In diesem Zusammenhang möchte ich mehrere wichtige Ereignisse betonen, die in dieser Richtung im Jahre 2010 stattgefunden haben. Im Januar besuchte ich Kasachstan, wo meine Begegnungen mit der Führung des Landes und der Umgang mit seinen religiösen und gesellschaftlichen Persönlichkeiten stattfanden. Der hohe Status der russischen Sprache, die hohe Achtung der russischen Kultur, der Aufbau des zwischenkonfessionellen Friedens und des Friedens zwischen verschiedenen Nationalitäten in Kasachstan zeugen davon, dass diese Republik an der Bildung der wertmässigen Basis der

Russischen Welt und eines gemeinsamen Entwicklungsprojekts teilnehmen kann. Für ein tatkräftigeres Beisein der Russisch-Orthodoxen Kirche in Kasachstan fasste die Heilige Synode unserer Kirche im Juli 2010 Beschlüsse, die den Status des Kasachstanischen Metropolitanen Kreises als einer neuen kanonischen Unterabteilung der Russisch-Orthodoxen Kirche festlegen, dem erhebliche Selbstständigkeitsrechte zugesprochen wurden.

Ich glaube, dass es richtig wäre, die Initiativen Kasachstans auf dem Gebiet des zwischenkonfessionellen Dialogs tatkräftig zu unterstützen. Im Jahre 2011 wird Kasachstan in der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) den Vorsitz führen. Zu den wichtigen Themen dieser Organisation gehört die Diffamierung der Religion. Russland unterstützte bereits die Deklaration von Durban aus dem Jahre 2001 und beteiligte sich tatkräftig an der Übersichtskonferenz für ihre Erfüllung. Wie mir scheint, könnte man zusammen mit Kasachstan eine gemeinsame Tagesordnung zu diesem Thema ausarbeiten.

Für eine wichtige Aufgabe in den GUS-Ländern und im Baltikum hält die Russische Kirche die Entwicklung der regionalen Zusammenarbeit der traditionellen Religionen. Beispielsweise wirkt seit 1993 das Christliche Zwischenkonfessionelle Konsultativkomitee der GUS-Länder und des Baltikums (und seit 1998 der Zwischenkonfessionelle GUS-Rat).

Von besonderer Bedeutung ist die zwischenkonfessionelle Zusammenarbeit für den Kaukasus. Überzeugt bin ich, dass gerade die Zusammenarbeit zwischen der Russischen Kirche, der Georgischen Kirche und der Armenischen Kirche sowie der Geistlichen Verwaltung der Mohammedaner des Kaukasus, die unter der Führung des Schejch-ul-Islam, Allach-schukjür Paschas-sade, wirkt, Hilfe leistet, um die bestehenden Konflikte in dieser Region nicht in eine religiöse Bahn zu übertragen. Für wichtig halte ich den Umstand, dass es dank den Kontakten der Russische Kirche und der Georgischen Kirche gelingt, gute Beziehungen zwischen beiden Völkern zu pflegen. Im Jahre 2010 veranstalteten wir in Baku das Gipfeltreffen religiöser Würdenträger. In den vergangenen zwei Jahren hatte ich mehrere persönliche Begegnungen mit den geistlichen Würdenträgern von Aserbaidshan, Armenien und Georgien. In den Auslandseinrichtungen der Russischen Kirche erstreckt sich die Priesterfürsorge nicht allein auf die Bürger Russlands oder auf die Abkömmlinge der Russischen Föderation, sondern auch auf die Ukrainer, die Weissrussen, die Moldauer und die Vertreter anderer Völker. Das ist ein einmaliger Faktor für die Verstärkung von Integrationsverbindungen in der Diaspora. Genugtuung möchte ich damit zum Ausdruck bringen, dass die Kirche und das Ministerium gemeinsam regionale Konferenzen veranstalten, die dem kirchlich-staatlichen Zusammenwirken mit den Landsleuten gewidmet sind. Solche Konferenzen

fanden bereits in Brüssel und Buenos Aires statt; im Dezember 2011 gibt es Pläne, eine solche Konferenz in Peking einzuberufen.

Neue Aussichten der Zusammenarbeit der Kirche und des Russischen Staates bei der Unterstützung der Landsleute sowie beim Schutz ihrer Rechte eröffnete das durch die Staatsduma Russlands im Juli 2010 verabschiedete Gesetz der Russischen Föderation über die Unterbreitung von Berichtigungsanträgen zum Gesetz „Über die Landsleute“. Zu diesem Gesetz wurden unter anderem Bestimmungen unterbreitet, die den Beistand des Staates bei der Gründung von religiösen Organisationen durch die Landsleute sowie die Hilfe der Behörden bei der Realisierung sozial bedeutender Initiativen von religiösen Organisationen im Rahmen der geistigen Unterstützung der Landsleute, bei der Pflege der Muttersprache und der Kultur vorsehen. Was uns noch bevorsteht, ist, diese Normen gedanklich zu verarbeiten und sie in eine praktische Bahn zu lenken. Aber schon heute ist klar, dass der Russische Staat die bedeutsame Rolle religiöser Organisationen bei der Sorge um unsere Brüder und Schwestern, die in der Zerstreuung leben, anerkannt hat.

Zu einer guten Tradition wird, wenn die hohen Repräsentanten des Russischen Staates während ihrer Visiten im Ausland Kirchengemeinden des Moskauer Patriarchats besuchen. Der Präsident D.A.Medwedew, der Vorsitzende der Regierung W.W.Putin und der Aussenminister S.W.Lawrow geben sich im Zuge ihrer Auslandsreisen die Mühe, Zeit für den Besuch von russischen Kirchen und heiligen Plätzen des Russisch-Orthodoxen Glaubens zu finden. Ich weiss, dass im November 2010 Sergej Wiktorowitsch Lawrow die Kirchengemeinde der Heiligen Xenia von Petersburg in Nürnberg besucht hat. Ein jeder Besuch dieser Art wird zu einem beredten Zeugnis vom neuen Russland für ausländische Kollegen und insgesamt für die internationale Gemeinschaft.

Die Unterstützung ausländischer Einrichtungen der Russisch-Orthodoxen Kirche bedeutet auch noch die Förderung der russischen Präsenz in fremden Ländern. Zur Ausweitung einer solchen Präsenz trägt die Praxis der Eröffnung neuer Kirchengemeinden in Ländern bei, wo die Zahl unserer Landsleute wächst. Hinweisen möchte ich ganz besonders auf das herrliche Beispiel der guten Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat beim Aufbau des künftigen russischen geistlich-kulturellen Zentrums mit einer Kathedrale in Paris. Lebensnotwendig ist ein solches Zentrum nicht nur für die Vertreter der russisch-orthodoxen Diaspora, sondern auch für viele Emigranten der ersten und der zweiten Welle.

Die besondere Rolle des orthodoxen Glaubens in der Russischen Welt setzt die Herstellung und Entwicklung einer engen Zusammenarbeit Russlands mit der orthodoxen Welt voraus, die in zivilisatorischer Hinsicht uns besonders nahe steht. Im Laufe von mehreren Jahrhunderten — mit Ausnahme der



sowjetischen Periode — trat Russland als Befürworterin und Beschützerin der Völker orthodoxen Glaubens ein, was damit zusammenhing, dass diese Völker ihre politische Unabhängigkeit verloren hatten und seitens andersgläubiger und anderskonfessioneller Behörden unterdrückt worden waren. Heute ist die Situation anders, obwohl die Länder orthodoxen Glaubens — zum Unterschied von den westlichen oder den islamischen Ländern — ihre eigene Integrationsvereinigung immer noch nicht gebildet haben. Perspektiven einer solchen Vereinigung sind heutzutage nicht in Sicht, obwohl das Zusammenwirken bei der Bewahrung des Erbes des orthodoxen Glaubens auf allen Lebensgebieten zu einer wichtigen Aufgabe sowohl auf regionaler als auch auf globaler Ebene für Länder der orthodoxen Tradition werden kann. Ich bin der Ansicht, dass es wichtig ist, Aktivitäten zu unterstützen, die in dieser Richtung von der Interparlamentarischen Versammlung des russisch-orthodoxen Glaubens, von der Stiftung des Heiligen Erstberufenen Apostels Andreas sowie von anderen Organisationen betrieben werden.

Nicht unwichtig ist die Pflege der kirchlichen Verbindungen zu alten orthodoxen Patriarchaten des Nahen Ostens, die in einer nicht sehr einfachen ethnisch-religiösen Atmosphäre existieren. Auf dem Programm meiner Besuche bei brüderlichen uralten Patriarchaten stehen auch Begegnungen mit führenden Persönlichkeiten nichtorthodoxer und moslemischer Gemeinden, mit der politischen Führung der Länder.

Im Laufe der ganzen Geschichte der jugoslawischen Krise erwiesen die Russisch-Orthodoxe Kirche und der Russische Staat Unterstützung unseren serbischen Brüdern und ihrem Standpunkt in einer Reihe wichtiger Fragen, darunter der Frage bezüglich des Status von Kosovo und Metochien. Die Hierarchen der Serbisch-Orthodoxen Kirche brachten uns wiederholt ihre grosse Dankbarkeit für diese Unterstützung zum Ausdruck. Leider müssen wir feststellen, dass sich das Kosovo-Problem erneut zuspitzt. Im August 2010 gab das KFOR-Oberkommando eine offizielle Erklärung ab, der zufolge die zahlenmässige Stärke des internationalen friedensstiftenden Truppenkontingents in Kosovo und Metochien verringert wird und der allmähliche Prozess der Übergabe der dort befindlichen alten Klöster unter den Schutz der örtlichen Polizei beginnt. Die Russisch-Orthodoxe Kirche teilt die im Zusammenhang damit wiederholt zum Ausdruck gebrachte Besorgnis der Serbisch-Orthodoxen Geistlichkeit. Wir sind der Meinung, dass dieser Schritt die Veröffentlichung von Tatsachen verhindern kann, denen zufolge die religiöse Freiheit der orthodoxen Gläubigen in Kosovo und Metochien eingeschränkt wird. Es besteht die Befürchtung, dass die Polizei von Kosovo, die sich aus der örtlichen albanischen Bevölkerung rekrutiert, weder überzeugende Garantien für die Bewahrung der in dieser Region befindlichen grossen Denkmäler

der kirchlichen Architektur liefern noch die Sicherheit der Serben gewährleisten kann, die in Kosovo leben.

Die Russisch-Orthodoxe Kirche begrüsst den von der Regierung der Russischen Föderation gefassten Beschluss über die Teilnahme unseres Landes am Wiederaufbau von heiligen Stätten in Kosovo und Metochien. In der Serbisch-Orthodoxen Kirche wurde dieser Beschluss mit Dank aufgenommen. Aber das Problem von Kosovo und Metochien erschöpft sich nicht mit der Erhaltung von Denkmälern der Architektur. Die Resolution der UNO-Vollversammlung vom 9. September 2010 wirft auch die Frage bezüglich des Schicksals der serbischen Bevölkerung von Kosovska Mitrovica auf, für deren Schutz die Russisch-Orthodoxe Kirche ihre Stimme erhebt.

Die Russische Welt muss gegenüber dem Dialog und der Zusammenarbeit mit anderen Zivilisationen der Welt offen stehen, vor allem gegenüber solchen Zivilisationen, deren religiöse und kulturelle Traditionen in ihr vertreten sind. Eine Aufgabe dieser Richtung kann die Ausarbeitung von Kopplungsstellen zwischen unserer Zivilisation und den anderen Zivilisationen sein.

Vor allem ist es lebensnotwendig, die Beziehungen mit dem Westen in der Frage der Werte definieren. Dabei darf man nicht vergessen, dass es im Westen sowohl Befürworter liberaler Werte als auch Vertreter traditioneller religiöser Konfessionen gibt. Wir sind bestrebt, Verbündete und die gemeinsame Sprache in der katholischen Umwelt sowie unter den konservativ gesinnten Protestanten zu suchen. Traditionelle christliche Kreise im Westen sind durch die gleichen Probleme wie die Russen orthodoxen Glaubens besorgt: durch die aggressive Säkularisation, die Globalisierung, das Verwischen von Familienwerten und durch die Unterhöhlung von Normen der traditionellen Moral. Gemeinsam können wir uns gegen folgendes stellen: gegen Abtreibungen, Euthanasie und medizinisch-biologische Experimente, die mit dem sittlichen Prinzip der Achtung der menschlichen Persönlichkeit unvereinbar sind.

Wir beteiligen uns an einer Reihe von Dialogen mit Katholiken und Protestanten und sind heute bemüht, einen Dialog auch mit Intellektuellen, Persönlichkeiten des gesellschaftlichen Lebens und Politikern zu pflegen, die ihre Treue zur christlichen Tradition verkünden. Uns scheint, dass die Ausarbeitung eines Komplexes der Beziehungen mit andersgläubigen Konfessionen sowie mit weltlichen christlichen Kreisen der richtigste Weg der Beziehungen mit dem Westen ist.

Unter den Bedingungen, wenn die Christenphobie und die Diffamierung der Religion zu Realitäten des europäischen Lebens werden, könnte sich Russland in einen Ort verwandeln, wo die Erörterung ähnlicher Drohungen und der Ausarbeitung gemeinsamer Handlungen bei der Abwehr dieser Drohungen stattfindet. Das könnten alljährliche Begegnungen christlicher Politiker

„Russland — Westen“ sein. Bei solchen Begegnungen könnten auch Themen der Weltentwicklung und der Ausarbeitung von Lösungen bezüglich gemeinsamer Handlungen besprochen werden. Die Russische Kirche verfügt über Erfahrungen eines Dialogs mit der Europäischen Volkspartei, den Christdemokraten Deutschlands und anderer Länder. Möglicherweise ist es geboten, Kontakte mit gesellschaftlich-politischen Kreisen der USA, die sich auf christliche Überzeugungen stützen, zu entwickeln sowie für einen solchen Dialog Politiker und Vertreter des gesellschaftlichen Lebens aus Mittel- und Osteuropa nach und nach zu gewinnen.

Erforderlich sind heutzutage nicht nur die Bemühungen der Kirche, sondern auch die gemeinsamen Anstrengungen verschiedener Staaten für den Schutz des christlichen Erbes in Europa. Ein realer Beitrag Russlands zum Schutz des christlichen Erbes in Europa wurde sein Auftritt — als Drittseite — zur Unterstützung der Appellation der Regierung der Republik Italien an die Grosse Gerichtskammer wegen des Falls „Lautsi gegen Italien“. Ich möchte unseren Diplomaten zu diesem Ereignis gratulieren, weil es die Vorstellung von Russland bei bestimmten Kräften in Europa positiv verändert hat. Zu einem weiteren Beispiel der Fähigkeit, traditionelle europäische Werte gemeinsam zu verteidigen, wurde die im Oktober 2010 angenommene Resolution der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) „Das Recht auf die Weigerung der Gewährung medizinischer Dienstleistungen aus Gewissensgründen“. Diese Resolution bestätigte das Recht der Ärzte auf die Weigerung, eine Reihe medizinischer Dienstleistungen, vor allem der Abtreibungen, aus religiösen Überlegungen, zu erweigern.

Eine wichtige Richtung des zwischenkonfessionellen Dialogs ist das Verhältnis zur islamischen Welt. In der Russischen Welt ist der Islam die zweitwichtigste Religion. Sehr wichtig sind die Beziehungen der Mohammedaner zu ihren Glaubensgenossen im Ausland. Für Russland ist auch von Bedeutung, dass den Dialog mit der ausländischen islamischen Welt auch die Russische Kirche als die Glaubensgemeinschaft der Mehrheit führt, die in mancher Hinsicht das zivilisatorische Antlitz des Landes prägt. Der Dialog mit der islamischen Welt im Namen Russlands ohne Teilnahme der Russisch-Orthodoxen Kirche wäre nicht vollwertig. Bereits seit 15 Jahren entwickeln wir die Zusammenarbeit mit der mohammedanischen Gemeinde Irans: im Oktober 2010 fand in Teheran die ordentliche (siebente) Sitzung der Kommission „Russisch-orthodoxer Glaube — Islam“ statt. Gegenwärtig leitet unsere Kirche den Dialog mit mohammedanischen Gemeinden in der Türkei, Katar, Indonesien und in anderen islamischen Ländern ein.

Der wichtigste Nachbar und Partner der Russischen Welt ist China. Heutzutage kann man eine positive Entwicklung der russisch-chinesischen Verbindungen

im religiösen Bereich konstatieren. Unterzeichnet sind Memoranden über die gegenseitige Verständigung zwischen der Staatlichen Verwaltung der Volksrepublik China für die Angelegenheiten von Religionen und dem Rat für das Zusammenwirken mit religiösen Vereinigungen beim Präsidenten der Russischen Föderation über das Verfahren des Zusammenwirkens. Anlässlich des im vergangenen Jahr gefeierten 325. Jahrestages des russisch-orthodoxen Glaubens in China ist ein Buch erschienen, das die Entstehung und Entwicklung des orthodoxen Glaubens in diesem Land beschreibt.

Die Entwicklung der geistlichen Beziehungen zwischen Russland und Japan unter den Bedingungen der bestehenden Spannungen kann sich als ein bedeutsamer Faktor ihrer Entspannung erweisen. Im Jahre 2011 fanden im Rahmen eines Festivals der russischen Kultur in Japan die kirchlichen Feierlichkeiten anlässlich des 150. Jahrestages der Ankunft des apostelgleichen Nikolai in Japan statt. Im Jahre 2012 beabsichtige ich, an den Feierlichkeiten anlässlich des Jahrestages seines geheiligten Ablebens persönlich teilzunehmen.

Zu einem bedeutenden Erfolg wurde die Entwicklung der Präsenz der Russischen Kirche in Nordkorea. Immer noch nicht ausreichend ist jedoch die Präsenz der russischen Tradition in Seoul, der Hauptstadt Südkoreas, wo sich die Russische Geistliche Mission historisch befunden hat. Recht bescheiden ist diese Tradition im Rahmen des Patriarchats von Konstantinopel vertreten, das für die russisch-orthodoxe Kirche des Ehrwürdigen Maxim Grek einen kleinen Raum bereitstellte.

Heute geschieht eine Annäherung an die Länder Lateinamerikas. Zu einem denkwürdigen Ereignis wurden die Russischen Tage, die in der lateinamerikanischen Region im Oktober-November 2008 unter aktiver Beteiligung der Russisch-Orthodoxen Kirche stattfanden. Die lateinamerikanischen Staaten sind besorgt um das Thema der sozialen Gerechtigkeit und der Gleichberechtigung und treten für eine mehrpolige Weltordnung ein. Viele unter ihnen zeigen Interesse für den Standpunkt der Russisch-Orthodoxen Kirche in diesen Fragen.

In allen Richtungen des Dialogs mit anderen Zivilisationen benutzt die Russische Kirche verschiedene Kontakte. Bei der Erweiterung von Verbindungen mit Regierungen und politischen Kräften des Auslandes sind wir bestrebt, die ständige Präsenz der religiösen Dimension im gesellschaftspolitischen Weltraum zu sichern, die aussenpolitischen Partner mit den Standpunkten des Moskauer Patriarchats bezüglich der sittlichen Probleme der Gegenwart bekannt zu machen. Ich glaube, dass die Bekanntschaft der ausländischen Elite mit dem Leben und den sozialen Ansichten der Russischen Kirche die Festigung des internationalen Ansehens von Ländern der Russischen Welt fördert. Mit Genugtuung weise ich auf die Teilnahme der Russischen Kirche an der Erstellung von Programmen der

Russischen Tage in verschiedenen Ländern hin, obwohl auch noch Reserven für eine Verbesserung der Qualität des Zusammenwirkens und der Partnerschaft vorhanden sind.

Die Kirche erkennt klar und realisiert das Potential eines Dialogs mit gesellschaftlichen und politischen Institutionen des Auslandes. Bei uns entstanden vertrauliche und konstruktive Beziehungen mit Vertretern des gesellschaftlichen Lebens Deutschlands, Italiens und Polens im Rahmen der Forum-Dialoge auf der Ebene ziviler Gesellschaften. In diesem Jahr begann der Dialog mit der koreanischen Gesellschaft im Rahmen des Forums „Dialog Russland — Republik Korea“ sowie die Vorbereitung eines russisch-türkischen Forums der Öffentlichkeit.

In einer globalen Welt besteht das Problem nicht nur der Beziehungen mit anderen Zivilisationen und Kulturen, sondern auch der Ausarbeitung eines Komplexes von Normen und Regeln, in Übereinstimmung mit denen sich der internationale Umgang gestaltet. Im Zuge dieses Prozesses ergibt sich das Problem des Verhältnisses zwischen Universalität und Eigenständigkeit. Bei der Gestaltung der wertmässigen Basis der Russischen Welt betonen wir, dass es sich um unsere gemeinsamen Erfahrungen des Erlebens und der Verkörperung gerade universeller Werte handelt. Das ist eine prinzipielle Frage. Werte, die ich als Werte der Russischen Welt aufgezählt habe, kann der Mensch von jedem beliebigen Kontinent anerkennen. Jede Zivilisation verfügt jedoch über ihre eigenen Erfahrungen des Erkennens und der Verkörperung, über ihre eigenen Symbole, in Übereinstimmung mit denen sie zum Ausdruck gebracht werden. Natürlich kann sowohl ein Russe als auch ein Ukrainer oder ein Deutscher den Moskauer Kreml und das Kiewer Höhlenkloster schätzen. Aber nur unsere Menschen empfinden besondere Gefühle gegenüber diesen Denkmälern. Ausgerechnet diese Eigenständigkeit, die in den einmaligen Erfahrungen der Erkennung universeller Werte steckt, müssen wir formulieren und verteidigen. Dabei meine ich nicht nur den Aufbau intellektueller Konstruktionen, sondern auch deren Verbindung mit positiven Realien unseres Lebens.

Wie auch die ganze Russische Welt muss Russland seine Mission erkennen, mit der es sich an die übrige Welt wendet. Die USA formulieren ihre Mission als Förderung der Freiheit. Ich wäre der Ansicht, dass man die vorwiegende Mission Russlands als Verteidigung der Wahrheit in der Welt definieren könnte. Das russische Wort „Wahrheit“ beinhaltet solche Begriffe wie das Wahrsein, die Gerechtigkeit und die Rechtschaffenheit. Diese Idee ist jedem Menschen — vom einfachen Werktätigen bis zum hochgestellten Staatsmann — klar. Diese Idee enthält sowohl das Streben nach religiöser Wahrheit als auch die Suche nach wissenschaftlich Wahrem, sowohl die soziale Gerechtigkeit als auch die Ablehnung doppelter Standards und die sittliche Vervollkommnung.

Überzeugt bin ich, dass unter den heutigen Bedingungen zu einer wirksamen Form der Annäherung internationaler Subjekte, der Herausbildung qualitativ neuer Beziehungen zwischen ihnen die Entdeckung einer erneuerten wertmässigen Plattform werden kann, die die Grundlage der globalen Entwicklung darstellt. In diesem Zusammenhang könnten Russland und die Russische Welt die Idee des Schutzes universeller Fundamentalwerte vorbringen, die den Menschen verschiedener Kulturen nah sind. Dieses Thema verlangt eine ernsthafte Umarbeitung, Definitionen und Verhandlungen. Und eine wichtige Rolle müssen darin religiöse Gemeinden als aktive Anhänger der Aufrechterhaltung wertmässiger Grundlagen im Leben von Persönlichkeit und Gesellschaft spielen.

Dem Beistand zur Lösung einer solchen Aufgabe ist eine einzige religiöse Gemeinde nicht gewachsen. Damit religiöse Organisationen ihre Anstrengungen im Dialog mit internationalen Strukturen und einzelnen Ländern vereinigen könnten, gilt es, neue zwischenkonfessionelle Initiativen hervorzubringen und die bereits bestehenden Initiativen nutzen zu lernen. Das Moskauer Patriarchat verfügt über reichhaltige Erfahrungen der Entwicklung eines zwischenkonfessionellen Dialogs. Keine geringere Bedeutung messen wir der Entwicklung des Zusammenwirkens mit religiösen Gemeinden Europas bei und beteiligen uns unter anderem an Massnahmen im Rahmen des Europäischen Rates führender religiöser Persönlichkeiten.

Russland und einige andere Länder der Russischen Welt sind ein leuchtendes Beispiel der friedlichen Koexistenz der verschiedensten religiösen Gemeinden. Heute gehört leider Russland nicht zu den Ländern, die den zwischenkonfessionellen Faktor für ihre internationale Positionierung tatkräftig nutzen. Hinweisen möchte ich darauf, dass die Türkei beispielsweise, die ein weltlicher Staat ist, keine geringen Mittel in die Realisierung von zwischenkonfessionellen Projekten auf ihrem Territorium und ausserhalb desselben investiert. Das bietet dem türkischen Staat die Möglichkeit, als Teilnehmer eines zwischenkonfessionellen Dialogs aufzutreten, sich auf die europäische Ebene und auf die Weltebene zu erheben. Die erste Erfahrung einer Belebung von Anstrengungen unsererseits war in den letzten Jahren das Weltgipfeltreffen führender religiöser Persönlichkeiten, das im Jahre 2006 in Moskau stattfand. Das Gipfeltreffen wurde von der Russischen Kirche in Zusammenarbeit mit dem Staat organisiert. Der Nutzeffekt des Gipfeltreffens erwies sich als derart machtvoll, dass es inzwischen bereits zu einer Tradition wurde, derartige Gipfeltreffen am Vorabend der Begegnungen der „Grossen Acht“ und der „Grossen Zwanzig“ in Ländern zu veranstalten, wo diese Begegnungen stattfinden.

Die Russische Kirche schlägt vor, Kontakte internationaler Organisationen mit religiösen Gemeinden der Welt durch die Bildung eines Mechanismus für

das Zusammenwirken führender religiöser Persönlichkeiten mit der UNESCO herzustellen. Die Tätigkeit einer Gruppe führender religiöser Persönlichkeiten höchster Rangebene in der Partnerschaft mit der UNESCO hat bereits eine gewisse Entwicklung durchgemacht, und wir hoffen, dass sie auch weiterhin vorankommt.

Für ein markantes Ereignis im Bereich eines Dialogs religiöser Gemeinden halten wir die Durchführung des Seminars „Förderung der Menschenrechte durch das bessere Verständnis traditioneller Werte der Menschheit“. Diese Veranstaltung wurde zu einem wichtigen Schritt bei der Organisierung einer internationalen Diskussion über Menschenrechte unter Beteiligung traditioneller religiöser Gemeinden. Ich hoffe, dass die russische Diplomatie — in Zusammenarbeit mit der Russisch-Orthodoxen Kirche — imstande sein wird, diesen Prozess fortzusetzen. Sein Ziel ist, die Liquidierung des liberalen Monopols auf das Verständnis und auf die Auslegung der Menschenfreiheit, eines Monopols, das die Menschheit in den Zustand einer sich vertiefenden moralischen Krise zu versetzen sucht. Zu ihren auffallenden Äusserungen rechnen wir die Zerstörung von Familienwerten, die Legalisierung der Prostitution, des Drogenmissbrauchs und der Homosexualität. Hier möchte ich aufrufen, auf die Erfüllung solcher internationalen Verpflichtungen der Russischen Föderation zu verzichten, die das moralische Wohlergehen der Gesellschaft bedrohen. Ein Beispiel dafür ist der jüngste Beschluss des Europäischen Gerichts für Menschenrechte, der den Veranstaltern von Gay-Paraden in Moskau eine materielle Kompensation zuspricht.

Die Russisch-Orthodoxe Kirche hält das Thema des Verhältnisses zwischen Menschenrechten und traditionellen Werten für eine wichtige Komponente für die inhaltliche Füllung der Aussenpolitik der Russischen Föderation. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, die Initiative der Ständigen Vertretung in Genf zu unterstützen, eine repräsentative internationale Konferenz über das Verhältnis zwischen Menschenrechten und traditionellen Werten in Moskau zu veranstalten. Unsererseits haben wir dieses Thema auf die Tagesordnung des Europarates führender religiöser Persönlichkeiten gesetzt, dessen Sitzung im Juni 2011 in Moskau stattfand.

Nun möchte ich zum Abschlussteil meiner Ansprache übergehen und feststellen, dass heute der religiöse Faktor eine wichtige Rolle in der Aussenpolitik der Staaten des Auslands sowie in den internationalen Beziehungen spielt. Die systembezogene gemeinsame gedankliche Verarbeitung dieser Realität geschieht auf der Ebene der Arbeitsgruppe der Russisch-Orthodoxen Kirche und des Aussenministeriums Russlands. Diese Gruppe wirkt bereits seit mehr als sieben Jahren. Sie bewährte sich als ein wirksamer Mechanismus der Zusammenarbeit und förderte dabei die Realisierung wichtiger kirchlich-gesellschaftlicher und kirchlich-staatlicher Initiativen im internationalen Bereich. Ich glaube, dass es zweckmässig wäre,

diesen Mechanismus der Zusammenarbeit zu bewahren und auf jede Weise zu stärken.

Abschliessend möchte ich Ihnen, sehr geehrter Sergej Wiktorowitsch, den Mitgliedern des Kollegiums des Aussenministeriums und allen Mitarbeitern des Diplomatischen Dienstes Erfolge zum Wohl unseres Vaterlandes und der gesamten Russischen Welt wünschen. Ich wünsche Euch neue Siege im neuen Jahr!

**Schlüsselwörter:** Russisch-Orthodoxe Kirche, Russische Welt, Zwischenkonfessioneller Dialog, das kirchlich-staatliche Zusammenwirken, Schutz des christlichen Erbes Europas, Beziehungen zur islamischen Welt.



Международная



ЖИЗНЬ

Internationales Leben

# DIPLOMATIE

**Andrej Denisow:** „Das, was im globalen Maßstab, ja in der ganzen Welt geschieht, bedeutet beizeiten eine Periode recht zugespitzter Instabilität, eine Periode von Veränderungen, aber auch eine Periode des Aufbaus einer neuen Architektur, darunter auch in den internationalen Beziehungen. In solchen Perioden zu leben, ist nicht leicht. Nichtsdestoweniger besteht die Aufgabe — unter anderem der Diplomaten und Politiker — darin, die negativen Folgen dieser Instabilität zu minimieren und — nach Möglichkeit — auch Voraussetzungen für den Ausweg zu einer neuen Entwicklungsspirale zu schaffen“.

**Vuk Jeremic:** „Völlig überzeugt bin ich, dass die 800 Jahre lang währenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren zwei Völkern auch weiterhin die Prüfung durch die Zeit bestehen würden. Kaum möglich ist es, die Tiefe unserer brüderlichen Verbindungen aufrichtiger zum Ausdruck zu bringen, als es Fjodor Dostojewski getan hat. Er schrieb, dass der große russische Geist in der Seele der serbischen Nation bleiben wird, weil das russische Blut in der serbischen Erde bleibt. Welche Transformationen, Reformen und Meuten die Welt auch erleben mag, werden die besonderen Beziehungen zwischen Russland und Serbien genau so stabil, unverändert und fest bleiben wie an jenem Tag, als der Fürst Rastko — dank dem russischen Vorsteher des Klosters auf dem Heiligen Berg Athos — zum Mönch Sava geworden ist“.

**Sergej Rjabkow:** „Eindeutig kann ich sagen: uns ist es gelungen, unsere Beziehungen mit den USA zu verbessern. Aber ich glaube, wir haben vorerst die Etappe noch nicht passiert, wenn man mit Überzeugung von einer stabilen positiven Politik reden kann“.

**Alexej Borodawkin:** „Unsere außenpolitische Linie im APR gründete sich auf die Einsicht in die unlösliche Verbindung zwischen der Zukunft unseres Landes und der Zusammenarbeit mit den Ländern dieses Raums, nach welchem sich in den letzten Jahren zweifellos das „Gravitationszentrum“ der globalen Entwicklung verschiebt, sowie auf die Erkenntnis, dass es zum Einbau der russischen Wirtschaft in die an Tempo zulegenden regionalen Integrationsprozesse keine Alternative gibt“.

## Andrej DENISSOW

Erster Stellvertreter des Ministers  
für Auswärtige Angelegenheiten  
Russlands



# „WIR HABEN, GOTT SEI DANK, IN DER HEUTIGEN WELT PRAKTISCH KEINE FEINDE“\*

**A**rmen Oganessjan, Chefredakteur der Zeitschrift „Internationales Leben“: Andrej Iwanowitsch! Wenn wir einen Blick auf die heutige Welt werfen, kann man feststellen, dass viele Länder, die seit Jahrzehnten die Früchte der politischen und wirtschaftlichen Stabilität genossen haben, in einen dramatischen, stürmischen Abschnitt ihrer Existenz hineingeschlittert sind. Das geschieht in verschiedenen Staaten, ja sogar auf verschiedenen Kontinenten. Wie sieht — Ihrer Meinung nach — der innere Zusammenhang dieser Ereignisse aus?\*

**Andrej Denissov:** Diese Frage ist nicht einfach. Mir imponiert mehr jene Schule des philosophischen Denkens, die das Vorhandensein eines Ursache-Wirkung-Zusammenhangs in allen gesellschaftlichen Erscheinungen voraussetzt. Deshalb bedeutet das, was im globalen Massstab, ja in der ganzen Welt geschieht, beizeiten eine Periode recht zugespitzter Instabilität, eine Periode von Veränderungen, aber auch eine Periode des Aufbaus einer neuen Architektur, darunter auch in den internationalen Beziehungen. In solchen Perioden zu leben, ist nicht einfach.

Nichtsdestoweniger besteht die Aufgabe — unter anderem der Diplomaten und Politiker — darin, die negativen Folgen dieser Instabilität zu minimieren

---

\* Das Gespräch wird im Rahmen des Projekts „Visavis mit der Welt“ der Rundfunkgesellschaft „Stimme Russlands“ veröffentlicht.

und — nach Möglichkeit — auch Voraussetzungen für den Ausweg zu einer neuen Entwicklungsspirale zu schaffen. Gerade so — sprunghaft — geschieht auch die Entwicklung.

Wenn man sich der Geschichte zuwendet, jedenfalls der Geschichte der Neuzeit, so wäre wohl richtig zu sagen, dass die Perioden der Stabilität, einer verhältnismässig ruhigen, stabilen, aufstrebenden, dynamischen Entwicklung (es gibt natürlich auch Ausnahmen, aber ich spreche von allgemeinen Tendenzen) eher recht kurzfristig waren, während die Perioden von allerlei Instabilitäten wesentlich länger und krankhafter ausfielen.

Tatsächlich fiel die jetzige Periode der Instabilität, die mit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise begann, etwas lang aus, dennoch wollen wir Optimisten bleiben. Oder sagen wir so: Wollen wir dem überflüssigen Pessimismus nicht verfallen. Die Situation in globalem Massstab steht im grossen und ganzen unter Kontrolle, und es gibt Voraussetzungen für einen Ausgang aus der Krise.

**A. Oganessjan:** Von der Wirtschaftskrise wollen wir nun zur politischen Krise übergehen. Ein Hörer aus Moskau bittet Sie, den Umstand zu kommentieren: Warum hat Präsident Dmitri Medwedew den Erlass über die Sanktionen gegen Libyen erst vor mehreren Wochen unterzeichnet, während die Resolution des Sicherheitsrates der UNO schon im Frühling beschlossen worden ist.

**A. Denissow:** Sehen Sie, da gibt es durch und durch prozedurmässige Feinheiten. Die Resolution 1973 über Libyen, von der die Rede ist, wurde tatsächlich am 17. März angenommen, das heisst vor recht langer Zeit.

Man muss sich aber klar werden: die Resolution des Sicherheitsrates der UNO ist ein Dokument direkter Wirkung; sie muss augenblicklich erfüllt werden. Und am Tage der Verabschiedung der Resolution begannen wir — wie auch alle übrigen Mitgliedsstaaten der UNO — augenblicklich mit ihrer Erfüllung; dabei waren wir uns selbstverständlich darüber im Klaren, dass die Normen des Völkerrechts höher als die Normen unserer inneren, nationalen Gesetzgebung sind.

Nichtsdestoweniger gibt es auch eine solche Aufgabe wie die Einführung einer völkerrechtlichen Norm in unsere innere Gesetzgebung. Gerade diese Einführung wird durch einen Erlass des Präsidenten verankert.

In der Regel ist für eine Abstimmung zwischen den Behörden eine Frist von einem Monat, von anderthalb oder — vielleicht — zwei Monaten erforderlich, weil dort so oder anders Fragen gibt, die unsere diversen Behörden betreffen. Wir haben diese Abstimmung zwischen den Behörden durchgemacht, der Erlass ist unterzeichnet worden. Er wirkt aber — und das möchte ich nochmal wiederholen — ab Tag der Verabschiedung der Resolution und ist für uns bindend. Also gibt es da keine Widersprüche.

**A. Oganessjan:** Bei der Abstimmung in der UNO enthielt sich Russland der Stimme, stimmte weder „Dafür“ noch „Dagegen“. Wie erklärt sich ein solcher Standpunkt?

**A. Denissow:** Sehen Sie, die Resolution 1973 wurde recht schnell verabschiedet. Und in ihr blieben Formulierungen, die auf der Etappe der Vorbereitung zur Verabschiedung dieser Resolution uns nicht zufriedengestellt hatten. Ausgerechnet deswegen unterstützten wir diese Resolution nicht, enthielten uns der Stimme. Wenn wir als ein Staat, der ein ständiges Mitglied des Sicherheitsrates der UNO ist, „Dagegen“ gestimmt hätten, hätten wir ihre Verabschiedung sperren können.

Wir taten dies nicht, das war unsere vorberechnete und durchaus bewusste Wahl. Zugleich muss auf folgendes verwiesen werden: sowohl damals — auf der Etappe der Verabschiedung der Resolution — als auch heute waren und blieben in der Resolution Formulierungen, die eine „gummiähnliche“, übermässig biegsame, nicht konkrete Deutung zulassen könnten.

Und die Mitglieder der sogenannten Kontaktgruppe, vor allem westliche Länder, missbrauchen diese nichtkonkreten Leitsätze. Gewisse auseinandergehende Lesarten in den Formulierungen in einigen Paragraphen dieser Resolution erlauben es, solche Handlungen vorzunehmen, die wir — beispielsweise — für nicht richtig halten. Deshalb werfen wir regelmässig diese Frage im Sicherheitsrat auf.

Tatsächlich: die Resolution verbietet die Versorgung der beiden Parteien mit Waffen und Kriegstechnik. Niemand beliefert die Aufständischen in Bengasi mit schweren Waffen. Aber einzelne halbversteckte Rüstungslieferungen finden dennoch statt, und das ist uns bekannt.

**A. Oganessjan:** Die Frage eines Hörers aus Sankt Petersburg: „Verfügt Moskau über genaue, nicht politisierte Informationen aus Syrien unter den Bedingungen eines Propaganda-Krieges? Zu welchen Schlussfolgerungen kann man dank solchen Informationen kommen? Üben auf uns Freunde aus dem Ausland einen Druck aus, damit wir die für sie erwünschten Schlüsse ziehen?“

**A. Denissow:** Ich möchte versichern, dass wir über vollständige, erschöpfende und absolut zuverlässige Informationen hinsichtlich des Geschehens in Syrien verfügen. Die Situation dort ist äusserst kompliziert, verworren und lässt sich eindeutig nicht auslegen.

Nichtsdestoweniger zeichnet sich im grossen und ganzen eine Tendenz ab, die mit einem sehr hohen Grad der inneren Instabilität, mit den Versuchen der Behörden verbunden ist, die Volksunruhen zu unterdrücken. Diese Unruhen sind nicht einfach eine gewisse Aufwallung, sagen wir eine Aufwallung der Gefühle bezüglich demokratischer Forderungen seitens breiter Bevölkerungsschichten,

sondern auch eine Meuterei jener Kräfte, die bewusst eine Destabilisierung und den Sturz des bestehenden Regimes anstreben.

Ich würde so sagen: wie jede internationale Frage, die eine gewisse Zuspitzung erfahren hat, wird sie ebenfalls stürmisch und gelegentlich leidenschaftlich und emotionell diskutiert, darunter auch im Sicherheitsrat der UNO. Die Mitgliedsländer des Sicherheitsrates nehmen unterschiedliche Standpunkte bei der Bewertung des Geschehens ein. Unser Standpunkt ist hinreichend bekannt. Wir rufen zur Waffenruhe und zum nationalen Dialog auf. Dabei sowohl die eine Seite als auch die andere. Das ist wahrscheinlich das Wichtigste.

Zugleich ermuntern Appelle zum Abgang des amtierenden Präsidenten und der Regierung Syriens, Appelle, die seitens unserer verehrten Partner, sagen wir, aus gewissen westeuropäischen Ländern ertönen, in einem gewissen Masse die Opposition, daran zu glauben, dass die internationale öffentliche Meinung ihr helfen würde, die amtierende Staatsgewalt zu besiegen. Dann wird man keinen Verhandlungen zustimmen müssen. Also sieht es danach aus, dass derartige Handlungen die Situation nur zuspitzen. Darin besteht die Schwierigkeit.

Nun zum Druck. Wissen Sie, es ist nicht sehr einfach, auf uns Druck auszuüben. Um so weniger auf China, das im Sicherheitsrat als eine selbständige und einflussreiche politische Kraft ebenfalls vertreten ist.

Nein, es läuft eine Polemik. Gelegentlich eine scharfe Polemik, zeitweise unter Verwendung starker Argumente. Aber das ist eine gewöhnliche Erscheinung. Anders geht es im Sicherheitsrat nicht. Dort hat es niemals irgendeine Seligkeit gegeben. Auch heute gibt es sie dort nicht.

Wir stehen in ständigem Kontakt mit der Staatsführung Syriens: zweimal fanden Ferngespräche des Präsidenten Dmitri Medwedew mit dem Präsidenten Syriens, Baschar Assad statt; es laufen Beratungen unseres Ministers für auswärtige Angelegenheiten, Sergej Lawrow, mit seinem syrischen Kollegen, Walid al-Muallem. Auf allen Ebenen werden stabile Verbindungen gepflegt.

Ständig weckten wir die Aufmerksamkeit der syrischen Staatsführung, riefen sie zur Besonnenheit und Verantwortung bei der Wahl der einen oder anderen Methoden zur Unterdrückung gesellschaftlicher Unruhen auf.

Auch der UNO-Generalsekretär Ban Ki-Moon sowie einige Spezialeinrichtungen der UNO spielen eine wichtige Rolle bei den Versuchen, einen Weg zur Normalisierung der Lage zu finden.

**A. Oganessjan:** Russland schliesst die Möglichkeit einer militärischen Einmischung in Syrien aus und hält dies für nicht produktiv und sogar für gefährlich in der erwähnten Region. Wie steht es mit Kommentaren in der ausländischen Presse darüber, dass sich irgendein drittes Land in die Situation einmischen kann? Ist so was möglich?

**A. Denissov:** Mir sind die Absichten irgendeines dritten Landes nicht bekannt, sich zu einer äusseren militärischen Einmischung in Syrien zu entschliessen. Im Gegenteil: alle internationalen Schlüsselspieler — die Vereinigten Staaten von Amerika, die europäischen Länder, die Türkei — erklärten, dass von irgendeiner Einmischung der Aussenkräfte in den innersyrischen Konflikt keine Rede sein kann. Selbstverständlich bekennen wir uns strikt zu dem gleichen Standpunkt.

**A. Oganessjan:** Eine weitere Frage aus Sankt Petersburg: „Können Sie die nächsten Verbündeten Russlands in der heutigen Welt nennen?“

Denissov: Leichter ist zu sagen, dass wir, Gott sei Dank, in der heutigen Welt praktisch keine Feinde haben. Wenn wir benachbarte Länder nehmen, die an die Russische Föderation grenzen oder sich in der anliegenden Region befinden, so haben wir mit allen von ihnen ausgewogene, ausbalancierte, stabile Beziehungen.

Die einzige — für uns unangenehme — Ausnahme ist — infolge bekannter Komplikationen — Georgien. Es gibt Probleme in den Beziehungen mit seiner höchsten politischen Führung, jedoch nicht mit dem Land Georgien und schon gar nicht mit dem Volk dieses Landes.

Was Verbündete anbelangt, so haben wir auch Verbündete — die Mitgliedsländer der Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit (OVKS), denn das ist eine militärisch-politische Organisation der Verbündeten. Unlängst fand ein informelles Gipfeltreffen der OVKS in Kasachstan statt, wurde ein recht wichtiger Beschluss über die Anpassung dieser Organisation an die Besonderheiten der jetzigen internationalen und regionalen Entwicklung gefasst.

**A. Oganessjan:** Diese Frage ist interessanterweise aus Deutschland gekommen: „Wie verhalten Sie sich zu den berühmten Worten des Kaisers Alexander III: Russland hat nur zwei Verbündete — die Armee und die Flotte?“

**A. Denissov:** Ich verhalte mich gut dazu. Ich erdreiste mich nicht, mit Seiner Kaiserlichen Majestät Alexander III zu streiten. Wenn man aber im Ernst redet, sind diese Worte absolut richtig. Also ist hier kein Streitgegenstand vorhanden.

Sogar kraft den naturhistorischen Ursachen — einer unvorstellbar grossen Ausdehnung Russlands als Staat, einer Ausdehnung seiner Kommunikationen — brauchen wir — absolut — kampffähige Streitkräfte. Dabei in allen Bereichen, auf allen Gebieten: sowohl die Landstreitkräfte als auch die Kriegsmarine und — selbstverständlich — die Luftstreitkräfte.

Wie wir alle sehen, schenkt dieser Frage die staatliche Führung, die Regierung der Russischen Föderation gehörige Aufmerksamkeit. Wir beanspruchen nichts. Wir sehen keine unmittelbare militärische Gefahr eines grossen Kriegskonflikts, keine Gefahr der Entfesselung eines Krieges gegen unser Land eines Krieges unter Einsatz sowohl der herkömmlichen Waffen als auch der Nuklearwaffen.

Nach wie vor besteht jedoch die Kriegsgefahr als solche. Es bestehen auch sogenannte neue Herausforderungen und Drohungen. Ihnen im Alleingang zu widerstehen, ist unmöglich. Ausgerechnet deshalb befasst sich Russland mit dem Aufbau eines kollektiven Sicherheitssystems und stützt ышс dabei — selbstverständlich — auf die Kampffähigkeit unserer Streitkräfte. Nochmal wiederhole ich, dass es hier keinen Streitgegenstand gibt: das ist ein absoluter Imperativ.

**A. Oganessjan:** Die Frage eines Hörers aus Perm: „In einigen Ländern hat die Gründung von BRICS Besorgnis ausgelöst. Fühlen Sie einen Widerstand gegen die Tendenzen zur Festigung und Entwicklung von BRICS?“

**A. Denissov:** Wenn ja, dann nur als einen Widerstand gegen alles Neue. Was ist BRICS? Das ist eine neue — den Besonderheiten der jetzigen Epoche entsprechende — Art der Vereinigung der Anstrengungen von Staaten für die Lösung gemeinsamer Aufgaben, mit denen sie konfrontiert sind. BRICS ist keine internationale Organisation. Sie besitzt keine übernationalen Organe. Sogar ein Sekretariat gibt es nicht. Das ist eine Art Beispiel, eines der ersten Beispiele der Netzdiplomatie, wie sich Diplomaten ausdrücken, wenn Staaten versammeln, die die Welt auf die gleiche Art und Weise sehen. Sie versammeln sich, um die — für sie gemeinsamen — Aufgaben zu erörtern oder zu entscheiden. Das bedeutet die Abkürzung BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika).

Ich unterstreiche: das ist keine internationale Organisation, kein Block. Das ist ein Beispiel der Netzdiplomatie. Zu BRICS gehören grosse Länder mit einem ernstzunehmenden und wachsenden Wirtschaftspotential, Länder, die identische Interessen (nicht unbedingt in allen Positionen, sondern in einer Reihe von Positionen) haben und zu Beratungen zusammenkommen. In BRICS gibt es keine Hierarchie: es gibt keine Älteren und keine Jüngeren, es gibt keine Staaten, die sich in einer führenden oder in einer untergeordneten Lage befinden. Diese Länder sind etwa gleich gross: vom Standpunkt — wie die Sportler sagen — ihrer Gewichtskategorie aus.

Und neben den Gipfeltreffen, den Begegnungen von führenden Persönlichkeiten dieser Länder, bei denen — unter absolut offenen Bedingungen — Fragen des Weltfriedens, der Sicherheit und des Kampfes gegen neue Drohungen — beispielsweise gegen Terrorismus oder gegen Rauschgiftschmuggel — besprochen werden, finden die Treffen von Ministern statt. Die Finanzminister versammeln sich beispielsweise am Vorabend bedeutender Massnahmen zu Fragen, die mit der Regelung des globalen Finanzsystems zusammenhängen, um ihre Standpunkte — wieder einmal völlig offen — abzustimmen. Geplant ist eine Begegnung von Ministern der Landwirtschaft für die Erörterung des Nahrungsversorgungsproblems. Solche Länder wie China und Indien werden

mit recht schwerwiegenden Problemen in dieser Richtung konfrontiert. Zugleich rückte Brasilien in die Vorderpositionen in der Welt als ein führender Lieferant von Nahrungsmitteln auf. In den letzten Jahren steigt auch Russland in die führenden Positionen auf diesem Markt (darunter auch im laufenden Jahr). Wir haben was zu erörtern. Und wir — die BRICS-Länder — haben nichts zu verheimlichen.

Wir arbeiten in der UNO zusammen. Übrigens ist die jetzige Periode sehr interessant, da dem Sicherheitsrat neben zwei ständigen Mitgliedern — Russland und China — drei Staaten als nicht ständige Mitglieder angehören: Indien, Südafrika und Brasilien. Mit anderen Worten: im Sicherheitsrat ist BRICS vollinhaltlich vertreten. Übrigens gereicht das der alltäglichen Tätigkeit des Sicherheitsrates zum Nutzen.

**A. Oganessjan:** „Gibt es im Herangehen an die Ereignisse in Syrien vielleicht eine Spaltung innerhalb von BRICS?“ fragt unser Hörer. „Denn unlängst wurde von einer gemeinsamen Demarche seitens der diplomatischen Vertretungen Indiens, Südafrikas und Brasiliens gemeldet. China und Russland hielten sich dabei zurück“.

**A. Denissow:** Aber nein, völlig offensichtlich ist, dass es hier keine Widersprüche gibt. Erwähnt habe ich bereits, dass wir dennoch etwas unterschiedlich sind. China und Russland sind ständige Mitglieder des Sicherheitsrates der UNO, während Südafrika, Brasilien und Indien nicht zu ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates gehören. In einem gewissen Masse haben sie, wie man so sagt, mehr Bewegungsfreiheit in dieser Eigenschaft. Und wenn irgendwelche Anregungen von ihnen ausgehen, wird gemeint, dass sie einen breiteren Kreis von Ländern vertreten, als die, die zur BRICS-Fünf gehören. Wir arbeiten sehr eng zusammen.

Als beispielsweise die jüngste Erklärung des Vorsitzenden des Sicherheitsrates der UNO über Syrien (sie ist ein offizielles Dokument, das von allen Ländern abzustimmen ist) besprochen und angenommen wurde, traten als Anreger dieser Erklärung ausgerechnet diese drei Länder auf. Sie übernahmen auch eine Vermittlerfunktion. Ihre Vertreter waren nach Damaskus gereist, um irgendwelche Massnahmen zur Errichtung von Brücken zwischen den rivalisierenden Seiten zu finden. Das ist eine ausserordentlich positive und verantwortliche Rolle. Also gibt es hier keinen Widerspruch.

Wir sind tatsächlich nicht gleichartig, vertreten aber recht nahe Ansichten über unsere Weltumgebung.

**A. Oganessjan:** In der letzten Zeit fährt eine Diskussion über die Dauerhaftigkeit des System der internationalen Beziehungen fort, das in den Vereinbarungen von Jalta festgelegt worden ist. Ein Hörer aus Simferopol fragt: Inwieweit sind die Prinzipien von Jalta dauerhaft, auf denen der Nachkriegsfrieden aufgebaut wurdet?



**A. Denissov:** Wissen Sie: dauerhaft bedeutete nicht erstarrt, nicht verknöchert oder eingefroren. Die Welt ändert sich. Was ist schon ein Jalta-System? Das Jalta-System ist eine Auswahl gewisser Prinzipien. Selbstverständlich werden diese Prinzipien irgendwie präzisiert, bleiben aber im Grunde unerschütterlich.

Nehmen wir beispielsweise das Prinzip der Unerschütterlichkeit der Nachkriegsgrenzen in Europa. Dieses Prinzip erfuhr eine bestimmte Entwicklung, wurde im Jahre 1975 in der in Helsinki unterzeichneten Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa — in der berühmten Helsinki-Schlussakte — verankert.

Nichtsdestoweniger sehen wir schon seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre, dass die Grenzen sich ändern. Wenn die Veränderung der Grenzen nach dem Willen der Völker geschieht, wie beispielsweise im Fall der Teilung der Tschechoslowakei in die Tschechei und die Slowakei, setzt sich das nicht in den Widerspruch zu dem Prinzip der Unerschütterlichkeit.

**A. Oganessjan:** Aber das bezieht sich nicht auf Kosovo?

**A. Denissov:** Nein. Ausgerechnet deshalb erkennen sowohl wir als auch ein ausreichend breiter Kreis von Ländern Kosovo nicht als ein selbständiges Gebilde und halten es nach wie vor für einen Teil Serbiens. Das ist ein schwerwiegendes völkerrechtliches Problem. Das gilt auch für die Regelung von Berg-Karabach, für das transnistrische Problem und für Zypern. Auf dem Territorium Europas gib es leider nicht nur ein oder zwei Probleme dieser Art.

Man muss sagen: wenn sich die Welt ändert, ändert sich auch das System. Aber gewisse unerschütterlich Grundlagen bleiben bestehen, und daran sind alle interessiert. Niemand schickt sich an, bewusst — sagen wir — das Prinzip der Unerschütterlichkeit der Grenzen in Europa zu verwischen: so kann man die Büchse der Pandora öffnen.

**A. Oganessjan:** Die nächste Frage gilt der UNO: „Wie sieht man in Moskau den Umstand, dass sich die UNO, statt in Übereinstimmung mit ihrer eigenen Charta zu arbeiten, wo es im ersten Artikel heisst: „Die Vereinten Nationen setzen sich folgende Ziele: den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren“, nichtsdestoweniger wahllos mit allem — bis zur Ausarbeitung eines Protokoll für eine Begegnung mit ausserirdischen Zivilisationen — befasst? Die Charta-Ziele rücken in einen — immer weiteren — Hintergrund ab“, meint unser Hörer. „Ist vielleicht die Zeit für eine Reform in der UNO gekommen?“

**A. Denissov:** Es gibt ernstzunehmende Dinge, aber auch Dinge, die einfach irgendein Kuriosum darstellen. Tatsächlich: unter den Spezialeinrichtungen der UNO gibt es auch einen UNO-Ausschuss für Kosmos, der sich mit der Ausarbeitung von rechtlichen Prinzipien der Nutzung des Weltraums durch verschiedene Länder befasst.

Und es gibt auch noch eine ganze Reihe ernstzunehmender und — glauben Sie mir — von allerlei Ausserirdischen weit entfernter Fragen. Ausgerechnet im Rahmen eines Kuriosums wurde unlängst die Frage aufgeworfen, die sich auf folgendes bezieht: Wenn auf der Erde überraschenderweise ausserirdische Ankömmlinge erscheinen, wäre der beste Partner für einen Dialog mit ihnen nur die UNO — kraft ihrer Universalität? Ich wiederhole: das ist ein Kuriosum.

Es gibt auch Anregungen, die mit irgendeiner Schöngestei, mit gewissen Wunschträumen verbunden sind. Beispielsweise hat Bhutan, ein kleines asiatisches Land, den Entwurf einer Resolution über das Glück unterbreitet.

Es gibt ein Programm, das „Ziele der Entwicklung des Jahrtausends“ heisst und in den UNO-Dokumenten formuliert ist. Seine Hauptziele sind die Überwindung der Armut, die Verbreitung der Bildung, die Beseitigung von Krankheiten und die Lösung des Nahrungsmittelpblems. Bhutan schlägt vor, in dieses Programm — als eines der Ziele — einfach das Glück aufzunehmen. Wir verhalten uns zu solcherart Übungen sehr zurückhaltend, weil wir verstehen, dass dies — im grossen und ganzen — ebenfalls eine Art Kuriosum ist.

Wollen wir, Kollegen, im Ernst reden. Die UNO ist eine recht grosse Organisation, dabei eine zwischenstaatliche Organisation. In ihre Tätigkeit sind nicht einzelne Diplomaten, einzelne Persönlichkeiten, sondern Regierungen, Regierungsdelegationen einbezogen, die das höchste Organ der UNO — die Vollversammlung — bilden.

Es besteht der Sicherheitsrat der UNO, der aus fünf ständigen Mitgliedern und zehn nicht ständigen Mitgliedern besteht, die alle zwei Jahre rotieren. Sie beschliessen Resolutionen und andere Dokumente, die unbedingt erfüllt werden müssen.

Darüber hinaus besteht ein recht verzweigtes Netz sogenannter Spezialeinrichtungen der UNO — das Netz von allerlei Verwaltungen und Departements. Es gibt ein sehr umfangreiches — mit gewaltigem Budget — Programm zur Entwicklung der UNO. Es besteht der weitbekannte Kinderfonds der UNO. Es gibt dutzende von UNO-Organisationen.

Und jede dieser Organisationen befasst sich mit ihrem Fachbereich. Es gibt zum Beispiel eine Organisation für den Kampf gegen die Wüstenausbreitung und Dürre, eine Organisation, die sich mit der Reproduktion von Wäldern beschäftigt. Es gibt ein Programm für Umweltschutz. Es gibt ökonomische Kommissionen der UNO. Und all diese Organisationen befassen sich, glauben Sie mir, nicht mit Kontakten zu ausserirdischen Zivilisationen.

Übrigens gehört Tadshikistan zu den Spitzenreitern bei der Erörterung der Frage des Trinkwassermangels, bei der Anregung von allerlei Massnahmen zum Ausweg aus dieser Situation. Tadshikistan ist ein relativ kleines Land,

das — nichtsdestoweniger — ein Thema gefunden hat, das für dieses Land ausserordentlich wichtig ist, und dieses Land bringt das erwähnte Thema erfolgreich voran. Das spricht davon, dass nicht nur grosse, sondern auch kleinere Länder eine gewichtige Rolle in der UNO spielen können.

Die UNO ist eine umfangreiche Organisation. Eine Organisation mit dem Budget von vielen Milliarden, das nicht immer wirksam benutzt wird. Das ist eine Bürokratie, die gelegentlich künstlich aufgebauscht wird und beizeiten einfach unzulässig ist. Die UNO ist nicht immer zeitgerecht. All das stimmt. Deshalb ist eine Reformierung der UNO sozusagen eine permanente Aufgabe, aber sie muss dem ganzen grossen System der UNO gelten.

**A. Oganessjan:** Tritt Russland für eine Erweiterung der Zusammensetzung des UNO-Sicherheitsrates ein?

**A. Denissow:** Dieses Problem beherbergt in sich gewisse Widersprüche. Der Sicherheitsrat kann natürlich erweitert werden, aber nur bei einem Konsens oder dann, wenn die überwiegende Mehrheit von Mitgliedsstaaten der UNO diesem Schritt zustimmt. Das ist unser Standpunkt.

Dazu noch erhebt sich die Frage, zu welchem Zweck man den Sicherheitsrat erweitern soll. Zwecks einer Erweiterung der Vertretung oder zu dem Zweck, dieses Organ arbeitsfähiger zu machen, damit es verschiedene Anschauungen, Ansichten und Herangehensweisen in höherem Masse berücksichtigt?

Wir — wie auch die Vereinigten Staaten von Amerika und China — sind bereit, einer Vergrösserung des Sicherheitsrates zuzustimmen, damit er seine Arbeitsfähigkeit beibehält. Heute hat er 15 Mitglieder. Wenn er etwas mehr als 20 Mitglieder hat (auf Englisch ist die Formel „low twenties“ beschlossen worden), wird das die Palette der im Sicherheitsrat vertretenen Staaten mannigfaltiger machen, zugleich aber auch seine Wirksamkeit und Arbeitsfähigkeit sowie die Möglichkeiten der Beschlussfassung einschränken.

Auch müsste man einer weiteren Besonderheit Aufmerksamkeit schenken. Der Sicherheitsrat der UNO setzt sich aus ständigen und nicht ständigen Mitgliedsstaaten zusammen. Es erhebt sich die Frage: Wenn eine Erweiterung, dann in welcher Kategorie? Die Anzahl der ständigen Mitgliedsstaaten erweitern? Oder den historisch entstandenen Kern belassen und den Sicherheitsrat durch nicht ständige Mitglieder ausweiten, was einer grösseren Anzahl von Staaten gestatten würde, den Sicherheitsrat zu passieren? Auch das ist ein Gegenstand der Diskussion.

**A. Oganessjan:** Die folgende Frage lautet: „Wie real wäre es, die Stationierung von Elementen der Raketenabwehr der USA längs unserer Grenzen zu verhüten? Die Behauptung, dass dies gegen iranische Raketen unternommen wird, löst Befremden aus. An wen sind diese Erklärungen gerichtet?“

**A. Denissow:** Wenn die Amerikaner von der Bedrohung seitens Irans reden, wollen sie nicht so sehr uns, sondern — eigentlich — sich selbst überzeugen. Gesetzt ist die Aufgabe einer absoluten Dominierung Amerikas in der Welt. Das ist ein Teil der amerikanischen nationalen politischen Strategie: Amerika muss stärker als jeder Gegner sein, muss zu einer absoluten, eigenständigen Kraft werden. Und es gibt gewisse Voraussetzungen dafür, zumindest vom militärischen Standpunkt aus.

Allerdings sehen wir, dass sie in der heutigen Welt nicht immer eine ausschlaggebende Rolle spielen. Sehen Sie, wie sich Amerika mit seiner ganzen kolossalen militärischen Macht in Afghanistan verstrickt hat. Das gleiche geschieht in Irak.

Wir sind der Meinung, dass die Raketenabwehr in den Realien der heutigen Welt auf kollektiven Grundlagen aufgebaut und derart koordiniert werden muss, um das — unserer Meinung nach wichtigste — Prinzip nicht zu verletzen, das Prinzip der allgemeinen Natur der Sicherheit, wenn die Sicherheit des einen Landes nicht auf Kosten der Sicherheit des anderen Landes erreicht wird.

Unsererseits sind wir auch nicht gegen eine Raketenabwehr, wir verfügen über entsprechende Mittel, doch ist die Sicherheit erst dann möglich, wenn sie allgemein sein wird. Und als ein Land, das sich in einem Dialog über Fragen der Gegenraketenverteidigung mit den Vereinigten Staaten von Amerika befindet, sollen wir nicht die Gefahr spüren, die von der Entfaltung dieses Raketenabwehrsystems ausgeht.

Das ist eigentlich der ganze Sinn der Angelegenheit. Gerade deswegen sind wir bemüht, mit den Amerikanern hinsichtlich einer gemeinsamen Bewertung der Drohungen übereinzukommen. Vielleicht gibt es auch Drohungen, doch muss man sie ernsthaft — vom Standpunkt einer bestimmten historischen und zeitlichen Perspektive aus — betrachten. Sagen wir, heutzutage gibt es in dem einen oder anderen Land keine Raketenwaffen, doch können sie vielleicht in zehn Jahren aufkommen. Auch das muss man berücksichtigen.

Mit einem Wort man braucht einen Dialog und eine Zusammenarbeit bei der Bewertung von Drohungen und sodann — der nächste Schritt — die Zusammenarbeit bei der Verhütung dieser potentiellen Drohungen. Sowohl der Drohungen des heutigen Tages als auch solcher Drohungen, mit denen wir morgen konfrontiert werden können. Zu diesen Zweck müssen Länder, die sozusagen einem Bündnis beitreten, bindende Verpflichtungen übernehmen, deren Natur recht einfach ist: nichts zu unternehmen, was von deinem Partner als Drohung aufgefasst wird.

Tatsächlich: hier ist alles nicht sehr einfach. Aber der Dialog läuft, ohne Unterbrechung werden Konsultationen fortgesetzt, vor allem zwischen uns und

den Amerikanern als den Hauptländern, die real — darunter auch technisch und technologisch — ein System der Raketenabwehr schaffen können. Denn bei weitem nicht alle in der Welt sind dazu fähig.

Deshalb müssen wir, wenn wir von einem solchen Begriff wie die Europäische Raketenabwehrverteidigung reden, uns darüber im Klaren sein, dass es sich nicht um ein europäisches, sondern um ein amerikanisches Raketenabwehrsystem handelt, das auf dem Territorium der Länder Europas mit Zustimmung dieser Länder stationiert wird.

**A.Ognessjan:** Welchen Standpunkt bezüglich der Raketenabwehr nehmen heutzutage die europäischen Staaten ein?

**A. Denissow:** Wenn wir irgendeine historische Perspektive nehmen, so ist der Standpunkt der europäischen Länder im grossen und ganzen konstruktiv, weil sich Europa um seine allseitige Sicherheit Sorgen macht. Schliesslich ist Europa von uns nicht durch den Atlantik — wie etwa die USA — getrennt.

Wir sind auch Europäer, leben auf dem gleichen Kontinent. Letzten Endes müssen wir ein gemeinsames Sicherheitssystem aufbauen. Deshalb sind die Europäer einerseits nicht sehr geneigt, mit uns diese Probleme zu erörtern, und geben uns zu verstehen, dass dies dennoch ein Gegenstand von Dialogen und Diskussionen mit den Amerikanern ist. Andererseits möchten sie natürlich nicht, dass es sich um einen neuen Reizpunkt handeln würde, der in den russisch-amerikanischen Verhältnissen besteht und sich auf das politische Klima in Europa auswirkt. Das heisst, wir begreifen, dass die Situation für unsere europäischen Partner nicht einfach ist. Aber ich möchte nochmal feststellen, dass die Europäer, der gesunde Kern von Kontinentaleuropa, in den Diskussionen zu diesem Thema im grossen und ganzen eine positive Rolle spielen.

**A.Ognessjan:** Einige russische und ausländische Massenmedien sind der Meinung, dass der „Neubeginn“ in den russisch-amerikanischen Beziehungen zu Ende gekommen ist, und stellen dabei fest, dass allein die militärischen Behörden der zwei Staaten die Zusammenarbeit verstärken. Sind Sie mit einer solchen Einschätzung einverstanden?

**A. Denissow:** Ich freie mich, dass Sie die Zusammenarbeit der militärischen Behörden gemerkt haben. Übrigens dürfen wir nicht vergessen, dass die militärische und die militärisch-technische Zusammenarbeit nicht nur an sich wichtig ist. Sie hat eine ausserordentlich grosse politische und geistige Bedeutung, eine Dimension, die mit dem Vertrauen zusammenhängt. Die Fähigkeit, auf militärischem Gebiet zusammenzuarbeiten, spiegelt einen sehr wichtigen Umstand wider: das Vorhandensein eines gewissen Vertrauens zwischen den Seiten, wenn sie einander nicht mehr durchs Waffensvisier beobachten, sondern zur Zusammenarbeit bereit sind.

Tatsächlich belebten sich in der letzten Zeit die russisch-amerikanischen Verbindungen, darunter auch auf militärischem Gebiet. Beispielsweise waren im Rahmen des unlängst stattgefundenen Luftfahrtsalons — erstmalig im Laufe von vier Jahren — amerikanische Militärflugzeuge anwesend. Ihrerseits bereitet sich unsere Luftwaffe auf die gemeinsamen Manövern auf dem amerikanischen Territorium unter Einsatz unserer Flugzeuge. Das ist nur eine kleine Episode, doch ist sie bezeichnend genug.

Über unser Land geschieht — per Luft und zu Lande — die Versorgung der amerikanischen Truppen, die ihre Mission in Afghanistan erfüllen. Auch das ist eine ausserordentlich wichtige Komponente unserer militärischen Zusammenarbeit. Regelmässig tauschen wir militärische Delegationen aus; gegenseitige Besuche von Kriegsschiffen finden statt. Mit einem Wort: wenn wir nur diesen Bereich nehmen, so ist es mit dem „Neubeginn“, wie mir scheint, alles in Ordnung.

Aber die Beziehungen zwischen unseren Ländern gehen natürlich weit über den Rahmen militärischer Kontakte hinaus. Immerhin ist das Wichtigste die Politik, die Verhältnisse zwischen den führenden Persönlichkeiten, die Fähigkeit der aussenpolitischen Ämtern — des russischen Aussenministeriums und des Aussenministeriums der USA — eine konstruktive Arbeitsatmosphäre aufrechtzuerhalten, die erlaubt, beliebige Fragen zu lösen, darunter auch komplizierte, zugespitzte Fragen, in denen wir uns nicht einig sind. Jedenfalls gibt es dann eine Chance, eine Lösung zu finden.

**A.Oganessjan:** Für eine gewisse Instabilität in den russisch-amerikanischen Beziehungen sorgte die Reaktion der amerikanischen Seite auf den „Fall Magnizki“. Zu diesem Thema haben wir eine Frage unseres Hörers: „Warum wird in den USA so viel vom „Fall Magnizki“ geredet? Worin liegt die Ursache für einen derart schmerzlichen, scharfen Standpunkt der amerikanischen Führung in dieser Geschichte? Ist es so, dass sich in den USA Ähnliches niemals geschehen ist und nicht geschieht?“

**A. Denissow:** Natürlich ist so was bereits geschehen und geschieht. Wollen wir aufrichtig mit uns selbst sein. Die Geschichte mit Magnizki ist schliesslich — eindeutig — eine irgendwie nicht normale Episode. Und Personen, die am Tod dieses Menschen schuld sind, müssen in jedem Fall bestraft werden. Auch wenn dieser Mensch an gewissen finanziellen Verfehlungen schuld ist.

All das liegt auf der Hand, und vor allem darauf lenkt der Präsident Russlands Aufmerksamkeit. Er hat in ausreichend harten Ausdrücken sowohl die Durchführung einer Untersuchung als auch entsprechende Schlussfolgerungen verlangt. Was auch geschieht.

Wenn wir das Obengesagte berücksichtigen, sehen allerlei Übungen der amerikanischen Gesetzgeber — milde gesagt — zweifelhaft aus. Anscheinend

rührt das von dem Eigendünkel her, von dem übertriebenen Glauben an die eigene Unfehlbarkeit, von der Überzeugung, dass wir immer recht haben, während sich alle anderen unserem Standard nur nähern können, aber auch das nur mit einem gewissen Abstand.

Was tun? Das ist ein Rückfall. Wollen wir hoffen, dass sich mit der Zeit die Zahl derartiger Rückfälle sich verringert. Das Wichtigste ist aber: uns ist völlig klar, dass der Verlauf der Untersuchung voll und ganz von uns selbst abhängt.

**A.Oganessjan:** Auf die europäischen Angelegenheiten zurückgreifend möchte ich fragen: Wie verlaufen die Verhandlungen über die Visabedingungen zwischen Russland und Europa?

**A. Denissow:** Ich möchte darauf hinweisen, dass die Ausstellung von Visen für europäische Länder nach der Unterzeichnung des Abkommens zwischen Russland und den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union im Jahre 2006 wesentlich leichter geworden ist. Es ist leichter geworden, Visen ausgestellt zu bekommen, deren Gültigkeitsdauer sich verlängert hat. Erweitert hat sich die Kategorie von Personen, denen diese Visen in einem vergünstigten Verfahren gewährt werden.

Vorgesehen ist eine gewisse Progression. Sagen wir: wenn der Mensch zum ersten Mal in ein europäisches Land einreisen möchte, wird ihm ein Visum für den einmaligen Besuch ausgestellt. Wenn er eine positive Geschichte seiner Beziehungen mit Europa hat, wird ihm beim nächsten Mal bereits leichter fallen, ein Visum für den zweifachen Besuch und später auch ein Mehrfachvisum zu bekommen.

Was den visafreien Verkehr anbelangt, so haben wir wiederholt gesagt, dass wir dazu bereit sind. Nicht bereit sind dazu unsere Partner in Europa. Der Dialog dauert an, das ist nicht einfach eine politische Lösung: die Abschaffung des Visumzwangs über Nacht zu beschliessen. Das ist ein recht aufwendiges Programm, ein ganzer Komplex von Massnahmen. Er hängt mit der Gewährleistung einer zuverlässigen Grenzkontrolle — sowohl bei uns als auch bei unseren Partnern — mit der Unterzeichnung von Dokumenten über die Readmission. Also gibt es noch eine ganze Reihe von Fragen, die wir lösen müssen. Wollen wir Geduld aufbringen.

**Schlüsselwörter:** Periode der Instabilität, Libyen, Sicherheitsrat, UNO, Syrien, BRICS, Raketenabwehr, visafreier Verkehr.

Vuk JEREMIC

Minister für Auswärtige Angelegenheiten Serbiens



## RUSSLAND UND SERBIEN: ACHT JAHRHUNDERTE GESCHICHTE

**D**er erste Grossfürst der Serben — Stefan Nemanja — beschenkte die Nation mit drei Söhnen. Im Jahre 1193 begegnete der jüngere Sohn Rastko im Alter von 18 Jahren dem russischen Mönch vom Heiligen Berg Athos. Gemeinsam verliessen sie Serbien und begaben sich zum russischen Kloster des Heiligen Pantaleon am Heiligen Berg Athos. Dort entschloss sich Rastko, sein Leben dem Dienst an Gott zu widmen. Der Russische Vorsteher des Klosters weihte den jungen Fürsten Rastko zum Mönch ein und gab ihm den Namen Sava. Diese Mönchweihe versinnbildlicht die geistige Wiedergeburt der Serben, weil sich Sava zu der Serbisch-Orthodoxe Kirche bekannte und sie in unser Nationalbewusstsein einführte.

Sava erkannte ebenfalls recht schnell die Bedeutung der Bildung nationaler staatlicher Institute: er wurde zum Autor unserer ersten schriftlichen Verfassung. Das im Jahre 1219 veröffentlichte Lenkbuch (Rechtskodex) ist auch unter der Bezeichnung Nomokanon (Kirchengesetzbuch) bekannt und unmittelbar zu einem Dokument geworden, das einen starken Einfluss auf die ganze slawische Welt ausgeübt hat. Im Jahre 1274 verkündete die Russisch-Orthodoxe Kirche auf der Kirchenversammlung von Wladimir den Rechtskodex Nomokanon zum einzigen kanonisch beschlossenen Kirchengesetzesbuch. Die Kirchen benutzten den Kodex bis zum 20. Jahrhunderte.

Sava schrieb: „Der Glaube kann uns retten nur zusammen mit guten Taten und durch diese Taten“. Eine solche edle Vermengung bildet eine Art Kernstück der



slawischen Seele orthodoxen Glaubens. Sie vereinigt unsere zwei Nationen — die serbische und die russische — zur gemeinsamen Kultur, die etwas mehr als einfach eine Verschmelzung von Traditionen darstellt. Sie trägt einen tiefgreifenden emotionellen Charakter, auf der Ebene von Gefühlen und Instinkten, formt die Persönlichkeit und schafft eine ewige Grundlage für unvergängliche Einigkeit. Das beinhaltet der Begriff „Sobornostj“ — der Zusammenhalt von Glaubensgenossen. Die Bedeutung dieses urslawischen Begriffs ist unseren zwei Völkern wohl bekannt.

Unsere Völker massen der Kunst immer schon eine ausserordentlich grosse Bedeutung bei. Für uns sind Dichtung, Literatur, Musik und Theater Äusserungen der Seele, die in das Gewebe unserer nationalen Identität untrennbar eingebunden sind. Mit noch grösserer Kraft gilt das für die Russische Kirche und die Serbische Kirche, die als Bewahrerinnen unserer engsten Bindungen wiederholt aufgetreten sind. Unser gemeinsamer Glaube festigt sich dadurch, dass wir nach wie vor in einer Sprache beten, die gleichen liturgischen Bücher benutzen und die gemeinsamen Heiligen ehren. Die in Belgrad am 1. April stattgefundene Premiere des Oratoriums „Passionsgeschichte von Matheus“, komponiert vom Vorsitzenden der Abteilung für kirchliche Aussenverbindungen des Moskauer Patriarchats, dem Metropoliten von Wolokolamsk, Illarion, diente als eine lebendige Erinnerung an diese brüderliche Verbundenheit.

Unsere Beziehungen haben eine lange Geschichte. In Serbien pflegen wir ehrenvoll die Erinnerung an unsere Landsleute, die einen Beitrag zur Entwicklung Russlands geleistet haben. Ein serbischer Architekt erstellte im Jahre 1345 das Projekt der Kirche zur Verklärung Christi bei Kowaljow im Gebiet Nowgorod. Im Jahre 1380 schmückte ein serbischer Ikonenmaler diese Kirche mit herrlichen Fresken. Einige Jahrzehnte später — im Jahre 1404 — wurde ein serbischer Mönch aus dem Kloster Hilandar beauftragt, die erste mechanische Uhr in Russland herzustellen. Seit vielen Jahrhunderten dienen die Glocken dieser Uhr am Spasski-Turm des Kremls als der Hauptzeitmesser der Zeit in Russland.

Serbien gedenkt Zehntausende seiner Landsleute, die während der Grossen Umsiedlung der Serben, die im Jahre 1690 eingesetzt hat, nach Russland gegangen sind. Einer von ihnen war der Fürst Sawwa Lukitsch Wladislawitsch-Ragusinski. Er trat in Dienste des Zaren Peter I., diente als russischer Botschafter in Rom, dann in Konstantinopel, brachte den Vorfahren Puschkins — Ibragim Gannibal — nach Sankt Petersburg. Aber besonders berühmt wurde er im Zusammenhang mit dem Vertrag von Kjachta aus dem Jahre 1727, der die Beziehungen zwischen Russland und China bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts regelte. Der Vertrag legte die Grenze zwischen den zwei grossen Ländern fest, und, was besonders wichtig ist, wurden für Russland günstigere — im Vergleich zu anderen europäischen Ländern — Bedingungen des Handels mit dem Reich der Mitte festgelegt.

Ein anderer russische Serbe — Michail Andrejewitsch Miloradowitsch — ist ein General, der in den berühmten Schlachten im Krieg gegen Napoleon eine herausragende Rolle gespielt hat. Für seine Verdienste wurde ihm — dem ersten Menschen in Russland — das Recht zuerkannt, an der Schulter das Ehrenzeichen des Zaren Alexander I. zu tragen. Nach dem Dienst als Kommandeur eines Garde-Korps wurde er zum General-Gouverneur von Sankt Petersburg ernannt. Die Zeitgenossen kannten ihn als einen besonders freigebigen Gönner der Kulturschaffenden.

Serbien schätzt auch den Umstand, dass der russische Priester Maxim Suworow im Jahre 1727 nach Belgrad gekommen ist und dort die erste Schule gegründet hat. Mit grosser Herzenswärme erinnern wir uns daran, dass A.S. Puschkin Poeme geschrieben hat, die den Führern des ersten und des zweiten serbischen Aufstandes — Karageorg und dem Fürsten Milos — gewidmet worden sind. Wohl bekannt ist auch, dass Lew Tolstoi der handelnden Person Wronski den Charakter von Nikolai Nikolajewitsch Rajewski zugrundelegte, eines russischen Helden, der sich als Freiwilliger am Kampf der Serben gegen die Ottomanische Türkei beteiligt hatte und im Jahre 1876 ums Leben gekommen war.

Russland war — im Laufe der ganzen Geschichte — ein treuer Verbündeter Serbiens. Während unseres Kampfes gegen die Türken war beispielsweise die Unterstützung Russlands von entscheidender Bedeutung. Im November 1804 empfing der russische Aussenminister, Fürst Adam Tschartoryiski — als erster in der Geschichte — eine offizielle Delegation unseres Landes. Als es galt, den Frieden mit der Porta zu festigen, erwies Russland ohne Schwankungen eine Unterstützung. Im Jahre 1830 — acht Jahre vor der Herstellung diplomatischer Beziehungen — wurde der Zar Nikolai I. zum ersten unter den Herrschern, die den serbischen Vertretern Audienz gewährt hatten.

In den zwei Weltkriegen des 20. Jahrhunderts waren wir auch zuverlässige Verbündete. Unmöglich ist, der Vergessenheit den Umstand anheimfallen zu lassen, dass Russland in Beantwortung der österreichisch-ungarischen Aggression gegen Serbien im Sommer 1914 in den Ersten Weltkrieg getreten war. Im Herbst des nächsten Jahres war unsere — in Kämpfen erschöpfte — Armee unter Führung des 72 jährigen Königs Peter I. gezwungen, einen langen Rückzug über Albanien zum Ionischen Meer anzutreten. Im Januar 1916 versammelten sich etwa 100000 Serben am ungastlichen Ufer dieses Meeres. Dabei wurde der Beschluss der Engländer und der Franzosen, Schiffe zu entsenden, um die Serben zu einem gefahrlosen Ort zu bringen, unter dem Druck des Zaren Nikolai II. gefasst. Er schickte nach London und Paris Telegramme folgenden Inhalts: „Wenn unsere Verbündeten die serbischen Kräfte, die an der Küste Albaniens eingekesselt sind, nicht retten, wird Russland aus dem Krieg austreten“. Das Ergebnis war die Rettung unserer Armee und deren Evakuierung auf die griechische Insel Korfu. Nach einer Umgruppierung brach diese Armee auf, um Serbien zu befreien.

Im Ergebnis der bolschewistischen Revolution fanden rund 100000 russische Emigranten in Serbien ihr neues Zuhause. Unter ihnen waren P. Wrangel und der Vorsitzende der Russischen Staatsduma M. Rodsjanko (1911-1917). Der ganze Heilige Synod der Russisch-Orthodoxen Kirche im Ausland mit dem Metropoliten von Kiew, Anton (Chrapowizki) liess sich auf Einladung des Patriarchen von Serbien, Dmitri, in der serbischen Stadt Sremski Karlovci nieder. Der unlängst kanonisierte Ioann (Maximowitsch) Wundertäter lebte mehr als zehn Jahre in Belgrad nach der Absolvierung der theologischen Fakultät im Jahre 1925. Später — im Jahre 1934 — wurde er zum Bischof von Schanghai ernannt. Viele russische Wissenschaftler, Künstler und Ingenieure leisteten ihren Beitrag zur Entwicklung Serbiens. Besonders bemerkenswert war dieser Beitrag in der Architektur. Viele herrliche Bauten in Belgrad, darunter der Sitz des Belgrader Patriarchats, die königlichen Paläste und das Gebäude des Generalstabs, wurden nach Entwürfen russischer Architekten erbaut. Der begabteste unter denjenigen Russen, die in Serbien arbeiteten, war Nikolai Krasnow. Er projektierte das Gebäude der Regierung und das Gebäude des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten, dessen Errichtung im Jahre 1929 abgeschlossen wurde.

Wichtige Hilfe erwies uns die Rote Armee bei der Vertreibung der Nazis aus Serbien während des Zweiten Weltkrieges. Präsident D. Medwedew besuchte Belgrad am 20. Oktober 2009, um den 65. Jahrestag der Befreiung Belgrads durch sowjetische Soldaten zu begehen. An jenem Tag trat er als erster unter den ausländischen Staatsmännern in der Nationalversammlung auf und unterstrich die Bedeutung dieses Datums, das er als „einen unabdingbaren Bestandteil unserer gemeinsamen Geschichte“ bezeichnete.

Sechs Monate später — am 9. Mai 2010 — hatte ich die Ehre, den Präsidenten B. Tadic nach Moskau zu begleiten, um den 65. Jahrestag des Sieges über den Faschismus mitzufeiern. Das Bekenntnis zu antifaschistischen Werten ist dem allgemeinen Bewusstsein unserer Völker eigen. Für sich selbst sprechen die Zahlen der Verluste, die unsere Völker durch die „Achsenmächte“ und Kollaborateure erleiden mussten, die unvorstellbaren Leiden in den schrecklichen Jahren des Zweiten Weltkrieges. Grosse Aufmerksamkeit wurde diesen Tatsachen auch während des Besuchs des Premierministers Wladimir Putin in Belgrad geschenkt. Sowohl er als auch Boris Tadic sprachen von der Treue zur weiteren Entwicklung enger bilateraler Beziehungen im 21. Jahrhundert.

Besondere Aufmerksamkeit galt der Vergrößerung des Handels und der Investitionen. Präsident B. Tadic sagte: „Es gibt keine Höchstgrenze für den Stand der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern“. Er betonte, dass im Jahre 2009 die russische Hilfe in Höhe von 200 Millionen US-Dollar den Serben geholfen hat, die schwierigsten Folgen der Weltwirtschaftskrise zu überwinden.

Infolgedessen sind die Kennziffern unserer bilateralen Warenaustausches wesentlich gewachsen: fast um ein Viertel im vorigen Jahr, während unser Export um 55 Prozent zunahm.

Die Zahlen werden auch weiterhin wachsen. Beginnen wird die etappenweise Realisierung der Vorschläge Moskaus, uns eine Anleihe in Höhe von 800 Millionen US-Dollar für die Modernisierung der serbischen Infrastruktur zu gewähren. Die Hauptbetonung wird auf das System der Eisenbahnverbindungen gelegt.

Der Status Russland als des führenden wirtschaftlichen Partners Serbiens äussert sich ganz besonders in unserer bilateralen strategischen Partnerschaft auf dem Gebiet der Energieversorgung. Die Firma "Gaspromneftj" erwarb im Jahre 2009 ein grösseres Paket der Aktien unserer Erdölgesellschaft „NIS“, die früher dem Staat gehört hatte, und kündigte Investitionen in Höhe von 500 Millionen Euro für die Pläne der Modernisierung an. Die Spitzengesellschaft schickt sich an, weitere 500 Millionen bis zum Jahresende zu investieren.

Ein weiteres Ergebnis unserer strategischen Partnerschaft auf dem Gebiet der Energiewirtschaft war die Teilnahme Serbiens an der Erdgasleitung „Südstrom“. Während des Besuchs des Premierministers Wladimir Putin bestätigten die Vertreter von "Gasprom" in Belgrad, dass der Bau der Erdgasleitung „Südstrom“, deren Abschnitt von 450 Kilometern Länge auf dem Territorium Serbiens verlaufen soll, im Dezember 2015 fertiggestellt sein wird. Dieses Projekt wird der Zufriedenstellung unserer Bedürfnisse in den kommenden Jahrzehnten dienen und dem Land stabile Einnahmen in Höhe von mehreren Hundert Millionen US-Dollar für die Bezahlung des Transits sichern. In breiterer Hinsicht wird der „Südstrom“ helfen, die Wege der Versorgung Mitteleuropas mit Erdgas zu diversifizieren, die Transitkapazitäten zu modernisieren und auf diese Weise die Sicherheit der Energieversorgung der Alten Welt zu festigen.

Ein weiteres positives Projekt für ganz Südosteuropa wird die Gründung eines Zentrums für humanitäre Schnellhilfe in der serbischen Stadt Nis sein. Das serbische Ministerium für innere Angelegenheiten und das russische Innenministerium beschlossen, ein modernes Zentrum für die zeitliche Optimierung der Hilfeleistung bei naturbezogenen und technogenen Katastrophen zu bauen, den Mechanismus des regionalen Zusammenwirkens einzurichten und Bedingungen für die Retter zu schaffen. Bei der Durchführung von Such- und Rettungsoperationen, bei der dringenden humanitären Hilfeleistung, bei der Evakuierung der Bevölkerung und bei der Bekämpfung von Waldbränden wird das Zentrum eine Stütze sein. Beabsichtigt wird, dass an dieser Arbeit auch andere Länder der Region teilnehmen werden. Damit wird dem Projekt ein umfassenderer internationaler Charakter verliehen.

Die Identität unseres Herangehens an regionale Fragen wird auch eine umfassendere Abstimmung von Ansichten über Fragen des internationalen Lebens

fördern. Präsident B. Tadic sprach — während der gemeinsamen mit W. Putin Pressekonferenz am 23. März dieses Jahres — davon, dass sich unsere Länder auf der höchsten Ebene des Einvernehmens in allen Bereichen der internationalen Politik befinden.

Serbien schenkt besondere Aufmerksamkeit der Initiative des Präsidenten D. Medwedew, einen Vertrag über die europäische Sicherheit auf Grund eines allseitigen, unzertrennlichen Konsensherangehens an die Sicherheit in der Europäischen Region und in der Euroasiatischen Region mit juristisch bindenden Garantien für alle abzuschliessen. Das entspricht der strikten Neutralität Serbiens, die in der Resolution der Nationalversammlung aus dem Dezember 2007 verankert worden ist.

Unsere Länder pflegen das gleiche Herangehen auch an das System der UNO. Die Ziele und Prinzipien der UNO-Charta bestimmen für uns den Rahmen eines in der internationalen Arena zulässigen Verhaltens. Serbien betrachtet den UNO-Sicherheitsrat als ein Organ, dem die Hauptverantwortung für die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit obliegt.

Dankbar sind wir Russland für seine unerschütterliche Unterstützung in der Frage, die für unsere Nation von fundamentaler Bedeutung ist. Es handelt sich um einen Versuch der Behörden, die aus ethnischen Albanern bestehen, die südliche Provinz Kosovo und Metochien abzutrennen. Dieses Thema wird während des Mitte April bevorstehenden Besuchs des Aussenministers S. Lawrow besonders wichtig sein.

Wie auch für andere Mitgliedsstaaten der UNO ist für Serbien die Bewahrung der Souveränität und der territorialen Integrität fundamentales Nationalinteresse. Unser Standpunkt bezüglich des am 17. Februar 2008 unternommenen Versuchs der Behörden, die aus ethnischen Albanern bestehen, Kosovo abzutrennen, bleibt unverändert. Ihre einseitige Unabhängigkeitserklärung — und sei es offen oder nicht offen — erkennen wir nicht an.

Präsident D. Medwedew sagte in seiner Ansprache vor der Nationalversammlung unmissverständlich, dass Russland bereit ist, Serbien die ganze erforderliche Hilfe im Hinblick darauf zu gewähren, was seine nationalen Interessen anbelangt. Vor einigen Wochen sprach Premierminister W. Putin die gleichen Worte aus. Er sagte: Wir gehen von folgendem aus: Was den Interessen Serbiens entspricht, entspricht auch den Interessen der Russischen Föderation.

Basiswert einer verantwortlichen Politik im 21. Jahrhundert ist der Verzicht auf einseitige Handlungen bei der Lösung ethnischer Konflikte. Die separatistischen Behörden von Priština verwarfen dieses Prinzip und schufen damit einen gefährlichen Präzedenzfall mit nicht vorsehbaren Folgen für das System der internationalen Beziehungen. Um einen Schritt weg vom Abgrund zu machen, wird ein Zwang zum Einvernehmen gebraucht.

Nur auf Grund eines Konsensprinzips kann man kreative Lösungen erzielen, um das Unvereinbare zu vereinigen. Unsere Politik im Hinblick auf Kosovo betonte immer die Notwendigkeit, einen strategischen Kompromiss zu erreichen. Das im September des vorigen Jahres verkündete Konsultativgutachten bewertete direkt die einseitige Verkündung der Unabhängigkeit nur als einen „Versuch, den Status von Kosovo endgültig festzulegen“, und führte zu dem Ergebnis, dass die Welt den Dialog als den einzigen Weg zum Frieden in Kosovo mit Beifall unterstützte.

Die Verhandlungen fingen unlängst an. Die Demonstration gutwilliger Absichten beiderseits würde die Tür zur Erzielung praktischer Massnahmen im Interesse aller Einwohner öffnen. Von unserem Standpunkt aus setzt sich der Dialog auch das Ziel, eine allseitige Regelung in Kosovo zu erreichen, die für alle Seiten — in Übereinstimmung mit der Resolution des Sicherheitsrates 1244 (1999) — annehmbar wäre.

Jedes beliebige Abkommen muss vom Sicherheitsrat gebilligt werden, dessen zentrale und führende Rolle bei der Festlegung des endgültigen Status der Provinz erstrangig bleibt. Nur ein solches Ergebnis kann legitim und stabil sein, weil in diesem Fall Meinungsverschiedenheiten zwischen den UNO-Mitgliedsländern aufgehoben und praktische Richtungen für die Anwendung von Anstrengungen bei der Festlegung des Rahmens der Selbstbestimmung erarbeitet werden können.

Serbien wird sich nach wie vor auf die russische Unterstützung verlassen, um die ganze Wahrheit bezüglich der Anschuldigungen öffentlicher Persönlichkeiten aufzudecken, dass diese in die organisierte Kriminalität und in Kriegsverbrechen, einschliesslich des Handels mit menschlichen Organen, vor, während und nach den NATO-Luftangriffen im Jahre 1999 einbezogen worden sind. Diese schrecklichen Verbrechen waren im jüngsten Bericht „Die unmenschliche Behandlung von Menschen und der gesetzwidrige Handel mit menschlichen Organen in Kosovo“ beschrieben worden, auf dessen Grundlage eine Resolution der Parlamentarischen Versammlung des Europarates beschlossen wurde. Dankbar sind wir Russland für die Unterstützung des Appells Serbiens an den Sicherheitsrat mit der Forderung, einen Mechanismus für die allseitige juristische Untersuchung ad hoc zu bilden, wie es auch in allen vorangegangenen Fällen geschehen ist, die mit dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien zusammenhängen, zu welchen Konfliktseiten die Schuldigen auch gehören und unabhängig davon, welche politische Rolle sie spielen. Nur wenn wir die Konsequenz bewahren und über den Sicherheitsrat wirken, können wir die Anwendung des Prinzips doppelter Standards bei der Ausübung des Völkerrechts vermeiden.

Serbien fasste den strategischen Entschluss, an die nationale Entwicklung über den Prozess der europäischen Integration heranzugehen. Aber „Europa“ bedeutet

für uns nicht nur den Beitritt zur Europäischen Union, sondern vor allem den Aufbau einer europäischen Gesellschaft mit der Betonung auf Modernisierung und Innovation. Wie auch Russland hat Serbien seine Aufmerksamkeit für die Wiederherstellung des Reformgeistes verstärkt, was Verantwortung, Transparenz und Rechenschaftspflicht als unabdingbare Komponenten der langfristigen Gesundheit der Nation voraussetzt.

Der Aufbau der europäischen Gesellschaft stellt den Weg Serbiens zum Aufblühen in der Welt, zum Aufräumen im eigenen Zuhause und zur Gewährleistung des Erfolgs dar. Ich erwarte, dass die europäische Integration auch unseren Beziehungen neue Massstäbe verliehen wird. Sie wird für Moskau nicht nur einen richtigen Freund in Brüssel beschern und den Zugang Russlands zum gesamteuropäischen Markt verbessern, sondern auch zu einer Vertiefung der gegenseitigen Verständigung und der Zusammenarbeit zwischen Russland und der Europäischen Union führen.

Der grosse russische Schriftsteller Fjodor Dostojewski stellte einmal fest, dass die Russen zwei Heimatländer haben: Russland und Europa. Diese Herangehensweise ist gleichermassen auch für uns richtig, weil wir, Serben, zwei Heimatländer haben: Serbien und Europa. Eine solche Denkweise eröffnet grosse Möglichkeiten für die Beschleunigung unserer Entwicklung im 21. Jahrhundert.

Völlig überzeugt bin ich, dass die 800 Jahre lang währenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren zwei Völkern auch weiterhin die Prüfung durch die Zeit bestehen würden. Kaum möglich ist es, die Tiefe unserer brüderlichen Verbindungen aufrichtiger zum Ausdruck zu bringen, als es Fjodor Dostojewski getan hat. Er schrieb, dass der grosse russische Geist in der Seele der serbischen Nation bleiben wird, weil das russische Blut in der serbischen Erde bleibt. Daraus wird die serbische Ehre wieder auferstehen. Und die Serben werden nie vergessen, dass die russische Hilfe uneigennützig war, dass die Russen, die für Serbien fielen, nicht in der Absicht starben, Serbien zu bezwingen.

Welche Transformationen, Reformen und Meuten die Welt auch erleben mag, werden die besonderen Beziehungen zwischen Russland und Serbien genau so stabil, unverändert und fest bleiben wie an jenem Tag, als der Fürst Rastko — dank dem russischen Vorsteher des Klosters auf dem Heiligen Berg Athos — zum Mönch Sava geworden ist.

**Schlüsselwörter:** Russland, Serbien, D. Medwedew, B. Tadic.

Sergej RJABKOW

Stellvertreter des Ministers für Auswärtige  
Angelegenheiten Russlands

Sryabkov@mid.ru



## RUSSLAND UND AMERIKA: FRAGEN WIE START-III, RAKETENABWEHR, AFGHANISCHER RAUSCHGIFTSCHMUGGEL UND NICHT NUR...\*

**A**rmen Oganessjan, Chefredakteur der Zeitschrift „Internationales Leben“: Das Jahr 2011 ist für die russisch-amerikanischen Beziehungen vor allem durch den Abschluss des Prozesses zur Ratifizierung des Vertrages START-3 bezeichnend. Wie reagiert man in Moskau auf die amerikanische Resolution, die den Ratifizierungsprozess begleitet?

**Sergej Rjabkow:** Der Verlauf der Erörterung des Vertrages im Senat nahm eine geraume Zeit ein, doch war das für uns keine Überraschung. Etwas beunruhigend war, als gewisse Politiker in den USA, darunter auch amtierende Senatoren, sich Mühe gaben, nicht nur ihre Interpretation einiger Vertragsbestimmungen zum Besten zu geben, sondern auch den Wortlaut selbst nachzukorrigieren. Glücklicherweise kam es dazu nicht, und man muss schon den Bemühungen der Administration Obama Gerechtigkeit widerfahren lassen, die ihre sämtlichen politischen Ressourcen mobilisierte, um die Zweifler und diejenigen, die Widersprüche erhoben, von der Wichtigkeit des Dokuments, von seiner Nützlichkeit vom Standpunkt der Interessen der Sicherheit der USA aus zu überzeugen. An diese Arbeit wurden bedeutende Kräfte herangezogen: sowohl ehemalige Aussenminister

---

\* Der Beitrag wird im Rahmen des Projekts der Rundfunkgesellschaft „Stimme Russlands“ „Visavis mit der Welt“ veröffentlicht. [www.vizavi.ruvr.ru](http://www.vizavi.ruvr.ru)



als auch ehemalige Verteidigungsminister der USA und Assistenten von US-Präsidenten für nationale Sicherheit. Dabei nicht nur aus der demokratischen Administrationen, sondern auch aus den Reihen der Republikaner.

Im Ergebnis wurde der Vertrag ratifiziert. Aber gleichzeitig wurde auch eine Resolution beschlossen, in der eine ganze Reihe von Deutungen und Interpretationen hinsichtlich dessen enthalten sind, was dieser Vertrag bedeutet und wie die Administration ihn erfüllen soll. Bei weitem nicht alles in dieser Resolution stellt uns zufrieden. Unternommen wurde der Versuch, wenn schon nicht den Wortlaut selbst umzuschreiben, dann einen gewissen Rahmen für die Arbeit an Fragen zu setzen, die sich in einer Reihe von Fällen besonders schwierig und kompliziert im Zuge der Abstimmung des Dokumentes ausfielen. Die Situation löste in Moskau viel Aufsehen aus. Geleistet wurde eine analytische Arbeit. Abgeordnete der Staatsduma wandten sich mit Anfragen an das Aussenministeriums, wir lieferten unsere Kommentare und unsere Überlegungen, wie man das alles auffassen soll.

**A. Oganessjan:** Aber der Wortlaut des Vertrages ist erhalten geblieben? Er kann doch nicht einer Erosion durch die Resolution ausgesetzt sein, die in den US beschlossen worden ist?

**S. Rjabkow:** Nein, das kann er nicht. Wenn die Amerikaner kraft ihrer eigenen Vorstellungen von der Zulässigkeit — vom Standpunkt des Völkerrechts und ihrer nationalen Gesetzgebung aus — den Weg einer Veränderung des Wortlauts betreten hätten, wäre das eigentlich ein Todesurteil für das Dokument selbst gewesen. Geboren wurde der Vertrag um den Preis ernsthafter Bemühungen beiderseits. Das ist ein überaus feiner Kompromiss, eine ausgewogene Bilanz gegenseitiger — was ich betonen möchte — Zugeständnisse. Eine Reihe von Formulierungen des Vertrages wurde im Zuge mehrmonatiger Verhandlungen auf unterschiedlichen Ebenen ausgearbeitet. Unter anderem auf der Ebene der Präsidenten unserer Länder, was an sich beispiellos ist. Und es wäre einfach unvorstellbar, den Wortlaut zu präparieren und zu berichtigen. Das ist nicht geschehen: der Vertrag blieb in unveränderter Form und wird in Übereinstimmung mit dem verwirklicht werden, was in ihm steht, mit allen Protokollen und mit allen Anlagen.

Das ist ein ernsthaftes Ergebnis, das der russischen Seite — auf der Ebene des Präsidenten der Russischen Föderation und des Aussenministers der Russischen Föderation — erlaubte, diesem Beschluss der amerikanischen Senatoren — gleich nach der Verabschiedung der Ratifizierungsresolution durch den Senat — eine positive Einschätzung zu geben. Weiter kommt die Frage der Deutungen, weil es im Wortlaut Formulierungen gibt, die unterschiedliche Interpretationen — theoretisch — zulassen. Aber eben darin besteht die Natur der Diplomatie: vom Erreichten auszugehen und weiter zu marschieren. Interpretationen können unterschiedlich sein, aber man muss einfach nach einem gemeinsamer Nenner in diesen strittigen Fragen suchen.

**A. Oganessjan:** Wie haben darauf unsere Parlamentarier reagiert?

**S. Rjabkow:** Angesammelt haben sich etwa zehn Fragen, die von unseren Abgeordneten eine bestimmte Reaktion verlangten. Wollen wir mit der Präambel beginnen: sie enthält einen nicht unbekanntenen Hinweis auf den Zusammenhang zwischen den strategischen Angriffswaffen und den strategischen Verteidigungswaffen. Das Vorhandensein dieser gegenseitigen Verbindung im Wortlaut des Vertrages war für uns die zweifelsfreie Voraussetzung, die unbedingte Anforderung an den Abschluss des Prozesses der Arbeit am Dokument. Ohne eine solche Formulierung hätte der Vertrag einfach nicht zustande gekommen. Die Senatoren unternahmen im Text der amerikanischen Resolution den Versuch, den juristisch bindenden Charakter dieses Zusammenhangs in Zweifel zu ziehen. Versuche dieser Art verlangen eine Antwort.

Der Vertrag ist ein einheitliches Ganzes, er kann nicht zergliedert werden, während seine sämtlichen Komponenten juristisch bindend sind.

Es gibt eine solche Frage wie die Perspektive eines Vertrages zur Verringerung strategischer Waffen in Nichtnuklearausrüstung. Während der Arbeit am Dokument betonte die russische Seite, dass die strategischen Angriffswaffen, die nicht mit Nukleargefechtsköpfen, sondern mit herkömmlichen Gefechtsköpfen ausgerüstet sind, einen höchst destabilisierenden Typ der Rüstungen darstellen. Man kann unmöglich, auf Entfernung von 5000 bis 10000 Kilometer zu erkennen, welcher Gefechtskopf im Waffensystem installiert ist, das über eine Interkontinentalreichweite verfügt. Die Senatoren verlangten eigentlich eine unaufhaltsame, durch nichts begrenzte Entwicklung dieser Systeme.

Das gleiche gilt für den Aufbau des amerikanischen Raketenabwehrsystems in globalem Massstab, und das ist auch als eine Bedingung der Erfüllung des Vertrages zur Verringerung strategischer Waffen (START) vorgeschrieben. Sagen wir, es gibt Forderungen, die damit zusammenhängen, dass im Laufe eines Jahres nach dem Inkrafttreten des Vertrages die Verhandlungen mit der Russischen Föderation über taktische Atomwaffen beginnen, das heisst über vorstrategische Nuklearwaffen. Das letzte Moment bezieht sich überhaupt nicht auf den Gegenstand des Vertrages, und das Auftauchen der entsprechenden Formulierung im Text der amerikanischen Ratifizierungsresolution verlangt eine Antwort. Das heisst, für all diese Punkte, aber auch für viele andere Punkte werden unvermeidlich andere Interpretationen im Hinblick darauf gegeben sein, wo wir uns jetzt im Dialog mit den USA befinden, und, was besonders wichtig ist, wohin wir uns bewegen sollen. Möglich sind Gegeninterpretationen, die die einseitigen amerikanischen Auslegungen ausgleichen.

**A. Oganessjan:** Könnte man sagen, dass im Jahre 2010 unseren Ländern gelungen war, ihre Beziehungen grundlegend zu verbessern und zu einem konstruktiven Dialog und zur Zusammenarbeit überzugehen?

**S. Rjabkow:** Eindeutig kann ich sagen: uns ist es gelungen, unsere Beziehungen zu verbessern. Aber inwieweit diese Veränderungen zum Besseren grundsätzlich sind, inwieweit sie als kardinal charakterisiert werden können, da lohnt es sich, diese Frage zusätzlich zu besprechen. Ich glaube, wir haben vorerst die Etappe noch nicht passiert, wenn man mit Überzeugung von einer stabilen positiven Politik reden kann. In der zweiten Hälfte des Jahres 2010 entstanden wiederholt Situationen, als wir mit den Rezidiven früherer Herangehensweisen der amerikanischen Seite bezüglich der Beziehungen mit Russland konfrontiert waren. Das hing auch mit Versuchen zusammen, die politischen Ergebnisse der Krise im Kaukasus im Jahre 2008 in Frage zu stellen und das rückgängig zu machen, was sich vom Standpunkt der Entstehung zweier neuer unabhängiger Staaten in dieser Region aus unmöglich ändern lässt. Streitigkeiten mit den Amerikanern hatten wir im Zuge der Vorbereitung auf das Gipfeltreffen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) in Astana. Streitigkeiten über Fragen, die mit den Menschenrechten zusammenhängen, dauerten an. Es gibt eine Realität, die sich nicht einfach verändern oder durch irgendwelche politisch-diplomatischen Anstrengungen abschaffen lässt. Aber das Positive bleibt, und die Dynamik ist im grossen und ganzen gut.

Im vorigen Jahr ist in den bilateralen Beziehungen eine neue wirtschaftliche Tagesordnung festgelegt worden. Es hat zahlreiche Besuche gegeben, Kontakte zwischen den amerikanischen Joint-Venture-Firmen und unseren Gesellschaften, die sich mit Innovationen befassen. Aufgekommen ist grosses Interesse für das Projekt Skolkowo. Viel Arbeit wird geleistet einfach im Rahmen der Kontakte zwischen den Business-Strukturen, in Fragen der Energie-Effizienz, neuer Raumfahrtprojekte u.a.m. Im grossen und ganzen wächst das Positive, ich würde nicht sagen, wie ein Schneeball, eher als ein Stalaktit, und vergrössert von Woche zu Woche seine Ausmasse. Der Ballast der Vergangenheit ist natürlich vorhanden, aber man muss sich von ihm erlösen; vorerst läuft alles nicht schlecht.

**A. Oganessjan:** Nach den Wahlen zum Kongress büsste Präsident Obama einen Teil seiner politischen Ressourcen ein. Inwieweit werden ihm durch diese Situation bei der Beschlussfassung die Hände gebunden sein?

**S. Rjabkow:** Jeder beliebige amerikanische Präsident ist während der zweiten Hälfte der vierjährigen Amtszeit mit einer Zuspitzung des Kampfes zwischen den Parteien konfrontiert. Das ist ein Gesetz des amerikanischen innenpolitischen Lebens. Für die jetzige Administration haben sich die Widersprüche zwischen den Parteien und der Kampf noch vor dieser Frist verschärft. Aber die Wahlen in den Kongress am 2. November 2010 demonstrierten im Prinzip keinen entscheidenden Sieg der Opposition. Die Republikaner übernahmen Kontrolle nur über das Unterhaus, wenn sie ihre Vertretung auch im Senat etwas erweiterten. Nichtsdestoweniger nahm der Grad der Konfrontation im Kongress nach den Wahlen zu. Wir glauben, dass die

Schärfe dieses Kampfes auch dann erhalten bleibt, wenn sowohl der Senat als auch das Repräsentantenhaus der neuen Zusammensetzung an die Arbeit gehen.

In Übereinstimmung mit der amerikanischen Verfassung ist der Präsident gezwungen, in Fragen der Aussenpolitik, insbesondere in Fragen der vertraglichen Beziehungen zur Aussenwelt, sehr eng mit dem Kongress, vor allem mit dem Senat, zusammenzuarbeiten. Darunter auch in den russischen Angelegenheiten, in solchen Fragen wie etwa die Abschaffung der Jackson–Vanik-Klausel (Jackson–Vanik-Amendment). Davon ist schon seit langem die Rede, doch kommt die Angelegenheit nicht vom Fleck. Viele Senatoren meinen, dass die Frage der Aufhebung dieser Klausel beinahe zu einem Referendum im Senat über die Beziehungen mit Russland wird.

Über das Innenthema, über Steuern und andere Fragen wurden bestimmte Kompromisse tatsächlich bereits erreicht. Die Administration nahm eine ausgewogene Mittellinie ein. Ich würde einen Vergleich mit der Administration Bill Clinton ziehen, die im Jahre 1994 eigentlich auf ähnliche Weise vorgegangen ist. Sie arbeitete ein Paket wirtschaftlicher Entscheidungen aus, die auf die Mobilisierung der Sympathien des politischen Zentrums der USA abzielten, in geringerer Abhängigkeit von der konkreten Parteizugehörigkeit, in grösserer Abhängigkeit davon, was der Mehrheit der Bevölkerung im Lande als optimal erscheint. Möglich, dass wir etwas Ähnliches auch weiterhin in der Linie Obamas sehen werden.

**A. Oganessjan:** Gestatten Sie, auf die Jackson-Vanik-Klausel zurückzukommen. Inwieweit sind die USA bereit, diesen Anachronismus in den russisch-amerikanischen Beziehungen zu überwinden?

**S. Rjabkow:** Die Administration hat vorerst keine gesetzgebende Initiative zugunsten der Abschaffung dieser Klausel unterbreitet. Wir dramatisieren diesen Umstand nicht. Es handelt sich um ein Problem, dessen Alter mehr als dreissig Jahre beträgt. Ich möchte daran erinnern, dass die Klausel unter dem Vorwand beschlossen wurde, dass in der Sowjetunion die Ausreise der Juden zu einem ständigen Wohnort in Israel eingeschränkt worden war. Die Sowjetunion existiert seit langem nicht mehr, und alle Juden, die damals eingeschränkt worden waren, reisten inzwischen aus. Zwischen Israel und Russland besteht das visafreie Verfahren gegenseitiger Besuche. Inzwischen lebt die Jackson–Vanik-Klausel weiter und gedeiht. Wie irgendein Gespenst greift diese Klausel nach den Händen neuer Generationen und stört bei der Arbeit. Das ist tatsächlich ein amerikanisches Problem. Ich traf mich im vorigen Jahr mit Vertretern amerikanischer jüdischer Organisationen, ich weiss, dass sich die Vertreter jüdischer Organisationen aus Russland mit amerikanischen Partnern trafen und die Absurdität dieser Situation erläuterten. Aber so ist wohl die politische Maschinerie in den USA konstruiert: Wenn eine einschränkende — eigentlich diskriminierende — Klausel besteht, die auf unser Land angewandt wird, so finden sich zahlreiche Vorwände, die mit

diesem Thema, aus dem all das resultiert, konkret nicht zusammenhängen, um nur diese Klausel nicht abzuschaffen. Ich hoffe, dass der gesunde Menschenverstand letzten Endes triumphiert und dies recht bald geschieht.

**A. Oganessjan:** Der START-III-Vertrag ist ratifiziert, was kommt aber weiter?

**S. Rjabkow:** Er wird in Aktion treten, und man wird sehen können, wie er arbeitet. Was weitere Schritte anbelangt, so beinhaltet die Tagesordnung, die wir mit den Amerikanern besprechen werden, alle Aspekte der strategischen Stabilität. Hier möchte ich in den Vordergrund die Raketenabwehr setzen und beziehe mich wieder einmal auf denselben Zusammenhang zwischen START und Raketenabwehr, den man im Vertrag verankert hat. Unter den Bedingungen einer mengenmässigen und qualitativen Verstärkung der amerikanischen Raketenabwehrsysteme kann das Schicksal dieses Vertrages selbst in Frage gestellt werden. Der Vertrag ist für zehn Jahre berechnet. Aber wird er bestehen bleiben? Werden wir nicht gezwungen sein, die einen oder anderen Beschlüsse über den möglichen Austritt aus diesem Vertrag zu fassen? Das hängt von der Politik ab, die die USA im Bereich der Raketenabwehr betreiben werden.

Wir haben zahlreiche Sujets für eine intensive Analyse und Erörterung mit den Amerikanern.

Im Bereich herkömmlicher Rüstungen müssen wir den Fortschritt in Richtung auf die Wiederherstellung der Lebensfähigkeit der Kontrollbedingungen in Europa fördern. Das ist ein unabdingbarer Teil der Festigung der allgemeinen Sicherheit und der strategischen Stabilität, weil die Nuklearwaffen in einem gewissen Masse auch ein Ausgleicher für die Missverhältnisse im Bereich herkömmlicher Rüstungen ist. Viele Länder gehen auf diese Weise an dieses Thema heran.

Schon im Rahmen der Anhörungen, die in der Staatsduma vor der Erörterung des Dokuments auf einer Plenarsitzung stattfanden, stiessen wir auf zahlreiche Fragen unserer Parlamentsabgeordneten darüber, auf welche Weise im amerikanischen Dokumente jene Nuklearwaffenarsenale berücksichtigt sind, über die die Verbündeten der USA, darunter Grossbritannien und Frankreich, verfügen. Denn: je niedriger der Stand der im Rahmen des Vertrages erlaubten Gefechtsköpfe und Waffenträger ist, um so grössere Bedeutung erlangen die entsprechenden Potentiale anderer Länder. Das heisst, dieser Umstand verwandelt sich in eine unabdingbare Forderung jeder weiteren verantwortungsvollen Bewegung auf dem Wege der Verringerung strategischer Waffen. Das ist ein kompliziertes Thema, und daran wird man viel arbeiten müssen. Ich bin überzeugt, dass wir noch wiederholt auf die Erörterung dieses Themas zurückkommen werden.

**A. Oganessjan:** Auf dem Gipfeltreffen der NATO in Lissabon unterbreitete Präsident D. Medwedjew den Vorschlag über den Aufbau eines gemeinsamen sektoralen Raketenabwehrsystems. Wie ist die Rolle Russlands und der USA

im möglichen künftigen Kompromiss zu dieser Frage, und haben die bilateralen Konsultationen mit den USA zu dieser Frage bereits begonnen?

**S. Rjabkow:** Die bilateralen Konsultationen mit den USA zu diesem Thema sind nie unterbrochen worden. Sie laufen recht intensiv auf verschiedenen Ebenen. Nicht allein das Aussenministerium Russlands, sondern auch die Kollegen aus dem militärischen Amt arbeiten tatkräftig mit den amerikanischen Partnern. Die Ideologie der Europäischen Raketenabwehr, wie sie vom Präsidenten der Russischen Föderation in Lissabon dargelegt worden ist, ist im Prinzip sehr begreiflich und muss — meiner Meinung nach — für die Partner verlockend sein. Wir schlagen vor, einen einheitlichen Raketenabwehrbereich vom Atlantik bis zum Ural zu bilden. Dmitri Rogosin, unser ständiger Vertreter bei der NATO, gebrauchte mehrmals die schöne und bildhafte Metapher über zwei Ritter, die mit dem Rücken zueinander stehen.

Die Verantwortung der Kommando-Kette und des Mechanismus zur Beschlussfassung — all die Fragen können erörtert und beim Vorhandensein des politischen Willens gelöst werden. Heute gilt es, zu begreifen, ob unsere Partner bereit sind, auf der gleichberechtigten, tatsächlich partnerschaftlichen Basis die Erörterung einer solchen Konfiguration mit Russland zu beginnen. Die Bewertungen der raketenbezogenen Herausforderungen und der raketenbezogenen Drohungen sind nicht identisch, aber die Alternative dazu, was unser Präsident vorgeschlagen hat, ist die Bildung eines Raketenabwehrsystems der NATO — vorwiegend auf Grund des amerikanischen Systems — mit dem Anschluss einzelner ressourcenmässigen Möglichkeiten der amerikanischen Verbündeten im Rahmen der Nordatlantischen Allianz. Schon kraft dieses Umstandes kann dieses System potenziell gegen die Russische Föderation ausgerichtet sein. Dieses System kann so aufgebaut werden, dass dies in einem gewissen Masse das Potential der russischen strategischen Nuklearkräfte entwerten kann, was natürlich unseren Sicherheitsinteressen widerspricht.

Ich wiederhole: die Frage besteht nicht darin, um sich heute schon in Verhandlungen über konkrete Einzelheiten der Architektur einer solchen Raketenabwehr zu stürzen, in Verhandlungen darüber, wer für welchen Sektor verantwortlich sein könnte, wie sich der Austausch von Informationen verlaufen würde. Das sind auch wichtige Dinge, die man nicht verwerfen darf. Auf der gegebenen Etappe ist es aber am wichtigsten, die politische Stellungnahme unserer NATO-Partner zu klären, vor allem die Einstellung unserer amerikanischen Partner zu dem Umstand, inwieweit sie bereit sind, dieses neue Modell ernsthaft zu prüfen.

**A. Oganessjan:** Nun, zu den Kernwaffenpotentialen Englands und Frankreichs. Können wir heute tatsächlich sagen, dass sie für Russland keine Gefahr darstellen?

S. Rjabkow: Wir haben schon längst erklärt, und das ist offiziell in Dokumenten festgelegt worden, dass Russland und die NATO einander nicht als Gegner empfinden.

Das Gipfeltreffen des Rates Russland — NATO in Lissabon setzte — in noch höherem Masse — das Pünktchen aufs „i“ in diesem recht empfindlichen Bereich. Das eine sind Absichten, das andere sind Potentiale. Wir Diplomaten benutzen diese Logik, wenn wir entsprechende Verhandlungen führen oder uns über derart wichtige Fragen beraten. Zumindest auf der jetzigen Etappe haben wir keine Pläne, etwas Ähnliches zu schaffen wie das etappenweise adaptive Schema zur Verstärkung der Möglichkeiten im Raketenabwehrbereich, das in den USA beschlossen worden ist und bereits verwirklicht wird. Welche Alternative kann hier für uns zu dem Vorschlag bestehen, den Präsident D. Medwedjew unterbreitet hat? Uns einfach ausgehend von der sich verändernden Situation bezüglich vollzogener Tatsachen orientieren?

Natürlich wird eine solche Entwicklung uns nicht zugute kommen. Sie wird eine Anspannung der Kräfte bedeuten. Und die führenden Repräsentanten unseres Staates warnten wiederholt: Wenn irgendwelche Fortschritte bei der Suche nach gegenseitiger Verständigung bezüglich der Raketenabwehr fehlen, wenn eine partnerschaftliche Grundlage für Zusammenarbeit ausbleibt, verbleibt uns keine andere Wahl, als Beschlüsse zur Verstärkung der Offensivkräfte zu fassen. Das ist absolut nicht jenes Szenarium, das man realisieren möchte. Gerade deshalb erklärten wir, dass man zusammenarbeiten muss, aber gleichberechtigt zusammenarbeiten, obwohl wir uns auch nicht vom Umstand abstrahieren dürfen, dass die Potentiale der Verbündeten der USA vorhanden sind.

**A. Oganessjan:** Welche Rolle können Russland und die USA bei der Regelung der Situation auf der Halbinsel Korea spielen? Leider ist es nicht gelungen, einen Konsens im Rahmen der — auf Anregung Russlands stattgefundenen — Sitzung des UNO-Sicherheitsrates zu finden. Besteht die Hoffnung, dass der Standpunkt Russlands dennoch in Washington Verständnis findet?

**S. Rjabkow:** Über die Situation auf der Halbinsel Korea pflegen wir mit den Amerikanern recht intensive Kontakte auf allen Ebenen, wie auch mit den anderen Teilnehmern der „sechsseitigen“ Verhandlungen. Recht haben Sie, dass die Herangehensweisen Russlands und der USA an dieses Problem nicht in allem identisch sind. Geprägt ist das in hohem Masse durch Bündnisverpflichtungen, mit denen die USA und Japan mit der Republik Korea verbunden sind. Ausschlaggebend ist jedoch, dass sofortige Massnahmen zur Entspannung der Situation auf der Halbinsel Korea not tun. Russland wandte erhebliche Anstrengungen auf, um eine neue Zuspitzung der Lage zu vermeiden.

Im Zuge der Vorbereitung und Durchführung von Sitzungen des Sicherheitsrates, die von der russischen Seite angeregt wurden, war das Zusammenwirken mit den Amerikanern sehr intensiv. Nicht alles sieht ideal aus im Hinblick auf Dokumente und konkrete Entscheidungen, aber das bedeutet nicht, dass wir irgendwie enttäuscht sind. Das ist eines der Beispiele ständiger Kontakte und einer engen Zusammenarbeit.

**A. Oganessjan:** Eine Frage zum Thema BRIC. Gelegentlich hört man die Frage, ob die Vereinigung derart voneinander entfernter Länder in einer Organisation nicht gekünstelt ist. Inzwischen wird davon gesprochen, dass diesem Klub auch Südafrika beitrifft. Vielleicht werden die BRIC-Länder durch etwas anderes zusammengeführt, was mit der geographischen Nähe nichts zu tun hat?

**S. Rjabkow:** Formate der Vereinigung gibt es viele, und man kann nicht sagen, dass das eine oder andere Format absolut erstarrt wäre. Das erblicken wir an der Evolution sehr vieler Vereinigungen, insbesondere regionaler Vereinigungen in verschiedenen Teilen der Welt. Russland beteiligt sich nicht nur an BRIC, sondern auch an RIC (ohne Brasilien): Russland, Indien und China. Dort gibt es auch eine recht interessante und inhaltsreiche Tagesordnung. Was die Gruppe BRIC anbelangt, so zeigt allein schon die Aufzählung von Massnahmen, die in diesem Rahmen stattfinden, dass im Laufe von etwas mehr als zwei Jahren nach dem ersten BRIC-Gipfeltreffen, das bei uns in Jekaterinburg stattgefunden hat, ein langer Weg zurückgelegt worden ist.

Wirtschaftlich sind diese Länder tatsächlich unterschiedlich, doch sind für alle Länder, die zur Gruppierung BRIC gehören, recht ähnliche Herangehensweisen sowohl an die Reformierung der Bretton-Woods-Finanzinstitute als auch an die Fragen charakteristisch, die mit dem optimalen Kurs auf dem Gebiet der Überwindung von Folgen der globalen Wirtschaft- und Finanzkrise zusammenhängen. Die Gruppe BRIC kündigt sich immer lauter an: sowohl im Hinblick auf die Nahrungsmittelsicherheit als auch im Bereich des innovativen Austausches. Brasilien ist ein Land, das innerhalb von BRIC eine sehr aktive Rolle spielt. Ich würde dieses Land als eine Lokomotive unserer Zusammenarbeit in gewissen Bereichen bezeichnen. Das vorjährige April-Gipfeltreffen dieser Vereinigung in Brasilien zeigt, wie tatkräftig die brasilianische Führung arbeitet und wie sie das erwähnte Format schätzt.

Russland begrüsst die Aufnahme der Republik Südafrika in die Gruppe BRIC. Möglich wurde dieses wichtige internationale Ereignis dank dem gemeinsamen Beschluss der führenden Politiker Russlands, Brasiliens, Indiens und Chinas. Der Beitritt der Republik Südafrika — der aktiven Teilnehmerin der Gruppe der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G-20) und des grössten Wirtschaftsmacht Afrikas — wird nicht nur das gemeinsame wirtschaftliche „Gewicht“ der Vereinigung erhöhen, sondern auch eine Erweiterung der Möglichkeiten für die gegenseitig nutzbringende praktische Zusammenarbeit im BRIC-Rahmen fördern. Der Beitritt der Republik Südafrika zu BRIC entspricht den zukunftssträchtigen Tendenzen der Weltentwicklung, einschliesslich des Werdegangs eines polyzentrischen internationalen Systems.

**A. Oganessjan:** In den letzten Jahren bekunden viele Länder Lateinamerikas grosse Aktivität und Unabhängigkeit in den internationalen Angelegenheiten. Wodurch ist das vergangene Jahr in den russisch-lateinamerikanischen Beziehungen bezeichnend?

**S. Rjabkow:** Ich möchte Sie nicht mit Ziffern und Statistiken ermüden, etwa wie viele Kontakte hergestellt werden und welche Besuche stattgefunden haben.



Stattgefunden sind sehr viele wichtige Besuche nach Russland, darunter der denkwürdige Besuch des Präsidents Venezuelas im Oktober in unserem Land. Der Präsident der Russischen Föderation besuchte im vorigen Jahr mit Staatsvisitten Brasilien und Argentinien. Nach Lateinamerika reiste im vergangenen Jahr der Vorsitzende der Regierung der Russischen Föderation. Die Minister für auswärtige Angelegenheiten pflegen ständige Kontakte miteinander. S. Lawrow unternahm eine Tournee durch eine ganze Gruppe von Ländern Lateinamerikas.

Konstatieren lässt sich hohes Interesse für Kontakte seitens der Staaten, die sich in den letzten Jahren irgendwie im Schatten befunden haben. Das sind sowohl mittelamerikanische Staaten als auch Länder der Anden-Gemeinschaft. Beispielsweise mit Peru hat soeben eine recht ergebnisreiche Sitzung einer zwischenstaatlichen Kommission stattgefunden. Recht bald stehen neue Kontakte mit Nikaragua bevor.

Auf verschiedenen Gebieten wurden zahlreiche Dokumente unterzeichnet. Darunter auch Dokumente wirtschaftlichen Charakters, einschliesslich Vereinbarungen über die Zusammenarbeit bezüglich des Zollwertes ausgetauschter Waren. Eingerichtet ist die neue Container-Linie für den Direktverkehr zwischen Sankt Petersburg und dem Hafen Guayaquil. Das spricht dafür, dass es eine wirtschaftliche Grundlage gibt, ich will nicht sagen, ein Fundament (das wäre eine Übertreibung). Aber eine gewisse Grundlage, die sich aus Kontakten auf dem Geschäftsgebiet ergibt, zeichnet sich ab. Das ist nicht nur ein zwischenstaatliches Zusammenwirken.

Über den visafreien Verkehr habe ich bereits viel gesprochen, Vereinbarungen mehren sich dort immer mehr, unsere Fortschritte auf diesem Weg sind nicht schlecht. Vorgesehen ist eine richtige Serie von Besuchen in diesem Jahr, darunter solche, die mit der Fortsetzung der Feierlichkeiten anlässlich des 200. Jahrestages der Unabhängigkeit einer ganzen Reihe von Ländern Lateinamerikas zusammenhängen. Im Hinblick darauf planen wir auch kulturelle Massnahmen und Ausstellungen von Archivmaterialien vor.

Die Arbeit mit den Landsleuten schreitet voran, es erscheinen Bücher über die Geschichte der Russen in verschiedenen Ländern Lateinamerikas. Die lateinamerikanischen Partner sind natürlich damit zufrieden, dass der Strom russischer Touristen auch nach Mexiko und in die Dominikanische Republik zunimmt.

Wir erwiesen erhebliche Hilfe den Ländern dieser Region, die im vorigen Jahr unter verschiedenen Naturgewalten zu leiden hatte. Dort gab es leider sowohl Dürreperioden als auch Erdbeben. Wissen Sie: ein Minus in ein Plus zu verwandeln, ist auch ein wichtiges Moment. Und das spiegelt den Umstand wider, dass Länder dieser entfernten Region uns nahe stehen.

**A. Oganessjan:** Wie bewerten Sie die Situation in Afghanistan?

**S. Rjabkow:** Wir sind daran interessiert, dass die Stabilisation in Afghanistan andauert. Und in diesem Sinn ist die Anwesenheit der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (ISAF), auch die Internationale Afghanistan-

Schutztruppe genannt, ein positives Moment. Wenn die Einschätzung anders gewesen wäre, hätten wir einer Übereinkunft mit der NATO über den Direkt- und Rücktransit nichtmilitärischer Güter für die Kräfte der Sicherheit sowie den bilateralen Übereinkünften mit den USA, Deutschland, Spanien und anderen Ländern nicht zugestimmt, die diesen Koalitionskräften gehören. Die Russische Föderation beteiligt sich an vielen Projekten, die auf eine Verbesserung der Situation in Afghanistan gerichtet sind: die Ausbildung von Fachkräften, darunter auch für den Kampf gegen den Drogenschmuggel, die Erweisung der Hilfe, darunter auch für bewaffnete Strukturen in Afghanistan. All das ist sozusagen ein gemeinsamer Beitrag zur afghanischen Stabilisierung.

Die gemeinsame Aufgabe besteht darin, dass Afghanistan so schnell wie nur möglich zu einem selbständigen, stabilen Staat wird, damit von seinem Territorium keine Drohungen ausgehen, vor allem die für uns so gefährlichen Drohungen wie etwa der Rauschgiftschmuggel. Zum letztgenannten Thema ergibt sich vorerst noch nicht eine sehr wirksame Zusammenarbeit mit der NATO, eine Zusammenarbeit, bei der — vom Standpunkt unserer NATO-Partner aus — der ganze tiefgreifende Charakter dieser Herausforderung sowie die Notwendigkeit erkannt wären, Kräfte für die Überwindung dieser Gefahr voll und ganz zu mobilisieren.

**A.Oganesjan:** Der russische Vertreter in der UNO W. Tschurkin äusserte Beunruhigung im Hinblick darauf, dass die nicht vernichteten Bandenmitglieder in einigen Gebieten Afghanistans an die Grenzen gedrängt werden, die unweit von Mittelasien liegen. Also auch unweit von unseren Grenzen?

**S. Rjabkow:** Das ist tatsächlich ein relativ neues Moment, das uns beunruhigt. Wir sprechen davon offen. Wir erblicken darin die Bedrohung nicht nur für unsere eigene Sicherheit, sondern auch für die Sicherheit der unmittelbar an Afghanistan grenzenden Länder, darunter der Staaten Mittelasiens, unserer Verbündeten im Rahmen der Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit. Wir sind der Meinung, dass es viel mehr Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Vergleich dazu gibt, was man heute benutzt. Zugleich arbeiten unsere bewaffneten Einrichtungen, unsere zweckentsprechenden Stellen in dieser Richtung. Es gibt Fragen, die mit der Festigung der Grenzen, mit der Verstärkung von Möglichkeiten unserer Verbündeten bei der Kontrolle ihrer eigenen Grenzen zusammenhängen. Und natürlich ist das ein Gegenstand für den direkten Dialog mit den USA und den anderen Teilnehmern der Internationalen Afghanistan-Schutztruppe.

**Schlüsselwörter:** START-III-Vertrag, Ideologie der Europäischen Raketenabwehr, Klausel Jackson-Vanik.

Alexej BORODAWKIN

Stellvertreter des Ministers für Auswärtige  
Angelegenheiten Russlands

aborodavkin@mid.ru



## ÖSTLICHE RICHTUNG DER RUSSISCHEN AUSSENPOLITIK: ERGEBNISSE UND PERSPEKTIVEN

Das Jahr 2010 ist vorbei. Für die Asiatisch-Pazifische Region, die sich von Iran bis Japan und zu den Inseln des südlichen Teils des Pazifiks dehnt, war es ein Jahr dynamischer Entwicklung, der Überwindung der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, des Erstarkens neuer Wachstums- und Einflusspole in der Region sowie des Fortschritts im Bereich der mehrseitigen Zusammenarbeit.

Zugleich damit löste vieles davon, was in diesem Raum im vergangenen Jahr geschah, notgedrungen Besorgnis aus. Das sind vor allem die eingewurzelten und sich periodisch zuspitzenden Streite und Konflikte, die in den letzten Jahrzehnten entstandenen neuen Herausforderungen und Gefahren sowie die nach wie vor bestehende Diskrepanz in den Entwicklungsniveaus zwischen den einzelnen Staaten und Subregionen des asiatisch-pazifischen Raums (APR). Anders ausgedrückt gingen beeindruckende Errungenschaften in der Region nach wie vor mit zahlreichen ungelösten Problemen einher.

Für die östliche Richtung der russischen Außenpolitik war das vergangene Jahr sowohl gespannt als auch resultativ. Unsere außenpolitische Linie im APR gründete sich auf die Einsicht in die unlösliche Verbindung zwischen der Zukunft unseres Landes und der Zusammenarbeit mit den Ländern dieses Raums, nach welchem sich in den letzten Jahren zweifellos das „Gravitationszentrum“ der globalen Entwicklung verschiebt, sowie auf die Erkenntnis, dass es zum Einbau der

russischen Wirtschaft in die an Tempo zulegenden regionalen Integrationsprozesse keine Alternative gibt. Die erhöhte Aufmerksamkeit für Asien und den Pazifik ist zu einem Imperativ geworden, der durch die Notwendigkeit bedingt ist, eine zuverlässige Sicherheit unserer Ostgrenzen zu gewährleisten, sowie dadurch, dass es zweckmäßig ist, das außerordentlich reiche Handels-, Finanz-, Investitions-, Technologie- und Menschenpotenzial des APR maximal zu nutzen, um die komplexe Modernisierung unseres Landes, den sozialökonomischen Aufschwung Sibiriens und des russischen Fernen Ostens zu beschleunigen.

Grundsätzlich wichtig ist hierbei, dass wir unseren Partnern eine positive, vereinigende Tagesordnung vorgeschlagen haben. Russland hat nach keinen einseitigen Vorteilen gesucht, nicht danach gestrebt, die vorhandenen Gegensätze auszuspielen, vielmehr seine Rolle behauptet durch die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit allen Ländern, die ebenfalls Interesse an einer solchen Zusammenarbeit zeigten. Das ist ein Unterpfeiler dessen, dass unser Land im APR als Faktor der strategischen Stabilität und einer beständigen Wirtschaftsentwicklung an Profil gewinnt.

Eine der Haupterrungenschaften des vorigen Jahres besteht darin, dass sich unser strategisches Zusammenwirken mit den einflussreichen asiatischen Staaten in den Sicherheitsfragen merklich gefestigt hat. Gemeinsam mit den Partnern konnten wir es abwenden, dass die gefährliche militärisch-politische Krise in den Beziehungen zwischen der Demokratischen Volksrepublik Korea und der Republik Korea in einen umfassenden militärischen Konflikt hinüberwuchs, und mit der Vorbereitung von Bedingungen für die Wiederaufnahme der Verhandlungen über das Nuklearproblem der Halbinsel Korea begonnen wurde. Gefestigt hat sich unsere Zusammenarbeit mit den Staaten des Mittleren Ostens und Südasiens bei der Abwehr der terroristischen und Drogengefahr. Russland strebte danach, zur Verminderung der Spannungen, die mit dem iranischen Nuklearprogramm verbunden sind, beizutragen und diesem mehr Transparenz und Kontrollierbarkeit zu verleihen.

Natürlich sind all diese und andere Probleme des APR nicht verschwunden. Doch gelang es, ihren negativen Einfluss einzudämmen, darunter dank der außenpolitischen Aktivität Russlands.

Das Jahr 2010 war eine Mahnung an die Menschen, dass wir die Geschichte nicht vergessen dürfen; im Herbst begingen wir gemeinsam mit den Partnern den 65. Jahrestag des Sieges im Krieg im Fernen Osten und der Beendigung des Zweiten Weltkrieges. Seine in der UNO-Charta festgehaltenen Ergebnisse, darunter von territorialer Art, müssen von allen Ländern anerkannt und respektiert werden, darunter selbstverständlich auch von denen des asiatisch-pazifischen Raums. Dieser Gedanke wurde in der Gemeinsamen Erklärung des Präsidenten der Russischen

Föderation, Dmitri Medwedew, und des Vorsitzenden der Volksrepublik China, Ho Jintao, vom 27. September 2010 anlässlich des 65. Jahrestags der Beendigung des Zweiten Weltkrieges eindeutig zum Ausdruck gebracht.

Unsere Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu den asiatischen Staaten haben den Vorkrisenstand übertroffen. In den ersten zehn Monaten von 2010 betrug der summarische Warenumsatz Russlands mit den APR-Ländern mehr als 120 Milliarden US-Dollar, das sind 35 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum von 2009. Die Dynamik der Handelsbeziehungen zu einigen Partnern wirkt besonders beeindruckend: Ausgehend von den Ergebnissen von 2010 wird im Vergleich mit 2009 ein beinahe verdoppelter Umfang des Handels Russlands mit China und der Republik Korea erwartet. Insgesamt wuchs 2010 unser Warenumsatz mit den APR-Ländern schneller als der in anderen Regionen der Welt.

Im Osten beginnen bei Russland sich Modernisierungsbündnisse mit einer ganzen Reihe der technologisch fortschrittlichen Staaten zu formen. Als Beispiel wäre das Interesse zu nennen, das die Republik Korea, China, Japan, Indien und Singapur an der Teilnahme am Skolkowo-Projekt zeigen.

Im Zusammenwirken mit den Nachbarn im asiatisch-pazifischen Raum wurden erfolgreich groß angelegte bilaterale Wirtschaftsprojekte realisiert. Schon fließt Erdöl durch die erste russisch-chinesische Ölpipeline Skoworodino–Datsin. Dynamisch entwickelte sich die Zusammenarbeit im Bereich der friedlichen Atomenergie mit China, Indien, Iran, Vietnam, der Mongolei, mit Australien, Japan und Bangladesch. Es erweitert sich das Zusammenwirken im Weltraumbereich mit der VR China, mit Indien, Japan, der Republik Korea, mit Indonesien. Mit Indien wurden Abkommen über gemeinsame Nutzung des Potenzials des russischen globalen Navigationssatellitensystems (GLONASS) geschlossen. Es wachsen die Lieferungen von russischem Flüssiggas von den Vorkommen auf Sachalin an die Republik Korea und an Japan. Ein neues Zeugnis für das hohe Entwicklungsniveau der russisch-chinesischen Finanz- und Wirtschaftszusammenarbeit wurde der Beginn des Präsenzhandels an der MICEX und der Shanghaier Effektenbörse mit dem Devisenpaar Rubel-Yuan, was es möglich gemacht hat, in den bilateralen Außenhandelsverrechnungen allmählich zu den nationalen Währungen überzugehen.

Ein beachtenswertes Ereignis war der Start der Verhandlungen über den Abschluss eines Abkommens darüber, für die Mitglieder der Zollunion (Russland, Weißrussland, Kasachstan) und Neuseeland eine Freihandelszone zu gründen. Dieses Pilotprojekt ist dazu bestimmt, dem Einbau Russlands in die Prozesse der Handelsliberalisierung und Lockerung der Investitionsregime im APR einen Impuls zu geben, wobei die Perspektive des WTO-Beitritts unseres Landes in Betracht gezogen wird.

Merklich gestiegen sind die direkten Kapitalanlagen asiatischer Staaten in die russische Wirtschaft. Es handelt sich sowohl um Sibirien und den russischen Fernen Osten als auch um den europäischen Teil des Landes. In Jaroslaw beispielsweise wurde ein Werk der japanischen „Komatsu“ zur Produktion von Bau- und Spezialtechnik in Betrieb gesetzt, bei Sankt Petersburg ein Autowerk der südkoreanischen Korporation „Hende“ eröffnet. Aus dem Osten kommen nach Russland Investitionen in die Öl- und Gasverarbeitung. Hohes Interesse zeigen unsere Partner aus dem APR für das russische Privatisierungsprogramm, das für den Zeitraum 2011-2013 angesetzt ist.

Spricht man von den kulturellen und humanitären Kontakten Russlands mit seinen östlichen Nachbarn, so wurden sie im vergangenen Jahr noch inhaltsreicher. Zu nennen wären die Ergebnisse der Durchführung des Jahres der chinesischen Sprache in Russland. In diesem Rahmen fanden über 200 Veranstaltungen statt. Zwischen Russland und Indien wurde ein Programm der Kulturaustausche für 2010-2012 unterzeichnet. In den Ländern der Region funktionieren erfolgreich Russische Wissenschafts- und Kulturzentren, und immer neue davon kommen hinzu. Gemäß dem Projekt für die Gründung einer SOZ-Universität hat „im Pilotverfahren“ die Vorbereitung von Magistern nach vereinbarten Studienprogrammen begonnen. Die Basis dazu liefern 62 Hochschulen der SOZ-Länder. In Moskau fand die Eröffnung des ASEAN-Zentrums statt. Im Laufe des Jahres entstanden vier neue Zentren des Fonds „Russische Welt“: in Hanoi, der Ho-Chi-Minh-Stadt, in Shanghai und Dalian. Die Touristenaustausche mit den APR-Ländern nehmen an Umfang zu.

Mit tiefer Befriedigung erfüllt uns die Tatsache, dass im vergangenen Jahr in den Staaten des Raums auch neue Kirchen der Russisch-Orthodoxen Kirche aufgeführt worden sind.

Ein qualitativ neues Niveau hat die russische Teilnahme an den asiatisch-pazifischen mehrseitigen Strukturen erreicht. Neben den USA beteiligt sich Russland am Mechanismus der Ostasien-Gipfel (EAS); es handelt sich um ein außerordentlich bedeutendes Forum, das die einflussreichsten Staaten des asiatisch-pazifischen Raums vereinigt und imstande ist, sich mit der Lösung der fundamentalen Probleme der Sicherheit und Wirtschaftsentwicklung des Raums zu beschäftigen.

Das Jahr 2010 war insofern bemerkenswert, als die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ), zu deren Begründern Russland gehörte, weiter erstarkte. Die SOZ verwandelt sich, besonders mit Rücksicht auf die Perspektiven der Erweiterung ihrer Mitgliederzahl, in eine der wichtigsten Stützen der entstehenden multipolaren Weltordnung und der im Wandel begriffenen Architektur der Sicherheit und Zusammenarbeit im asiatisch-pazifischen Raum.

Unsere Arbeit auf dem Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsforum (APEC) konzentrierte sich auf die mit den Partnern gemeinsamen Bemühungen um die weitere Liberalisierung der Handels- und Investitionstätigkeit in diesem Raum und trug hierdurch zu Russlands Einbau ins System der regionalen Handels- und Wirtschaftskontakte bei, vor allem im Interesse des sozialökonomischen Aufschwungs Sibiriens und des russischen Fernen Ostens. Schon wird die Vorbereitung auf den 2012 bevorstehenden russischen Vorsitz in der APEC eingeleitet.

Das vergangene Jahr war eine wichtige Phase in unseren Beziehungen zur ASEAN, dieser angesehenen Organisation und einem systembildenden Element der Integrationsprozesse im APR. Am 30. Oktober 2010 fand in Hanoi der zweite Russland-ASEAN-Gipfel statt, der unsere Dialogpartnerschaft mit der Assoziation auf eine qualitativ neue Stufe erhob und die Wege ihrer Weiterentwicklung bestimmte.

Einen neuen Impuls erhielt das Zusammenwirken im Format Russland-Indien-China (RIC). Wie ein Außenministertreffen der drei Länder im November 2010 in Wuhan (VR China) zeigte, vervollkommt sich RIC als effektiver Mechanismus zur Koordinierung der Positionen zu den aktuellsten regionalen Problemen sowie als Plattform für eine sektorale praktische Kooperation weiter.

Von der Anerkennung der einzigartigen Rolle Russlands als eine Art Brücke zwischen dem asiatisch-pazifischen und dem euroatlantischen Raum zeugte der Beschluss über die Aufnahme unseres Landes ins Asien-Europa-Forum, dessen Hauptaufgabe darin besteht, die gegenseitige Verständigung, das Vertrauen und die Zusammenarbeit zwischen beiden Kontinenten zu festigen. Wir haben vor, zu dieser Arbeit einen aktiven Beitrag zu leisten.

Ein weiteres denkwürdiges Ereignis des vergangenen Jahres war, dass Russland und China gemeinsam eine wichtige außenpolitische Initiative zur Vervollkommnung der Architektur von Sicherheit und Zusammenarbeit im APR ergriffen. Ziel dieser Initiative ist es, zu erreichen, dass die Staaten des Raums in ihren Beziehungen zueinander von der Erkenntnis der Unteilbarkeit der Sicherheit ausgehen und auf Versuche verzichten, die eigene Sicherheit auf Kosten der Sicherheit anderer zu festigen. Wir sind überzeugt: Mit Hilfe dieser neuen Einstellungen zur Gewährleistung der Sicherheit im APR wird es möglich sein, uns vom Konfrontationserbe des Kalten Krieges zu befreien und nicht zuzulassen, dass in der Region neue Trennlinien gezogen werden, die die Perspektiven der gegenseitigen Integrationsentwicklung der asiatisch-pazifischen Staaten gefährden könnten.

Diese Philosophie wird von vielen APR-Ländern geteilt. Für die Schaffung einer neuen Architektur der Sicherheit und Zusammenarbeit, die auf den universalen

Völkerrechtsprinzipien, auf Vertrauen und Offenheit beruht, hat sich bereits Indien ausgesprochen. Die ASEAN-Länder solidarisieren sich ebenfalls mit diesen Einstellungen. Ein positives Echo finden sie auch bei anderen Staaten. Wir rechnen damit, dass der Dialog über dieses aktuelle Thema im Rahmen des Ostasiengipfels EAS, des Regionalen ASEAN-Forums für Sicherheit, der Beratungen der Verteidigungsminister der ASEAN-Länder und ihrer Dialogpartner sowie anderer regionaler Strukturen seine Fortsetzung finden wird. Für die konzeptuelle Durcharbeitung der Sicherheitsfragen des asiatisch-pazifischen Raums vermag die Expertengemeinschaft im Format der „zweiten Bahn“ vieles unternehmen, beispielsweise im Rahmen des Rats für Sicherheitskooperation im Asiatisch-Pazifischen Raum (CSCAR) und der Konferenzen „Shangri-La-Dialog“.

Insgesamt kann die russische Außenpolitik an der asiatischen Richtung für 2010 ein positives Fazit ziehen. Die Bemühungen darum, Russland „mit dem Gesicht nach Osten“ umzuwenden, in Übereinstimmung mit den Weisungen, die der Präsident der Russischen Föderation, Dmitrij Medwedew, gab, und zwar aufgrund der Beratung über Fragen der sozialökonomischen Entwicklung des russischen Fernen Ostens und der Festigung von Russlands Positionen im APR (Chabarowsk, 2. Juli 2010), zeitigen allmählich praktische Ergebnisse.

Diese zielgerichtete systembezogene Arbeit wird auch in diesem Jahr aktiv fortgesetzt: Daran beteiligen sich föderale Organe der Exekutive und der Legislative, Subjekte der Föderation, die russische Geschäftswelt, gesellschaftliche und Expertenstrukturen.

**Schlüsselwörter:** APR, östliche Richtung der russischen Außenpolitik, ASEAN, APEC, EAS, ARF, euroatlantischer Raum.



Международная



ЖИЗНЬ

Internationales Leben

# KOLUMNE DES chefredakteurs



**Armen Oganessjan:** „Die Situation wird jedoch dadurch zugespitzt, dass sich die Krise durch den allgemeinen Charakter ausgezeichnet und sich dem unzufriedenen Mittelstand, den armen Leuten und Migranten auch die „ehemaligen Reichen“ anschließen können, deren Widerstand nicht unbedingt in den direkten Straßenprotesten gipfeln kann. Die Sache ist die, dass die Krise noch einen Mythos unter der Bezeichnung „die goldene Milliarde“ verweht hat. Niemand spricht, ja denkt auch nur, an mögliche Freuden des materiellen Maximalismus für ein Siebentel der Menschheit. Es handelt sich heutzutage im besten Falle um 100 „goldene“ Millionen und sogar weniger. Es gibt nur wenig Platz unter der Sonne für die Superreichen, und die nächste Welle der Verarmung der Millionäre ist möglicherweise nicht allzu fern“.

Armen OGANESSJAN

Chefredakteur der Zeitschrift „Internationales Leben“

## BEGRÄBNIS DES MITTELSTANDES ODER UNTERGANG DER „GOLDENEN MILLIARDE“

Die jetzige Krise wie jede andere ruinierte viele Träume. Ausnahmslos alle Klassen und Bevölkerungsschichten — vom Bettler bis zum Prinzen — wurden jedoch erstmalig von einem Unheil solcher unheimlichen Kraft in so einem Maßstab getroffen. Vielen Dank der Globalisierung. Aber nicht nur ihr. Gleiche Krisen hatten nie zuvor die Gesellschaft mit so einem hohem Niveau des materiellen Wohlstandes, die Gesellschaft mit dem wenn nicht „allgemeinen, so doch massenhaften Wohlergehen“ heimgesucht.

Trotz der gespannten Periode des Kalten Krieges, vielleicht jedoch dank ihr riefen die einzigartigen Jahrzehnte der Nachkriegsstabilität das nie da gewesene Wachstum der Technologien, Konsum boomte. Der durchschnittliche Europäer bzw. Amerikaner begannen die illusorische Atmosphäre „des Endes der Geschichte“ lange vor der bekannten „Prophezeiung“ Fukuyamas zu genießen.

Das industrielle Jahrhundert päppelte unterschwellig seinen „Totengräber“ in der Gestalt des ungleichmäßig aufgeblasenen Finanz- und Bankkapitals hoch, ohne dessen Kredite das unaufhaltsame Wachstum der Produktion und Konsumtion undenkbar wäre. Es ist aufschlussreich, dass noch am Anfang der Krise eine Reihe von seriösen Ökonomen darauf hinwies, dass die jetzige Krise im Wesentlichen den Krieg der Korporationen gegen die Banken verkündete. Der Trägheitsbewegung der Erhaltung von Statusquo folgend, stellten sich die Eliten auf die Seite der Banken,

indem sie diese mit Geld vollpumpten, und das Gespenst der neuen Welle der Instabilität ließ nicht auf sich warten.

In der jetzigen Situation ist es offensichtlich, dass die Oberen nicht mehr in der alten Weise regieren können und die Unteren auf die neue Weise nicht leben wollen. Wie man sieht, passt es nicht zur klassischen marxistisch-leninistischen Formel, die Zukunft wird zeigen, inwieweit diese Situation „revolutionär“ ist. Die Angstsymptome vor den drohenden sozialen Stürmen sind jedenfalls schon da. „Wall-Street Journal“ veröffentlichte Anfang Juli die Ergebnisse der Umfrage, laut der 94 Prozent der Millionäre „die Gewalt auf den Straßen“ befürchten. Im August folgten die dramatischen Ereignisse auf den Straßen Londons. Die bekannte kanadische Schriftstellerin Naomi Clain schreibt auf den Seiten von „Guardian“: „Man wird nicht müde, uns zu wiederholen, dass die Unruhen in Großbritannien keinen politischen Charakter hatten, ihre Teilnehmer wussten jedoch, dass die Eliten schon seit langem einander auf fremde Kosten helfen.“ Sie erinnert an die Ereignisse in Argentinien 2001, da die empörten Einwohner die reichen Geschäfte der Ausländer plünderten, indem sie das mitnahmen, was sie nicht mehr kaufen konnten — Kleidung, Haushaltsgeräte und Lebensmittel... Man nannte sie „Sackdiebe“; und dieser Begriff hatte die politische Bedeutung: „da MAN mit diesem Wort jene bezeichnete, die nach der Durchführung der korrumpierten Privatisierung ihre Gelder in den Off-shoreS versteckten, um daraufhin es der Bevölkerung in Rechnung zu stellen und zu fordern, dass sie den Gürtel fester zieht“. Der von der Staatsmacht verhängte „Notstand“ half nicht und die Argentinier stürzten die Regierung. Clain empört sich: „D. Cameron sagt uns: Solche Verhaltensweise muss gebrandmarkt werden, als ob es keine enormen Injektionen in die bankrotten Banken und die Rekordzahlungen in der Form der Bonusse gegeben hätte“.

Es nimmt wunder, dass auch in Übersee gleiche Stimmen zu hören sind. Der Senator B. Sanders betonte in der Sondererklärung: „Wir haben es mit dem Sozialismus für Reiche und Starke in purer Form zu tun. Allen anderen sagt man: Lebt, wie ihr wollt, indem ihr nur auf sich selbst verläßt.“ So reagierte der Senator auf die vorläufigen Ergebnisse der ersten in der Geschichte von Präsident Barack Obama beorderten Finanzprüfung des Föderalen Reservesystems der USA“.

Die Billionen US-Dollar schwere Finanzhilfe wurde binnen drei Jahren einem sehr engen Kreis der größten Banken erwiesen. All das erfolgte heimlich. Das Finanzamt erklärte in keiner Weise, aus welchem Grunde die Hilfe den einen und nicht den anderen zugute kam. Nach einem langwierigen Gerichtsverfahren gelang es der Agentur Blumberg News auf der Grundlage der Akte über die Pressefreiheit ein 29 346-seitiges Dokument von der Föderalen Reserve zu erhalten. Die Agentur teilte mit, dass einige von denen, die die geheime Unterstützung bekamen, öffentlich behauptete über eigene und dabei bedeutende Mittel zu verfügen.

Die Ergebnisse der Finanzprüfung deckten auch andere Fakten auf, die Senator Sanders auf folgende Weise kommentierte: „Niemand von denen, die in den Gesellschaften, die die direkte finanzielle Hilfe aus der Föderalen Reserve bekommen, darf gleichzeitig Mitglied des Direktorenrates oder Mitarbeiter dieser Organisation sein.“

Vor diesem Hintergrund wird es den Eliten nicht leicht fallen, nicht nur mit den Ärmsten, sondern auch mit dem Mittelstand den sozialen Kontrakt der Enthaltbarkeit abzuschließen, der ihre gewohnte Lebensqualität wesentlich senken wird. Die Welteliten haben übrigens keine anderen „vorsorglich vorbereiteten Vorschläge“. Nach der Meinung des Chefs der Gesellschaft „NEOKON“, M. Chasin fungiert in den letzten 30 Jahren der Reaganomics der Mittelstand nicht nach seinen Einkünften, sondern nach seinen Ausgaben als solcher, von denen viele auf Kredit getätigt sind. „In den nächsten fünf bis acht Jahren wird der Mittelstand als Struktureinheit verschwinden, jene aber, die heute dazu gehören, werden den Verlust von dem, was sie besaßen, nie verzeihen.“ Man kann also feststellen, dass Cameron von seiner Warte aus recht hatte, als er mit eiserner Hand die Teilnehmer der Unruhen bestraft, indem er sie aus ihren Häusern vor Gericht zerrt, wo eine Frau, die ein Paar Hosen gestohlen hat, zu fünf Jahren Haft verurteilt.

Die Situation wird jedoch dadurch zugespitzt, dass sich die Krise durch den allgemeinen Charakter auszeichnete und sich zum unzufriedenen Mittelstand, den armen Leuten und Migranten auch die „ehemaligen Reichen“ anschließen können, deren Widerstand nicht unbedingt in den direkten Straßenprotesten gipfeln kann. Die Sache ist die, dass die Krise noch einen Mythos unter der Bezeichnung „die goldene Milliarde“ verweht hat. Niemand spricht, ja denkt auch nur heute an mögliche Freuden des materiellen Maximalismus für ein Siebentel der Menschheit. Es handelt sich heutzutage im besten Falle um „goldene“ 100 Millionen und sogar weniger. Es gibt nur wenig Platz unter der Sonne für die Superreichen und die nächste Welle der Verarmung der Millionäre ist möglicherweise schon nicht allzu fern.

Die einstige Unterstützung der russischen Revolutionäre durch Sawwa Morosow wurde von vielen als pervers charakterisiert. Sawwa wurde jedoch von niemandem geplündert. Und wenn schon? Sawwa war überaus clever, die Heutigen haben aber kein geringeres Format. Wäre dann die die potenzielle „soziale Basis“ der zukünftigen Unzufriedenen allzu breit? Und so ein vollwertiger Satz von Kadern aus den bankrotten erfahrenen Leader/Millionären, verarmten „Mittelständern“ und schon vor Wut kochenden Armen, Migranten und Jugendlichen. Ist das nicht ein zu explosives Gemisch?

**Schlüsselwörter:** Weltwirtschaftskrise, „goldene“ Milliarde, amerikanischer Mittelstand.

Международная



ЖИЗНЬ

Internationales Leben

# DIE WELT U M U N S

**Alexej Meschkow:** „Die Treffen der russischen und italienischen Staatsmänner erfolgen gewiss in diesem Jahr im Rahmen des deutlichen kulturellen Kontexts, da sie im Jahr der russischen Kultur und russischen Sprache in Italien und dem Jahr der italienischen Kultur und italienischen Sprache in Russland stattfinden. Der Maßstab der vorgeplanten Veranstaltungen selbst, es handelt sich um mehr als 550 nur offizieller Aktionen, zeugt von der Bedeutung der kulturellen und humanitären Beziehungen Russlands und Italiens. Ihre Vorbereitung und Durchführung wären unmöglich, wenn sie nicht auf tiefen, wahrhaftig historischen Traditionen der Beziehungen zwischen den Völkern unserer Staaten beruhen“.

**Sergej Nikolajew:** „Die von den westlichen Experten durchgeführten zusätzlichen Forschungen ergaben, dass der Kaspi-Boden tatsächlich große Öl- und Gasvorräte in sich birgt. Über diese Schätzungen berichtete das Außenministerium 1997 dem US-Kongress. Nun sahen die Amerikaner in den Kaspischen Kohlenwasserstoffen einen ersten Faktor, der unter anderem auch ihre Abhängigkeit vom Import dieser Rohstoffe aus den Goldländern vermindern könnte. Damals wurde der Kaspi-Raum in die Sphäre der strategischen US-Interessen einbezogen“.

**Michail Majorow:** „Die Geschichte lehrt nicht so sehr, vielmehr erzieht sie, denn ihre Funktion liegt nicht darin, eine Anleitung zum Handeln zu sein, sondern darin, die Fähigkeit anzuerkennen, Erscheinungen und Ereignisse, die auf die Natur vieler moderner Prozesse Licht werfen, in der Vergangenheit zu erkennen und mit der Gegenwart zu vergleichen. Das, was heute in Europa vor sich geht, zeugt davon recht anschaulich“.

## Alexej MESCHKOW

Ausserordentlicher und Bevollmächtigter  
Botschafter der Russischen Föderation  
in der Italienischen Republik und  
der Republik San Marino

rusembassy@libero.it



# DIE RUSSISCH-ITALIENISCHE KULTURELLE ZUSAMMENARBEIT: GESCHICHTE UND GEGENWART

Italien ist zur Zeit einer der wichtigsten Partner Russlands in Europa und der Welt. Zwischen unseren Ländern besteht und entwickelt sich das intensive Zusammenwirken praktisch in allen Richtungen, von der handelsökonomischen bis zur kulturell-humanitären. Die Positionen Moskaus und Roms fallen in den meisten Fragen der Weltpolitik zusammen bzw. nähern sie sich. Unsere Länder sind aktive Teilnehmer der „G8“ und der „G20“.

Trotz der Weltwirtschaftskrise, der sich fortsetzenden Rezession und der finanziellen Instabilität in der Euro-Zone gelang es Italien, die Positionen eines der wichtigsten handelsökonomischen Partner Russlands zu behalten. Wir konnten der negativen Tendenz 2008-2009 Einhalt gebieten und das Wachstum des Warenumsatzes wiederherstellen. Er erreichte 2010 36,8 Millionen US-Dollar, was um 11,5 Prozent das Niveau des „Vorkrisen“-jahres 2009 übersteigt. Positive Aussichten sind auch in diesem Jahr erhalten geblieben. Italien ist nach wie vor unser viertwichtigster Handelspartner in der Welt. Sogar mehr: Russland und Italien gehen an die praktische Schaffung der gegenseitig vorteilhaften modernisierenden Allianz.

Die These von der russisch-italienischen privilegierten Partnerschaft ist auch im Großen und Ganzen keine schöne Floskle, sondern die Realität unserer Beziehungen. Das laufende Jahr ist bei weitem noch nicht abgeschlossen, aber die Staatsoberhäupter Russlands und Italiens trafen sich schon mehrmals. Nur zwei Beispiele: Am 16. Februar dieses Jahres fanden die Verhandlungen des

Präsidenten der Russischen Föderation Dmitrij Medwedew mit dem Präsidenten der Italienischen Republik G. Napolitano und dem Vorsitzenden des Ministerrates S. Berlusconi statt. Sie tauschten die Meinungen zu einem weiten Fragenkreis der internationalen und bilateralen Tagesordnung aus. D. A. Medwedew nahm auch an den am 2. Juni dieses Jahres in Rom begangenen Festlichkeiten anlässlich des 150. Jahrestags der Vereinigung Italiens teil. Im Laufe der Gespräche mit G. Napolitano und S. Berlusconi wurden im Regime der realen Zeit die Übereinstimmung der Uhren zu den überaus „heißen“ Fragen des internationalen Lebens vorgenommen und die Thematik des kulturellen und humanitären Zusammenwirkens besprochen.

Die Treffen der russischen und italienischen Staatsmänner erfolgen gewiss in diesem Jahr im Rahmen des deutlichen kulturellen Kontexts, da sie im Jahr der russischen Kultur und russischen Sprache in Italien und dem Jahr der italienischen Kultur und italienischen Sprache in Russland stattfinden. Der Maßstab der Veranstaltungen selbst, es handelt sich um mehr als 550 nur offizieller Aktionen, zeugt von der Bedeutung der kulturellen und humanitären Beziehungen Russlands und Italiens. Ihre Vorbereitung und Durchführung wären unmöglich, wenn sie nicht auf tiefen, wahrhaftig historischen Traditionen der Beziehungen zwischen den Völkern unserer Staaten beruhten.

Die Beziehungen zwischen Russland und Italien auf dem Gebiet der Kultur und Kunst haben eine jahrhundertealte Geschichte. In bedeutendem Maße trug dazu die Gemeinsamkeit der geistigen Ursprünge beider Länder bei, die auf dem gleichen — byzantinischen — Archetyp beruht. Dieser Umstand sicherte von Anfang an Italien die privilegierte Stellung zum Vergleich mit den anderen europäischen Staaten, in welchen solche Gemeinsamkeit mit den Wurzeln der russischen Kultur nicht beobachtet wurde. Obwohl sich die russischen und die italienischen Kulturtraditionen geschichtlich parallel entwickelten, besaßen sie seit Jahrhunderten nicht wenige Berührungspunkte.

Russland und Italien hatten noch im 15. Jahrhundert Kontakte in der Sphäre der angewandten Disziplinen, d.h. Fortifikation und Städtebau. Italienische Architekten leisteten einen enormen Beitrag zur Entwicklung des russischen Städtebaus. Die aus Italien eingeladenen Baumeister, darunter auch Pietro Solari und Aristoteles Fioravanti, begannen zuerst in Moskau und daraufhin in anderen russischen Städten zu schaffen. Sie beteiligten sich an der Entstehung der architektonischen Meisterwerke, indem sie den unschätzbaren Beitrag zur russischen materiellen Kultur leisteten. Durch sie gerieten die Errungenschaften der Renaissance auf den Boden der eigenartigen russischen Kultur.

Die Ingenieur- und Bautätigkeit des Architekten Aristoteles Fioravanti entfaltete sich vor der Abreise nach Moskau außer seiner Heimatstadt Bologna in Rom, Venedig, Florenz, Mailand, Neapel und anderen italienischen Städten. Er

lehnte 1475 die Einladung des türkischen Sultans ab und begab sich zusammen mit dem russischen Botschafter Semjon Tolbusin nach Moskau, wo ihm die Errichtung der eichtigsten Kathedrale der Hauptstadt, der Uspenski (Mariä-Entschlafens-Kathedrale) Kathedrale beauftragt wurde (1475-1479). Im Laufe der Vorbereitung auf diese Arbeit besuchte der italienische Baumeister Wladimir und andere altrussische Städte und unternahm eine ferne Reise nach Norden bis zu den Solowezkij-Inseln. Der Großfürst von Moskau Iwan III. Wassiljewitsch fand daraufhin die Verwendung für sein Talent des Militäringenieurs. Zum späteren Zeitpunkt wirkten in Moskau Mark Frjasin, Antonio Solari, Aleiz Novy, die die Palastgemächer, darunter die bis heute erhalten gebliebene Facettenkammer, die Archangelskij (Erzengel-Kathedrale) sowie die erstklassigen für die damalige Zeit Fortifikationsbauten errichteten.

Auf der Grundlage der sich erweiternden Kontakte sowohl in der Sphäre der Kultur als auch der Politik und Diplomatie wurden seit dem 15. Jahrhundert in den italienischen Werken Moskau und Russland dargestellt, und in den russischen literarischen Denkmälern trifft man immer öfter die Darstellungen Italiens. Das Buch A. Contarinis über die Persienreise und den Aufenthalt in Russland wurde 1478 veröffentlicht. Der italienische Diplomat schilderte betont positiv das Hofleben beim Großfürsten Iwan III. Wassiljewitsch, mit dem er sich mehrmals in den Gemächern des Moskauer Kremls unterhalten konnte. Sympathisch sind auch die Gestalten der Russen, die den Venezianer umkreisten und ihm häufig im unbekanntem Land zu Hilfe eilten.

Russland und Moskau erscheinen nicht nur in den speziellen historisch-geographischen westeuropäischen Werken, sondern auch auf den Seiten der schönen Literatur wie zum Beispiel im „Verliebten Orlando“ des italienischen Dichters Matteo Maria Boiardo. In der russischen Literatur des 15. Jahrhunderts sind auch Werke bekannt, die die Bilder der fremdländischen Welt darstellen. Die Kontakte mit den Vertretern verschiedener europäischer Völker sind in den Werken geschildert, die der Reise der russischen Delegation zum 1438-1439 abgehaltenen Konzil in Florenz gewidmet waren. Die Reisen zu geschäftlichen und sonstigen Zwecken in verschiedene Städte und Länder wurden von den Reisenden manchmal in den kurz zusammengefassten Reisenotizen, mitunter aber in längeren Aufzeichnungen beschrieben.

Die Zeit der zeitweiligen Kontakte zwischen Russland und Europa endete in der Epoche der Petrinischen Reformen. Peter I. vollbrachte den kulturellen Umschwung, der zur präzedenzlosen Erscheinung in der Geschichte der zivilisatorischen Entwicklung der Alten Welt wurde. Dem großen Reformator Russlands gelang es nicht nur, den russischen Staat und den Alltag des enormen Landes zu modernisieren, sondern auch Thematik und Sprache der russischen



Kunst auf die radikalste Weise zu verändern. Nach Peter I. erreichte Russland, das vorher am Rande der gesamten internationalen Kulturprozesse stand, das Niveau der wichtigsten Akteure, um nach anderthalb Jahrhunderten zu einem Tonangeber der europäischen Kultur zu werden.

Peter I. hatte ein enormes Interesse an Italien. Im Bestand der Großen Botschaft in Europa wollte er noch 1698 Venedig besuchen. Infolge der komplizierten innenpolitischen Lage in Russland gelang es ihm nicht, diese Pläne zu realisieren. Aber auch das „Fernstudium“ Italiens durch den russischen Monarchen brachte doch seine Früchte in seinem Vaterland. Die neue Hauptstadt Sankt Petersburg begann gerade in den Petrinischen Zeiten den Ruhm der „italienischsten Stadt“ Russlands zu gewinnen. Die vom Zaren bestellten Standbilder kamen von den Apenninen, um den Sommergarten in Sankt Petersburg zu schmücken. Der vom Peter I. eingeladene Architekt Domenico Trezini legte Anfang für die ersten Verteidigungsbauten der Stadt und baute die Peter-Pauls-Festung. Antonio Rinaldi, der Mitte des 18. Jahrhunderts nach Russland gekommen war, wurde in der Zeit von Katharina II. zum führenden Architekten der Metropole ihres Reiches, in der er seinen berühmten Marmorpalast kreierte. Alle italienischen Architekten arbeiteten fleißig, wie sich der Schöpfer des Winterpalastes Bartolomeo Rastrelli ausdrückte, „ausschließlich zum Ruhme Russlands“.

Petersburg gewinnt Ende des 18. Jahrhunderts das majestätische und schöne Aussehen. Der architektonische Stil bekommt am Anfang des nächsten Jahrhunderts den Namen „hoher Klassizismus“ oder „Empire“. Carlo Rossi wurde zu seinem besten und fähigsten Repräsentanten. Dank seinen Schöpfungen bekamen der Palast- und der Senatsplatz den heutigen Glanz, es entstanden der Platz der Künste und der Ostrowski-Platz.

Das harmonische Zentrum der Stadt an der Newa ist heute der gesamten Welt bekannt. Prunkvolle und majestätische Paläste im zentralen Teil Sankt Petersburgs, Parks und Palastensembles der Vorstädte wurden in vielem von den italienischen Baumeistern kreierte. Eine der zentralen Straßen der nördlichen Hauptstadt heißt die „Italienische“. Solche Namen wie Rastrelli, Rossi, Trezini, Rinaldi, Quarenghi sind mit goldenen Lettern in die Geschichte der russischen Architektur eingetragen. Sie hinterließen nicht nur ihre stattlichen Schöpfungen, die sie unsterblich machten, sondern auch die Schüler, die in ihren Werken die von ihren Lehrmeistern gegründeten Traditionen sorgfältig pflegten.

Mitte des 18. Jahrhunderts beginnen die bilateralen musikalischen und Theaterbeziehungen. Italienische Komponisten, Balletttänzer und Sänger waren in den russischen Theatern weit und breit vorgestellt. Sowohl einzelne Künstler als auch ganze Gruppen besuchten Russland. Der italienische Ursprung galt damals als Zeichen der Qualität auf dem Gebiete der Kunst. Er wurde so hoch geschätzt, dass

einige Künstler aus anderen Ländern Europas, die nach Russland kamen, bewusst italienische Pseudonyme nahmen.

Das italienische Musiktheater spielte ebenfalls große Rolle für den Werdegang der russischen Kunst. Das erregte gleich Aufsehen in den Apenninen. Im 1787-1790 in Neapel veröffentlichten Werk Pietro Signorellis „Kritische Geschichte der alten und modernen Theater“ wird die Entstehung des nationalen russischen Theaters festgestellt und den interessierten Lesern über das Schaffen des ersten bedeutenden Dramatikers A. P. Sumarokow berichtet.

Berühmte italienische Künstler wie zum Beispiel die Sängerin Juditta Pasta, die Sänger Antonio und Salvatore Tamburini, die Balletttänzerin Carlotta Grizi gastierte oft in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Russland. Am Anfang der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden die Traditionen der Gastrollen- und Konzerttätigkeit in Russland von den dramatischen Schauspielerinnen Adelaide Ristori und Adelina Patti fortgesetzt. Die italienische Truppe gab 1860 ein Konzert zugunsten der Studenten der Petersburger Universität. Die Auftritte der Chöre der russischen und italienischen Operntruppen wurden 1863-1865 in Zusammenarbeit beider Seiten veranstaltet, ein Sonderausschuss wurde dafür gebildet. Die italienische Oper entstand 1870 in Moskau nach dem Vorbild Sankt Petersburgs.

Russische Maler waren auch mit Italien aufs engste verbunden. Seit Anfang des 19. Jahrhunderts wurden die russischen Absolventen der Petersburger Akademie der Künste pflichtgemäß zum Zusatzstudium nach Rom geschickt. Vielen von ihnen gelang es, Anerkennung in Italien zu verdienen. Der Landschaftsmaler Silvester Schtschedrin, der durch seine Neapelbilder berühmt geworden ist, blieb in Italien bis zum Ende seiner Tage. Der Porträtmaler Orest Kiprenski hatte die hohe Ehre, sein Selbstbildnis in der Pitti-Galerie in Florenz ausstellen zu dürfen. Das Gemälde Karl Brüllows „Der letzte Tag von Pompeji“ wurde zur Sensation nicht nur in Italien, sondern in ganz Europa, geschweige denn in Russland. In Italien kreierte sein geniales Gemälde „Christus erscheint dem Volke“ Alexander Iwanow, der beinahe 30 Jahre daran arbeitete. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wirkten in Italien Walentin Serow, Ilja Repin, Iwan Kramskoi und Michail Wrubel. Indem Russische Maler und Bildhauer in Italien studierten und arbeiteten, wurden sie, da sie sich dort lange aufhielten, zu den lebendigen Trägern der kulturellen Beziehungen Russlands zu Italien.

Die Italienreisen und die Bekanntschaft mit der italienischen Kultur waren seit Anfang des 19. Jahrhunderts zum festen Stadium für die Formierung der russischen Kulturrelite. Den bekannten Worten N. W. Gogols zufolge, war Italien die geistige Heimat der russischen Intelligenz. Diese Ausprägung des großen russischen Schriftstellers findet in der Geschichte der russisch-italienischen literarischen Beziehungen ihre vollständige Bestätigung. Das Leben und Wirken

vieler großer russischer Schriftsteller ist mit Italien verknüpft. N. W. Gogol lebte neun Jahre lang in Italien, er beherrschte italienische Sprache und schrieb dort „Tote Seelen“. Der größte Teil von „Idiot“ Fjodor Dostojewskis wurde in Italien niedergeschrieben. Maxim Gorki lebte 1906-1913 auf der Insel Capri.

Italien inspirierte fast alle Dichter und Schriftsteller des Silbernen Jahrhunderts wie zum Beispiel Wjatscheslaw Iwanow, Alexander Blok, Nikolai Gumiljow und Dmitri Mereschkowski. Einen bedeutenden Beitrag zur Bekanntheit der russischen Leser mit der klassischen italienischen Poesie und vor allem mit dem Schaffen G. Leopardis leisteten die Übersetzungen seiner Werke, die Anna Achmatowas zu verdanken sind. Man muss auch auf die titanische Arbeit M. L. Losinskijs, eines der Begründer der sowjetischen Schule der poetischen Übersetzung hinweisen, dem der „kanonische“ russische Text der „Göttlichen Komödie“ von Dante Alighieri gehört. Er schloss für immer durch seine Arbeit das Werk des großen Florentiners in die russische Kultursphäre ein.

Die Poesie Jossif Brodskis ist ohne Bilder Venedigs undenkbar. Nicht von ungefähr wurde der berühmte Friedhof San Michele in Venedig zu seiner letzten Ruhestätte. Der Dichter frönte dabei einer gewissen unausgesprochenen Tradition, die russische Künstler in der Emigration vereinigte. Neben Brodski schlafen dort in ewiger Ruhe der bekannte Theaterschaffende Sergej Djagilew und der Komponist Igor Strawinsky.

Die russisch-italienischen kulturellen Beziehungen sind nicht nur die „historische Kunstammer“, die Sammlung der Erinnerungen an die große Vergangenheit. Der intensive politische Dialog zwischen Moskau und Rom, verbunden mit der gegenseitig vorteilhaften handelsökonomischen Partnerschaft, fördert heute die Entwicklung des breitesten Spektrums der kulturellen und humanitären Kontakte. Wenn wir jene Kulturaktionen, die jährlich in Russland und Italien durchgeführt werden, nur aufzählen würden, könnten wir ohne Zweifel den Rahmen dieses Zeitschriftenartikels sprengen. Es genügt nur das Abkommen zwischen dem Moskauer Bolschoi und der Mailänder „La Scala“, den traditionell gewordenen „Russischen Abend in Mailand“, „Den Ball Peter des Großen“ in Venedig, eine Reihe von Konzerten und Filmfestivals zu erwähnen, die in verschiedenen Regionen Italiens stattfinden.

Alle größten Museen Russlands veranstalten regelmäßig die Ausstellungen der einzigartigen Kunstsammlungen in verschiedenen Städten Italiens. Die qualitativ neuen Möglichkeiten entstehen im Zusammenhang mit der Eröffnung des wissenschaftlichen und Kulturzentrums „Ermitage — Italien“ in der Stadt Ferrare. Man kann mit Sicherheit behaupten, dass zur Zeit in keiner Sphäre der Kunst die „russische oder italienische“ Spur ausbleibt.

Das jetzige Jahr fällt trotzdem sogar vor dem Hintergrund des traditionell intensiven Panoramas des bilateralen kulturell-humanitären Zusammenwirkens auf. Es stellt den Höhepunkt der in den letzten Jahrzehnten entstandenen Kontakte und Vorhaben in der kulturellen Sphäre dar. Das von Kulturministerien und Organisationsausschüssen beider Länder ausgearbeitete ausführliche Austauschprogramm bietet sowohl dem russischen als auch dem italienischen Publikum das vollständige Panorama von allem Besten, was im gegenwärtigen Kulturleben Russlands und Italiens besteht, an.

Mit dem offiziellen Start der wechselseitigen Kulturjahre ist die Inauguration der Ausstellung von Werken des bekannten sowjetischen Malers der 1930-1950er Jahre A. A. Dejneko in Rom verbunden. Die von der Staatlichen Tretjakow-Galerie in Zusammenarbeit mit einigen anderen führenden russischen Museen vorbereitete Exposition gab die vollständige Vorstellung vom Schaffen des Malers und erfreute sich der großen Aufmerksamkeit der italienischen Kunstliebhaber.

In seiner Ansprache betonte der Präsident der Russischen Föderation D.A. Medwedew anlässlich der Eröffnung der Ausstellung: „Russland und Italien sind in vielem verwandt. Dazu gehört Offenheit und Gutherzigkeit, Mitteilsamkeit und Emotionalität, die unsren Völkern eigen ist, Hellhörigkeit für alles Neue. Ich hoffe, dass dieses große kulturelle Projekt die Stimuli zur Entwicklung unserer Beziehungen geben, dass gerade die humanitäre Komponente das Antlitz unserer Zusammenarbeit auch im 21. Jahrhundert bestimmen wird.“

Die wahre Kostbarkeit des Karnevals in Venedig 2011 war die Teilnahme der schöpferischen Kollektive aus Sankt Petersburg, die „die adriatische Perle“ im Rahmen des Projektes „Die Kulturmission. Sankt Petersburg — Venedig“ besuchte. Dieses Vorhaben wird vom Fonds der sozial-kulturellen Initiativen und der Direktion der internationalen Programme realisiert. Das thematische Programm „Die russische Masleniza (Butterwoche)-Fest“ erfreute sich im Rahmen des Römischen Karnevals großer Beliebtheit.

Die am 12. Juni dieses Jahres auf einem der ältesten Plätze der Stadt, Piazza Navona stattgefundenen Festlichkeiten anlässlich des Tages Russlands werden den Einwohnern und Gästen der italienischen Hauptstadt lange in Erinnerung bleiben. Im Rahmen des Festivals der nationalen Kultur „Das Gestirn Russlands“, das von der Föderalen Agentur Rossotrudnitschestwo und der Akademie der Kultur Russlands mit Unterstützung des Bürgermeisteramtes Roms organisiert wurde, traten vor der den italienischen Zuschauern die besten staatlichen Tanz- und Gesangensembles, nationalen schöpferischen Kollektive verschiedener schöpferischen und Genreausrichtung auf, die verschiedene Regionen der Russischen Föderation vertraten.

Das Jahr 2011 bleibt ohne Zweifel infolge der Erweiterung des russischen Zusammenwirkens mit Italien in Erinnerung. Die Eröffnung des Zentrums für das

Studium der Kultur Russlands bei der Universität „Ca Foscari“ in Venedig fand am 6. März dieses Jahres in Anwesenheit der Ehegattin des Präsidenten der Russischen Föderation S.W. Medwedewa statt. Die wichtigste Aufgabe dieser Organisation besteht in der Zusammenarbeit mit staatlichen und öffentlichen Einrichtungen der Kultur und Kunst Russlands, Fonds, Museen, Hoch- und Fachschulen sowie mit anderen Organisationen und Strukturen, die an der ständigen Kooperation und Entwicklung des wissenschaftlichen Potenzials interessiert sind.

Eine der ältesten Hochschulen Italiens, die Römische Universität „La Sapienza“ hält Schritt mit Venedig. Seit Anfang dieses Jahres funktioniert dort mit Unterstützung des Fonds „Die Russische Welt“ das Zentrum für das Russisch-Studium. Die russischen Partner schätzen den präzedenzlosen Beschluss der Universität „La Sapienza“, dem Zentrum der russischen Forschungen den Status des selbständigen wissenschaftlichen Departements zu verleihen, das auf der fakultäts- und disziplinübergreifenden Grundlage zu agieren begann. Das wird es ermöglichen, die Anstrengungen der Philologen, Historiker, Politologen, Ökonomen und Vertreter anderer Fachrichtungen zu vereinigen, die an der Koordinierung der wissenschaftlichen und humanitären Kontakte mit Russland interessiert sind.

Es ist grundsätzlich wichtig, dass die Studenten der Römischen Universität ein einzigartiges Instrument bekommen, um Russland kennenzulernen und mit dessen akademischen Strukturen zusammenzuarbeiten. Das Zentrum für Russisch-Studium wird hoffentlich dazu beitragen, den Nachwuchs der Spezialisten auszubilden, die mit der Zeit die Traditionen der russisch-italienischen Beziehungen fortsetzen werden.

Das russische Zentrum für Wissenschaft und Kultur (auf Russisch RZNK) hat die Aufgabe, zur führenden Organisation zwecks der Vertretung der russischen Kultur in Italien zu werden. Das Zentrum entstand entsprechend dem 1968 abgeschlossenen russisch-italienischen Regierungsabkommen über die Gründung und Konditionen der Tätigkeit des Russischen Zentrums für Wissenschaft und Kultur in Rom und des Italienischen Instituts für Kultur in Moskau. Das provisorische Büro des Zentrums, das sich an der Realisierung des Programms der wechselseitigen Jahre aktiv beteiligt, funktioniert seit Mai 2010 in Rom.

In der zweiten Hälfte des laufenden Jahres werden in Russland und Italien zahlreiche interessanteste Veranstaltungen stattfinden: Ausstellungen, Symposien, Konferenzen, Konzerte, Schauspiele, Filmvorführungen, Messen und Präsentationen. Das ist wirklich keine Übertreibung, da unter deren Teilnehmern viele Größen zu finden sind wie zum Beispiel das Staatliche Museum/ Schutzgebiet „Moskauer Kreml“, die Staatliche Tretjakow-Galerie, das Staatliche Museum für bildende Künste „A.S. Puschkina“, ferner das Silbermuseum, der Palazzo Pitti und

die Uffizien aus Florenz, das Staatliche akademische Bolschoi Theater Russlands, das Mariinski-Theater aus Sankt Petersburg, die Mailander „La Scala“, das Römische Operntheater, das Sankt-Petersburger Orchester unter Juri Temirkanow, das Staatliche akademische Volkstanztheater namens Igor Moissejew, das Orchester „Virtuosen Moskaus“ und andere mehr. Es gibt auch eine Vielzahl von Privatinitiativen, was ebenfalls erfreulich ist.

Der offizielle Abschluss der Jahre wird im Dezember 2011 in Moskau stattfinden. Die Gastspiele des Orchesters, des Chores und der Solosänger des Mailander Theaters „La Scala“ auf der historischen Bühne von Bolschoi werden zu dessen Höhepunkt.

Ich glaube, dass der positive Einfluss solcher mächtigen Stimuli zur guten Basis für die weitere langjährige Entwicklung der russisch-italienischen Zusammenarbeit werden.

**Schlüsselwörter:** Die russisch-italienische kulturelle Zusammenarbeit, das Jahr der russischen Kultur und russischen Sprache in Italien, das Jahr der italienischen Kultur und italienischen Sprache in Russland, das Programm der wechselseitigen Jahre.

## Sergej NIKOLAJEW

Stellvertreter des Direktors des Dritten  
Departements der GUS-Länder in  
Russlands Ministerium für Auswärtige  
Angelegenheiten, Kandidat der politischen  
Wissenschaften



# ZENTRALASIEN IN DER GEOPOLITIK: AMERIKANISCHER VEKTOR\* (1991—2008)

**Z**entralasien blickt auf eine reiche Geschichte zurück. Einst führte die Große Seidenstraße darüber, dank der sich der Handel zwischen Europa und China abwickelte. Auf seinen Weiten entfalteten sich erbitterte Schlachten zwischen den Armeen der chinesischen, mongolischen, persischen, türkischen und arabischen Heerführer, wurden blühende Städte gebaut und zerstört, entstanden und verschwanden Riesenreiche. Deshalb wurde diese Region von den Forschern seinerzeit in den verschiedensten geografischen Konfigurationen betrachtet.

Nach dem Zerfall der UdSSR verwandelte sich Zentralasien in eine selbstständige geopolitische Einheit, die Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan umfasst. Ein solches Herangehen hat sich in Russland tief eingewurzelt (obwohl besagte Region in der Sowjet-Zeit als Republiken Mittelasiens und Kasachstan bezeichnet wurde), daran hält sich die überwiegende Mehrheit der Experten in West und Ost. In der OSZE werden unter Zentralasien ebenfalls gerade diese fünf ehemaligen Republiken der UdSSR verstanden. Als Beispiel könnten den Kennern auch die so wohl bekannten Konzepte der Entwicklung der Kontakte mit den Staaten der Region angeführt werden wie die Strategie der Europäischen Union in Zentralasien oder der Japan-Zentralasien-Dialog.

---

\* In Persönlicher Eigenschaft geschrieben.

Ohne uns in eine schon zu weit entrückte Vergangenheit zu vertiefen, wollen wir einige wichtige Marksteine auf dem Wege des Einstiegs der Region in die Geopolitik betrachten.

Wohl erstmalig sprach man von Zentralasien aktiv im 19. Jahrhundert, als das Russische Reich an die Formierung seiner Südgrenzen ging. Die Lösung dieser Aufgabe hing mit seinen Beziehungen nicht nur zu den asiatischen Nachbarn — dem Qing-Reich, zu Afghanistan, dem Iran und der Türkei — zusammen, sondern auch mit den europäischen Mächten. Die Rede ist vor allem vom British Empire, das seine Kolonialbesitzungen auf Kosten von Indiens Anrainern zu erweitern suchte. Die Kollision der Interessen von Sankt Petersburg und London im ausgedehnten zentralasiatischen Raum in der zweiten Hälfte und am Ende des 19. Jahrhunderts und ihre Suche nach gegenseitig annehmbaren Kompromissen zwecks Regelung der entstandenen Probleme erhielt die Bezeichnung des „Großen Spiels“<sup>1</sup>. Dieser Terminus wird bisher gebraucht, wenn es sich um Rivalität der weltführenden Spieler um den Einfluss in Zentralasien handelt.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts fand die strategische Bedeutung besagter Region eine neue Bestätigung. Hier sind unbedingt die konzeptuellen Ideen eines Klassikers der Geopolitik, des britischen Geografen und Historikers Halford J. Mackinder, zu erwähnen. Am 25. Januar 1904 hielt er in der Royal Geographical Society den Bericht „Die geografische Achse der Geschichte“, welcher der vielfältigen Verknüpfung von Geografie mit Geschichte und Politik gewidmet war. Seine Publikation wird häufig der Ausgangspunkt der Entwicklung der Geopolitik als Wissenschaft genannt (obwohl dieser Terminus selbst im Text nicht vorkam). Bei seinen Erwägungen über die Kräftebilanz zwischen den See- und den Landmächten äußert Mackinder die Vermutung, dass nach 1900, dem Jahr, das für das Ende der Epoche der großen geografischen Entdeckungen („Columbus` Epoche“) steht, sich besagte Bilanz zugunsten der letzteren verändern werde. In den Vordergrund treten werde hierbei Eurasien (im Bericht: Euro-Asien) und innerhalb seiner ein an Naturressourcen reicher, von Bergen umgebener und den Flotten unzugänglicher nordöstlicher Raum, der Zentralasien einschließt, sowie ein Teil des Urals und Sibiriens, wo sich in raschem Tempo ein transkontinentales Eisenbahnnetz entwickeln werde. Der britische Wissenschaftler definiert ihn als „Achsenraum“ in der Weltpolitik, in dem die Hauptrolle Russland gehöre.<sup>2</sup>

1919 ersetzt Mackinder in seiner späteren Arbeit „Demokratische Ideale und Realität“ den „Achsenraum“ durch den Begriff „Heartland“. Ebenfalls damals wird seine berühmte Formel geprägt: „Wer Osteuropa beherrscht, kontrolliert Heartland. Wer Heartland beherrscht, kontrolliert die Welt-Insel (d. h. Eurasien und Afrika). Wer die Welt-Insel beherrscht, kontrolliert die Welt.“<sup>3</sup>

Mackinders Anschauungen fanden mit verschiedenen Variationen in den Werken einer Reihe anderer bekannter Geopolitiker ihre Widerspiegelung, z. B. denen



des Amerikaners Nicholas Spykman und des deutschen Klaus Haushofer. Ihre Ansichten sind bis heute im Westen populär und wirken so oder so immer noch auf die Formierung der strategischen Einstellung der Staaten der westlichen Gemeinschaft zur Zentralasiatischen Region.<sup>4</sup>

Tribut zollte ihnen auch Zbigniew Brzezinski, einer der Schöpfer der amerikanischen Außenpolitik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In seinem Buch „Das große Schachbrett“ schreibt er vom Platz Eurasiens im System der internationalen Beziehungen und erwähnt Mackinders Heartland-Konzeption.<sup>5</sup> Allerdings „korrigiert“ der ehemalige Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten den britischen Wissenschaftler, und zwar durch die Behauptung: „Heute läuft die geopolitische Frage nicht mehr darauf hinaus, welcher geografische Teil Eurasiens der Ausgangspunkt für die Herrschaft über den Kontinent sei, oder darauf, was wichtiger ist: die Macht zu Lande oder zur See. Die Geopolitik hat sich vom regionalen zum globalen Denken entwickelt, wobei die Überlegenheit über den ganzen eurasischen Kontinent als zentrale Basis für die globale Dominanz dient.“<sup>6</sup>

Zugleich damit charakterisiert Brzezinski den „Eurasischen Balkan“, der seiner Meinung nach alle fünf Republiken Zentralasiens, Aserbaidshan, Armenien, Georgien sowie Afghanistan einschließt, als eine dank ihrer geostrategischen Lage und dem Reichtum an Naturressourcen überaus wichtige Region des eurasischen Kontinents. Der amerikanische Politiker betont, dass sie das Feld einer mehrseitigen Rivalität und ein wertvoller Stützpunkt für die Sicherung der globalen Führung sei.<sup>7</sup>

Von Interesse ist auch, was über die Situation um die Region nach dem Zerfall der UdSSR der Veteran des britischen Geheimdienstes Peter Hopkirk schreibt. Unter anderem vermerkt er: „Heute entbrennt in Zentralasien eine neue Schlacht zwischen den Ländern, die außerhalb dieses Raums gelegen sind, doch in ihrem Streben rivalisieren, das politische und ökonomische Vakuum zu füllen, das nach Moskaus unerwartetem Weggang geblieben ist. Politische Analysten und Leitartikler nennen das bereits das Neue Große Spiel. Es ist ja allbekannt, dass Zentralasien über einen der größten Schätze des 20. Jahrhunderts verfügt: die phantastischen Erdöl- und Naturgasvorräte, die das Potenzial von Saudi-Arabien und sonstiger Staaten des Persischen Golfs um vieles übertreffen. Man füge dem noch Gold, Silber, Kupfer, Zink, Blei, Eisenerz, Kohle und Baumwolle hinzu — und es wird klar, warum die äußeren Kräfte die neuen Machthaber Zentralasiens so sehr hofieren.“<sup>8</sup>

Heute zeichnet sich die geopolitische Karte der Zentralasiatischen Region durch eine beneidenswerte Vielfalt aus. Sie steht im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit vieler einflussreicher Akteure der Welt.

Traditionsgemäß nimmt Russland feste Positionen darin ein. China behauptet sich im zentralasiatischen Raum. Die Europäische Union realisiert dort ihre eigene

Strategie der neuen Partnerschaft. Es wirkt der Mechanismus des „Dialogs Japan — Zentralasien“. Aktiv bauen die Türkei, der Iran, Indien, Pakistan, die Republik Korea und mehrere arabische Länder ihre Zusammenarbeit mit den Staaten der Region aus.

Eine so starke Großmacht wie die USA steht von diesem Prozess selbstverständlich nicht abseits. Washington strebt danach, die politischen und wirtschaftlichen Kontakte mit den zentralasiatischen Staaten zu erweitern, wirkt mit ihnen zusammen, was Fragen der Gewährleistung der Sicherheit in der Region betrifft. Besondere Bedeutung gewinnt gegenwärtig die Zusammenarbeit zwecks Lösung des gesamten Komplexes von Problemen, die mit der Regulierung des Konfliktes in Afghanistan zusammenhängen. Hiervor ausgehend wäre unserer Meinung nach ein Versuch nützlich, zu verstehen, was der amerikanische Vektor der regionalen Geopolitik darstellt.

Bei der Analyse der USA-Strategie im heutigen Zentralasien suchen die Experten gewöhnlich, gewisse grundlegende Phasen seiner Evolution hervorzuheben. Sie tun das auf verschiedene Weise. Seit dem Zerfall der UdSSR und dem Aufkommen der unabhängigen zentralasiatischen Staaten auf der Weltkarte sind inzwischen beinahe zwei Jahrzehnte vergangen. In diesen Jahren endete die Präsidentschaft von George Bush d. Ä., Bill Clinton, George W. Bush, und ins Weiße Haus ist bereits das vierte Oberhaupt, Barack Obama, eingezogen. Zu ernstesten Wandlungen kam es in der internationalen Arena insgesamt, sowohl in der Zentralasiatischen Region selbst als auch um sie. Nach den Ereignissen vom 11. September 2001 sei als das wichtigste davon der Beginn des globalen Kampfes gegen den Terrorismus genannt. Deshalb könnte man unserer Ansicht nach gerade dieses Datum als Bezugspunkt nehmen und folgende Variante der Periodisierung von Washingtons Kurs in Zentralasien vorschlagen: vor und nach den terroristischen Attacken der Al-Qaida gegen die USA.

Die Demontage des Sowjetsystems. dieses seit langem gehegte strategische Ziel der USA, geschah dermaßen rasch, dass die Amerikaner, die über Nacht ihren ewigen Rivalen in der bipolaren Welt verloren hatten, Euphorie und Verwirrung zugleich empfanden. Der postsowjetische Raum, den Zbigniew Brzezinski „das schwarze Loch“ nannte<sup>9</sup>, erschreckte die amerikanischen Politiker sowohl durch seine Ausmaße als auch durch die außerordentlich große Vielfalt der Prozesse, die sich in ihm entfalteten und deren Entwicklung vorherzusagen sie alles in allem etwas fürchteten. Unter diesen Bedingungen wurde beschlossen, sich in erster Linie mit einem „demokratischen Umbau“ Russlands zu beschäftigen und alles Übrige, darunter auch Zentralasien, sozusagen in die Ablage zu bringen. Zudem war die Region den USA wenig bekannt und wurde von ihnen für einen rückständigen Randteil des einstigen sowjetischen Imperiums gehalten, wo das Vorankommen zu

Demokratie und Marktformen mit weit größeren Schwierigkeiten verbunden sein werde als in Russland. Andererseits deklarierte Washington durch Anerkennung der neuen zentralasiatischen Staaten sein Streben, die Erreichung gerade dieses Ziels zu unterstützen. Allerdings zeigten die Amerikaner da keine sonderliche Aktivität.

Das erklärte sich aus zwei wichtigen Gründen. Erstens war der wirtschaftliche Wert Zentralasiens für sie nicht ganz offensichtlich, da die Öl- und Gasreichtümer des Kaspischen Raums beispielsweise zwar seit den Zeiten der UdSSR bekannt, aber ungenügend erschlossen waren. Zweitens war die politische Instabilität in der Region ein Hindernis für ihre wirtschaftliche Erschließung. Der 1992 ausgebrochene Bürgerkrieg in Tadschikistan bestätigte das, mehr noch, er löste in den USA Befürchtungen aus, ganz Zentralasien könnte den islamischen Fundamentalisten, die vom benachbarten Iran inspiriert wurden, in die Hände fallen. Deshalb konzentrierten sich die Amerikaner auf Probleme, die ihrer Ansicht nach in erster Linie der Gewährleistung der „Ruhe“ in der Region im Wege standen.

Wie der kasachstanische Diplomat und Politiker K.-Sch. Tokajew vermerkt, löste die Zukunft der sowjetischen nuklearen Arsenale in Kasachstan die ernstesten Befürchtungen im Weißen Haus aus. Dieses Thema wurde beim offiziellen USA-Besuch von Präsident N. Nasarbajew im Mai 1992 erörtert. Das Wesen der Frage bestand darin, dass Kasachstan nach Erlangung der Unabhängigkeit de facto zu einem Kernwaffenstaat geworden war. Die dort befindlichen SS-18-Raketen waren zu einem beträchtlichen Teil auf die USA gezielt. Das behinderte die normale Entwicklung der amerikanisch-kasachstanischen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen. Mit Rücksicht darauf unterzeichnete Kasachstan im Mai 1992 das Lissabonner Protokoll zum START-1-Vertrag und schloß sich dem Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen (Atomsperrvertrag) an, wobei es die Verpflichtung übernahm, sie auf das Territorium Russlands auszuführen. Zur praktischen Lösung dieser Aufgabe leisteten ihm die USA Hilfe nach dem Nunn-Lugar-Programm, das die Reduzierung der nuklearen Gefahr in den postsowjetischen Ländern vorsah. Im Dezember 1994 gewährten Russland, die USA und Großbritannien als Depositarstaaten des Atomsperrvertrags Kasachstan ihre Sicherheitsgarantien, wenn es auf die Kernwaffen verzichtet. Ein entsprechendes Memorandum wurde von den Präsidenten Boris Jelzin, William Clinton und Premier John Major im Rahmen des OSZE-Gipfels in Budapest unterschrieben. Später gewährten Frankreich und die VR China ähnliche Garantien.<sup>10</sup> Bald wurde der letzte nukleare Gefechtskopf aus Kasachstan ausgeführt.

Aber als Ganzes betrachtete Washington in der ersten Hälfte der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts Zentralasien noch nicht als Zone wie auch immer formulierter amerikanischer Interessen. Wie dort geglaubt wurde, könne man mit ihrer Festlegung auch etwas warten, darunter deshalb, weil das von seinen

eigenen Problemen in Anspruch genommene Russland seine Positionen in der Zentralasiatischen Region unentwegt verlieren werde. Doch haben sich diese Erwartungen als etwas übertrieben erwiesen.

Seit ungefähr 1995 wurde die Linie der USA in Bezug auf Zentralasien nach und nach geändert. Das geschah unter der Einwirkung einer ganzen Reihe diverser Umstände. Die West-Lastigkeit der russischen Außenpolitik glich sich allmählich aus. Am 14. September 1995 bestätigte Präsident Jelzin durch seinen Erlass den Strategischen Kurs Russlands gegenüber den Mitgliedern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). In Übereinstimmung damit wurde „die Festigung Russlands als führende Kraft bei der Formierung eines neuen Systems der zwischenstaatlichen, politischen und wirtschaftlichen Beziehungen im postsowjetischen Raum“ zur Hauptaufgabe der russischen Politik in der GUS erklärt.<sup>11</sup> Das Weiße Haus sah hierin eine Äußerung der „neoimperialen Ambitionen“.

Im Ergebnis entstand mit dem Beginn der zweiten Amtszeit von Präsident Clinton „zwischen Washington und Moskau ein neuer Spannungsbereich: in den ehemaligen Sowjetrepubliken“.<sup>12</sup> Seit diesem Moment kann vom Übergang der US-Administration zur Rivalität mit Russland um den Einfluss in Zentralasien gesprochen werden.

In derselben Periode aktivierete sich die US-Diplomatie in der Energetik. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stand nun der Kaspi-Raum. Bei den Ansprüchen darauf, die „einzige Supermacht“ zu sein, konnte Washington die kolossalen Öl- und Gasressourcen des Raums einfach nicht ohne die eigene „Aufsicht“ lassen.<sup>13</sup> Inzwischen arbeitete die amerikanische Korporation Chevron schon am Ölvorkommen von Tengiz im kasachstanischen Teil des Kaspisees. Im April 1993 unterzeichnete sie mit der Regierung von Kasachstan die Gründungsdokumente über die Schaffung des Gemeinschaftsunternehmens „Tengizchevroil“, was bedeutete, dass das amerikanische Kapital in den postsowjetischen Raum vorstieß.<sup>14</sup> Dann gingen auch andere amerikanische energetische Mega-Unternehmen — Mobil, Exxon, Amoco — daran, den kasachstanischen Markt zu erschließen. Durch die Entwicklung der bilateralen Zusammenarbeit in der Ölindustrie eroberten die USA die führenden Positionen in Bezug auf den Investitionsumfang in Kasachstan.<sup>15</sup>

Die von westlichen Experten durchgeführten zusätzlichen Forschungen ergaben, dass der Kaspi-Boden tatsächlich große Öl- und Gasvorräte in sich birgt. Über diese Schätzungen berichtete das Außenministerium 1997 dem US-Kongress. Nun sahen die Amerikaner in den kaspischen Kohlewasserstoffen einen ernstesten Faktor, der unter anderem auch ihre Abhängigkeit vom Import dieser Rohstoffe aus den Golfländern vermindern könnte. Damals wurde der Kaspi-Raum in die Sphäre der strategischen US-Interessen einbezogen. Übrigens zählten die Amerikaner zu besagter Region alle zentralasiatischen Republiken und nicht nur die unmittelbar am Kaspi gelegenen Staaten Kasachstan und Turkmenistan. Auf diplomatischem Wege unterstützte

das Außenministerium aktiv die amerikanischen Öl- und Gaskonzerne, die die Erschließung der überaus reichen Vorräte an Kohlewasserstoffen in der Region einleiteten. Als Antwort lösten die Unternehmen dort die eigenen korporativen Aufgaben, mehr noch, sie trugen zur Erreichung der außenpolitischen Ziele der USA bei, die übrigens darin bestanden, durch Teilnahme an der Entwicklung der Öl- und Gasindustrie in den Wirtschaften der zentralasiatischen Länder zur Festigung ihrer Unabhängigkeit und zu ihrer Annäherung an den Westen beizutragen.<sup>16</sup> Auf diese Weise begann eine neue Etappe in Washingtons Energiepolitik, und die russischen Wissenschaftler S. Schilzow und I. Sonn nannten die Etappe „Jagd nach dem Kaspiraum“.<sup>17</sup> In ihrem Rahmen stellten sich die USA die Aufgabe, unter ihre Kontrolle nicht nur die Erkundung und Gewinnung der zentralasiatischen Kohlewasserstoffe, sondern auch ihren Transport zu den ausländischen Märkten zu nehmen. Aus diesem Grund gingen die Amerikaner daran, Projekte des Baus von neuen Rohrleitungen unter Umgehung von Russland auszuarbeiten.

In der Amtszeit von Präsident Clinton verstärkte sich merklich die „demokratisierende“ und rechtsschützende Komponente des US-Kurses in Zentralasien. Die Leistung verschiedener Formen der wirtschaftlichen und finanziellen Förderung der Staaten der Region wurde so oder anders mit dem Fortschritt verbunden, den sie auf besagten Gebieten erreichten. Da dieser Fortschritt im großen Ganzen als ungenügend eingeschätzt wurde, war der Umfang der amerikanischen Hilfedementsprechend relativ gering. Deswegen wurde in jenen Jahren das für Washingtons gesamte außenpolitische Strategie charakteristische Dilemma von „Werten und Interessen“ an der zentralasiatischen Richtung oft zugunsten der universalen Werte gelöst. Mit Rücksicht auf die örtliche Spezifik minderte das die Attraktivität der amerikanischen Politik. Die Zeit sollte zeigen, dass sich das Bestehen besagten Dilemmas auch weiter auf die Entwicklung der Beziehungen zwischen den USA und den zentralasiatischen Ländern auswirken wird, was den wellenartigen Charakter dieser Beziehungen mit den unvermeidlichen Fluten und Ebben vorausbestimmte.

An der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert wurden die Aufgaben der USA in Zentralasien ungefähr folgenderweise formuliert:

- eine Situation nicht zulassen, in der eine Macht oder eine Gruppe von Mächten, etwa Russland und die VR China, in der Region in einem Grad dominieren würden, der die amerikanische Präsenz dort ausschließt;
- einer Transformation Zentralasiens in eine Basis für die Entfaltung der extremistischen islamischen Kräfte vorbeugen;
- die Umwandlung der Region in einen Korridor für illegale Drogenverbreitung verhindern;
- den amerikanischen Unternehmen den Zugang zu den Energieressourcen Zentralasiens sichern;

— zur Entwicklung der Bürgergesellschaft, der Macht des Gesetzes und einer transparenten Marktwirtschaft in den Staaten der Region beitragen.<sup>18</sup>

Dennoch gewann die amerikanische Politik in Zentralasien zu Beginn des neuen Millenniums keinen ganzheitlichen Charakter. Zwar gelang es Washington, seinen Einfluss in der Region zu festigen, aber deutliche Vorzüge gegenüber Moskau konnten bis dahin nicht vorgewiesen werden. Das Wesen ihrer gegenseitigen Beziehungen ließe sich wohl eher wie ein „Spiel mit Nullergebnis“ definieren.

Die bereits zur Sowjet-Zeit geknüpften Handels- und Wirtschaftskontakte Russlands mit den zentralasiatischen Republiken entwickelten sich weiter. Obwohl die Staaten Zentralasiens seit 1994 im Rahmen der „Partnerschaft für den Frieden“ die Zusammenarbeit mit der Nato aufnahm, orientierten sie sich im Verteidigungsbereich nach wie vor auf die russische Rüstung und Militärtechnik.

Die russischen Positionen im Bereich der Gewährleistung der regionalen Sicherheit wirkten ebenfalls recht fest. Gerade Russland leistete den entscheidenden Beitrag zur Beendigung des Bürgerkriegs in Tadschikistan (1992—1996), der die Gefahr von unvorhersagbaren Folgen für die gesamte Zentralasiatische Region in sich barg, nachdem unser Land zu diesem Zweck alle ihm verfügbaren Möglichkeiten nutzte, darunter auch sein hohes internationales Ansehen. Das erlaubte es im Grunde, Tadschikistans territoriale Integrität zu erhalten und eine politische Konfliktregelung zu gewährleisten. Als im August-September 1999 in die kirgisischen Rayons Batken und Tschon-Alai Extremisten der Islamischen Bewegung Usbekistans eindringen, erwies ihm Russland eine wesentliche Hilfe bei der Liquidierung dieses Angriffs der Islamisten.<sup>19</sup>

Die Ereignisse vom 11. September 2001 beschleunigten mächtig das Wachstum der drastisch zunehmenden Aufmerksamkeit für die Zentralasiatische Region, die sich nun am vorderen Rand des Kampfes gegen den Terrorismus sah. Sie ließen Washington den Platz Zentralasiens im System ihrer außenpolitischen Prioritäten wesentlich umwerten, weil die Region für die Durchführung der Operation „Enduring Freedom“ in Afghanistan eine außerordentlich große Bedeutung gewann.

Russland und die zentralasiatischen Länder, die bereits nur zu gut wussten, was für eine ernste Gefahr der internationale Terrorismus darstellt, unterstützten die kollektiven Bemühungen um die Abwehr dieser globalen Gefahr.

Russland gab seine Bereitschaft bekannt, seinen Luftraum für die Flugzeuge feizugeben, die humanitäre Frachten in die Gegend der antiterroristischen Operation heranfliegen. Hierbei wurde unterstrichen, dass eine solche Position mit seinen Verbündeten unter den zentralasiatischen Staaten vereinbart worden war, die die Möglichkeit, ihre Flugplätze zur Verfügung zu stellen, für sich ebenfalls nicht ausschlossen.<sup>20</sup> Konkrete Fragen der Zusammenarbeit mit den Teilnehmern an dieser Operation löste die Führung der zentralasiatischen Staaten natürlich selbstständig.

Bald erhielten die Fliegerkräfte der von den USA gebildeten Koalition die Möglichkeit, für die rückwärtige Sicherstellung der Kampfhandlungen gegen die Al-Qaida die entsprechende Struktur der zentralasiatischen Länder zu nutzen. In den meisten Fällen sahen die mit ihnen erzielten Vereinbarungen Transitflüge und das Nachtanken vor. Doch wurden auf dem internationalen Flughafen Manas in Bischkek (Kirgisien) und auf einem Flugplatz in Chanabad (Usbekistan) vollwertige amerikanische Luftstützpunkte entfaltet.

Das Auftauchen von Militärangehörigen der USA und ihrer Nato-Verbündeten in Zentralasien unter den Bedingungen, da die Allianz nach wie vor eine weitere Osterweiterung plante, löste eine differenzierte Reaktion aus. In Russland vertraten nicht wenig Politiker die Auffassung, dass eine solche Entwicklung nicht hätte zugelassen werden dürfen. In Übersee meinten viele Experten, das sei lediglich ein gesetzmäßiges Ergebnis des nunmehr schwächeren Einflusses Moskaus in der Region. Die einen wie die anderen hatten bestimmt Argumente zugunsten ihres eigenen Standpunktes.

Unserer Meinung nach bestand das Wichtigste darin, dass die russische Führung nach den Terrorakten in den USA eine politisch und moralisch klare Position einnahm. Wie der russische Außenminister Sergej Lawrow in einem Novemberheft der Zeitschrift „Itogi“ von 2010 schrieb, kümmerte sich Russland, als es dem in Not geratenen Amerika hilfreich zur Seite stand, am wenigsten darum, ob es mit den USA Bündnisverträge habe. Russlands Entscheidung war die Folge seiner Überzeugung, dass das Block-Herangehen in der heutigen Welt ein Anachronismus ist, der es verhindert, die vorhandenen Möglichkeiten zur gemeinsamen Festigung der gemeinsamen unteilbaren Sicherheit zu realisieren.<sup>21</sup> In vieler Hinsicht dank dieser russischen Einstellung gelang es, eine für jenen Moment maximal breite Front der Staaten zu bilden, die sich im Kampf gegen den Terrorismus zusammenschlossen.

Nach den Terrorakten vom 11. September 2001 verlangte Präsident George W. Bush in ultimativer Form von der Taliban-Bewegung, die seit September 1996 an der Macht stand, der amerikanischen Justiz die Leiter der Al-Qaida mit deren Chef Usama Bin Laden auszuliefern. Nach der Ablehnung ihrer Forderung leiteten die USA am 7. Oktober eine militärische Operation gegen die Taliban ein. Daran beteiligten sich auch die Kräfte der mit ihnen sonst rivalisierenden „Nordallianz“, der Russland mit Waffen und Militärtechnik half. Die massierten Luftangriffe, die einen Monat lang dauerten, zwangen die Taliban, am 13. November Kabul und am 25. November Kunduz zu verlassen. Dann wurde, schon mit Unterstützung der US-Landstreitkräfte, am 7. Dezember 2001 Kandahar eingenommen. Das Taliban-Regime wurde liquidiert. Zerschlagen wurden auch die an ihrer Seite kämpfenden Kampfformationen der Islamischen Bewegung Usbekistans, der gefährlichsten

unter den zentralasiatischen extremistischen Organisationen. Die im Verlaufe der „heißen“ Phase der antiterroristischen Operation erzielten Erfolge bewirkten zweifellos eine wesentliche Verminderung der vom benachbarten Afghanistan ausgehenden Gefahren für Zentralasiens Sicherheit. Dementsprechend stabilisierte sich auch die Lage an Russlands Südgrenze.

In der Situation, die sich zu jener Zeit ergab, erhielten die USA eine reale Möglichkeit, die Zusammenarbeit mit den zentralasiatischen Staaten zu aktivieren. Wie die bekannte amerikanische Expertin für Probleme Zentralasiens Martha Alcott betont, seien die strategischen Verpflichtungen Washingtons in der Region durch die Energiepolitik bestimmt worden. Das habe es den amerikanischen Gesellschaften erlaubt, bei der Erschließung der Öl- und Gasressourcen des Kaspischen Raums führende Positionen einzunehmen.<sup>22</sup> Nun schien es keine Hindernisse zu geben, diese Zusammenarbeit vielfältiger zu gestalten.

Die größte Frage war jedoch, ob es hierbei gelingen werde, die Interessenbalance zwischen den Seiten zu sichern, die in gewissen Dingen miteinander zusammenfielen, in anderen jedoch weit auseinandergingen. Wichtig erscheint auch ein weiterer Umstand. Nach Beginn der Operation „Enduring Freedom“ sah das Weiße Haus den gesamten Komplex der Beziehungen zu den Republiken Zentralasiens hauptsächlich durch das Prisma seiner Politik an der afghanischen Richtung, und das bestimmte die Akzentuierung der Sicherheitsfragen voraus.

Eine Bestätigung dafür mögen die Angaben über die Hilfe an die Länder der Region sein, die die Regierungseinrichtungen der USA im Rahmen der Unterstützungsprogramme für das Finanzjahr 2003 erwiesen (in Millionen US-Dollar).

*Tabelle*

	Kasachstan	Kirgisien	Tadschikistan	Turkmenien	Usbekistan
Programme der Entwicklung der Demokratie	13,9	13,5	7,3	4,7	14,7
Wirtschaftliche und soziale Reformen	24,4	19,9	14,3	2,4	18,2
Sicherheit und Rechtsordnung	49,2	10,3	1,1	1,4	30,2
Humanitäre Hilfe	0,5	9,1	21,8	0,5	18,5
Intersektorale Initiativen	5,0	3,8	4,5	2,1	4,5
Insgesamt:	92	56,6	49	11,1	86,1

*Quelle:* Internetseite des US-Außenministeriums <http://www.state.gov>



Wie aus der Aufstellung erhellt, wurden für die Hilfe keine sonderlich hohen Beträge bereitgestellt. Meist gingen sie an die Staaten, die den USA für die Gewährleistung ihrer Energie- und militärischen Sicherheit am wichtigsten schienen: an Kasachstan und Usbekistan. Über die Hälfte des ganzen Umfangs der Hilfe für Kasachstan und über ein Drittel der für Usbekistan wurde für die Unterstützung ihrer Rechtsschutzfähigkeit und die Festigung der Sicherheit verwendet. In Kasachstan wurde diese Hilfe für die Realisierung von Programmen in Bereich der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen, für die Finanzierung der allmählichen Außerbetriebsetzung des AKW in Aktau sowie die Vorbereitung der Rechtsschutzorgane und der Antidrogenbehörden verwendet. In Usbekistan diente sie hauptsächlich dazu, die Grenzsicherheit zu festigen, der Verbreitung von biologischen Waffen vorzubeugen, die Möglichkeiten des Landes im Kampf gegen den Terrorismus und die Drogen zu erhöhen. In Kirgisien setzte man den Akzent auf Bildungsprogramme, die Entwicklung der Infrastruktur und des Gesundheitswesens, die Förderung des kleinen und mittelständischen Unternehmertums. In Tadschikistan wurde beinahe die Hälfte der Finanzhilfe für humanitäre Ziele — Versorgung mit Medikamenten, Nahrungsmitteln, Kleidung und Wohnung — verwendet, wenn auch viel Gewicht auf die Festigung der Grenzen gelegt wurde, um dem Terrorismus und dem Drogenhandel zu widerstehen.<sup>23</sup> Eine solche Struktur der US-Hilfe erhielt sich mit diversen Abwandlungen auch in den nächsten Jahren.

Der militärische Feldzug zur Vernichtung der Terroristen in Afghanistan mit rückwärtiger Unterstützung von Zentralasien aus bewog die USA dazu, sich ernsthaft mit den Problemen der Sicherung der Stabilität in der Region zu beschäftigen. Sonst hätten übrigens die amerikanischen Militärobjecte auf dem Territorium der zentralasiatischen Länder nicht normal funktionieren können. 2002—2003 baute Washington aktiv seine Zusammenarbeit mit ihnen auf dem Gebiet der Verteidigung aus, einen Aufstieg erlebten auch die politischen Beziehungen (mit Ausnahme Turkmenistans).

Offenbar endete gerade damals die Periode eines gewissen „Abseitsstehens“ der USA von den zentralasiatischen Angelegenheiten. Die Politik des Weißen Hauses in der Region wurde energischer, was einigen amerikanischen Experten Anlass gab, sie als „aggressiven Realismus“ zu bezeichnen. Zentralasien wurde nicht mehr als „Hinterhof“ Russlands gesehen, vielmehr gewann es für Washington selbstständige Bedeutung.

Bei der Einschätzung der Situation in der Region gingen die Amerikaner davon aus, dass die Versuche Russlands und der VR China — von jedem einzeln und von beiden gemeinsam unternommen — ihre Stabilisierung zu erreichen, nicht von Erfolg gekrönt wurden. Nunmehr nehmen die USA die Lösung besagten Problems in ihre Hand, das entspreche in vieler Hinsicht den Interessen sowohl von Moskau

als auch von Peking.<sup>24</sup> Schwer zu sagen, worauf sich diese Vermutung gründete, aber schon bald sollte sich herausstellen, dass sie falsch war. Selbst wenn die Einstellungen der drei Mächte zum internationalen Terrorismus zusammenfielen, war es kaum vorstellbar, dass Russland und China sich von der Verantwortung für die Entwicklung der Lage in Zentralasien lossagen und sie Washington „anvertrauen“ würden. Selbstverständlich hatten sie auch ihre eigene Meinung von der militärischen US-Präsenz in der Region. Ferner darf nicht vergessen werden, dass bereits im Juni 2001 die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) entstand. Ihr gehören Russland, China, Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan und Usbekistan an. Mit der Zeit sollte sie zu einem wichtigen Faktor der gesamten Politik im zentralasiatischen Raum aufsteigen. Im Mai 2002 wurde der Beschluss über die Schaffung der Organisation des Vertrags für kollektive Sicherheit (OVKS) gefasst, eine ihrer deklarierten Schlüsselaufgaben heißt die Sicherung der Stabilität in Zentralasien. Ihr traten neben Russland, Weißrussland und Armenien noch Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan bei. Im Oktober 2003 wurde ein russischer Militärstützpunkt in der kirgisischen Stadt Kant eröffnet, unweit von Bischkek, wo sich schon ein Fliegerstützpunkt der USA befand.

Die ersten Siege über die Taliban-Bewegung konnten die Situation in Afghanistan leider nicht für lange Zeit „beruhigen“. Die Taliban brauchten nur etwas über ein Jahr, um „zu sich zu kommen“ und einen Partisanenkrieg gegen die Koalitionskräfte zu entfalten. Zu jenem Moment erfüllten schon die Internationalen Sicherheitskräfte ihre Mission. Sie entstanden gemäß der Resolution 1386 des UN-Sicherheitsrates vom 20. Dezember 2001. Ab August 2003 ging das Kommando über sie an die Nato über. Zuerst gehörte zu ihrer Verantwortungszone nur Kabul, aber im Oktober 2003 wurde beschlossen, diese Zone auch nach außerhalb der afghanischen Hauptstadt zu erweitern.

Doch weder die USA noch die Internationalen Kräfte konnten den Widerstand der Taliban brechen. Deshalb wurden die Herde des Terrorismus in Afghanistan nicht liquidiert, während die Produktion von Narkotika sogar zunahm. Der wichtigste Transitkorridor für ihre Beförderung in die GUS-Länder, vor allem nach Russland, und weiter nach Europa war gerade Zentralasien.

Ohne den Krieg in Afghanistan zu Ende zu bringen, begannen die USA im März 2003 einen neuen, in Irak. Die Kampfhandlungen an zwei Fronten zugleich erforderten kolossale Finanzmittel, wobei ein Großteil davon damals für den irakischen Feldzug draufging. Unter diesen Bedingungen durfte nicht mehr damit gerechnet werden, dass sich die US-Hilfe für die Zentralasiatische Region, besonders für deren sozialökonomische Entwicklung, vergrößern werde.

Die Politik des „aggressiven Realismus“ rückte erneut das Dilemma von „Werten und Interessen“ in den Vordergrund. Nach Meinung von Charles Ziegler, Dekan der

politologischen Fakultät an der Universität Louisville (USA), fiel es der Regierung der Vereinigten Staaten sowohl unter Präsident Clinton als auch unter George W. Bush nicht leicht, sich um die Einbeziehung der zentralasiatischen Staaten in den Prozess der Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich zu bemühen und zugleich auf sie in den Fragen der Menschenrechte, der wirtschaftlichen und politischen Reformen Druck auszuüben. Hinzu kam, dass das Herangehen des State Department an die „Regelung“ dieses Gegensatzes mit dem des Verteidigungsministeriums nicht zusammenfiel. Im diplomatischen Amt bestand die Meinung, dass die Förderung der demokratischen Entwicklung in der Region gerade in dem Moment relevanter war, da diese an den vorderen Rand des Krieges gegen den Terrorismus geriet. Die Programme des Außenministeriums richteten sich auf die Unterstützung und Finanzierung des politischen Pluralismus, unabhängiger Massenmedien, die Gewährleistung des Vorrangs des Gesetzes und der religiösen Freiheiten. In seinen Berichten über die Menschenrechte wurden die zentralasiatischen Länder hart kritisiert. Die Militärs dagegen beachteten in erster Linie die Vorzüge der Zusammenarbeit mit ihnen im Sicherheitsbereich und versuchten recht oft, die kritischen Bemerkungen der Diplomaten zu dämpfen. Charles Ziegler meint, es sei wenig wahrscheinlich, dass es der amerikanischen Administration, gleich, ob einer republikanischen oder einer demokratischen, gelingen werde, die Widersprüche in der US-Außenpolitik auszusöhnen, die zwischen dem Bedarf an der Gewährleistung der Sicherheit und dem Streben bestanden, den Idealen der Förderung der Demokratie und der Menschenrechte zu treu zu bleiben, weil dieser Konflikt lange vor Beginn des Krieges gegen den Terrorismus bestanden habe.<sup>25</sup>

Übrigens versuchten die USA 2003—2005, die entstandene Situation folgendermaßen zu überwinden. Zugrunde lag die These, der Erfolg der amerikanischen Politik in der Region werde vor allem davon abhängen, wie starke Wurzeln die Demokratie dort fasse. Deshalb wurde beschlossen, die demokratischen Prozesse in den zentralasiatischen Republiken zu forcieren. Zugleich wurde behauptet, das werde die regionale Sicherheit festigen und den Kampf gegen das internationale Terroristennetz in Afghanistan effektiver zu gestalten.

Der bekannte russische Wissenschaftler G. Tschufrin weist darauf hin, dass die westlichen Länder mit den USA an der Spitze, von den „farbigen Revolutionen“ in Georgien und der Ukraine inspiriert, die Unzufriedenheit der breiten Bevölkerungsschichten Zentralasiens mit ihren Lebensbedingungen auszunutzen suchten, um unter den Losungen der Entwicklung der Demokratie die bestehenden Regimes durch offen prowestliche zu ersetzen.<sup>26</sup>

Zur Lösung dieser Aufgabe wurden erfahrene Polittechnologien aus den führenden amerikanischen Regierungs- und gesellschaftlichen Strukturen herangezogen, die sich darauf spezialisieren, demokratische Werte in der Welt zu

verbreiten. Gemeint sind beispielsweise das im Außenministerium für Fragen der Demokratie, der Menschenrechte und der Arbeit zuständige Büro, die föderale USA-Agentur für internationale Entwicklung, der Nationale Fonds für Demokratie, der Soros-Fonds. Sie finanzierten die örtlichen Nichtregierungsorganisationen, befassten sich mit der Herausgabe und Verbreitung der entsprechenden Propagandaliteratur und unterstützten die oppositionellen politischen Kräfte, die sich auf den Westen orientierten.

Im März 2005 wurde von der „Tulpenrevolution“ in Kirgisien sein Präsident A. Akajew gestürzt, der übrigens in Washington als ein mustergültiger liberaler Politiker galt. Kriminelle und extremistische Gruppierungen nutzten die „Revolutionssituation“ aus, was zu Massenunruhen und Plünderungen führte.

Sehr bald darauf, im Mai 2005, brachen Unruhen in der Stadt Andischan (usbekischer Teil des Fergana-Tals) aus. Die Meuterer, die mit der islamistischen Organisation „Akramiya“ verbunden waren, bemächtigten sich der Waffen und machten Geiseln. Die Behörden mussten zur Wiederherstellung der Ordnung Gewalt anwenden.

Die Ereignisse in Kirgisien und Usbekistan bestätigten, dass die Gefahren für die Stabilität im Raum nicht nur vom islamischen Extremismus und internationalen Terrorismus ausgingen, sondern auch von den USA, die den Weg des Exports der Demokratie und der direkten Unterstützung der „farbigen Revolutionen“ beschritten hatten.<sup>27</sup> Sie lösten durchaus begründete Besorgnis der herrschenden Eliten der zentralasiatischen Staaten aus. Genauso wurden sie in Russland und China aufgenommen.

Bald wurde im Westen eine lärmreiche Kampagne entfaltet, in deren Verlauf die usbekischen Behörden und Präsident Islam Karimow persönlich „der groben Verstöße gegen die Menschenrechte und einer unverhältnismäßigen Gewaltanwendung gegen die friedliche Bevölkerung“ bei den Ereignissen in Andischan bezichtigt wurden. Tonangebend waren in dieser Kampagne die USA. Im Ergebnis blieben die Beziehungen zwischen Taschkent und Washington lange Zeit stark angeschlagen.

In jener Periode stiegen bei vielen zentralasiatischen Politikern Zweifel daran auf, dass die militärische USA-Präsenz tatsächlich zur Festigung der Sicherheit in der Region beitragen könne.

Am 5. Juli 2005 wurde auf dem SOZ-Gipfel in Astana im Konsensverfahren die Empfehlung für die Länder der internationalen Koalition, die eine antiterroristische Operation in Afghanistan durchführte, angenommen, die Aufenthaltsdauer ihrer Militärkontingente auf dem Territorium der zentralasiatischen Staaten festzulegen. Am 29. Juli 2005 teilte Usbekistan den USA warnend mit, dass sie für den Abzug ihres Fliegerstützpunktes aus Chanabad sechs Monate Zeit hätten.

Am 22. November 2005 wurde er offiziell geschlossen.

Zu ebenjener Zeit arbeiteten die führenden US-Forschungszentren das Konzept von „Groß-Zentralasien“ aus. Gemeint war die Bildung eines einheitlichen Raums von Zentral- und Südasiens, der Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan, Turkmenien, Usbekistan sowie Afghanistan, Indien und Pakistan umfassen würde. Der Hauptideologe des Konzepts, Frederick Starr, formulierte Washingtons Ziele in Bezug auf dieses Projekt wie folgt: 1. Einen Offensivkrieg gegen den Terrorismus zu führen und Infrastrukturen der Sicherheit, die die US-Teilnahme voraussetzten, zu schaffen; 2. Afghanistan und seinen Nachbarn wird die Möglichkeit gegeben, sich vor dem radikalen Islam und den Drogenhändlern zu schützen; 3. Anstrengungen zu unternehmen, um die regionale Wirtschaft und die bedeutendsten Staatsinstitutionen bis zu einem Grad zu festigen, bei dem die Region fähig sein wird, eine wirtschaftliche und politische Brücke zwischen dem Nahen Osten und Süd- und Ostasien abzugeben; 4. an der Festigung der regionalen Handelsverbindungen und einer adäquaten Transportinfrastruktur zu arbeiten; 5. schließlich die demokratischen politischen Systeme zu stimulieren, die fähig wären, als Muster für andere Länder mit großer Moslembevölkerung zu dienen.<sup>28</sup>

Von diesem Konzept ist bereits viel gesprochen worden. Wir wollen beispielsweise den Standpunkt der Autoren des 2009 herausgegebenen Buches „Jahre, die Zentralasien verändert haben“ betrachten. Ihrer Ansicht nach brauchen die USA Groß-Zentralasien doch nicht so sehr für die Pflege der Keime der Demokratie wie vielmehr dazu, alle ökonomischen und politischen Prozesse in der Region ohne Behinderung durch andere außenpolitische Spieler (Russland und China) sowie Strukturen, in denen sie dominieren (OVKS, SOZ), ungeteilt zu lenken. Indes stellte die Administration von George W. Bush die Uhrzeiger hauptsächlich auf die Demokratisierung Zentralasiens nach den westlichen Schablonen sowie auf die Eindämmung Russlands und Chinas im Raum um, wodurch sie die Ergebnisse ihrer Politik in der Region vorausbestimmte, für die heute ein bedeutender Effizienzabfall charakteristisch ist, da die Bedürfnisse der auf Transit beruhenden Wirtschaften der Staaten der Region andere Maßnahmen und Einstellungen erforderlich machen.<sup>29</sup>

Wir wollen dem hinzufügen, dass die Realisierung dieses ambitionierten Projekts mit all seinen wirtschaftlichen „Pluspunkten“ und den militärisch-politischen „Minuspunkten“ in jedem Fall ohne eine radikale Verbesserung der Situation in Afghanistan unmöglich ist.

Zusammenfassend könnte man einige unseres Erachtens entscheidende Momente hervorheben, die zu Beginn der Präsidentschaftswahlen in den USA 2008 zutage traten.

Im Rahmen der Doktrin des „aggressiven Realismus“ gelang es Washington dennoch nicht, das Dilemma von „Werten und Interessen“ zu lösen. Die Prioritäten der US-Politik in Zentralasien veränderten sich ständig, und das behinderte den Aufbau ihrer genauen Hierarchie. Offen blieb die Frage, was für die USA der größte Wert ist: die Energieressourcen oder die militärische Präsenz und Zusammenarbeit für die Sicherheit — oder doch die Transparenz der Wahlen und die Freiheit der Massenmedien. Während in Übersee davon geredet wurde, dass Moskau in der Region ein schwacher Akteur sei<sup>30</sup>, stellte sich plötzlich heraus, dass sich dort bereits Integrationsstrukturen unter Russlands Teilnahme Wurzeln gefasst haben: EAWG, OVKS und SOZ. Den USA dagegen fehlt ein Mechanismus, der das Zusammenwirken mit den zentralasiatischen Ländern auf ständiger Grundlage sichern würde. Und noch etwas. Der Kurs auf beschleunigte Demokratisierung der Staaten der Region hat sich nicht bewährt: nicht deshalb, weil jene kategorisch demokratische Umbildungen abgelehnt hätten, sondern deshalb, weil er sich über ihre weltanschaulichen Traditionen hinwegsetzte. Die östlichen Gemeinschaften neigten schon immer zu allmählichen, nicht überstürzten Veränderungen.

Alle diese Probleme hat die neue Administration unter Barack Obama geerbt. Gegenwärtig wird in den Braintrusts der USA der Versuch unternommen, Washingtons Strategie in Zentralasien umzudenken, um sie den modernen geopolitischen Realitäten anzunähern. Es ist wohl so, dass gerade sie dazu drängen, diese Region in eine Zone der aktiven internationalen Zusammenarbeit zu verwandeln, um ihre Sicherheit und beständige wirtschaftliche Entwicklung zu gewährleisten. Das eingeleitete „Reset“ in den russisch-amerikanischen Beziehungen öffnet in dieser Hinsicht ein „breites Fenster der Möglichkeiten“. Auf jeden Fall haben Russland und die USA zweifellos gemeinsame Interessen in Zentralasien. Inwiefern erfolgreich ihre Realisierung sein kann, wird die Zukunft lehren. Russland ist zur gemeinsamen Arbeit bereit.

## FUSSNOTEN

1. Siehe: *Mjasnikow, W. S. Predislowije k knige Postnikowa A. W. stanowlenije rubeschej Rossiji w Zentralnoj i Strednej Asiii (18-19. ww.)* [Herausbildung der Grenzen Russlands in Zentral- und Mittelasien (18-19. Jh.) S. 4-5]. Moskau 2007.

2. *Mackinder, H. J. Geografitscheskaj osj istorii.* [The Geographical Pivot of History] // *Polis*, Heft 4/1995. S. 162-169.

3. *Mackinder, H. J. Democratic Ideals and Reality.* N.Y.: Pelican Books 1944. P. 113.

4. Siehe: *Nikolajew, S. Zentralnoasiatskij Vektor w japonskoj wneschnej Politike* [Zentralasiatischer Vektor von Japans Außenpolitik], // *Diplomatitscheskaja sluschba*, Heft 6/2009, S. 15.

5. *Brzezinski, Z. Welikaja schachmatnaja doska. Amerikanskoje Preoschodstwo i ego geostrategitscheskije perspektivz* [The Grand Chessboard], *Meshdunarodnyje odnoschenija*. Moskau 2010, S. 54.

6. Ebenda, S. 54—55.

7. Ebenda, S. 149—180.

8. *Hopkirk, P. Bolschaja igra. Na sekretnoj sluschbe w Zentralnoj Asii* [The Great Game], Moskau 2004, S. 18-19. (Zit. nach: Mjasnikow, W. S. Op. cit., S. 7.)

9. *Brzezinski, Z.* Op. cit., S. 109.

10. *Tokajew, K.-Sch. Swet i Tenj: Otscherki kasachstanskogo Politika* [Licht und Schatten. Notizen eines kasachstanischen Politikers. Wostok-Sapad], Moskau 2008. S. 195-203.

11. Erlass des Präsidenten der Russischen Föderation Nr. 940 vom 14. September 1995.

12. Siehe: *Rogow, S. M. Adminiystrazija Klinton: Podwoditj itogi eschtsche rano* [Clintons Administration: Zu früh für ein Fazit] // *USA und Kanada*. Heft 2/2000, S. 13

13. Siehe: *Simonija, N. Neft i Politika* [Erdöl in der USA-Politik] // *Meshdunarodnaja schisn*, Heft 3/2008, S. 70

14. Siehe: *Cohen, Ariel.* Der Unabhängigkeitsweg: Kasachstans Energiepolitik. Almaty: Atamura 2007, S. 40-41.

15. *Tokajew, K.-Sch.* Op. cit., S. 204.

16. Siehe: *Schisnin, S. S. Energetitscheskaja dipolomatija SSCHA* [Energiediplomatie der USA] // *USA und Kanada*, Heft 2/2000, S. 78-79.

17. Siehe: *Schilzow, S. S., Sonn, I. S. SSCHA w pogone sa Kaspijskim regionom* [Die USA auf der Jagd nach dem Kaspi-Raum], *Meshdunarodnyje odnoschenija*, Moskau 2009.

18. Siehe: *Braterski, M. W. Politika SSCHA w Srednej Asiss: itogi desjatiletija* [USA-Politik in Mittelasien: Fazit eines Jahrzehnts] // *USA und Kanada*, Heft 9/2002, S. 56.

19. Siehe: *Nikolajew, S. Rossija — Zentralnaja Asija: Stremlenie k Prozwetanju i Besopasnosti* [Russland — Zentralasien: Streben nach Prosperität und Sicherheit] // *Meshdunarodnaja schisn*, Heft 6/2009, S. 37.

20. Erklärung des Präsidenten der Russischen Föderation W. W. Putin vom 24. September 2001 // *Russlands Außenpolitik. Sammlung von Dokumenten. 2001 / Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation*. Moskau, Moskowskaja tipografija, Heft 2/2007, S. 311.

21. Siehe: *Lawrow, Sergej. W odnoj Lodke* [ Im selben Boot] // Itogi. Heft 46/2010, S. 17.

22. Siehe: *Alcott, M B. Zentralasiens zweite Chance* // Moskauer Carnegie-Center. Moskau — Washington 2005, S. 19.

23. Siehe: *Ziegler, Charles E. Strategija SSCHA i Schanchajskaja Organizsija sotrudnitschstwa*. [U.S. Strategy and Shanghai Cooperation Organization] // *Mirowaja ekonomika i meschdunarodnyje odnoschenija*, Heft 4/2005, S. 18-19.

24. Siehe: *Braterski, M. W.* Op. cit. S. 62.

25. Siehe: *Ziegler, Charles E.* Op. cit., S. 19-21.

26. *Tschufrin, G. I. Rossija w Zentralnoj Asii*. [Russland in Zentralasien. Almaty: Kasachstanisches Institut für strategische Studien beim Präsidenten der Republik Kasachstan], 2010. S. 28.

27. Ebenda, S. 29-30.

28. Siehe: *Starr, Frederick. Partnerstwo dlja Zentralnoj Asii* // *Rossija w globalnoj politike* [Partnerschaft für Zetrralasion// Rusland in der globalen Politik], Heft Nr.4. Juli-August 2005. ([http:// globalaffairs.ru/numbers/15](http://globalaffairs.ru/numbers/15))

29. Siehe: *Gody, kotorye ismenili Zentralnuju Asiju*. [*Die Jahre, die Zentralasien veränderten*], *Moskau: Zentrum für strategische und politische Studien*. Institut für Orientalistik der Russischen Akademie der Wissenschaften, 2009, S. 298.

30. Siehe: *Ziegler, Charles E.* Op. cit., S. 21-22.

**Schlüsselwörter:** Strategie der Europäischen Union in Zentralasien, „Dialog Japan — Zentralasien“, Zentralasiatische Region, Islamische Bewegungn Usbekistans, Organisation des Vertrages über die kollektive Sicherheit (ODKB), Konzeption von Grosszentralasien.



Michail MAJOROW

Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter,  
Kandidat der Geschichtswissenschaften

## UNGEORDNETES EUROPA

Die Unfähigkeit von Westeuropa, auf die stürmischen Ereignisse in der arabischen Welt und besonders in Nordafrika, das schon geschichtlich in die europäischen Angelegenheiten aktiv einbezogen war, ernst einzuwirken, hat die traurige Schlussfolgerung bestätigt: Europa hört auf, eine globale Kraft zu sein, und konzentriert sich zunehmend auf die eigenen Probleme. Es ist kaum anzunehmen, dass zur Priorität bei der Lösung dieser Probleme die Realisierung von Moskaus Aufforderung sein wird, die Modernisierung Russlands „zu einem gesamteuropäischen Projekt zu machen, wie das in der Epoche Peters des Großen war“<sup>1</sup>. Es handelt sich nicht nur darum, dass die europäischen Politiker, in den Jahren des Kalten Kriegs an ein komfortables Leben unter der amerikanischen Schirmherrschaft gewohnt, mit den ausgereiften Herausforderungen — Krise des rein kapitalistischen Entwicklungsmodells, neue Verstärkung der nationalistischen Stimmungen, ethnische und religiöse Wandlungen innerhalb Europas selbst — zusammenstoßen. Von nicht geringer Bedeutung ist auch der Umstand, dass die Überreste der früheren politischen Konstellationen und historischen Neigungen, noch dazu nicht in ihren besten Erscheinungsformen, die europäische Politik bisher schwer belasten.

Versuche, das nach dem Zerfall der UdSSR geschwächte Russland aus der Zahl der aktiven europäischen Akteure auszuschließen und längs seiner West-

und Südgrenze einen neuen „Sanitätskordon“ anzulegen, haben Europa weder Beruhigung noch die Sicherheit bezüglich seiner konfliktlosen Entwicklung gebracht. Der Knäuel der mit Blut gezeichneten Widersprüche zwischen den Teilen des ehemaligen Jugoslawien, das Wachstum der separatistischen Bewegungen nach der Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo, das selbst das scheinbar wohlbehaltene Belgien berührte, die Weigerung der einflussreichen europäischen Länder, den kräftigen Appetit der „neuen Europäer“ im Kaukasus, der zu den tragischen Ereignissen im August 2008 führte, zu mäßigen, können die Situation in Europa ernst destabilisieren. Nicht auszuschließen ist auch, dass nach Maßgabe der Verminderung der Einbezogenheit der USA in die europäischen Angelegenheiten (und das geschieht früher oder später) die schlummernden Ambitionen einiger europäischer Mächte und die historischen Instinkte der kleinen Länder die mühevoll aufgebaute Europäische Union lockern können.

Die Geschichte lehrt nicht so sehr, vielmehr erzieht sie, denn ihre Funktion liegt nicht darin, eine Anleitung zum Handeln zu sein, sondern darin, die Fähigkeit anzuerziehen, Erscheinungen und Ereignisse, die auf die Natur vieler moderner Prozesse Licht werfen, in der Vergangenheit zu erkennen und mit der Gegenwart zu vergleichen. Das, was heute in Europa vor sich geht, zeugt davon recht anschaulich.

## **NOCH EINMAL ZUM EUROPÄISCHEN GLEICHGEWICHT**

Das System des Kräftegleichgewichts, das Europa um den Preis von Leiden erreichte und das nach dem Westfälischen Frieden von 1648 zu einer Konstante in den internationalen Beziehungen wurde, basierte auf der bewussten Erkenntnis, dass die zu jener Zeit entstandenen ungefähr gleich starken Staaten die Erhöhung der einzelnen Staaten über alle übrigen nicht zulassen durften. Ein solches System konnte Krisen und Kriege zwar nicht vorbeugen, aber sein Bestehen verengte die Ausmaße der Zusammenstöße und die Möglichkeit der einen, ihren Willen und ihre Überlegenheit den anderen aufzuzwingen. Ernste Störungen im System des Kräftegleichgewichts in Europa führten zu großen Kataklysmen auf dem Kontinent, ja sogar zu weltweiten Katastrophen.

Obwohl die Begründer des europäischen Gleichgewichts konkrete Namen haben (genannt wird Niccolo Machiavelli, aber auch Kardinal Richelieu), war die Entstehung dieses Faktors in den internationalen Beziehungen nicht Ergebnis einer plötzlichen Erleuchtung der damaligen Politiker und Diplomaten. Vielmehr war er eine Folge der historischen Entwicklung, in deren Verlauf die Herrscher der in Entstehung begriffenen Nationalstaaten darangingen, der Gefahr für die eigene Macht und der Selbstständigkeit der großen europäischen Dynastien aktiv entgegenzutreten. Die zahllosen Kriege des 18. Jahrhunderts beinhalteten bei all ihrer scheinbaren Anarchie und all ihren Eroberungsvorhaben die Idee,

dass das Prinzip des Kräftegleichgewichts für eine unabhängige Entwicklung der europäischen Mächte vorteilhaft war.

Um den Preis der gewaltsamen Reformen Peters I., die von einem unerhörten Sprung nach vorwärts mit sich brachten, zwang Russland Europa, auf die russischen Interessen Rücksicht zu nehmen und Russland zu jenen Ländern zu zählen, die für das europäische Gleichgewicht mitbestimmend waren. Russlands außerordentlich wichtige Rolle für die Erhaltung dieses Gleichgewichts trat klar in den Zeiten der napoleonischen Kriege zutage, die die europäischen Mächte dazu bewogen, eine internationale Ordnung, die auf den Prinzipien des Kräftegleichgewichts beruhte, bewusst auszuarbeiten. Der Wiener Kongress von 1815 und die Gründung der Heiligen Allianz zwischen Österreich, Preußen und Russland waren zwar von dem Bestreben der europäischen Monarchien durchdrungen, einen gewissen Mechanismus für kollektive Handlungen gegen beliebige revolutionäre Aktionen auszuarbeiten, erhoben zugleich das Kräftegewicht zu einer der fundamentalen Regeln beim Ordnen der internationalen Beziehungen. Beinahe 40 Jahre lang kannte Europa keinen einzigen Krieg unter Beteiligung der Großmächte.

Doch kam es so, dass die europäische Diplomatie, die dem europäischen Gleichgewicht einen relativ beständigen Charakter verlieh, es letztendlich selbst zerstörte. Der Grund: In der Erstarkung von Russlands Einfluss in Europa, vor allem auf dem Balkan, sahen die Herrscher von Österreich, England und Frankreich eine potenzielle Bedrohung ihrer Interessen. Als Gegengewicht zum „russischen Bären“ wurde beschlossen, die Türkei vorzuschicken, deren historische Konfrontation mit Russland bedeutend stärker war als die Einstellung der Europäer zur Türkei als zu einem Fremdkörper auf dem Kontinent und einem „notwendigen Übel“. Unter Ausnutzung der politischen Kurzsichtigkeit von Nikolai I. provozierten England und Frankreich den Russisch-Türkischen Krieg von 1853-1856. Das gab den Anstoß zum Zerfall der in Wien mühevoll zusammengeschiedenen Ordnung in Europa, die auf dem Prinzip des Kräftegleichgewichts beruhte.

Russlands Niederlage im Krim-Krieg beseitigte in vieler Hinsicht die Überreste der moralischen Mäßigung und Zurückhaltung aus der europäischen Diplomatie und erweckte die einstige Rivalität zwischen den westeuropäischen Mächten wieder. Es bildete sich eine neue europäische Ordnung heraus, worin das Prinzip des preußischen Kanzlers Otto von Bismarck in den Vordergrund trat: die „Realpolitik, die die Beziehungen zwischen den Staaten durch grobe Gewalt und die Dominanz der Stärkeren bestimmte.

Nach dem Französisch-Preußischen Krieg von 1870-1871, der die europäische Politik endgültig konfrontationsmäßig prägte, tauchte in Europa ein mächtiger und

erbarmungsloser Anwärtler auf Hegemonie: das Deutsche Reich, das sich bereits nicht als Amboss, sondern als Hammer der europäischen Schmiede gab. Doch die Herrscher der europäischen Staaten verstanden es nicht, in der von Deutschland eingeleiteten Politik, das Kräftegewicht ins Wettrüsten zu verwandeln, eine Gefahr für die eigene Sicherheit und die der europäischen Zivilisation als Ganzes zu erkennen.

Der Erste Weltkrieg hatte die europäischen Politiker nichts gelehrt. Die nach den Ergebnissen der Pariser Friedenskonferenz von 1919 aufgebaute Ordnung brachte Europa um die Chancen für eine langzeitliche friedliche Entwicklung: Sie erweckte nur die Gier nach Revanche in Deutschland, schloss Sowjetrußland aus der Zahl der Bestandteile der europäischen Balance aus, und spitzte die nationalen Probleme vieler europäischer Völker zu. Ihren Beitrag zur Desorganisierung Europas leisteten auch die Vereinigten Staaten, die nach dem Krieg in der europäischen Politik eine immer merklichere Rolle spielten. Auf der Konferenz in Paris lehnte US-Präsident Woodrow Wilson die „Realpolitik“ und zugleich auch das Konzept des Kräftegleichgewichts als amoralisch ab und führte neue Kriterien der internationalen Ordnung — Demokratie, kollektive Sicherheit und Selbstbestimmung — ein. Auf die Schädlichkeit des Verzichts der damaligen europäischen Führer auf die Ausgangsbestimmungen der Politik des Kräftegleichgewichts, der ungeheuerlich viel Unglück bringen sollte, wies kennzeichnenderweise der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger hin, nach dessen Ansicht man in Europa „hätte verstehen sollen, dass die allgemeine Doktrin der kollektiven Sicherheit nichts ergeben wird..., solange sie nicht die drei stärksten Nationen der Welt einschließt: die Vereinigten Staaten, Deutschland und die Sowjetunion“<sup>2</sup>.

Dafür nutzte Deutschland, das nach dem Krieg die Stärkekomponente seiner Außenpolitik verloren hatte, geschickt die früheren Komponenten des europäischen Gleichgewichts aus, es spielte das historische Misstrauen in den Beziehungen zwischen London und Paris sowie den ewigen Drang Englands danach aus, auf den deutschen Staat als Gegengewicht zu Rußland und Frankreich zu setzen. Die deutsche Diplomatie mit Gustav Stresemann an der Spitze (1923-1929) leitete die Entwicklung der Beziehungen zur UdSSR ein, was England und Frankreich nervös machte und ihren Druck auf Deutschland abschwächen ließ. Auf der Konferenz in Locarno (Schweiz) von 1925 machte Deutschland nicht ohne Hilfe Englands (und der USA) den ersten Schritt zur Revision des Versailler Friedensvertrags und erreichte faktisch eine „Gleichberechtigung“ unter den europäischen Staaten zum Nachteil Frankreichs. Locarno eröffnete Deutschland den Weg in Richtung Osteuropa, und hätte es sich mit diesem „Geschenk“ zufrieden gegeben, so hätte es sicherlich die weitere Sympathie des Westens verdient. Aber Hitler, der in

Deutschland an die Macht kam, verachtete Stresemanns Diplomatie und dachte in den Kategorien der Unifizierung Europas unter deutscher Herrschaft. Von Hitlers Antikommunismus eingenommen und der Zugehörigkeit Deutschlands zur westlichen Zivilisation sicher, erwiesen sich die europäischen Politiker als unfähig, die verderblichen Folgen des hemmungslosen Wachstums der deutschen Militärstärke für das europäische Gleichgewicht und, wie sich erweisen sollte, auch für die ganze Welt vorauszusehen.

Die Kapitulation der britischen und der französischen Führung vor Hitler in München im September 1938 brachte Europa um die letzten Reste des Gleichgewichts und ließ die UdSSR faktisch allein mit Nazideutschland. Im August 1939 ging Jossif Stalin auf den Abschluss des sowjetisch-deutschen Nichtangriffspakts ein und zahlte mit gleicher Münze heim: Er zeigte dem Westen, dass ihm trotz der kommunistischen Ideologie die für die westeuropäische Diplomatie üblichen Methoden von Kardinal Richelieu und der „Realpolitik“ Otto von Bismarcks nicht fremd waren. Für eine Zeitlang brachte Stalin die Lage der UdSSR in Vorkriegseuropa in ein gewisses Gleichgewicht, verstand es jedoch nicht, Hitlers Absichten bis zu Ende zu enträtseln und die Dauer des Aufschubs des unvermeidlichen Kriegs mit Deutschland richtig einzuschätzen. Die Zerschlagung Frankreichs im Mai 1940 bedeutete für die einen das Ende der Illusionen über die Ausnutzung Hitlerdeutschlands als „Spitze“ im Kampf gegen die „bolschewistische Pest“, für andere den Zusammenbruch der Hoffnungen auf die gegenseitige Erschöpfung der westeuropäischen Mächte im zwischenimperialistischen Kampf. Die harte Realität zeigte, wie akut es wurde, die Bemühungen um den Widerstand gegen den gemeinsamen Feind zu vereinigen, was nach dem Überfall auf die UdSSR in der Bildung der Antihitlerkoalition eine konkrete Verkörperung fand.

In der Außenpolitik der USA kam es zu einer Wendung, ihre herrschenden Kreise mit Präsident Franklin D. Roosevelt an der Spitze kamen zu dem Schluss (wenn das öffentlich auch nicht zugegeben wurde), dass jenes Kräftegleichgewicht in Europa, das sie empört abgelehnt hatten, gerade Amerikas Sicherheit gewährleistete. Unter Roosevelt erschien in der amerikanischen Diplomatie eine neue, von Wilsons Ansichten unterschiedliche außenpolitische Schule: die der Anhänger der „Kräftebalance“ bzw. der „Realisten“, für welche die Einschätzung der Macht der Staaten und des Kräfteverhältnisses zwischen ihnen mehr Bedeutung hatte als ihre innenpolitische Einrichtung. In logischer Entwicklung dieser Richtung in der US-Außenpolitik bemühten sich die USA, gleich der UdSSR, um die Bildung der Organisation der Vereinten Nationen, die, anders als der Völkerbund, berufen war, die nach 1945 entstandene Kräftekonstellation und die Interessen eines weiten Kreises von Staaten maximal zu berücksichtigen.

Die Positionen der „Realisten“ erstarkten mit Beginn des Kalten Krieges, da sich die USA nunmehr zu den wichtigsten Garanten des Kräftegleichgewichts nicht nur in Europa, sondern auch in der ganzen Welt zählten. Angesichts der gewachsenen Macht und des größeren Einflusses der Sowjetunion hieß der neue Imperativ der amerikanischen Außenpolitik die Zügelung der sowjetischen Stärke. Eine besondere Gefahr für ihre Interessen sahen die Amerikaner in der Erweiterung der Einflussosphäre der UdSSR außerhalb Osteuropas, vor allem auf Kosten des besiegten Deutschland. Im Grunde ging die Eindämmungsdoktrin von der nach dem Zweiten Weltkrieg zustande gekommenen Kräftekonstellation aus und zielte unter allem anderen auf die Wiederherstellung des europäischen Kräftegleichgewichts hin. Allerdings war ein Merkmal dieser Doktrin jetzt die „Stärkepolitik“, die nicht zuletzt auf den ausschließlichen Besitz der Kernbombe durch die USA zurückging. Eine Folge dieser Politik war, dass im April 1949 auf Initiative der USA die Organisation des Nordatlantikvertrags (Nato) gegründet wurde, deren antisowjetische Ausrichtung mit unbewaffnetem Auge zu sehen war.

Auch die sowjetische Führung verlor die Zeit nicht: Sie festigte auf jede Weise den „Sicherheitsgürtel“ in Osteuropa, indem sie in den Ländern der Region die sowjetischen Zustände herstellte. Aber der größte Erfolg der UdSSR war die Entwicklung der eigenen Kernwaffen 1949, was die Hitzköpfe in den westlichen Hauptstädten merklich abkühlte und für lange Jahre in den internationalen Beziehungen einen gemäßigten und einander dämmenden Charakter bestimmte. Die Tatsache, dass die Sowjetunion die nukleare Parität mit den Vereinigten Staaten erreicht hatte, festigte das System des europäischen Kräftegleichgewichts, mehr noch, sie weitete es auf die gesamte Weltpolitik aus, was es den nationalen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt erlaubte, der Kolonialherrschaft ein Ende zu setzen. In einer vorteilhaften Lage sah sich Westeuropa: Die sowjetisch-amerikanische Rivalität machte es möglich, bis zu den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts die „Reize“ der Kriegshandlungen auf dem Kontinent zu vergessen, sich der Verantwortung für die Fragen von Krieg und Frieden zu entledigen und sich um eine eventuelle „deutsche Gefahr“ als Folge des Bestehens von zwei unterschiedlichen deutschen Staaten nicht zu viel zu kümmern. Das Gleichgewicht, das in Europa und in der übrigen Welt entstanden war, gab den führenden Weltmächten die Möglichkeit, Verhandlungen über eine allmähliche Begrenzung der Kernarsenale aufzunehmen, leitete in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen die Periode der „Entspannung“ ein und bewirkte, dass 1975 in Helsinki eine Beratung über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa einberufen wurde.

Nach Maßgabe dessen, wie in der UdSSR innere Probleme anwuchsen, was mit der Schwächung ihrer Positionen in den Ländern des sozialistischen Lagers

einherging, erstarkten in der amerikanischen Außenpolitik Woodrow Wilsons Anhänger, die nach dem Zerfall der Sowjetunion am Steuer der amerikanischen Diplomatie einen festen Platz einnahmen und die Anhänger der Aufrechterhaltung der Kräftebalance verdrängten. In dem 1994 vorbereiteten Dokument der Administration von Präsident Bill Clinton (1993-2001) hieß es u.a.: Die Sicherheit der USA müsse „auf der Erweiterung des Kreises der marktwirtschaftlichen demokratischen Länder bei gleichzeitiger Eindämmung einer Reihe von Drohungen für unsere Verbündeten und unsere Interessen sowie auf dem Widerstand dagegen“ beruhen. Betont wurde, dass Amerikas Sicherheit und Prosperität direkt verbunden seien mit der Festigung der Demokratie und der Vertiefung der Prozesse „der politischen und wirtschaftlichen Liberalisierung in der Welt, besonders in Ländern, die für die USA von geostrategischer Bedeutung sind“<sup>3</sup>. Die Annahme dieses Dokuments spiegelte die Einstellung der amerikanischen Führung auf einen aggressiven Messianismus und auf einseitige Aktionen in der internationalen Arena, im Grunde ungeachtet von Russlands Reaktion, wider.

Von der Stärke Amerikas als einzige Supermacht berauscht, fühlten sich die „Neokonservativen“ höchst versucht, die Welt nach dem amerikanischen Ebenbild umzugestalten. Die hegemonistischen Bestrebungen fanden ihren Ausdruck in dem Kurs auf das Unterspülung der UNO-Grundlagen. Diese waren für die ein „Muttermal“ aus der Epoche des Kräftegleichgewichts, und das äußerte sich denn auch in der Nato-Operation im ehemaligen Jugoslawien besonders deutlich. Zugleich befreiten die Vereinigten Staaten unter voller Unterstützung ihrer Linie durch England die atlantische Orientierung ihrer Verbündeten in Europa nicht von der Kontrolle. Es ging darum, die Prozesse der Nato-Festigung und der europäischen Integration eng miteinander zu verknüpfen, die überflüssige Selbstständigkeit der im Erstarken begriffenen Europäischen Union durch deren Auflockerung von den proamerikanisch gesinnten Ländern Zentral- und Osteuropas nicht zuzulassen und die EU-Tätigkeit lediglich auf Handels- und Wirtschaftsambitionen zu begrenzen.

Die Aufgabe der USA, die Pläne der Weltherrschaft voranzubringen, war um so leichter, als mit dem Entfallen des Gegengewichts UdSSR das Gleichgewicht in Europa selbst gestört wurde, und das erhöhte die Zahl jener, die sich unter den „amerikanischen Schirm“ flüchten wollten. Russland, das sich unter den Trümmern der UdSSR hervorarbeitete, verlor, schwach, wie es war, und ohne eine innere konsolidierende Einstellung zum Inhalt der Außenpolitik, in den Augen der Nachkriegsgeneration der europäischen Politiker den Status als notwendige Komponente des Gleichgewichts auf dem Kontinent. Die „sowjetische Gefahr“ gehörte nun der Vergangenheit an, und das wirkte sich auch auf das Verhältnis der Führer der westeuropäischen Länder zur Türkei aus und führte, nach allem

zu urteilen, dazu, dass dieses Land nicht mehr als eine Kraft betrachtet wurde, die die Sachlage auf dem Balkan ernst beeinflussen könnte. Bis in die letzte Zeit hinein kümmerten sich die Europäer eher wenig um die Fähigkeit der sich rasch zur regionalen Supermacht erhebenden eurasiatischen Türkei, die internationale Stimme Europas wesentlich zu verstärken und zur Stabilisierung des islamischen Faktors innerhalb des Kontinents beizutragen.

Das 2003 eingeleitete Abenteuer der USA in Irak, das den Absichten der globalen Herrschaft der Vereinigten Staaten einen empfindlichen Schlag versetzte, säte in Europa Befürchtungen um die Perspektiven seiner sorglosen Existenz in einer unipolaren Welt und zwang die kontinentale Elite, die an die eigene Verantwortung nicht mehr gewohnt war, sich Gedanken zu machen über den Platz der europäischen Politik in der sich wandelnden Konfiguration des weltweiten Kräfteverhältnisses. Die 2008 ausgebrochene Finanz- und Wirtschaftskrise ließ die europäischen Politiker noch mehr an die Notwendigkeit denken, sich den neuen Realitäten anzupassen. Der Machtwechsel in den Vereinigten Staaten, der im Zeichen des Verzichts auf die gradlinige und frech beharrliche Politik von George W. Bush stand, ließ die Anhänger der „Kräftebalance“ erneut in den Vordergrund der amerikanischen Diplomatie treten. Jetzt war die Rede jedoch von der offensichtlichen Zustimmung der Amerikaner dazu, mit dem stürmisch wachsenden China die „Verantwortung für die globale Führung“ zu teilen. Zugleich damit sagte der Premier des Staatsrates der VR China, Wen Jiabao, als sich US-Präsident Barack Obama im November 2009 in Peking aufhielt, er sei mit der Idee der so genannten „großen Zwei“ nicht einverstanden, und erklärte, dass China „eine unabhängige Politik verfolgt und es nicht vorhat, mit einem anderem Land oder einer Ländergruppe ein Bündnis zu schließen“<sup>4</sup>.

Dennoch kann von einer ernst zu nehmenden Krise der transatlantischen Solidarität keine Rede sein, selbst wenn die früheren führenden Politiker Deutschlands und Frankreichs — Helmut Schröder und Jacques Chirac — sich offen gegen die amerikanische Okkupation des Irak äußerten. Durchaus vernünftig wirkt die Meinung des russischen Ex-Aussenministers Jewgeni Primakow, der auf die Fruchtlosigkeit des Bestrebens hinweist, die Gegenüberstellung Westeuropa — Vereinigte Staaten auszuspielen. Die Westeuropäer und die Amerikaner sind historisch eng miteinander verbunden (Emigranten aus Europa bildeten das Rückgrat der US-Bevölkerung), das sind sie auch zivilisationsmäßig (Kulturennähe und religiöse Identität); ihre Beziehungen sind durch die Teilnahme der USA am Zweiten Weltkrieg sowie durch den amerikanischen nuklearen Schirm in den Jahren des Kalten Krieges zementiert<sup>5</sup>. Selbstverständlich ist man sich in Westeuropa darüber im Klaren, dass sich in der neuen Architektur der Weltordnung die früheren Äußerungen einer übermäßigen Unterordnung unter die Vereinigten Staaten negativ



auf die Ansprüche der Europäischen Union auswirken werden, ein Zentrum der internationalen Politik zu werden. Außerdem zwingt Russlands erstarkte Lage auf dem Kontinent, wie sehr man sich in Westeuropa von ihm auch abgrenzen möchte, dazu, es in Betracht zu ziehen sowie zu den halbvergessenen Begriffen wie System des Kräftegleichgewichts in Europa zurückzukehren. Dabei könnte die Demonstration des Strebens nach Aktivierung der Beziehungen zu Russland in nicht geringem Maße dazu beitragen, Europa vom Image eines Vasallen der Vereinigten Staaten zu säubern.

Zu merken sind auch andere mögliche Motive der Wendung Westeuropas zu Russland, dessen Erniedrigung die Länder in 1990er Jahren vergnügt beobachteten, ja daran auch „nach Kräften“ teilnahmen. Die jüngsten Schritte der westeuropäischen Diplomatie (vorgespilte Vertiefung des Dialogs Berlin–Paris–Moskau, Russlands beinahe ermunternde Äußerungen über die Initiative bezüglich der europäischen Sicherheit, die Anspielungen auf die Möglichkeit von Russlands Nato-Mitgliedschaft) folgten nach dem offiziellen Verzicht Pekings auf das amerikanische Angebot, die globale Führung „durch zwei zu teilen“. Hier wäre es vielleicht angebracht, daran zu erinnern, dass man im Westen die Perspektive des Einstiegs Russlands in die Politik des Widerstands gegen China schon recht lange Zeit im Sinne hatte. Bekannt ist, dass der französische Präsident Charles de Gaulle schon Anfang 1959 über die Unvermeidlichkeit eines Zusammenstoßes zwischen der UdSSR und China sprach, was in seinen Augen ein wichtiger Faktor der Annäherung Russlands an Westeuropa gewesen sein mochte. Auf die Notwendigkeit der Vereinigung der Anstrengungen der USA und der UdSSR im Auftreten gegen China verwies US-Verteidigungsminister Nail McElroy in einem Gespräch mit dem russischen Außenminister Andrej Gromyko im Sommer 1959<sup>6</sup>. Wir wollen vermerken, dass in jener Zeit, die sich durch einen immer gespannten Charakter der sowjetisch-chinesischen Beziehungen auszeichnete, man in Moskau solche „vereinigenden“ Aussprüche der westlichen Politiker für unangebracht hielt.

Heute steht Russland am Scheideweg. Seine Fähigkeit, mit einer ganzen Reihe von in schneller Entwicklung begriffenen Ländern erfolgreich zu konkurrieren, nimmt ab, und die russische Diplomatie sieht sich unter dem Druck komplizierter Probleme innerhalb Russlands. Die Stagnation des Zurückgebleibens verursacht einen Minderwertigkeitskomplex in Bezug auf die eigenen Kräfte, es bleibt die Hoffnung, einen Durchbruch nach vorn mit der Hilfe von außen zu vollbringen. Indes wird es in der neuen Fassung des Systems des Kräftegleichgewichts in der Welt und folglich auch in Europa, ebenso wie im 19. und 20. Jahrhundert, für den politischen und wirtschaftlichen Altruismus keinen Platz geben. Russland hat eine einzige Chance, sich jenen anzuschließen, die versuchen, das „Vakuum

der Anziehung“, das nach der 20-jährigen US-Hegemonie entsteht, zu füllen. Es mag banal klingen, aber es geht darum, die inneren Möglichkeiten zu befreien für den Aufbau eines modernen entwickelten Staates, der Achtung und Vertrauen hervorruft. Sonst läuft Russland das Risiko, einen festen Platz unter jenen einzunehmen, die traditionell ihre Außenpolitik den Veränderungen der weltweiten Kräftebalance lediglich anpassen.

## **KLIPPEN DER EUROPÄISCHEN SICHERHEIT**

Europas Zukunft ist unlösbar mit der Frage verbunden: Werden die Europäer tatsächlich Ordnung im eigenen Haus schaffen können? Als im 17. Jahrhundert die europäischen Nationalstaaten erschienen und erstarkten, begannen eine scharfe Rivalität zwischen ihnen um die vorherrschende Stellung auf dem Kontinent und ein harter Kampf um neue Territorien und Einflussphären. Der Dreißigjährige Krieg (1618-1648) und der nachfolgende Westfälische Frieden waren ein Impuls zur Entwicklung der „europäischen Idee“, der gemäß Europa eine bestimmte Gemeinschaft mit einer ihm eigenen Spezifik war und die den Kontinent vom Standpunkt der inneren Einheit betrachtete. Im 18. Jahrhundert war ein nie dagewesenes Aufblühen des europäischen politischen Denkens zu beobachten. Das fand seinen Ausdruck darin, dass vielfältige Theorien, konkrete Pläne und Projekte vom gesamteuropäischen Charakter formuliert und vorgeschlagen wurden. Bis heute findet man in den Erwägungen der Politiker über die europäische Integration Berufungen auf die Ideen namhafter Denker jener Zeit: des englischen Politikers und Vertreters der Öffentlichkeit William Penn, des französischen Diplomaten und Philosophen Charles Saint-Pierre, des französischen Aufklärers Jean-Jacques Rousseau, des deutschen Philosophen Immanuel Kant. Praktisch alle ihre Traktate und Projekte enthielten Vorschläge über die Schaffung eines gesamteuropäischen Mechanismus, dessen Ziel es war, durch Gründung von übernationalen Organen den Frieden und seine Garantien zu behaupten.

Der Wiener Kongress von 1815 vereinigte die Bemühungen der konservativen Monarchen im Kampf gegen revolutionäre Äußerungen, mehr noch: Erstmals in der Geschichte machte er ihr Bestreben sichtbar, eine gemeinsame Mission zu übernehmen, und zwar im Falle einer Gefährdung von Stabilität und Sicherheit in Europa das Vorgehen unter sich abzustimmen. Doch sollten die Hoffnungen auf die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit nicht in Erfüllung gehen. Der Grund waren die inneren Vorurteile und historischen Neigungen der größten Akteure auf der europäischen Bühne. Ein ernster Faktor, der auf die europäische Sicherheit Einfluss übte, war, das Wachstum der nationalistischen Stimmungen nach dem Wiener Kongress, das in mehreren führenden Mächten, besonders in Deutschland und Frankreich, einen deutlich feindseligen Charakter gegenüber

anderen Ländern und Völkern annahm. Die Idee eines gemeinsamen Europa wurde für diese Politiker lediglich ein Propagandainstrument, das zu ganz bestimmten politischen Zwecken genutzt wurde.

Der Erste Weltkrieg und seine tragischen Folgen versetzten die europäischen Politiker, deren Hilflosigkeit eindeutig zutage trat, in Schrecken und verbreiteten Pessimismus und Enttäuschung. Die Oktoberrevolution in Russland und die darauffolgende Intervention wie auch der Boykott seitens des Westens verstärkten nur noch die Zerrüttung und die Schwankungen in Europa. 1923 erschien das Buch des österreichischen Schriftstellers Richard Coudenhove-Kalergie „Paneuropa“, das viel Lärm machte. Auf das Buch folgte seine Aufforderung an die französischen Parlamentarier über die Vereinigung Europas (er wurde von der französischen Diplomatie in Form des so genannten „Briand-Plans“ benutzt). Die Hauptidee von Coudenhove-Kalergie bestand darin, Europa angesichts der drei ihm gegenüberstehenden Kräfte — UdSSR, Großbritannien und USA — als selbständiges politisches und ökonomisches Zentrum zu vereinigen, obwohl der Österreicher auch die Notwendigkeit zugab, zwecks Wiedergeburt Europas Beziehungen zu Russland herzustellen.

Die Position der Sowjetunion zur Vereinigung Europas stand unter einem wesentlichen Einfluss der marxistisch-leninistischen Ideologie, darunter der äußerst negativen Einschätzungen Wladimir Lenins in seinem Artikel „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa“. Aber der Machtantritt der Nazis in Deutschland mit ihrer harten antisowjetischen Rhetorik und ihren Plänen der Herrschaft in Europa bewogen die sowjetische Führung, sich den Fragen der Gewährleistung der Stabilität in Europa zuzuwenden, darunter durch Annäherung an Frankreich und seine Verbündeten sowie über die Politik der kollektiven Sicherheit. Im Dezember 1933 fasste das Politbüro des ZK der Kommunistischen Partei der Sowjetunion den Beschluss, der die Möglichkeit des UdSSR-Beitritts zum Völkerbund und des Abschlusses eines regionalen Abkommens über gegenseitigen Schutz vor einer Aggression seitens Deutschlands (Ostpakt) vorsah. In den Jahren 1934-1935 arbeitete die sowjetische Diplomatie aktiv an Fragen, die mit der Möglichkeit des Abschlusses des Ostpaktes zusammenhingen. Zugleich wurden Versuche unternommen, die Beziehungen zu England zu verbessern: Man hoffte, es zur Realisierung der Idee der kollektiven Sicherheit heranzuziehen. Doch in London zog man die „westliche Sicherheit“ vor und neigte immer häufiger zu dem Gedanken an eine Vereinbarung mit Deutschland und daran, ihm die Handlungsfreiheit im Osten zu gewähren.

Die erniedrigend rasche Eroberung des Großteils von Westeuropa durch Deutschland, dessen Überfall auf die Sowjetunion, die Bildung der Anti-Hitler-Koalition schufen Voraussetzungen für eine Wiederbelebung der „europäischen

Idee“. Trotz der von der Zwischenkriegsperiode geerbten überaus vorsichtigen Einstellung Stalins und seiner Mitstreiter zur Schaffung von Föderationen, mehrseitigen Bündnissen oder Blöcken in Europa schloss die sowjetische Führung eine solche Möglichkeit nach Kriegsende nicht aus, dies unter der Bedingung, dass sie die Sicherheit der UdSSR nicht gefährden würden. Das wurde dem Außenminister Großbritanniens Anthony Eden bei seinen Moskauer Verhandlungen mit Stalin und Molotow im Dezember 1941 gesagt. In dem der englischen Seite übergebenen Entwurf eines Zusatzprotokolls zum sowjetisch-britischen Vertrag über Nachkriegssicherheit wurde es für notwendig befunden, „einen Europäischen Rat als eine internationale Organisation zu schaffen, der als Instrument zur Friedenserhaltung in Europa eine bestimmte Anzahl von Truppen zur Verfügung stehen muss“<sup>7</sup>.

Doch die Ereignisse nach der Kriegsbeendigung entwickelten sich offensichtlich nicht zugunsten der Realisierung der Idee eines gemeinsamen Europa. Nach der Berliner (Potsdamer) Konferenz von 1945, bei der sich ernste Differenzen zwischen den Alliierten abzeichneten, war von den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen keine Rede mehr. In den Vereinigten Staaten hieß die Anti-Hitler-Koalition immer häufiger ein „sonderbares Bündnis“, und in der Administration von Präsident Harry Truman sprach man davon, dass Amerika müde sei, „sich mit den Sowjets abzugeben“ und mit den Russen Kompromisse einzugehen. Stalin, der das Scheitern seiner Berechnungen auf die Nachkriegskooperation mit den USA als eine Beleidigung empfand, nahm Kurs auf die Festigung der Zone des sowjetischen Einflusses in Osteuropa gegen eine neue Gefahr aus dem Westen und belebte die Thesen vom Kapitalismus als Kriegsquelle wieder auf. Da die internationalen Positionen der Sowjetunion erstarkten, erwachten die historischen Ängste der Westeuropäer vor Russland wieder, und sie begrüßten die amerikanische Politik zur Eindämmung der UdSSR. Die Formel „Europa vom Atlantik bis zum Ural“, die 1946 General de Gaulle prägte, weil er nach dem Krieg in der UdSSR ein Gegengewicht zur Politik der USA und Großbritanniens sah, hatte auf dem Kontinent wenig Anhänger. Der Antisowjetismus wuchs sich zu einem der wichtigsten Motoren der westeuropäischen Integration aus.

Die Lokomotive der Vereinigung dagegen war die französisch-deutsche Annäherung. Das Hauptverdienst gehörte hier zweifellos de Gaulle, der lange Zeit hindurch den Standpunkt vertrat, Frankreich müsse seine Sicherheit vor der Gefahr einer Wiedergeburt des deutschen Nationalismus mit beliebigen Mitteln gewährleisten, und sei es durch Annäherung an die UdSSR. Doch die harte antiwestliche Politik der UdSSR und die Tatsache, dass Stalin den Einfluss des geschwächten Frankreich auf die Angelegenheiten Europas unterschätzte, flößten

de Gaulle den Gedanken ein, dass die Gefahr vom kommunistischen Russland ausgehe. So kam er zu dem Schluss von der Notwendigkeit, sich vom Prinzip der „doppelten Sicherheit“ leiten zu lassen: der Sicherheit vor Deutschland als Folge von dessen Aufteilung in zwei Staaten und der Sicherheit vor der UdSSR als Folge der Aufnahme Westdeutschlands in euroatlantische Strukturen. 1958, wieder in Frankreich an der Macht, traf sich De Gaulle vor allem mit dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland Konrad Adenauer und erklärte ihm gegenüber: Zwar werde das französische Volk die früheren Übeltaten seines Nachbarn am Rhein nicht vergessen, aber um eines gemeinsamen Europa willen lohne sich der Versuch, den Lauf der Geschichte umzukippen und beide Völker miteinander zu versöhnen. Der neue Charakter der französisch-deutschen Beziehungen hat in vieler Hinsicht die positive Entwicklung der westeuropäischen Integration vorausbestimmt, die im Endresultat zur Gründung der Europäischen Union führte.

Die Sowjetunion hatte ernste Gründe anzunehmen, dass die Schaffung diverser Organisationen in Europa sich in erster Linie gegen die UdSSR richtete. Im März 1947 verkündete die amerikanische Diplomatie die Truman-Doktrin, die die Epoche der globalen Gegenüberstellung von „Demokratie und Totalitarismus“ einleitete, und im Juni desselben Jahres trat US-Außenminister George Marshall mit dem Plan der „Wiederherstellung und Entwicklung“ von Nachkriegs-Europa auf, der schnell in eine Wirtschaftswaffe der USA im Kampf für Europa gegen die UdSSR ausartete. Aber besondere Besorgnis erweckten in Moskau die Gründung der Nordatlantischen Allianz und der Kurs der Amerikaner darauf, in diese Allianz Westdeutschland aufzunehmen (die Bundesrepublik Deutschland wurde 1955 Nato-Mitglied). Die sowjetische Führung verstand das als Formierung eines militärisch-politischen antisowjetischen Blocks. Keineswegs optimistisch wirkten auch die Erklärungen der Nato-Führer über die Ziele der Allianz, darunter der bekannte Ausspruch des ersten Nato-Generalsekretärs, des britischen Generals Hastings Ismay: „Die Amerikaner müssen in Europa, die Deutschen an der Kandare, die Russen außerhalb Europas gehalten werden.“ Die Losung der Vereinigten Staaten von Europa wurde in Moskau als Aufforderung aufgefasst, die Zone des sowjetischen Einflusses in Zentral- und Osteuropa zu liquidieren, man sah darin die politische Absicht, die Sowjetunion zu isolieren.

Auf Stalins Tod 1953 folgte ein Zeitabschnitt, der eine, und sei es minimale, doch bestehende Möglichkeit gab, dem Kalten Krieg ein Ende zu setzen. Auf einer Tagung der Beratung der Außenminister (UdSSR, USA, England und Frankreich) in Berlin im Januar/Februar 1954 trat die sowjetische Seite, die eine friedliche Vereinigung beider deutschen Staaten im Auge hatte, mit dem Vorschlag auf, einen gesamteuropäischen Vertrag über kollektive Sicherheit abzuschließen, der nach

Moskaus Ansicht die Bildung von einander gegenüberstehenden militärischen Staatengruppierungen, die unvermeidlich zur Verstärkung von Feindseligkeit und Misstrauen zwischen ihnen führe, beenden würde. Die westlichen Staaten, die zum Widerstand gegen die UdSSR ein gemeinsames Instrument (Nato) hatten, lehnten die sowjetische Initiative ab. Ende März 1954 erklärte die sowjetische Regierung, wenn die Nato ihren aggressiven Charakter aufgäbe, wäre die UdSSR bereit, die Frage der Teilnahme am Nordatlantik-Vertrag zu prüfen. Doch die Reaktion auch auf diesen sowjetischen Vorschlag war, wie erwartet, negativ: Nach Meinung der Nato-Mitglieder wäre die Teilnahme der UdSSR mit den Zielen der Organisation unvereinbar.

Die kurze Periode der Hoffnungen auf eine „Gesundung“ Europas war vorbei: Die amerikanischen und westeuropäischen Politiker sahen ein mit der UdSSR gemeinsames Europa nicht, in Moskau gewannen antiwestliche Stimmungen überhand (1955 entstand die Organisation des Warschauer Vertrags). Der sowjetische Führer Nikita Chruschtschow äußerte sich öffentlich in dem Sinne, dass der Westen eine „ideologische Abrüstung“ und den Verzicht auf den Kampf für den Sieg des Kommunismus nie erleben werde. Zugleich leitete die sowjetische Diplomatie Anfang der 1960er Jahre die Suche nach einem neuen Herangehen an Fragen der europäischen Sicherheit ein. Es setzte sich insbesondere die Erkenntnis durch, dass die 1957 gegründete Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (Gemeinsamer Markt) zu einer wirtschaftlichen und politischen Realität auf dem Kontinent geworden war, mit der man zu rechnen habe. Die Ereignisse in Ungarn 1956, die aufkommenden Risse in den Beziehungen zwischen der KPdSU und den europäischen kommunistischen Parteien, die Verschlechterung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen hatten zur Folge, dass die sowjetische Diplomatie in ihrer praktischen Tätigkeit den Kurs auf die Behauptung der staatlichen Interessen der UdSSR und nicht die Befolgung der ideologischen Einstellungen vorzog.

Die Karibische Krise von 1962 wirkte sich stark auf die internationale Politik aus und bewog die Teilnehmer der beiden einander gegenüberstehenden Blöcke zu einer vernünftigeren Linie in den Beziehungen zueinander. Von wichtiger „beruhigender“ Bedeutung waren die inzwischen entstandene strategische Parität zwischen der UdSSR und den USA sowie die beeindruckende Äußerung der Macht der Sowjetunion in Form ihrer Erfolge bei der Erschließung des Weltraums. Einen bestimmten Realismus im Verhalten der USA und der UdSSR auf der Weltarena bewirkten außerdem die empfindlichen Schläge gegen ihr internationales Ansehen, die durch das Scheitern der Amerikaner im Vietnam-Krieg (1965-1973) und die ungenügend durchdachten Handlungen der sowjetischen Führung in der Tschechoslowakei 1968 versetzt wurden. Besonders merkliche Veränderungen

zeichneten sich in Europa ab: Der UdSSR-Besuch von General de Gaulle 1966 gab der sowjetisch-französischen Annäherung einen Impuls; der Moskauer Vertrag von 1970 zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland verpflichtete die Partner unter anderem, „die territoriale Integrität aller Staaten in Europa in den bestehenden Grenzen unentwegt einzuhalten“; 1971 wurde das vierseitige Abkommen (UdSSR, USA, Großbritannien, Frankreich) über West-Berlin unterzeichnet, was es ermöglichte, für eine längere Zeit einen der festesten Knoten der Widersprüche aus der Zeit des Kalten Krieges zu lösen. Doch die Haupterrungenschaft der „Entspannungssaison“ war die Realisierung der von der sowjetischen Diplomatie 1966 (nach Sondierungsgesprächen mit den Franzosen) vorgebrachten Idee, eine gesamteuropäische Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa einzuberufen.

Die am 1. August 1975 in Helsinki unterzeichnete Schlussakte der Konferenz schuf die Grundlagen für einen in der europäischen Geschichte einzigartigen Prozess: die Möglichkeit, Sicherheitsprobleme des Kontinents auf einer blockfreien Basis, unter Heranziehung aller europäischen Staaten mittels diplomatischer Methoden zur Regulierung von Widersprüchen und Konflikten zu lösen. Doch die Sache der Überwindung der Spaltung in Europa verlief sofort anders, als im vorgemerkten Szenario vorgesehen war, und schuld daran war vor allem die Verschlechterung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen. Das größte „Verdienst“ darum gehörte der amerikanischen Seite, die unter Präsident George Carter (1977-1981) energisch mit dem Abbau des Entspannungsprozesses begann. Eine Rolle spielte dabei auch die Einführung sowjetischer Truppen nach Afghanistan 1979. Das spitzte die Beziehungen der Sowjetunion zu den Weststaaten zu, mehr noch: Das verursachte das Absinken ihres Ansehens in der Dritten Welt und bewirkte einen wesentlichen Verlust der Attraktivität des sowjetischen Modells.

Bei der weiteren Verschlechterung der Situation innerhalb der UdSSR verkündete der letzte sowjetische Führer Michail Gorbatschow den Kurs auf eine Umbildung (Perestroika) des Wirtschafts- und Soziallebens des Landes sowie auf Veränderungen in seiner Außenpolitik. Das neue Herangehen an die internationalen Beziehungen basierte nicht auf einer Kräfte-, sondern auf einer Interessenbalance, zum Kern des neuen Denkens im Bereich der Außenpolitik wurde die Anerkennung der Priorität der allgemeinemenschlichen Werte. Ein Ausdruck dieser Linie an der europäischen Richtung war Gorbatschows Idee eines „gemeinsamen europäischen Hauses“. In der Sitzung des Politbüros des ZK der Kommunistischen Partei der Sowjetunion im März 1987 erklärte er, dass „wir ohne einen Partner wie Westeuropa nicht auskommen werden“, denn keine einzige Frage lasse sich lösen, ohne Europa zu berücksichtigen, auch seien die

inneren Probleme der Sowjetunion nicht zu beseitigen, denn sie brauchte die Nutzung des wissenschaftlich-technischen Potenzials der westeuropäischen Länder. Gorbatschow drückte die Idee des „Hauses“ beharrlich nicht nur in seinen Gesprächen mit führenden Politikern von Westeuropa und den USA durch, sondern auch in seinen öffentlichen Ansprachen. So erklärte er in der parlamentarischen Assemblée des Europarats 1989: „Es ist Zeit, die Postulate des Kalten Krieges, da Europa als eine in ‚Einflusssphären‘ zerstückelte Arena der Konfrontation betrachtet wurde, ins Archiv abzulegen.“ Ihm zufolge schließe die Philosophie des Konzepts „gesamteuropäisches Haus“ „schon die Möglichkeit der Anwendung oder Androhung von Gewalt, vor allem der militärischen Gewalt, aus“. Das Konzept schlage vielmehr „eine Doktrin der Zurückhaltung statt der Eindämmungsdoktrin“ vor.<sup>8</sup>

Der Westen sah in Gorbatschows positiv geladenen europäischen Initiativen hauptsächlich Anzeichen dafür, dass die Macht und der Einfluss der Sowjetunion im Sinken seien, sowie die Bereitschaft der sowjetischen Führung zu bedeutenden Zugeständnissen, nur um die bestehende Ordnung zu retten. Die Diplomatie der westlichen Länder, vor allem der USA und der Bundesrepublik Deutschland, nutzte die Schwäche der sowjetischen Behörden geschickt aus, um in erster Linie eine für sie vorteilhafte Lösung der Frage nach der Vereinigung Deutschlands und seiner Nato-Mitgliedschaft zu erreichen. Günstig für den Westen war auch die Lage in den europäischen sozialistischen Ländern, in denen die Partei- und Staatsführung, um die bedingungslose militärpolitische Unterstützung der UdSSR gebracht, die Macht rasch aus den Händen ließ, was letztendlich zur Auflösung des Warschauer Vertrags führte. Um Gorbatschow und seinen Mitstreitern „die Pille zu versüßen“, verbrämten die westlichen Politiker das unentwegte Voranbringen ihrer Interessen mit wohlklingenden Deklarationen darüber, dass die Vereinigung Deutschlands nicht zur Ostverbreitung der Nato führen werde.

Nach dem Zerfall der UdSSR warfen die westeuropäischen Staaten die nunmehr unnötige Vorsicht und Milde gegenüber Russland, das ins Wanken geriet, gänzlich ab und teilten mit den USA das „Syndrom des Siegers“ im Kalten Krieg. Trotz der Annahme der Charta von Paris für ein neues Europa (Ergebnis des Gipfels der Teilnehmer der Beratung über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa im November 1990), worin sowohl die Treue zu den Prinzipien der Schlussakte von Helsinki als auch die Bestimmung enthalten waren, dass „die Sicherheit unteilbar und die Sicherheit eines Teilnehmerstaates unlöslich mit der Sicherheit aller übrigen verbunden ist“<sup>9</sup>, setzten die westlichen Länder darauf, die OSZE zu einem einseitigen Mechanismus der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, hauptsächlich auf dem postsowjetischen Raum, herabzuwürdigen.



Das Streben der zentral- und osteuropäischen Staaten, die Last der sowjetischen Epoche möglichst schnell abzuwerfen und in die „zivilisierte Welt“ eingeführt zu werden, erleichterte den USA und ihren Verbündeten die Aufgabe, die Pläne der Nato-Osterweiterung zu realisieren und eine neue Fassung des „Sanitätskordons“ gegen das „unvorhersagbare Russland“ zu schaffen. Es wurde beschlossen, die Meinung von Russland selbst zu ignorieren, besonders nach Jelzins Erklärung gegenüber dem polnischen Präsidenten Lech Valensa im Sommer 1993, dass die Frage des Nato-Beitritts von dessen Land zu Polens und nicht zu Russlands Kompetenz gehöre. Washington übersah auch nicht, dass der russische Außenminister Andrej Kosyrew ein Anhänger der Nato-Mitgliedschaft Russlands war und behauptete, dass Russland zusammen mit der Allianz zumindest eine andere europäische Sicherheitsstruktur schaffen könnte, obwohl er formell gegen die Nato-Erweiterung ohne Russlands Teilnahme auftrat.

Im Ergebnis der kapitalen geopolitischen Veränderungen in Europa und der Welt wurde die Konstruktion der europäischen Sicherheit deformiert, und das bewirkte einen Rückfall in die alte Politik der „Absonderung Russlands“. Nachdem 1996 Jewgenij Primakow zum Außenminister Russlands wurde, versuchte die russische Diplomatie, wohl wissend, dass der Nato-Erweiterung nicht vorzubeugen ist, die für das Land negativen Folgen dieses Prozesses zu minimieren. Im Mai 1997 wurde in Paris die Grundakte über die Russland-Nato-Beziehungen unterzeichnet. Darin wurde feierlich verkündet, dass Russland und die Nato „einander nicht als Gegner sehen“. Die Akte fixierte eine Vereinbarung, der zufolge die Allianz sich verpflichtete, auf dem Territorium der neuen Nato-Mitglieder keine wesentlichen Kampfkräfte zu dislozieren<sup>10</sup>. Es waren jedoch nur ganz wenige Jahre vergangen, und schon erklärte Washington, dass auf dem Territorium Bulgariens und Rumäniens je 5000 seiner Militärangehörigen stationiert werden. Vor Unterzeichnung der Akte wurde den amerikanischen hochrangigen Personen direkt erklärt, dass die Aufnahme ehemaliger Sowjetrepubliken in die Nato für Russland die Verletzung der „Fluchtlinie“ bedeuten werde. Trotz der entsprechenden Versicherungen ist das geschehen (Baltikum-Länder). Mehr noch, es wird die Frage nach der Aufnahme Georgiens und der Ukraine in die Allianz aufgeworfen.

Dafür erreichte die westliche Diplomatie auf dem OSZE-Gipfel (November 1999, Istanbul), „im Tausch“ gegen die Annahme der Europäischen Sicherheitscharta und unbedeutende Zugeständnisse in der Frage der Situation in Tschetschenien, dass Russland internationale Verpflichtungen übernahm, die russischen Streitkräfte und Waffen aus Georgien und Moldawien abzuziehen. Kennzeichnend wurde auch die Situation um das Strategische Nato-Konzept, das im April 1999 zum Donnern der Nato-Bombardierungen in Jugoslawien

angenommen wurde. Obwohl es sich vom analogen Konzept von 1991 scheinbar nicht wesentlich unterschied, wies es doch drei grundsätzlich neue Momente auf: Die Ziele der Allianz in Bezug auf den Schutz der Freiheit und Sicherheit all ihrer Mitglieder wurden ohne Erwähnung der Prinzipien der UNO-Satzung definiert; in die Liste der Gefahren, die die Interessen der Allianz berührten, kam zusätzlich „eine drastische Zuspitzung der innenpolitischen Lage in den Staaten infolge des Scheiterns sozialökonomischer Reformen“, und schließlich wurde die Bestimmung darüber hinzugefügt, dass „die Nato eine für den Beitritt neuer Mitglieder offene Organisation bleibt“<sup>11</sup>.

Der von den Vereinigten Staaten erlebte politische und emotionale Schock als Folge der tragischen Ereignisse vom 11. September 2001 gab, wie es auf den ersten Blick schien, die Möglichkeit, den Weg kollektiver Bemühungen um die Festigung der internationalen Sicherheit zu beschreiten. Russlands Präsident Wladimir Putin demonstrierte trotz der Einstellung eines bedeutenden Teils der russischen politischen Kreise Unterstützung der USA in der Hoffnung auf ihre positiven Schritte gegenüber Russland. Putin beschloss, den Vereinigten Staaten in Afghanistan zu helfen, indem er der Unterbringung von amerikanischen militärischen Einheiten und Fliegerkräften in Kirgisien, Tadschikistan und Usbekistan grünes Licht gab und der afghanischen „Nordallianz“ im Kampf gegen die Taliban-Bewegung russische Militärhilfe leistete. Auch der Beschluss des Präsidenten, die strategisch wichtigen Militärbasen in Lourdes (Kuba) und der Kamranh-Bucht (Vietnam) aufzulösen, fand in Russland unterschiedliche Einschätzungen. Die russische Diplomatie versuchte, die Beziehungen zur Nato, die nach den bewaffneten Handlungen der Allianz gegen Jugoslawien eingefroren waren, etwas zu korrigieren. Der Russland-Nato-Gipfel im Mai 2002 in Rom zeichnete sich durch die Schaffung des Russland-Nato-Rates aus. Dieser ist berufen, als Instrument von Konsultationen für die Ausarbeitung von Konsens und Zusammenarbeit, von gemeinsamen Entscheidungen und gemeinsamen Handlungen in einem breiten Spektrum der Sicherheitsfragen in der euroatlantischen Region zu dienen. Doch bis in die letzte Zeit hinein hat der Rat rein dekorativen Charakter getragen und Russland keine Möglichkeit gegeben, die Nato-Tätigkeit real zu beeinflussen.

Die Hoffnungen der russischen Führung auf den positiven Prozess der Annäherung an den Westen stießen auf Nichtakzeptanz in Washington, das in vielem die „amerikanische Tragödie“ zwecks Verstärkung der hegemonistischen Komponente in seiner Außenpolitik ausnutzte. Die Administration von US-Präsident George W. Bush hielt sich nun endgültig an den Kurs darauf, das Völkerrecht durch das Recht des Starken zu ersetzen, und gestand der UNO lediglich die Rolle eines „Konsultationsbüros“ zu. Sie begann mit der

Umorientierung der Nato-Strategie darauf, die Streitkräfte außerhalb der Grenzen der Nato-Länder einzusetzen. Die Antwort auf Russlands Handlungen waren der Ausstieg der USA aus dem Raketenabwehrvertrag, der Krieg in Irak, die aktive Unterstützung der „farbigen Revolutionen“ in Georgien und der Ukraine durch einige führende Staaten des Westens, die veröffentlichten Pläne einer beschleunigten Aufnahme von Kiew und Tbilissi in die Nato und schließlich die Vorwürfe an Russlands Adresse, es befasse sich mit „energetischer Erpressung“.

In seiner berühmten Münchner Rede im Februar 2007 nannte Wladimir Putin die Vereinigten Staaten den Hauptprojektierer der entstandenen Weltarchitektur, für die es charakteristisch ist, Gewaltanwendung zu übertreiben und die grundlegenden Prinzipien des Völkerrechts immer mehr zu vernachlässigen (er verwies u.a. auf die Unzulässigkeit der Versuche, die UNO durch die euroatlantische Allianz oder die Europäische Union zu ersetzen). Putin stellte die direkte Frage, gegen wen die Nato-Erweiterung, darunter die Pläne zur Entfaltung von ABM-Bestandteilen gerichtet sind, obwohl die ABM „zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa in keiner Beziehung steht“; er fragte auch, welche Rolle die OSZE spielt, die man versucht, in ein „vulgäres Werkzeug“ zur Sicherung der Interessen der einen auf Kosten der anderen, der Einmischung in die inneren Angelegenheiten einiger ihrer Mitglieder zu verwandeln<sup>12</sup>.

Ihren Höhepunkt erreichten die Äußerungen des tiefen Misstrauens in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen im August 2008, als Georgien, das bedingungslos an die absolute Unterstützung seiner antirussischen Linie durch Washington und die EU glaubte, eine aggressive Aktion gegen Südossetien unternahm. Russlands Gegenaktionen lösten einen ganzen Sturm von feindseliger Rhetorik in den westlichen Hauptstädten aus, sie warfen Moskau die Wiederbelebung der „imperialen Politik“ und das Denken in den Kategorien Kalten Krieges vor. Die russische Führung sah in der Kaukasus-Krise eine Bestätigung ihrer Erklärungen darüber, dass die europäische Sicherheit in den letzten 20 Jahren in jeder Hinsicht stark gelockert wurde und eine sofortige „Renovierung“ braucht. Besonderen Nachdruck legte die russische Diplomatie auf das Voranbringen der von Präsident Dmitri Medwedew zwei Monate vor dem August 2008 vorgebrachten Idee, einen juristisch verpflichtenden Vertrag über europäische Sicherheit abzuschließen. Doch obwohl die Kritik an Russland im Zusammenhang mit der von Administration von US-Präsident Barack Obama verkündeten Reset-Politik gemildert wurde, fand diese Initiative bei den westlichen Ländern kein halbwegs positives Echo. Mehr noch, US-Vizepräsident George Biden sprach die Meinung der amerikanischen Seite dazu klar genug aus: Europa brauche keine neuen Verträge und Institute, da Amerika nach einem

sichereren Europa streben werde angesichts des „sich wandelnden Charakters der vor uns stehenden Gefahren und sich hierbei an die Hauptprinzipien der funktionierenden Institute, etwa der Nato und der Europäischen Union, halten“ wolle<sup>13</sup>.

Im Jahre 2010 zeichnete sich in Russlands Außenpolitik eine abermalige Wende an. Das hing mit den Versuchen zusammen, in den Beziehungen zum Westen neue „Spielregeln“ einzuführen, die es erlauben würden, Garantien der Berücksichtigung der Interessen der eigenen Sicherheit zu erhalten und durch Annäherung an die USA und die EU dem Kurs auf Modernisierung des Landes einen Zustrom von westlichem Kapital, von Technologien, Fachleuten usw. zu sichern. Gründlich revidiert wurde die Position gegenüber der Nato: In Medwedews Erklärung zu den Ergebnissen der Sitzung des Russland-Nato-Rates in Lissabon im November 2010 hieß es, dass die russische Führung gegenwärtig zwar keine Bedingungen für Russlands Anschluss an die Allianz sieht, dass aber nach Maßgabe von Veränderungen in der Nato, die eine engere Russland-Nato-Zusammenarbeit ermöglichen würden, eine Situation entstehen könnte, bei der es „keine geschlossenen Themen“ mehr geben wird<sup>14</sup>.

Die westlichen Führer spielen eine Annäherung an Russland vor, verfolgen jedoch, nach ihren Äußerungen zu urteilen, Ziele, die sich von den russischen Bestrebungen unterscheiden. Bei einem Treffen Dmitri Medwedews mit Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy und der Bundeskanzlerin Deutschlands Angela Merkel in Deauville (Frankreich, Oktober 2010) sprach der französische Präsident unter Umgehung der Frage nach der europäischen Sicherheit gern über Bereiche, die in den Beziehungen zwischen der EU und Russland als vereinigender Faktor dienen könnten: die reichen Naturressourcen Russlands, die Einführung von Sanktionen gegen Iran und das Suchen nach Methoden zur Regulierung des israelisch-palästinensischen Konflikts. Ebenfalls in Lissabon akzentuierten Washington und seine Verbündeten das Thema Afghanistan, wobei sie der Realisierung des Zusammenwirkens von Russland und der Nato in diesem Land als die Hauptrichtung der Zusammenarbeit zwischen der Nato und Russland hinstellten. Es kümmerte sie nicht im geringsten, dass sie durch ihre Beharrlichkeit an afghanischer Richtung Russland in eine recht heikle Lage brachten, weil das Land ein aktives Mitglied der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) und der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) ist.

Die Erklärungen russischerseits, dass die objektive Realität selbst Bedingungen für eine Russland-Nato-Partnerschaft schafft, die sich nicht gegen andere Länder richtet, konnten jedoch nicht die übrigen großen Spieler auf der internationalen Arena beruhigen. Die Auswahl solcher Bereiche der

Zusammenarbeit, wie es Afghanistan, Iran und Naher Osten sind, schuf in der muslimischen Welt, noch dazu durch einen vertieften Dialog über Russlands Teilnahme an der europäischen ABM (natürlich zum Schutz vor der Gefahr von Ost und Süd) ergänzt, einen beständigen Eindruck, dass Russland in die antiislamische Strategie des Westens einbezogen wird. Indien und besonders China zeigten Besorgnis, da sie in der Annäherung zwischen Russland und der Nato ein kaum getarntes Bestreben der westlichen Länder sahen, Russland zur Befriedung des „aufständischen Asien“ heranzuziehen. Auf dem Symposium „Regulierung von Russlands innerem und äußerem Kurs: Perspektiven und Gegenmaßnahmen“, das im Oktober 2010 von dem Zentrum für Russland-Studien und dem Zentrum zum Studium Eurasiens bei der Shanghaier Akademie für Gesellschaftswissenschaften organisiert wurde, versuchte die chinesische Seite, durch ihre Wissenschaftler Russlands Führung vor übereilten Schritten zum Westen hin zu warnen. Die Teilnehmer des Symposiums betonten, dass die gegenwärtige Politik möglicherweise damit enden, dass „Russland wieder einmal denselben Fehler begehen“ werde; sie meinten damit, dass der auf den Westen orientierte außenpolitische Kurs aus den ersten Jahren der Präsidentschaft von Gorbatschow, Jelzin und Putin zum Zerfall der UdSSR, zur Finanzkrise von 1998 und zu ‚farbigen Revolutionen‘ führte<sup>15</sup>.

In Russland selbst findet die neue außenpolitische Linie der russischen Führung ebenfalls keine einmütige Einschätzung. Sehr verbreitet ist insbesondere der Standpunkt, die Behörden des Landes würden durch ihre Zustimmung zum möglichen Nato-Beitritt Russlands den Kurs der USA darauf fördern, die Allianz zur Stütze des weltweiten Sicherheitssystems zu machen, und Dmitri Medwedews Initiative zum Aufbau einer neuen Architektur der europäischen Sicherheit faktisch zu Grabe tragen.

## **RUSSLAND UND EUROPA: UNVEREINBARKEIT DER WERTE?**

In der vom Europa-Rat im Dezember 2003 gebilligten europäischen Sicherheitsstrategie ist die Perspektive der Herstellung näherer Beziehungen zu Russland eng mit der „Respektierung der gemeinsamen Werte“ verbunden<sup>16</sup>. Während der Kaukasus-Krise 2008 lautete einer der Hauptpunkte der antirussischen Kampagne im Westen dahin, dass Russland die Werte der Demokratie, der Menschenrechte und der Rechtsnormen missachte (obwohl die westlichen Länder genau genommen solche Bezeichnungen nach der Bombardierung Jugoslawiens gegen sich selbst hätten vorbringen sollten). Zugleich damit haben die Ausbrüche einer äußerst negativen Einstellung des Westens zu Russland weit tiefere Wurzeln, ihr Ursprung ist bis ins 18. Jahrhundert zurückzuverfolgen, da Russland zu einem festen Bestandteil des europäischen Gleichgewichts aufstieg.

Schon König Karl XII. von Schweden (von Napoleon ganz zu schweigen) rechtfertigte seinen Feldzug gegen Russland mit zivilisatorischen Absichten und äußerte sich über das Land verächtlich wie über ein dunkles, gottverlassenes Randgebiet Europas. Im 19. Jahrhundert nahm die westeuropäische Diplomatie, vor allem die englische und die französische, in das Verzeichnis der Rechtfertigungsargumente ihrer Russland-Politik die Vorstellung von ihm wie von einem „Barbarenland“ auf, dem die europäischen Standards fremd seien und das der europäischen Zivilisation gegenüberstehe. Großen Erfolg hatte in den europäischen Hauptstädten das 1843 herausgegebene Buch des französischen Weltreisenden und Literaten Marquis de Custine „Niklaus-Russland“. Die Erwägungen de Custrines über Russland waren, schreibt die Ständige Sekretärin der Französischen Akademie Hélène Carrère d'Encausse, selbst in dem Moment des Dahinschwindens des Kommunismus und des leidenschaftlichen Strebens Russlands nach Europa von nicht geringem Einfluss auf die Köpfe und „werden sich auf die Ansichten der westlichen Welt über das neue Russland noch lange auswirken“<sup>17</sup>.

Warum fühlen sich westliche Politiker nach wie vor vom Inhalt gerade dieses Buches angezogen, obwohl vor und nach dem Marquis zahlreiche europäische Diplomaten, Kaufleute und Künstler Russland besuchten und über das Land schrieben? Wie ein roter Faden zieht sich durch das ganze recht talentierten, wenn auch oberflächlichen Buches die Idee, dass Russland ein barbarisches und asiatisches Land sei und dass „Sibirien an der Weichsel“ beginne; das will sagen, dass Europa in Polen endet und Russland nicht zu Europa gehört. Wie der französische Aristokrat schrieb, seien die Russen „Neulinge der Zivilisation“, die „das Bärenfell mit dem Pelz nach unten“ trügen, denn in ihrem eigentlichen Wesen seien sie „Barbaren“ geblieben, nur dass sie „mit Schützenwaffen bekannt sind“. Dem Autor zufolge stellte Russland einen „Riesen dar, der eben erst aus Asiens Tiefen hervorgegangen“ sei, von der Weltherrschaft träume und nun „mit seinem ganzen Gewicht schwer auf der Balance der europäischen Politik lastet“<sup>18</sup>.

Den Krim-Krieg verstand London trotz der Partnerschaft mit Russland in der Heiligen Allianz als eine „Schlacht der Zivilisation gegen Barbarentum“, als hätten England und Frankreich den Krieg nicht zu dem Zweck angezettelt, den „russischen Bären“ zu schwachen und ihm die Ansprüche auf ihre Besitzungen außerhalb des Schwarzmeer-Gebiets auszutreiben. Doch die Zuspitzung der zwischenimperialistischen Widersprüche, die zum Ersten Weltkrieg führte, „holte Russland nach Europa zurück“. Es bestätigte sich ein charakteristischer Trend: Sobald sich die europäischen Mächte der Gefahr ernster Erschütterungen auf dem Kontinent (beispielsweise Napoleons Invasion) gegenübersehen, wurde Russland

eiligst zu den Mächten gezählt, die über Europas Schicksal entscheiden. Aber kaum war das „Gewitter“ vorbei, da galt Russland erneut als ein europäischer Outsider, nicht würdig, den Namen eines Vertreters der europäischen Zivilisation zu tragen.

Im Ersten Weltkrieg erlitt Russland kolossale Verluste an Menschen und Material und leistete einen recht bedeutenden Beitrag zum Sieg der Entente über Deutschland. Aber sobald die Notwendigkeit von Russlands Teilnahme wegfiel und es noch dazu im revolutionären Chaos versank, war alles wieder nach wie vor. Die bewaffnete Intervention, die Anlegung des „Sanitätskordons“, die internationale Blockade — das sind noch bei weitem nicht alle Methoden von gewaltsamer Politik der westlichen Länder gegenüber Sowjet-Russland. Die ideologische Hülle einer solchen Politik in Form des „Kampfes gegen die bolschewistische Pest“ tarnte kaum ihre allgemeine antirussische Ausrichtung. Der Zweite Weltkrieg zeigte, dass angesichts der alle bedrohenden Gefahr die ideologischen Streitereien sofort in den Hintergrund traten und die „bolschewistische Sowjetunion“ plötzlich das Fundament einer einheitlichen Front gegen Hitler-Deutschland war.

Dennoch drückte die zivilisationsmäßige Dimension in der Vorkriegszeit der europäischen Politik einen unübersehbaren Stempel auf. Die westeuropäischen Länder und die USA sahen in Deutschland bis zur Eroberung Frankreichs 1940 einen Bestandteil der westlichen Welt und waren fest entschlossen, das „halbasiatische Russland“ nach Europa nicht einzulassen. Besonders eifrig zeigten sich die Engländer: 1937 pries der britische Außenminister Edward Halifax öffentlich Nazideutschland als „Europas Bastion gegen den Bolschewismus“<sup>19</sup>. Selbst bei seinem ersten Aufenthalt in Moskau im August 1942 warf Winston Churchill, den seine Verhandlungen mit Stalin nicht befriedigten, zu seiner Umgebung gereizt hin: „Man sagte mir, dass die Russen keine Menschenwesen sein. In der Naturskala stehen sie tiefer als die Orang-Utans“<sup>20</sup>. Übrigens hatte Stalin, der über die antisowjetische Gesinnung der westlichen Politiker sehr wohl unterrichtet war, ebenfalls nichts übrig für den Westen und bewertete insbesondere seine moralischen und Willenseigenschaften niedrig. Die gegenseitige Entfremdung wurde im Laufe der gemeinsamen Handlungen auf den Feldern des Zweiten Weltkrieges durch die Treue zu den höchsten Idealen abgelöst.

Heute nun, da ein wahrer „historischer Krieg“ um Fragen entbrannt ist, die mit dem Charakter und den Ergebnissen dieses Krieges verbunden sind, fällt es auf, dass sich im Westen die Akzente bei der Einschätzung der Handlungen der Sowjetunion verschieben. Früher wurde, wenn auch äußerst ungerne, die Befreiungsmision der Sowjetarmee in Europa zugegeben, jetzt dagegen wird immer mehr hervorgehoben, dass Stalin sich Hitlers „Abenteurertum“

zunutze machte und die „imperialen Vorhaben der Russen“, die Länder von Zentral- und Osteuropa an sich zu reißen, realisierte. Ein anschauliches Beispiel einer solchen Auslegung war das 1996 herausgegebene Buch des bekannten englischen Historikers Norman Davies „Geschichte Europas“, das übrigens aus den Mitteln des Soros-Fonds in Russland in hoher Auflage herausgekommen ist. Davies stellte den Überfall Hitler-Deutschlands auf die UdSSR als einen (freilich selbsternannten) „Kreuzzug der Nazis zum Schutz der Zivilisation“ und die deutschen Okkupanten als Verteidiger Europas gegen „die Invasion aus dem Osten“ dar. Die Sowjetarmee bedeutete für ihn „Horden von schlecht gekleideten und schlecht bewaffneten Iwans“, die gleich „den asiatischen Horden“ nach Europa „Raub, Gewalt und offiziellen Terror in erschreckenden Ausmaßen“ brachten<sup>21</sup>. Es geht so weit, dass das Heldentum der Sowjetbürger in den Kriegsjahren als Nonsens gegenüber den europäischen Lebensstandards ausgelegt wird. So schrieb der französische Philosoph A. Glucksman, dass es den Europäern schwerfalle, die „tierische Reaktion der einfachen Russen“ zu verstehen, die, ebenso wie unter Napoleon, bei der Vertreibung der Landräuber die Fähigkeit zur Selbstaufopferung zeigten<sup>22</sup>.

Charakteristisch für die Epoche des Kalten Krieges war eine scharfe Rivalität zwischen zwei in Stärke und Macht ungefähr gleichen Blöcken, die die Erwägungen über die Vorzüge der „westlichen Zivilisation“ nicht mehr so aktuell erscheinen ließ. Der Propagandakampf wurde in erster Linie im Bereich der Ideologie geführt. Nach Maßgabe dessen, wie die inneren Probleme in der UdSSR und die Schwankungen im sozialistischen Lager zunahmen, gewann die Attacke des Westens auf die ideologischen Grundlagen der Sowjetunion die Form der Ablehnung der UdSSR als eines Staates, der den Triumphzug der westlichen Werte in der ganzen Welt behinderte. US-Präsident Ronald Reagan (1981-1989) verkündete unter antikommunistischen Parolen einen Kreuzzug gegen das „Reich des Bösen“ und nahm Kurs auf eine direkte Konfrontation mit der UdSSR auf globaler und regionaler Ebene, auf die Zerstörung des militärisch-strategischen Gleichgewichts.

Ein Beigeschmack der zivilisationsmäßigen Erwägungen kehrte in die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen in vieler Hinsicht dank Boris Jelzin und seiner Umgebung zurück: Sie glaubten, dass die außenpolitische Orientierung auf ein strategisches Bündnis mit den ehemaligen Gegnern aus dem Kalten Krieg im Kampf gegen die „alten Zustände“ im Lande werde helfen können. Hierbei vertraten viele, darunter auch Außenminister Andrej Kosyrew, die Auffassung, dass das neue Russland um jeden Preis eine Annäherung an den „zivilisierten Westen“ erreichen müsse, wobei nicht einmal die Konfiguration von Führendem und Geführtem ausgeschlossen wurde. In seinen Äußerungen über



die Notwendigkeit einer scharfen Wende in der Außenpolitik machte Jelzin nicht einmal vor Behauptungen halt, ganz Russland schäme sich der Gefahr, die die Sowjetunion für die „Gemeinschaft der zivilisierten Länder“ dargestellt habe<sup>23</sup>. In Washington und den Hauptstädten der westeuropäischen Länder wurde eine solche Position als Verzicht der sowjetischen Führung auf die sowjetische Vergangenheit, als das Zugeben des „unzivilisierten Charakters“ Russlands verstanden. Die russische Führung, die die Minderwertigkeit des eigenen Landes bezeugte, hatte kaum zu erwarten, dass sie im Westen als gleichberechtigter Partner aufgenommen sein werde.

1994 kam das Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen Russland und der Europäischen Union zustande (Inkrafttreten 1997), das den Charakter der Beziehungen zwischen dem „Lehrer“ und dem „Lernenden“ trug. Die Präambel erwähnte lediglich „die Wichtigkeit der zwischen der Gemeinschaft und ihren Mitgliedsstaaten und Russland bestehenden historischen Verbindungen sowie der ihnen gemeinsamen Werte“ und brachte die Realisierung der Partnerschaft von der „Fortsetzung und Vollendung der politischen und wirtschaftlichen Reformen Russlands“ in Abhängigkeit<sup>24</sup>. Recht kennzeichnend war in diesem Sinne der Sammelband „Ist Russland eine europäische Macht? Russlands Stellung in einem neuen Europa“, den 1998 die katholische Universität von Leuven (Belgien) herausgab und der Beiträge europäischer Politiker, Diplomaten und Wissenschaftler enthielt<sup>25</sup>. Der Hauptinhalt des Sammelbandes lief auf den Gedanken hinaus, dass Sowjet-Russland vor und nach dem Zweiten Weltkrieg alles in allem als ein — und sei es „verirrt“ — Bestandteil Europas mit einem gewissen Anteil von expansionistischen Bestrebungen aufgefasst wurde. Nach dem Zerfall der UdSSR begann in Europa die Meinung zu überwiegen, Russland sei ein „Lernender“, ihm wurde der Status eines „teilweise“ europäischen Landes zuerkannt, das eingeladen wird, den Prozess der europäischen Integration ohne das beschließende Stimmrecht zu beobachten. Im Sammelband wurde behauptet, dass die russische Führung, um die historisch tief verwurzelte „Isolierung“ Russlands von Europa zu überwinden, die europäische Orientierung ihrer Politik „beweisen und die Europäer von der Notwendigkeit, Russland in Europa aufzunehmen, „überzeugen“ solle.

Der von der russischen Führung Anfang des 21. Jahrhunderts deklarierte Kurs auf den Aufbau eines nationalen Staates und eine unabhängige Außenpolitik, die Rehabilitierung des Patriotismus und der nationalen Traditionen lösten bei vielen Politikern im Westen eine merkliche Gereiztheit aus, die sich zur Bezeichnung Russlands, die „imperialen Ansprüche“ und den Chauvinismus wiederzubeleben, verdichtete. Besonders beeindruckte die Westeuropäer Wladimir Putins

Meinung, dass der Zerfall der Sowjetunion „die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts war. Der Ex-Außenminister Deutschlands Joschka Fischer z. B. erklärte, die meisten europäischen Länder seien kategorisch gegen eine Revision der Ordnung, die sich im postsowjetischen Raum etabliert habe, da sie das Verschwinden der UdSSR für einen „großen Glücksfall halten“ würden<sup>26</sup>. Die erwähnte Münchner Rede Putins löste ebenfalls eine insgesamt negative Reaktion in den USA und in Westeuropa aus, wo man in der „eiskalten Kritik“ des russischen Präsidenten eine Anspielung auf einen neuen Kalten Krieg“ erblickte. Es verbreitete sich weit der Standpunkt, der Westen solle seine Reihen zusammenschließen und sich auf die Begegnung mit einer neuen russischen Politik vorbereiten, um die westlichen Werte zu verteidigen.

In Europa gibt es nicht wenig Politiker, die meinen, dass unter den Bedingungen der zugespitzten internationalen Konkurrenz Europa durch ein Bündnis mit Russland in der Weltpolitik qualitativ verstärkt werden könnte. Es gibt auch kategorischere Äußerungen darüber, dass das „alte“ Europa durch Russlands Anschluss zu „retten“ sei, damit sie, auf unterschiedliche Werte, aber gemeinsame Ziele gestützt, Europa gemeinsam aufbauen könnten. Doch nach allem zu urteilen, bestimmten hauptsächlich nicht sie die Gesinnung im europäischen Establishment. Der deutsche Politologe Alexander Rahr, einer der angesehensten Fachleute für die Problematik der deutsch-russischen Beziehungen, behauptete schon 2007, dass immer weniger europäische Politiker die Idee eines Russland innerhalb Europas vertreten. Ihre Rolle würden darin nicht nur die eingewurzelten historischen Phobien gegenüber Russland spielen, sondern auch die antirussischen Komplexe, die die herrschenden Kreise der ehemaligen Warschauer Vertragsstaaten in die Europäische Union mitgebracht hätten. Rahr zufolge sei für die Staaten Westeuropas die Frage des Schutzes der westlichen liberalen Werte, die die Religion ersetzt hätten, vor den äußeren Gefahren von bestimmender Bedeutung. Den wichtigsten Schutz sehen die westeuropäischen Politiker in den USA und in der Erweiterung und Festigung der transatlantischen Gemeinschaft, wobei sie es vorziehen, sich von Russland abzusondern und „es nach Asien herauszustoßen“<sup>27</sup>.

Russland ist zweifellos ein überwiegend europäisches Land, das mit Europa seit langem durch die Geschichte, Kultur und umfassende Verflechtung der politischen und ökonomischen Beziehungen verbunden ist. Ebenso wie im übrigen Europa ist das gesellschaftliche Leben in Russland, trotz der destruktiven Äußerungen der Globalisierung, stark von den christlichen Werten beeinflusst. Seit mehr als 300 Jahren konnten sich die besten Köpfe Russlands ihr Land ohne Europa nicht vorstellen, beneideten die eroberten demokratischen Standards der führenden Länder des Kontinents und wünschten Russland, die europäische

Lebensqualität zu erreichen, die als Orientierungspunkt der inneren Entwicklung diene. Aber Westeuropa zählte Russland „in der Tiefe seiner Seele“ niemals zu seinen Gleichgesinnten und ließ es nicht näher an sich heran, als das die Imperative der gesamteuropäischen Erschütterungen forderten. Auch heute, da der Kommunismus zusammengebrochen ist und in Russland die kapitalistischen Zustände hergestellt worden sind, beeilt sich Westeuropa nicht mit einem „Neustart“ in den Beziehungen zu Russland und drückt immer noch auf den Knopf „Pause“.

Es sei gesagt, dass das heutige Russland der Europäischen Union nicht wenig Anlässe bietet, den Abschluss eines neuen Basisabkommens zwischen Russland und der EU in die Länge zu ziehen und die Frage der Aufhebung des Visaregimes auf unbestimmt lange Zeit aufzuschieben. In Russland bestehen eine für die weitaus meisten Europäer undenkbar tiefe soziale Differenzierung der Gesellschaft, ein schockierender Grad der Korruption und das Wachstum der organisierten Kriminalität, die über die russischen Grenzen hinausgegangen ist. Solange Russland nicht wenigstens diese „Geschwüre“ entfernt, werden die Europäer nach wie vor Gründe haben, sich Russland als einen „Fremdkörper“ in Europa vorzustellen.

Der historisch begründete Hang Russlands nach Europa wird immer von dem Streben seiner Diplomatie begleitet werden, auf die europäische Politik möglichst stark einzuzwirken. Es wäre jedoch recht unüberlegt, Russlands Zukunft in der Hoffnung ausschließlich auf seinen Einbau in die westliche politische und ökonomische Konstruktion zu formen und dazu mit Kategorien wie zivilisationsbedingte Neigungen oder Thesen von einer unvermeidlichen „Gefahr aus dem Osten“ zu operieren. Die Weltordnung ist in einer grundlegenden Transformation begriffen, ihre Umrisse zeichnen sich bereits in der Entstehung neuer Zentren der internationalen Politik und in der sich vertiefenden amerikanisch-chinesischen Rivalität ab. Europa selbst erlebt das Ende der „Epoche des Optimismus“ (vom Fall der Berliner Mauer bis zum Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise); das äußert sich in den ernstesten Zweifeln an der Unerschütterlichkeit des erreichten Grades der europäischen Integration und im Wachstum der nationalistischen Stimmungen.

Angesichts der Schwankungen in der weltweiten Kräftekonstellation steht die russische Führung vor der Wahl: sich mit den verfügbaren „Sicherungen“ in Form des Kernwaffenbesitzes und der Durchführung der „energetischen Diplomatie“ zu begnügen oder aber sich, als aktiver Anhänger einer multipolaren Welt, auf die Umwandlung Russlands in einen solcher Pole zu konzentrieren. Die Geschichte bezeugt: Russlands Macht und Autorität hängen in erster Linie mit einer erfolgreichen Lösung der Aufgaben der inneren

Entwicklung sowie mit der Durchführung einer nationalen Außenpolitik zusammen, die sich auf die strategischen Imperative des Status einer Zwei-Kontinente-Macht stützt.

## FUSSNOTEN

1. *Tessisy wystuplenija ministra inostrannych del Rossii S. W. Lawrowa w Londonskoi schkole ekonomiki* [Thesen des Berichts des Aussenministers Russlands S. W. Lawrow an der Londoner Wirtschaftshochschule], London, 15. Februar 2011 // Offizielle Webseite des Außenministeriums der Russischen Föderation ([www.mid.ru](http://www.mid.ru)), 15. Februar 2011.

2. *Kissinger, H. Diplomacija* [Diplomatie], Verlag Lodomir, Moskau 1997, S. 223.

3. *A National Security Strategy of Engagement and Enlargement*. Washington D.C.: White House, July 1994.

4. Zeitung „Renmin ribao“ online (in Russ.) vom 19. November 2009.

5. *Primakow, J. M. Mir bes Rossii? K tschemu wedjot polititscheskaja blisorukostj* [Eine Welt ohne Russland? Wozu politische Kurzsichtigkeit führt]. IIK „Rossijskaja gaseta“, Moskau 2009, S. 168.

6. *Gromyko, A. A. Pamjatnoje* [Denkwürdiges], Buch 1. Politisdat. Moskau 1988, S. 387.

7. *Rscheschewski, O. A. Woina i diplomatija: dokumenty, komentarii (1941-1942)* [Der Krieg und Diplomatie: Dokumente, Kommentare (1941-1942)], Nauka, Moskau, 1997, S. 28

8. *Otwetschaja na wysow wremeni. Wneschnjaja politika perestroiki: dokumentalnyje swidetelstwa. Po sapisjam bessed Gorbatschowa s sarubeschnymi dejatelami i drugim materialam. / Als Antwort auf die Herausforderung der Zeit* [Die Außenpolitik der Perestroika: dokumentarische Zeugnisse. Nach Aufzeichnungen von Gorbatschows Gesprächen mit ausländischen Politikern und nach anderen Materialien], Verlag „Wes‘ mir“, Moskau 2010, S. 328, 338—339.

9. *Chartija dl'a nowoi Jewropy*. [Charta für ein neues Europa]. Paris, 21. November 1990 // „Prawda“ vom 22. November 1990.

10. *Osnowopolagajuschtschij akt o wsaimnych otnoschenijach, sotrudnitschestwe i besopasnosti meschdu Rossijskoi Federazijej i Organizazijej Seweroatlantscheskogo dogowora. 27 maja 1997* // [Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Russischen Föderation und der Organisation des Nordatlantischen Vertrags. 27. Mai 1997] // „Rossijskaja gaseta“ vom 28. Mai 1997.

11. The Alliance's Strategic Concept. Approved by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Council in Washington D.C. on 23rd and 24th April 1999.

12. *Wystuplenie Prezydenta Rosji W. W. Putina na Konferencji po woprossam politiki i besopasnosti. München, 10 fewral'a 2007* [Rede des Präsidenten von Russland W. W. Putin auf der Konferenz zu Fragen der Sicherheitspolitik], München, 10. Februar 2007 // „Rossijskaja gaseta“ vom 12. Februar 2007.

13. *Biden, J. R. Advancing Europe's Security* // The New York Times, May 6, 2010.

14. *Press-konferencija Prezydenta Rosii d. A. Medwedewa po itogam sassedanija Coweta Russija — NATO*, [Pressekonzferenz des Präsidenten Russlands D. A. Medwedew nach der Ergebnissen der Sitzung des Russland-NATO-Rates. Lissabon, 20. November 2010 ] // Webseite „Prezident Rosii/ Sobytaja“, 20. November 2010.

15. *Rossija wstupila w „period strategitscheskich wosmoschnostej“?* [Ist Russland in die „Periode strategischer Möglichkeiten“ getreten? ] // Zeitung „Renmin Ribao“ online (in russ. Sprache) vom 22. Oktober 2010.

16. *A Secure Europe in a Better World. European Security Strategy*. Brussels, 12 December 2003.

17. *H. Carrère d'Encausse. La Russie entre deux mondes*. Paris: Fayard, 2010, P. 15.

18. *Custine, H. Nikolajewskaja Rossija* [Niklaus-Russland], Politisdat, Moskau 1990, S. 106, 182-183, 186, 254.

19. *Kissinger, H. Op. cit.*, S. 275.

20. Zitiert nach: *Rscheschewski, Wstretschi. Bessedy. Diskussii: dokumenty, kommentarii. 1941-1945*. [Stalin O. A. Stalin i Churchill und Churchill. Begegnungen. Gespräche. Diskussionen: Dokumente, Kommentare. 1941-1945] // Nauka, Moskau 2004, S. 374.

21. *Davies, N. Istorjia Jevropy* [Geschichte Europas], OOO Verlag AST; „Transitkniga“, Moskau 2004, S. 752, 765, 771.

22. *Interwju A. Gljuksmana „Nowoi gasete“* [A. Glucksmans Interview für „Novaja gazeta“] // „Novaja gazeta“. Nr. 1 vom 11. Januar 2010.

23. *Jelzin B. N. Zapiski prezidenta* [Aufzeichnungen eines Präsidenten], Verlag „Ogonjok“, 1994, S. 394.

24. *Agreement on Partnership and Cooperation establishing a partnership between the European Communities and their Member States, of one part, and the Russian Federation, of the other part*. Corfu, 24 June 1994 // Official Journal of the European Communities, 24 November, 1997.

25. Is Russia a European power? The position of Russia in a new Europe. Leuven: Leuven univ. press, 1998.

26. *Fischer, J.* Vorsicht vor Russlands Geopolitik // Financial Times, Deutschland, 8. August 2010.

27. *Rahr, A., Regress vsaimoponimanija* [Abnahme des gegenseitigen Verstehens] // "Nesavissimaja gaseta" vom 30. Januar 2007.

**Schlüsselwörter:** Russland und Europa, europäische Politik, historische Bestrebungen, europäische Sicherheit, Kräftegleichgewicht, Vordrängen der NATO, europäische Integration, Europäische Union, europäische Werte.



**Alexander Orlow:** „In vielen Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas, wie wir jetzt gut verstehen, reiften während der längeren Zeit die komplizierten, unterschwelligten sozialökonomischen Prozesse. Dagegen herrschte auf der Oberfläche des „politischen Meeres“ die relative Windstille, die in Wirklichkeit der „schwere Seegang“ war“.

**Wladimir Kusnetschewski:** „Nur unsere staatlichen Dokumente enthalten die konzeptuelle Herangehensweise an der Lösung solcher Fälle wie des libyschen. Das bezieht sich vor allem auf die Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation, in der deutlich darauf hingewiesen wird, dass „die Organisation der Vereinten Nationen das Zentrum für die Regelung der internationalen Beziehungen und Koordinierung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert bleiben soll...“

**Wadim Lukow:** „Heute entfallen auf die BRICS-Länder 25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Welt, 30 Prozent des Territoriums der Erde und 45 Prozent der Weltbevölkerung. Angesichts des schnelleren Gesamtwachstums der Wirtschaften der BRICS-Länder hat sich im vergangenen Jahr ihr absoluter Anteil am weitweiten Bruttoproduct vergrößert und die VR China hat die Position der zweiten Wirtschaftsmacht der Welt erklommen“.

**Juri Schafranik:** „Man muss sich endlich auf den Problemen des eigenen Hauses konzentrieren, darauf, wie Alexander Issajewitsch Solschenizyn für das Wichtigste hielt, wie wir Russland, unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft einrichten können. Es ist verständlich, dass die Nachbarn das solide, gemütliche und gastfreundliche Haus gerne besuchen. Wobei meist nicht mit leeren Händen. Wenn wir also uns selbst einrichten, würde es keine Probleme mit Investitionen und mit dem Zustrom der hochqualifizierten Kader geben“.

**Garegin Tossunjan:** „Wir sprechen in drei letzten Jahren in der Tat nur von der Weltfinanzkrise. Ich habe mehrmals meinen Standpunkt zum Ausdruck gebracht. Was in unserem Land vor sich ging, unterscheidet sich grundlegend von dem, was in der restlichen Welt geschah. Wir hatten die Krise der finanziellen Unterproduktion der finanziellen Dienstleistungen. Diese Welle ebbt zur Zeit ab. Wir weisen laut Ergebnissen 2010 die positive Dynamik auf“.

## Alexander ORLOW

Professor der Moskauer Staatlichen Hochschule für internationale Beziehungen (Universität) des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten Russlands

orlov\_a@mgimo.ru



# DIE ERSTEN REVOLUTIONEN DES 21. JAHRHUNDERTS

Die im Januar dieses Jahres in Tunesien begonnene Protestwelle erreichte im Nu den bedeutenden Teil Nahostens und Nordafrikas. Etwa Dutzend Staaten wurden dadurch betroffen, wobei in zwei Ländern (zum Moment der Verfassung des Beitrages) die regierenden Regimes schon gestürzt wurden, und drei befinden sich in einer äußerst komplizierten Lage, mit Kollaps gipfeln kann. Als vor nicht allzu langer Zeit die Menschheit das Neue Jahr 2011 lustig beging, dachte wohl niemand an die nahe Perspektive des immensen Kataklysmus in der arabischen Welt. Deshalb ist die Frage logisch: Was ist danach geschehen und wie soll man die jetzigen Prozesse in dieser explosionsbeladenen Weltregion einstufen?

Die einfachste und anscheinend auf der Oberfläche liegende Erklärung beinhaltet die lokale spontane Revolte mit Beteiligung hauptsächlich der Jugendlichen, die am Anfang die Rechtsschutzorgane nicht voraussehen konnten und daraufhin unterschätzten, und die dann zu den Massenprotesten hochstiegen. Als die Behörden, im Einzelnen in Tunesien, wo alles begann, hellhörig wurden und versuchten, die Meuterer zu befrieden, war es schon zu spät. Die Dampfwalze geriet in Bewegung, die Prominenz der arabischen Welt, zuerst Ben Ali und dann Mubarak, stürzten und das Dominanzprinzip begann zu funktionieren. Der Trichter der Krise wurde immer breiter und zog immer neue Länder hinein. Obwohl alles logisch zu sein scheint, reichen diese Erklärungen sicher nicht aus.



Alle möglichen „konspirologischen“ Versionen schlagen ebenfalls fehl, denen die Versuche zugrunde liegen, die gegenwärtigen Ereignisse durch die Ränke sowohl der westlichen als auch der islamistischen Verschwörer zu begründen. Die Verschwörungen (Ränke) spielten gewiss bestimmte Rolle, aber ihre Bedeutung bei der Organisierung der Meutereien darf man nicht überschätzen. Ich glaube, dass ihre Maßstäbe sowohl für diese als auch für jene unerwartet waren. Es wäre also ein ernster Fehler, die Ursachen der Krise im Nahen Osten und in Nordafrika zu simplifizieren und auf die leichte Schulter zu nehmen. Sie sind nicht oberflächlich, sondern fundamental, da sie sowohl die Basis als auch den Überbau der Gesellschaft betreffen. Die Massenaktionen, deren Zeugen wir sind, kann man nach allen Merkmalen als Revolutionen bezeichnen, die ersten wahrhaft großen Revolutionen im 21. Jahrhundert, die sowohl gleiche Züge mit den Revolutionen der Vergangenheit als auch ihre eigenartigen Erscheinungen und Besonderheiten haben.

In vielen Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas, wie wir jetzt gut verstehen, reiften während der längeren Zeit die komplizierten, unterschwelligten sozialökonomischen Prozesse. Dagegen herrschte auf der Oberfläche des „politischen Meeres“ die relative Windstille, die in Wirklichkeit der „schwere Seegang“ war. Alle Alarmszenarios waren so oder anders mit dem zunehmenden Einfluss der radikalen Islamisten in der arabischen Welt, aber auf keinen Fall mit der Perspektive der revolutionären Massenrevolten verbunden, in welche die verschiedensten Bevölkerungsschichten einbezogen wurden. Von Bedeutung war auch die dominierende Aufmerksamkeit in der gesamten Welt für den nahöstlichen Konflikt, vor dessen Hintergrund die inneren Widersprüche in den Ländern der Region als zweitrangig und im Prinzip nicht so wichtige Sache zu sein schienen.

Das, was geschehen ist, heißt in den klassischen Theorien der Revolutionen die Zuspitzung über das übliche Niveau des Elends und der Armut der Besitzlosen und minderbemittelten Schichten der Gesellschaft, wobei in die Rahmen dieser Kategorie nicht nur der größere, sondern wahrscheinlich der überwiegende Teil der Bevölkerung geriet. Der gegenwärtige Kapitalismus generiert überaus aktiv die soziale Ungleichheit. Dieser Prozess hat den universellen Charakter und betrifft alle Länder. Er ist in den entwickelten Ländern weniger offensichtlich, obwohl er auch da präsent ist, was sich vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise, die angeblich zu Ende ist, oder vielleicht nicht (die Meinungen der führenden Weltexperten teilen sich diesbezüglich), besonders bemerkbar macht. Die soziale Ungleichheit erreichte in den Peripherieländern, zu denen auch die Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas gehören, das dramatische Niveau, obwohl sich einige von diesen Ländern, die immense Kohlenwasserstoffressourcen haben, zum Vergleich von ihren Nachbarn sogar ziemlich wohlhabend wirken.

Die Differenz zwischen den Reichsten und den Ärmsten ist zu einer Kluft geworden, der Prozentsatz des Mittelstandes, der theoretisch im florierenden

oder sogar mehr oder weniger stabilen Staat ständig wachsen soll, sinkt infolge der Zunahme des Prozentsatzes der ärmsten Schichten, die Disproportion in der Wirtschaft wächst, die Arbeitslosigkeit steigt, die Preise werden hochgeschraubt, darunter auch für die Massenbedarfsartikel, von denen die Überlebenschancen des einfachen Menschen abhängen. All diese Prozesse haben die größere Senkung der Lebensqualität des bedeutenden Teiles der Gesellschaft, vor allem der Armen und der Bevölkerungsschichten unter dem Mittelstand zur Folge. Der Bildungsstand sinkt (bzw. bleibt im besten Falle auf dem gleichen Niveau), der bedeutende Teil der Bevölkerung hat keinen Zugang zum modernen Gesundheitswesen, was zur hohen Mortalität führt, das Lebensniveau sinkt ständig, Millionen Menschen sind gezwungen, in den schlechten und mitunter einfach primitiven Wohnungen zu hausieren, sie essen wenig, haben keine normalen Mußestunden, entbehren jeglicher Möglichkeit der Selbstentwicklung. Die Jugend ist besonders leidgeprüft, da sie keinen Platz im gegenwärtigen Leben finden kann, ihre Aussichten auf die würdige Zukunft werden unter diesen Bedingungen immer illusorischer und srumpfen wie das Chagrinleder zusammen. Es handelt sich doch um den dynamischsten Teil der Gesellschaft, der seine Kraft sowohl für das Schaffen als auch für die Zerstörung verwenden kann.

Der vergleichsweise geringe wohlhabende Teil der Gesellschaft, die Kaste der modernen Patrizier, genießt inzwischen den absolut überdimensionalen Wohlstand, ohne dem übrigen Teil der Bevölkerung etwas als Gegenleistung zu bieten und die kosmischen Standards der eigenen Existenz in seinen Augen auf keine Weise zu rechtfertigen. Solches absolut balancelose sozialpolitische System führt zur hemmungslosen Korruption und der moralischen Degradierung des verantwortungslosen Teiles der herrschenden Klasse.

Sozialökonomische Faktoren in den arabischen Ländern schürten die immer zunehmende und offensichtlich durch die Mächte unterschätzte Unzufriedenheit der Gesellschaft, die den Mangel an der realen Demokratie beanstandete, da die Führer jahrzehntlang an der Macht blieben und sich nach allem Anschein bereiteten, künftighin ihre Macht deren Kindern und Nachfolgern zu übergeben, indem sie etwas Ähnliches wie neue Emirate und Sultanate unter der Bedingung der vereinzelt Erhaltung der äußeren Attribute der Demokratie in der Form der kontrollierbaren Wahlen schaffen wollten. Es entstand die für viele Revolutionen charakteristische Krise der „Oberen“, die sich nach wie vor für allmächtig hielten, obwohl sie es nicht mehr waren.

Die Orientierung auf den Führer als Garant der Stabilität des Regimes unter den Bedingungen des sozialen Ausbruches führte dazu, dass er wie politischer Blitzableiter auf sich die jahrelang gespeicherte Protestenergie eines bedeutenden Teiles der Gesellschaft nahm und zum absoluten Antihelden wurde. So etwas wie die Personifizierung einer breiten Palette sowohl der objektiven als auch subjektiven Faktoren ging vor sich, was die Revolutionen zur Folge hatte. Die Idee

des Sturzes der politischen Sphinx wurde zur mächtigen Kraft, unter deren Banner sich die mitunter überaus heterogene Masse der Protestierenden vereinigte, was in der ersten Etappe der Revolte einen bestimmten Sinn verleihen konnte.

Es ist trotzdem nicht bekannt, auf welchem Wege die Entwicklung der Ereignisse in der zweiten Etappe der Revolution vor sich gehen wird, da die Aufgabe der Sturzes des ehemaligen Führers-Idols schon gelöst ist. Welche Ziele werden die Aufständischen verfolgen, vorausgesetzt, das sie diese überhaupt haben, verstehen sie die tiefgreifenden Ursachen ihrer Schwierigkeiten und Entbehrungen oder nehmen sie eine falsche Zielscheibe, inwieweit sind sie selbständig in ihren Handlungen oder sie erwartet die Perspektive, die Wechselmünze in den Händen der professionellen Puppenspieler zu werden — das sind die Fragen, die immer mehr in den Vordergrund rücken.

Wir gehen hiermit an die wichtigste spezifische Besonderheit jetziger Revolutionen in der arabischen Welt, an ihre Unterschiedlichkeit von den meisten Revolutionen des 20. Jahrhunderts, darunter auch von denen, die 1950-1970 in derselben Region ausbrachen.

Der gegenwärtige politische Sturm ist viel spontaner und weniger lenkbar als ähnliche Ereignisse in der absehbaren Vergangenheit. Jetzige Revolutionen haben keinen sichtbaren Vortrupp, keine Avantgarde in der Form einer Partei oder der prominenten Führer, die die Massen zur Erklommung der politischen Höhen führen. An deren Spitze stehen nicht die Intellektuellen, die in die revolutionäre Bewegung bewusst, auf Geheiß der Vernunft und des Herzens kamen, um die hehren Ziele zu erreichen, die in unserem superpragmatischen Jahrhundert idealistisch scheinen. Moderne Revolutionäre sind keine Träger der neuen Ideologie, die ihr Sinnen und Trachten über die freie und gerechte Welt verkörpern.

Die meisten ehemaligen bedeutenden Revolutionsumstürze im Fernen Osten und Nordafrika hatten die national-befreiende Ausrichtung mit dem starken sozialistischen Beigeschmack, was heutzutage nicht mehr beobachtet wird. Obwohl die sozialökonomischen Ursachen ohne jeglichen Zweifel die wichtigste Triebkraft der jetzigen revolutionären Welle sind, gelangen sie nicht in den Vordergrund, sie bleiben im Schatten der Forderungen über die Durchführung vor allem der politischen Reformen. Es geschieht möglicherweise wahrlich die Universalisierung der westlichen liberalen Demokratie als der endgültigen Regierungsformen, wie das vom bekannten amerikanischen Philosophen und Politökonom Francis Fukuyama in seinem Werk „Das Ende der Geschichte?“ prophezeit wurde. Meuterte die arabische Welt vielleicht auch, um solche Demokratie zu gewinnen? Ich nehme überaus an, dass man in Übersee, in den USA jetzige Ereignisse im Fernen Osten und Nordafrika gerne auf diese Weise auslegen möchte.

Das demokratische Modell, das an sich freie Wahlen, fairen und offenen politischen Kampf, gleiche Bedingungen für rivalisierende Kräfte in Frage der

Bekanntmachung deren politischen Programme für die Bürger, keinen Missbrauch der administrativen Ressourcen durch die regierende Partei bzw. Gruppierung in ihren Interessen zum Nachteil des politischen Gegners usw. voraussetzt, kann nicht abgelehnt werden, da sie die unveräußerliche Bedingung für jedes reife politische Rechtssystem darstellt. Die Ergänzung dazu besteht jedoch in der amerikanischen Auffassung dieses Modells in der amerikanischen Lebensweise, der Gesellschaft der hemmungslosen Konsumtion zusammen mit der für den Osten wesensfremden Auslegung der „moralischen Werte“ und Freiheiten, d.h. der absoluten Alleserlaubtheit. Braucht die arabische Welt die amerikanische Lebensweise, ist diese Welt darauf gefasst, entspricht sie den jahrhundertealten Traditionen der orientalischen Völker? Die Antwort wird, eher negativ, als positiv ausfallen. Brauchen die Amerikaner selbst das Modell der liberalen Demokratie im Fernen Osten und Nordafrika und wenn, dann in welcher Form — das ist auch die große Frage.

Es wird angenommen, dass in den USA die außerordentlich starke Analytik besteht, die durch verschiedene „Braintrusts“ vertreten ist, die mit ihren Produkten die Obrigkeit des Landes speisen. Stimmt das tatsächlich und wird nicht ab und zu dieser analytische Mechanismus nicht intakt? Es entsteht der Eindruck, dass die Amerikaner heute auf die ausschließliche Zerstörung einer Reihe der Schlüsselregimes der arabischen Welt vorprogrammiert sind, ohne besonders an die Folgen ihrer Politik zu denken. Die Analogie mit Afghanistan kommt unwillkürlich in den Sinn, das seinerzeit, geblendet durch den Wunsch, maximal der Sowjetunion zu schaden, in vielem mit der Unterstützung der USA die Bewegung der radikalen Islamisten zu diesem Zweck in die Wege geleitet und zum „schwarzen Loch“ der modernen Weltordnung wurde, wobei die Amerikaner selbst da alles in Ordnung bringen müssen. Nicht sehr erfolgreich, wie der Lauf der Dinge beweist. In solchen Ländern wie vor allem Libyen und Syrien, obwohl die Liste mit ihnen durchaus nicht erschöpft ist, können im Falle des Sturzes der Regimes die radikalen Islamisten gegen den Wunsch der USA, aber faktisch mit deren Hilfe an die Macht kommen. Die Kanonen der Vertretungsdemokratie sind jedoch für sie nicht mehr als die Bonbonbildchen im Kinderspiel. Begreifen es amerikanische Denker oder hat Washington seine Variante der nahöstlichen Patience parat in der Tasche? Die USA haben schon viele Brücken verbrannt und das ist eine verantwortungsvolle Entscheidung, die, wenn sie durch den konkreten Aktionsplan nicht bekräftigt ist, an den Bluff bzw. die Hoffnung auf das russische „mal sehen“ erinnert.

Die Perspektiven der Stabilisierung im Nahen Osten und Nordafrika bleiben äußerst verschwommen. Sogar in den Ländern (Tunesien und Ägypten), wo die Revolutionen als erste erfolgten und mit der Erreichung der sichtbaren gesteckten Ziele, d.h. mit dem Sturz der verhassten autoritären Regimes, endeten, ist die Situation von der vollständigen Normalisierung weit entfernt und die Ausbrüche der Unzufriedenheit des Volkes kommen immer wieder an den Tag. Die

massenhaften Protestbewegungen in mehreren Staaten nehmen nach wie vor zu und sind von deren Abschluss noch weit entfernt. Das revolutionäre Potenzial der arabischen Gesellschaft ist außerordentlich hoch, und provisorische Abschwächung der Protestaktionen ist nur möglich, wenn deren Teilnehmer ermüdet sind.

Die Situation erschwert sich dadurch, dass die Rebellen und deren Führer (wenn sie real bestehen) keine genaue Vorstellung vom Modell der gesellschaftlichen Ordnung haben, das sie befriedigen konnte. Dieser Umstand verstärkt in jetzigen revolutionären Aufständen jene Komponente, die sie den spontanen Meutereien nahebringt. Dass über die frohlockende Menschenmenge in Bengasi nach der Ermordung des jüngsten Sohnes Muammar Gaddafis und seiner drei Enkelkinder die amerikanischen Flaggen wehten, darf niemanden irreführen: Keiner von diesen Menschen begann die USA mehr zu lieben, an diesem Tag wollten sie einfach zeigen, dass sie den NATO-Leuten für diese schmutzige Arbeit dankbar sind. Sie haben auch keine größere Pietät zur amerikanischen Demokratie: Es ist kaum zu glauben, dass diese Menschen, wenn sie an die Macht kommen, überzeugte und vorbildliche Demokraten werden.

Die Ereignisse im Nahen Osten und Nordafrika betonten eine überaus relevante Gesetzmäßigkeit: In der jetzigen historischen Etappe können die Früchte des Erfolges der eigentlich revolutionären Auftritte, die unter anderem und vielleicht vor allem durch die sozialökonomischen Gründe heraufbeschworen wurden, aber klarer und deutlicher Orientierungspunkte entbehren, vorwiegend die Transformation des Überbauniveaus darstellen, die die Basis der Gesellschaft nicht berührt. Die ursprünglichen Ursachen der sozialen Ungerechtigkeit, des realen Generators der Proteststimmungen, werden allem Anschein nach nicht betroffen, d.h. dass niemand gegen die Wiederholung der Volksproteste versichert ist.

Das sind jedoch die Überlegungen über die Zukunft. Niemand weiß zur Zeit, womit und wann die jetzige revolutionäre Welle enden und zu welchen realen Veränderungen in der Gesellschaft sie führen wird. Das Element der Unbestimmtheit wird im wesentlichen durch die zunehmende äußere Einmischung in das Geschehen verstärkt, die auf verschiedenen — militärischen, politischen und ökonomischen — Wegen vor sich geht. Die möglichen Folgen der Ermordung des Führers von „Al-Qaida“ Osama bin Laden durch die amerikanische Eingreiftruppe in Pakistan, die in der gesamten Welt mit deutlicher Erleichterung aufgenommen wurde, sind auch nicht klar. Diese erfolgreiche Operation kann auch die direkt entgegengesetzten Nebeneffekte bezüglich der Prozesse in der arabischen Welt haben vom Abebben der revolutionären Welle und Beginn der Stabilisierung bis zur weiteren Radikalisierung eines bestimmten Teiles der Aufständischen und der schlagartigen Verstärkung der anti-amerikanischen und im ganzen antiwestlichen Stimmungen.

**Schlüsselwörter:** Die Krise im Nahen Osten und im Nordafrika, Osama bin Laden, die soziale Ungerechtigkeit, die radikalen Islamisten.

## Wladimir KUSNETSCHEWSKI

Führender wissenschaftlicher Mitarbeiter  
des Russischen Instituts  
für strategische Forschungen,  
Doktor der Geschichtswissenschaften

smith@mail.ru



# CASUS LIBYEN UND PROBLEM DER STAATLICHEN SOUVERÄNITÄT

Die im März und April stattgefundenen Volksrevolutionen in den Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens, insbesondere aber die Ereignisse in der Libyschen Arabischen Dschamahirija, lenkten aktiv die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die Rolle der Organisation der Vereinten Nationen bei der Lösung der internationalen Konflikte. Zum Mittelpunkt der Diskussionen wurde das Problem der Grenzen der Einmischung der Weltgemeinschaft in das politische Leben der nationalen Staaten, mit anderen Worten das Problem der Erhaltung der nationalen staatlichen Souveränität unter den gegenwärtigen internationalen Bedingungen. Es handelt sich praktisch um das weitere Bestehen der Prinzipien des Westfälischen Systems in den Beziehungen zwischen den Staaten\*. Die

---

\* Die 1945 in Jalta auf Initiative Roosevelts und Stalins gegründete Organisation der Vereinten Nationen, die auf den Grundsätzen des Westfälischen Systems von 1648 beruht, sollte für die längere historische Periode nach der Absicht der beiden großen Staatsmänner die festen Bedingungen für die Unterhaltung des Friedens und der Sicherheit in der ganzen Welt gewährleisten. Dieses Modell nahm leider nach dem Tode F.D. Roosevelts am 12. April 1945 die Form der bipolaren Welt an. Die UNO sicherte trotzdem auch in dieser Gestalt für die Welt den stabilen Zustand für ein halbes Jahrhundert. Weder der Korea-Krieg, noch die Berliner und die Karibik-Krise, noch die anderen Ereignisse konnten die Festigkeit dieses Modells erschüttern. Das war so bis zu den 1990er Jahren, als die

westlichen und russischen Massenmedien stellten im Laufe der libyschen Ereignisse die Frage nach dem Verzicht auf die Prinzipien des Westfälischen Systems. Der in den USA lebende russische Emigrant Nikolai Zlobin, Direktor der Russland-Eurasien-Programme des Instituts für internationale Sicherheit (Stadt Washington) veröffentlichte im Presseorgan der Regierung RF „Rossijskaja Gaseta“ den zweispaltigen Beitrag „Ende der Souveränitäten“, in dem er im wesentlichen erklärte, dass das bisher in der Welt gültige Völkerrecht, dem die Prinzipien des Westfälischen Systems zugrunde liegen, der Vergangenheit gehöre. Er betont im Einzelnen: „Die Tragödien wie die libysche oder die japanische zeugen davon, dass es unmöglich ist, die nationale Neutralität zu erhalten.“ Da im 21. Jahrhundert „nicht mehr möglich ist, die Priorität der vollwertigen Souveränität der nationalen Staaten bezüglich der wichtigsten Interessen der gesamten Weltgemeinschaft, das Prinzip der äußeren Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten bzw. die Nichtzulässigkeit der Gewährleistung der Sicherheit eines Landes, einer Region oder der Menschen mittels der äußeren Kräfte der Weltgemeinschaft zu erhalten. Das kann sie, d.h. die Weltgemeinschaft zu teuer kosten. So sehe ich mindestens das aus Washington“, schreibt Zlobin<sup>1</sup>.

Die libyschen Ereignisse erwiesen tatsächlich den desorganisierenden Einfluss auf die Organisation der Vereinten Nationen und vor allem auf ihr exekutives Organ, den Sicherheitsrat.

Als erste sprachen sich über die „ernsthafte Verletzungen der Menschenrechte und des internationalen humanitären Rechtes, die in der Libyschen Arabischen Dschamahirija erfolgten und erfolgen“, solche einflussreichen Organisationen aus wie die Liga der arabischen Staaten, die Afrikanische Union und die Organisation „Islamische Konferenz“. Der Rat der Liga der arabischen Staaten fasste am 12. März 2011 Beschluss, sich an den UN-Sicherheitsrat mit der Bitte zu wenden, die flugfreie Zone für die regierungstreue libysche Luftwaffe zu beordern, die angeblich die friedliche zivile Bevölkerung vernichtet.

Gestützt auf dieses Papier, erbrachte Frankreich die Initiative, die Situation in Libyen auf der Sitzung des UN-Sicherheitsrates zu behandeln, indem es den militärischen Eingriff der Weltgemeinschaft in die libyschen Ereignisse forderte.

---

Sowjetunion den politischen Schauplatz verließ und die Rolle der UNO der Politik der US-Präsidenten zu weichen begann. Alle nationalen Konflikte in jedem Weltteil wurden nicht so sehr zur Angelegenheit des UN-Sicherheitsrates wie vielmehr zu jener der US-Streitkräfte unter dem Deckmantel der NATO. Die Ereignisse in Jugoslawien, im Kosowo, Afghanistan und Irak waren schon nicht die Angelegenheiten der UNO, sondern die der USA und der von ihnen geleiteten Nordatlantischen Allianz. Das Westfälische System mit seiner unbedingten Achtung der nationalen staatlichen Souveränität wurde praktisch verwaschen.

Die Initiative Frankreichs wurde von der Regierung der USA und Großbritanniens aktiv unterstützt, die ihre eigenen Gründe hatten, die sie dazu bewogen, die Pariser Initiative zu unterstützen.

Der UN-Sicherheitsrat nahm am 17. März 2011 die Resolution 1973 über Libyen an. Und obwohl in der Präambel der Resolution betont wurde, dass der UN-Sicherheitsrat „seine feste Unterstützung der Souveränität, Unabhängigkeit, der territorialen Integrität und nationalen Einheit der Libyschen Arabischen Dschamahirfija zusagt“, betonte der Punkt 4 der Resolution besonders, dass „dabei die Möglichkeit des Aufenthaltes der ausländischen Besatzungstruppen auf beliebigem Teil des libyschen Territoriums ausgeschlossen ist. Die Punkte 6 und 8 verpflichteten „die UN-Mitgliedsstaaten ...alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um das Flugverbot im Luftraum der Libyschen Arabischen Dschamahirija zu sichern und die zivile Bevölkerung zu schützen zu helfen“.

Die Wortverbindung „erforderliche Maßnahmen“ wurde Wortlaut der Resolution nicht verdeutlicht, so dass die Koalition der westlichen Staaten diese Klausel als die Möglichkeit der militärischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten der souveränen Libyschen Arabischen Djamacherija auslegte, indem sie ihre Streitkräfte einer der Seiten der rivalisierenden bewaffneten Gruppen im Bürgerkrieg in Libyen zur Verfügung zu stellen, wodurch das Völkerrecht, dem die Prinzipien des Westfälischen Systems zugrunde liegen, faktisch verletzt wurde.

Man kann ohne jegliche Übertreibung feststellen, dass dieser vom UN-Sicherheitsrat nicht sanktionierte militärische Eingriff in die Angelegenheiten Libyens sowohl die russische als auch die internationale Öffentlichkeit schockierte. Das hatte in der BRD zur Folge, dass sie die Beteiligung an den Bombardements des libyschen Territoriums ablehnte. In den russischen Massenmedien herrschte die geteilte Meinung vor. Einige Experten neigten dazu, dass Russland bei der Abstimmung das „Vetorecht“ verhängen sollte, die anderen aber behaupteten, dass ausgehend von den nationalen Interessen der richtige Beschluss gefasst wurde, sich bei der Abstimmung im UN-Sicherheitsrat über die Resolution 1973 der Stimme zu enthalten.

Der Präsident Russlands war gezwungen am 21. März zu erklären: „Wir gingen darauf bewusst ein, so waren meine Instruktionen dem Außenministerium.“

Es folgten jedoch danach die Ereignisse, die die Veränderung der Position Russlands zur Folge hatten.

Es geht darum, dass die Kriegshandlungen seitens der internationalen Koalition der westlichen Länder gegen die legitime Regierung Libyens zu keinem gewünschten Ergebnis führten: Die Rebellen in Bengasi begannen eine Niederlage nach der anderen von den Regierungstruppen zu erleiden. In diesem Zusammenhang folgte die Erklärung der Chefs der aussenpolitischen Ämter



Frankreichs, Großbritanniens und der USA (Alain Juppe, William Haig und Hillary Clinton) darüber, dass der Westen trotz der Resolution des UN-Sicherheitsrates Nr. 1970 vom 26. Februar 2011 über „das vollständige“ und „unverzögliche“ Verbot der „direkten bzw. indirekten Lieferung, des Verkaufs oder der Übergabe an die Libysche Arabische Dschamahirija von ihrem Territorium oder über ihr Territorium „der Waffen und Munition, der Kriegsfahrzeuge und Technik, der halb-militärischen Ausrüstung und Ersatzteile“ nichtsdestoweniger die Bereitschaft an den Tag legt, die Frage über die Waffenlieferungen an die libyschen Rebellen auf der praktischen Grundlage zu besprechen.

Eine Reihe der offiziellen Erklärungen folgte daraufhin von der russischen Seite. Der offizielle Vertreter des Außenministeriums der RF und dann Sergej Lawrow selbst erklärten zuerst, dass die Resolution 1973 „übereilig angenommen wurde“ und „die erweiternde Auslegung“ deren Wortlautes durch die westlichen Länder und besonders die unberechtigten Ausmaße der militärischen Einmischung in die libyschen Angelegenheiten unannehmbar sei. Die russische Diplomatie stellte zwei Argumente in Aussicht, um die neue Position zu erklären. Der Wortlaut der Resolution 1973 enthielt erstens keine Genehmigung des Bombardements des libyschen Territoriums. Es wurde zweitens festgestellt, dass der Bürgerkrieg in Libyen vor sich geht. Die Koalition der westlichen Staaten übernahm in dieser Situation, da sie die massierten Bombardements der libyschen Regierungstruppen vornimmt, de-facto die Seite nur einer der rivalisierenden Kräfte in Libyen, was dem Völkerrecht widerspricht.

China definierte am 25. März gleichzeitig mit der Position des Außenministeriums der RF auch seine Stellungnahme. Der ständige Vertreter der VR China bei der UNO Li Baotong erklärte, dass China für „die Achtung der Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Integrität Libyens“ eintritt sowie dafür, dass „die staatlichen Angelegenheiten und die Zukunft Libyens vom libyschen Volk entschieden werden sollen“. Russland und die VR China tätigten am 5. April 2011 die gemeinsame Erklärung. Auf der Internetseite des Außenministeriums der RF erschien an jenem Tag die Mitteilung davon, dass in Moskau während des Treffens des Stellvertreters des Außenministers der RF Alexander Saltanow und des Botschafters Chinas Li Huej „die ernsthafte Besorgnis“ über die Fortsetzung der Kampfhandlungen in Libyen zum Ausdruck gebracht wurde, die zum Tode der friedlichen Bürger führen, es wurde „die unumstößliche Notwendigkeit unterstrichen, das Blutvergießen und Feuer in Libyen unverzüglich einzustellen“.

Die trockenen Protokollzeilen der Mitteilung des Außenministeriums wurden davor vom Organ des ZK der KPCh „Renmin Ribao“ erklärt. Im Beitrag unter dem Titel „Ereignisse in Libyen: westliche Länder sollen auf die Idee der Weltsteuerung

verzichten“<sup>42</sup>, heite es: „Unter dem Vorwand der Verteidigung der Interessen der friedlichen Bürger werden die Interessen der westlichen Länder nicht nur in der ökonomischen Sphäre, sondern auch darin wahrgenommen, dass die führenden Staaten des Westens nach wie vor der Meinung sind, dass sie die Welt steuern... Gerade diese Idee von der führenden Rolle bewog Frankreich, Großbritannien und die USA, gedankenlos die militärische Operation in Libyen zu beginnen.“ Und weiterhin: „Das Bewusstwerden der führenden Rolle in der Welt brachte in der Vergangenheit nicht wenige Schwierigkeiten einigen westlichen Ländern. Neue Komplikationen entsprechen gar nicht in der langfristigen Perspektive den Interessen der westlichen Länder. Die Welt verändert sich, und der Westen muss sich auch verändern. Wenn man sich auf den alten Positionen beharrt und die alten Methoden für die Lösung dieser oder jener Fragen anwendet, kann man nicht nur den anderen, sondern auch sich selbst Schaden zufügen.“

Peking ruft durch seine professionellen Diplomaten und die Zeitung „Renmin Ribao“ in milder Form auf, die westliche militärische Koalition sozusagen zum Rechtsfeld des Völkerrechtes zurückzukehren. Es handelt sich in Wirklichkeit um die weit tieferen Dinge. Die erweiternde Auslegung der Resolution 1973 und die darauffolgenden Handlungen der Koalition der westlichen Staaten stellen die Frage nicht nur nach Libyen und den auf seinem Territorium vor sich gehenden Ereignissen, sondern vielmehr danach, inwieweit die Rolle der UNO der realen Situation in der Sphäre der sich verändernden internationalen Lage adäquat ist. Sogar die erste Analyse der auf diesem Gebiet vor sich gehenden Ereignisse und des Wiederhalls der internationalen Massenmedien darauf beweist, dass es sich um die Übereinstimmung der Prinzipien des Westfälischen Systems der auswärtigen Beziehungen mit den Realien des 21. Jahrhunderts handelt.

Nach der Meinung der russischen und westlichen Experten trieb die Koalition der westlichen Länder in der libyschen Situation sich selbsthinsichtlich des Rechts in die Sackgasse. Paris, Washington und London erklärten lautstark, dass Gaddafi vom Posten des Fühlers der Libyschen Dschamahirija gestürzt und als internationaler Verbrecher verurteilt werden muss, obwohl keine rechtlichen Beweise dafür erbracht wurden. Was die Oberhäupter der westlichen Mchte auch sagen mögen, um ihre militärischen Handlungen zu rechtfertigen, widerlegt niemand von ihnen die Tatsache, dass M. Gaddafi das legitime Oberhaupt des Staates ist. Der Westen musste deshalb zurücktreten und begann Gaddafi zu überreden, freiwillig Libyen zu verlassen.

Sogar mehr: Das offizielle Washington und in groerem Maße London versuchen nicht mehr Gaddafi einfach zu stürzen oder sogar zu ermorden (solche Information war doch in den Massenmedien der Welt veröffentlicht), sondern überzeugen ihn, freiwillig auf die Macht gegen die Schließung seiner

Angelegenheit im Internationalen Gerichtshof zu verzichten. Wie die britische „Guardian“ schreibt, „versuchen Washington und London den Weltkonsensus mit der Forderung zu formieren, dass Gaddafi auf die Macht verzichtet“<sup>3</sup>.

Der Westen kehrte kurzum dazu zurück, dass er wiederum Gaddafi als legitimes Staatsoberhaupt anerkannte. Die Falle ist zu.

Die Falle, in die sie sich getrieben haben, diktiert ihnen nach wie vor die Verhaltenslogik, die sie freiwillig wählten. Das kommt darin zum Ausdruck, dass Paris, London und Katar Gaddafi überreden, freiwillig abzudanken, und gleichzeitig das völlig unbegreifliche Gebilde übereilig als gesetzliche Regierung Libyens anerkennen, das Legitimität nicht einmal in eigenen Augen besitzt, d.h. der sogenannte Nationale Übergangsrat, der keine Organisationsstrukturen besitzt und man weiß nicht von wem besteht. Dieselbe „Guardian“ gibt offenherzig zu: Uns „ist es äußerst wichtig, dass wir verstehen könnten, wer sie sind“, d.h. die Menschen, die zu diesem nationalen Rat gehören.

Die vereinigten Kräfte des Westens machen mit Hilfe der militärischen Einmischung eigentlich unbekanntem Kräften den Weg an die Macht frei. Westliche Militärs (zum Beispiel der Admiral der NATO Staridis) sagen direkt: In diesem nationalen Rat sitzen Terroristen, „Moslembrüder“, Vertreter von „Al-Qaida“, Mitglieder der libanesischen Bewegung „Hesbollah“ und noch Gott weiß wer.

Mit einem Wort: Der Westen verstrickte sich völlig in seinen Handlungen, von den Positionen der Auslegung des Artikels 51 der UN-Statuten gesehen. Dieser Artikel verkündet doch „das unveräußerliche Recht auf individuelle bzw. kollektive Selbstverteidigung, wenn der bewaffneten Überfall auf ein Mitglied der Organisation geschieht, bis der Sicherheitsrat die Maßnahmen ergreifen wird, um den internationalen Frieden und die Sicherheit zu erhalten“.

Die Londoner „The Independent“ veröffentlichte am 23. März den Artikel Adrian Hamiltons „Der Weltuntergang, wie wir ihn kennen“, in welchem festgestellt wird, dass „sich die Welt für immer veränderte“ und dass die Ereignisse in Nordafrika und im Nahen Osten „der Vorbote der globaleren Veränderungen“ sind, dessen Ende (und die Form dieses Unterganges) nicht vorausgesagt werden können. Der Verfasser betont: „Wir nähern uns nicht einmal an diese Erkenntnis. Ich bin jedoch sicher, dass die Geschichte in Bewegung geraten ist und wir stehen noch ganz am Anfang dieser Bewegung.“

Es ist aufschlussreich, dass der Verfasser den Ausweg aus diesem Dunkel in der sofortigen Wiedergeburt der Rolle der UNO sieht: „Die UNO sah am Anfang des Jahres als eine Institution aus, die vollständig von den Weltprozessen isoliert ist und ihre Autorität verloren hat, da der Präsident Obama seine Ziele verfolgte und die übrige Welt meistens die UNO ignorierte.“ Aber jetzt „wird die UNO wie in den

Tagen des Kalten Krieges wiederum als das betrachtet, auf dessen Grundlage die internationale Zusammenarbeit beruhen muss“.

Die Meinungen der Experten in Russland gehen diesbezüglich auseinander.

Der Chefredaktor der Zeitschrift „Russia in Global Affairs“ F. Lukjanow ging in den Kommentaren „Der libysche Trichter“<sup>44</sup> von der internationalen Einschätzung der Rolle der UNO im libyschen Konflikt ab, indem er sich hinter den Worten eines von ihm nicht genannten „prominenten europäischen Diplomaten“ versteckte, der laut F. Lukjanow pessimistisch prognostizierte, dass „das vollständige Chaos eventuell der optimale Ausgang in diesem Falle sein könnte“.

Der Chefredaktor der Zeitschrift „Internationales Leben“ Armen Oganessjan war am 24. März viel konkreter: „Die letzte UN-Resolution wird unbedingt den Prozess der Reformierung dieser Einrichtung in Bewegung setzen, und dies in der Richtung der Überprüfung der Rolle des Sicherheitsrates, was gewiss den Interessen Russlands zuwiderläuft“<sup>45</sup>.

Der Direktor des Moskauer Carnegie-Zentrums Dmitri Trenin sprach sich noch konkreter aus. Er schlug im Interview an INOCMI.Ru vom 19. März 2011 einige Fragen zur Diskussion zu diesem Thema vor. Er betonte: „Die Welt gleicht immer weniger dem Westfälischen Modell souveräner Staaten und die Prinzipien der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten voneinander widersprechen immer mehr den Prinzipien der Menschlichkeit. Wie soll man sich unter diesen Bedingungen zu den massenhaften Verletzungen der Menschenrechte verhalten, die von den Regierungen der souveränen Staaten begangen werden? Wo liegt die Grenze der bewaffneten Einmischung? Welche Standards der Herangehensweisen gibt es, wer sind Richter und Vollstrecker? Man kann nicht die Augen vor diesen Problemen verschließen, indem man sich mit der Kritik der Intervention begnügt: Die Globalisierung formiert die internationale Gemeinschaft. Die internationalen Beziehungen werden ohne Lösung dieser Fragen immer häufiger zu den Geiseln der Innenpolitik jener Länder, die die Anlässe zu einer Intervention schaffen werden, und jener, die gerne oder nicht auf sie reagieren werden“<sup>46</sup>.

Wie kann man diese Situation meistern? Muss man das überhaupt tun? Es scheint, dass der Westen es nicht braucht. Die regierenden Schichten der führenden westlichen Länder sind völlig mit der nach 1991 in der Welt entstandenen Situation zufrieden, da ihre Länder imstande sind, mit der Gewalt der Waffen die Fragen der eigenen Versorgung mit den Energieressourcen, Rohstoffen sowie des Vertriebes der von ihnen produzierten Industrie-, Agrar- und Informationsprodukte sowohl innerhalb als auch außerhalb der nationalen Grenzen zu lösen. Der ehemalige Aussenminister der USA Henry Kissinger beilte sich deshalb noch 2003 zu erklären, dass „die Idee der staatlichen Souveränität sinnlos“ und „das Westfälische System tot“ sei<sup>7</sup>.

Es ist nicht alles eindeutig auch in Washington mit dieser Frage. Zwei Wochen nach der Veröffentlichung des oben zitierten Artikels in der „Rossijskaja Gazeta“, als die Koalition der westlichen Großmächte im Laufe deren Handlungen in Libyen das obzwar provisorische, aber doch Fiasko erlitt, veröffentlichte N. Zlobin in derselben Zeitung einen neuen Beitrag mit den wesentlichen Korrekturen seines Standpunktes. Der Artikel heißt „Nochmals über die Weltordnung“, das Wesentliche von ihm besteht in einer von ihm erfundenen Maxime: „Bezüglich Libyens braucht man nicht nur die politische, sondern auch die öffentliche Legitimität.“

„Die militärische Operation in Libyen, die auf Beschluss des UN-Sicherheitsrates durchgeführt wird (Die Resolution des UN-Sicherheitsrates 1973 enthält kein Wort darüber, dass der UN-Sicherheitsrat die Kriegsoperation in Libyen genehmigt. — W.K.) stellt vor der Weltgemeinschaft viele neue und schwierige Fragen, auf die man auch Antworten finden muss. Es ist dabei erstens wünschenswert, nach diesen Antworten gemeinsam zu suchen, um unwillkürlich die noch größere Spaltung der Weltgemeinschaft nicht zu bewirken, die im großen Maßstab zur Destabilisierung der Welt führen wird, und zweitens diese schnellstens zu finden, weil die Unklarheit in der Auslegung der wichtigsten Regeln der neuen Weltordnung, der Grundlagen des Völkerrechtes eine mächtige Zeitbombe ist, die internationale Beziehungen unterminiert“<sup>8</sup>.

Er wiederholt erneut seine bewusst fehlerhafte Behauptung, dass „die Legitimität der internationalen militärischen Operation in Libyen in der neuesten Geschichte der Welt präzedenzlos ist“, muss trotzdem feststellen, dass die sogenannte „rechtliche Legitimität der UNO der Kriegsoperation in Libyen keine politische, öffentliche und einfach menschliche Legitimität verliehen hat“.

„Im Ergebnisse dessen entstand die paradoxe Situation, da die völlig rechtmäßige und legitime Operation der internationalen Kräfte in Libyen (wie oben gesagt, wird der Standpunkt N.Zlobins durch den Wortlaut der Resolution 1973 selbst nicht bestätigt. — W.K.) fast wie eine provozierte Aggression aussieht und Proteste in verschiedenen Ländern der Welt hervorruft. Es scheint, dass in der modernen Welt der UN-Sicherheitsrat die Rolle des Oberreglers der internationalen Beziehungen nicht mehr übernehmen kann? Wenn es so ist, so sind wir mit dem Problem konfrontiert, dass die internationalen Institutionen, die uns von der Periode des Kalten Krieges hinterlassen wurden, ihre Übereinstimmung mit dem gegenwärtigen Weltprozess endgültig verloren haben. Dieses Problem muss nach Möglichkeit schnellstens gelöst werden, darunter eventuell durch die Initiierung der neuen, modernen internationalen Institutionen, sonst wird unsere gegenwärtige polenlose Welt zum globalen Chaos.“ N. Zlobin beendet seine „Korrektur“ zum ersten Artikel über Libyen so, wie auch den ersteren mit den Worten: „So mindestens sehe ich das aus Washington.“

Ein beredtes Ende. Der Berater der amerikanischen Regierung gesteht, dass die Handlungen der USA bezüglich Libyen die Spaltung in der öffentlichen Meinung der Welt hervorriefen und gerade das führte dazu, dass die USA, was Libyen betrifft, es vorziehen, Frankreich und Großbritannien von Angesicht zu Angesicht mit der gespaltenen Welt allein zu lassen.

Der Fall Libyen wurde, wie es scheint, zum Wendepunkt für die jetzige amerikanische regierende Schicht und zwang sie, über die Berechtigung on deren Handlungen in der Welt in den letzten 20 Jahren nachzudenken.

Nur unser Land hat zur Zeit die offizielle Stellungnahme, die es ermöglicht, diese Frage vom toten Punkt zu bringen.

Nur unsere staatlichen Dokumente enthalten die konzeptuelle Herangehensweise an die Lösung solcher Fälle wie des libyschen . Das bezieht sich vor allem auf die Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation, in der deutlich darauf hingewiesen wird, dass „die Organisation der Vereinten Nationen das Zentrum für die Regelung der internationalen Beziehungen und Koordinierung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert bleiben soll, dass sie die einzigartige Legitimität besitzt und ihre Alternativlosigkeit bewies. Das setzt ... die weitere Erhöhung der Effizienz der Tätigkeit des UN-Sicherheitsrates, der die Hauptverantwortung für die Erhaltung des Weltfriedens und der Sicherheit trägt, voraus.“

Die Konzeption unterstreicht gleichzeitig die Notwendigkeit der „rationellen Reformierung der UNO zum Ziele von deren planmäßigen Anpassung an die sich verändernden politischen und ökonomischen Realitäten in der Welt“.

Die russische Konzeption der Außenpolitik ist zur Zeit das einzige offizielle Dokument in der Welt, das die Aufgabe der den internationalen Realitäten adäquaten Reformierung der UNO auf der Grundlage des internationalen Konsensus stellt.

Wie kann das erreicht werden?

Der Ausweg aus der jetzigen Lage ist nur der rechtliche. Die UNO hat die entsprechenden internationalen Regeln auszuarbeiten und sie durch den Willen der meisten UNO-Mitgliedsstaaten (oder sogar Konsensus) zu bekräftigen, um sich nicht auf irgendwelche haltlosen Erklärungen der Menschen, sozialen Gruppen und Regierungen einzelner Länder in der Frage danach zu stützen, wann die Weltgemeinschaft soll (oder nicht soll), sich in die inneren Angelegenheiten eines Staates einmischen, d.h. die nationale staatliche Souveränität eines Landes verletzen. Sie hat entsprechende Kriterien solcher Einmischung (bzw. Nichteinmischung) auszuarbeiten.

Der Casus Libyen stellt vor den Mächten Russlands mindestens zwei unaufschiebbare Aufgaben.

Man muss solche Veränderungen in die Konzeption der Aussenpolitik der RF eintragen, die die legitime Möglichkeit deutlicher beinhalteten, die territoriale

Integrität des Landes und die legitime Macht in dem Falle zu verteidigen, wenn jemand von innerhalb oder außerhalb unsere Unabhängigkeit bedrohen sollte.

Die internationale Diskussion über die genauere Formulierung des Artikels 51 der UN-Statuten muss eröffnet werden, um nach Möglichkeit genau zu bestimmen, wann es sich um die Verletzung der staatlichen Souveränität des nationalen Staates seitens der äußeren Kräfte oder der inneren rebellierenden Kräfte und Organisationen handelt. Der Mechanismus des Schutzes der gesetzlichen Macht vor den inneren und äußeren Anschlägen sowie die Grenzen der vom Standpunkt des Völkerrechtes legitimen Einmischung (Nichteinmischung) in solche Situation seitens der Weltgemeinschaft muss genauer definiert werden.

Es geht um die wesentliche „Reparatur“ der grundlegenden Urkunden der UNO und vor allem der UN-Statuten unter Berücksichtigung der seit 1946 veränderten internationalen Bedingungen. Die russische Außenpolitik der RF hat alle Gründe, gestützt auf die Konzeption der Außenpolitik RF den Vorschlag zu unterbreiten, das Thema über die möglichen Veränderungen in den UN-Statuten im internationalen Maßstab einzuleiten, die den Veränderungen, die seit der Konferenz in Jalta vor sich gingen, adäquat wären.

## FUSSNOTEN

1. Rossijskaja Gaseta, 23.03.2011
2. <http://russian.people.com.cn/95460/7338559.html>
3. Guardian. 20.03.2011
4. [www.globalaffairs.ru/redcol/liviiskayavoronka-15153](http://www.globalaffairs.ru/redcol/liviiskayavoronka-15153)
5. [www.rian.ru./authors/20110324/357382681.html](http://www.rian.ru./authors/20110324/357382681.html)
6. [www.inosmi.ru/op-ed/20110319/1675176.html](http://www.inosmi.ru/op-ed/20110319/1675176.html)
7. Die Welt. 05.05.2003
8. Rossijskaja Gaseta. 06.04.2011

**Schlüsselwörter:** Libysche Arabische Dschamahirija, nationale staatliche Souveränität, Westfälisches System, Völkerrecht, Casus Libyen, UN-Sicherheitsrat.

## Vadim LUKOW

Stellvertreter des Vertreters des Präsidenten Russlands in der G8, Koordinator für Fragen der G20 und der BRICS-Länder im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten Russlands, Botschafter für besondere Aufträge, Doktor der Geschichtswissenschaften

vblukov@mail.ru



# BRICKS ALS FAKTOR VON GLOBALER BEDEUTUNG

Seit dem ersten Gipfeltreffen von BRIC (16. Juni 2009) ruft seine Arbeit wachsendes Interesse der internationalen Öffentlichkeit hervor. Das ist auch nicht verwunderlich. Das Staatenforum, dessen Schaffung von unserem Land initiiert wurde, ist in kurzer Zeit zu einem real wirkenden weltpolitischen Faktor geworden.

Heute gehören ihm fünf Länder an: Brasilien, Russland, Indien, China und die Republik Südafrika. Auf sie entfallen 25 Prozent des Bruttoinlandsproduktes der Welt (gemäß der Kaufkraftparität der nationalen Währungen), 30 Prozent des Territoriums der Erde und 45 Prozent der Weltbevölkerung.

Der am 14. April 2011 in der Stadt Sanya (Insel Hainan, Volksrepublik China) abgehaltene dritte BRICS-Gipfel spiegelte eine bedeutende Festigung der internationalen Positionen dieser Vereinigung seit dem vorhergehenden Treffen der Staatsoberhäupter in Brasilien (15. April 2010) wider.

In dieser Periode bestätigten die BRICS-Länder ihre Rolle als dynamische Kraft der Weltwirtschaft, wovon ein Vergleich des Tempos ihres Wirtschaftswachstums mit den Kennziffern der entwickelten Länder zeugt.

Auf die BRICS-Staaten entfallen gegenwärtig rund 50 Prozent des Zuwachses des globalen BIP. Angesichts des schnelleren Gesamtwachstums der Wirtschaften der BRICS-Länder hat sich im vergangenen Jahr ihr absoluter Anteil am weltweiten Bruttoprodukt vergrößert und die VR China die Positionen der zweiten



Wirtschaftsmacht der Welt erklommen. Zum Ansehen der BRICS trug im hohen Maße der Umstand bei, dass gerade dank den Anstrengungen dieser Vereinigung die Staaten mit der sich formierenden Marktwirtschaft und die Entwicklungsländer ihre Positionen in der Weltbank und im Internationalen Währungsfonds gefestigt haben.

*Tabelle*

Dynamik der Veränderung des BIP der BRICS-Länder 2009—2012  
(in Prozent zum Vorjahr; Prognose für 2011—2012)

	2010	2011	2012
Brasilien	7,5	4,5	4,1
Russland	4,0	4,8	4,5
Indien	10,4	8,2	7,8
VR China	10,3	9,8	9,5
RSA	2,8	3,5	3,8
USA	2,8	2,8	2,9
Eurozone	1,7	1,6	1,8

*Quelle:* IMF World Economic Outlook, April 2011.

Ein weiteres wichtiges Merkmal des jetzigen Gipfeltreffens ist, dass an ihm erstmalig fünf Staaten teilnahmen: Die Republik Südasien ist hinzugekommen. Die im Dezember 2010 erfolgte Aufnahme eines der führenden Mitglieder der Afrikanischen Union, eines angesehenen Teilnehmers an der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit in die Vereinigung hat BRICS im globalen Ausmaß gestärkt und die Möglichkeiten gemeinsamer Handlungen im politischen und ökonomischen Bereich erweitert.

Besondere Bedeutung verlieh dem dritten Gipfel außerdem, dass er zu einer Zeit verlief, da alle fünf Staaten an der Arbeit des UN-Sicherheitsrates teilnehmen.

Unter den Ergebnissen des Gipfels wäre in erster Linie Folgendes hervorzuheben.

Beim Treffen in Sanya bestimmten die BRICS-Leader den Platz dieses Forums im gegenwärtigen internationalen System und formulierten die Prinzipien seines Funktionierens. „BRICS dient als eine der wichtigsten Plattformen des Dialogs und der Zusammenwirkens in Wirtschaft, Finanzen und Entwicklung. Wir haben die feste Absicht, im BRICS-Rahmen die Partnerschaft auszubauen im Interesse der allgemeinen Entwicklung und des allmählichen weiteren Vorankommens der Zusammenarbeit zwischen den BRICS-Mitgliedern auf dem Boden eines pragmatischen Herangehens und gemäß den Prinzipien der Offenheit, Solidarität und

gegenseitigen Hilfe. Wir bestätigen, dass eine solche Zusammenarbeit inklusiven Charakter trägt und gegen keinerlei dritte Seite gerichtet ist. Wir sind offen für die Erweiterung des Zusammenwirkens und der Zusammenarbeit mit Staaten, die nicht zu BRICS gehören, insbesondere mit den Schwellen- und Entwicklungsländern, sowie mit den entsprechenden internationalen und regionalen Organisationen“, erklärten die Teilnehmer des Treffens in der abschließenden Deklaration (Ziff. 6).

Somit haben sich die fünf Länder deutlich als eine Vereinigung präsentiert, die entsprechend der Logik einer multipolaren Welt handelt. BRICS versucht nicht, einen wie auch immer gearteten neuen „Pol“ zu schaffen, welcher sich gegen andere — wirtschaftliche oder militärisch-politische — Staatenvereinigungen behaupten würde. Im Gegenteil, die junge Vereinigung positioniert sich als eine Struktur, die für die Zusammenarbeit mit dem weitesten Partnerkreis offen ist.

In der gegenwärtigen Etappe setzt BRICS den Hauptakzent in seiner Tätigkeit auf die finanziell-wirtschaftlichen Fragen, die zur G20-Kompetenz gehören. Das ist durchaus begründet.

Erstens ist unter den Partnern des Forums die Gemeinsamkeit von Interessen strategischen Charakters herausgebildet. Alle BRICS-Staaten setzen sich für eine tiefgreifende Reform der finanziell-ökonomischen Architektur der Welt und dafür ein, sie mit den neuen Realitäten der Weltwirtschaft in Übereinstimmung zu bringen, in der mehrere neue Kraftzentren entstanden sind und sich erfolgreich entwickeln. Bildlich gesprochen stellt BRICS eine Allianz von Reformern der internationalen finanziell-ökonomischen Beziehungen dar. Besagtes gemeinsames Grundinteresse dient als mächtiger Stimulus zu einer langzeitlichen Zusammenarbeit von Staaten, die auf vier Kontinenten liegen und in jedem Fall auf eine unterschiedliche Geschichte zurückblicken.

Zweitens hängt, wie die Ereignisse der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise gezeigt haben, von der „Konstruktion“ des weltweiten finanziell-ökonomischen Systems in kolossalem Maße bereits nicht nur die internationale ökonomische Sicherheit, sondern auch die internationale Sicherheit im weiten Sinne des Wortes ab. Es ist einfach riskant, das archaischen System, das die Krise weder voraussehen noch effektive Maßnahmen zu ihrer Abwendung oder zumindest Lokalisierung konnte, zu behalten. Schließlich kann sich die Weltgemeinschaft eine zweite globale Krise von ähnlichen Ausmaßen nicht leisten, zumal die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Krisenereignisse von 2008/2009 noch nicht gänzlich überwunden und ihre tiefliegenden Ursachen nicht beseitigt worden sind.

Es sei betont: Bei der Förderung der Reform der internationalen finanziell-ökonomischen Architektur kümmern sich die BRICS-Partner keineswegs lediglich um ihre eigenen Interessen. In ihrem Blickfeld liegen viel weitere Interessen aller Schwellen- und Entwicklungsländer. Ein Beweis dafür ist insbesondere

das Programm, das die fünf Staaten für eine Reform des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank vorschlagen. Das Programm setzt die Festigung der Positionen dieser ganzen Staatengruppe in den Schlüsselstrukturen der Verwaltung der internationalen Finanzen voraus.

Wohl erstmalig wurden auf dem höchsten BRICS-Forum die brennendsten Fragen der Weltpolitik so ausführlich erörtert.

Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Situation in Libyen und, umfassender gesehen, im Nahen Osten, in Nord- und Westafrika.

Alle Teilnehmer betonten die Unannehmbarkeit der Linie der NATO-Staaten in Bezug auf Libyen, die darauf hinausläuft, die vereinbarten Ziele der internationalen Gemeinschaft, wie sie in den Resolutionen des UN-Sicherheitsrats 1970 und 1973 fixiert wurden, durch andere zu ersetzen: eine „humanitäre“ Intervention und der Austausch des ungenehmen Regimes. In der Deklaration des Gipfels ist genau die These fixiert, dass der libysche Konflikt mit politisch-diplomatischen Methoden zu regulieren ist und die BRICS-Staaten selbst die Koordinierung ihrer Handlungen im Rahmen des UN-Sicherheitsrats zu verstärken haben.

„Wir sind über die unruhige Situation in den Regionen des Nahen Ostens, von Nord- und Westafrika zutiefst besorgt und wünschen aufrichtig, dass die durch diese Ereignisse getroffenen Länder Frieden, Stabilität, Prosperität und Fortschritt erreichen und in Übereinstimmung mit den legitimen Erwartungen ihrer Völker eine ihrer würdige Lage in der Welt einnehmen. Wir teilen das Prinzip, dem zufolge Gewaltanwendung zu vermeiden ist. Unserer Ansicht nach ist es notwendig, die Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität jedes Staates zu respektieren“, erklärten die Leader der fünf Länder in der Deklaration des Gipfeltreffens.

Wie beim Gipfel zugleich unterstrichen wurde, sehen sich alle Länder der Welt gemeinsamen Gefahren und Herausforderungen gegenüber, die ein solidarisches Vorgehen erfordern. Das sind die zunehmenden Gefahren von Terrorismus, Drogentraffic, Piraterie und Kyberkriminalität. In diesem Zusammenhang lenkte der Präsident der Russischen Föderation, Dmitrij Medwedew, die Aufmerksamkeit der Partner auf den Vorschlag unseres Landes, unter der UNO-Ägide eine universale Konvention über die Verhinderung von Verbrechen in der Informationssphäre auszuarbeiten. Ein solches Instrument ist deshalb erforderlich, weil im völkerrechtlichen Rahmen bisher kein effizienter Mechanismus des Kampfes gegen die Gefahren im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) ausgearbeitet worden ist.

Ein wichtiger Platz gehörte auf dem Gipfel der finanziell-wirtschaftlichen Problematik im Kontext der Vorbereitung auf den bevorstehenden G20-Gipfel in Frankreich (November 2011).

Es zeigte sich, dass die Einstellungen der BRICS-Staaten zu den Schlüsselfragen der Tagesordnung des künftigen Gipfels einander sehr nahe stehen: nach den Wegen zur Realisierung des Rahmenabkommens über ein sicheres, beständiges und ausbalanziertes Wachstum, zur Reform des internationalen Währungs- und Finanzsystems, zur Regulierung der Kapitalmärkte zwecks Abwendung von schockartigen „Wanderungen“ spekulativer Kapitale, zur Verminderung der Preisvolatilität bei den Rohstoffwaren.

Diese gemeinsame politische Basis findet ihren Ausdruck in der Gipfeldeklaration. „Wir unterstützen die Reform und die Vervollkommnung des internationalen Währungssystems, in welchem ein breit repräsentiertes System der internationalen Reservewährungen Stabilität und Vorhersagbarkeit gewährleisten wird. Wir begrüßen die gegenwärtige Diskussion über die Rolle der Sonderziehungsrechte (SZR bzw. SDR) im bestehenden internationalen Währungssystem, einschließlich der Zusammensetzung des SDR-Währungskorbs. Wir fordern dazu auf, mehr Aufmerksamkeit den Risiken zu schenken, die mit massierten grenzübergreifenden Kapitalübertragungen verbunden sind, auf die heute die Länder mit der entstehenden Marktwirtschaft stoßen. Wir fordern zu einer weiteren Reform der internationalen Finanzregulierung, zu einer verstärkten Koordinierung der Politik und Zusammenarbeit im Bereich der Finanzregulierung und -kontrolle sowie zur Förderung einer stabilen Entwicklung globaler Finanzmärkte und Banksysteme auf“, heißt es in der Deklaration des Gipfels.

Scharf formuliert wurde beim Treffen der Punkt, dass es notwendig ist, die Kursstabilität der wichtigsten internationalen Reservewährungen zu sichern, und dass die Länder, die die Reservewährungen emittieren, eine verantwortungsbewusste makroökonomische Geld-Kredit-Politik zu verfolgen haben.

Es wurden konkrete Vorschläge gemacht, dazu bestimmt, die Risiken zu vermindern, die die massierten grenzübergreifenden Kapitalverlagerungen für die „neuen Wirtschaften“ darstellen. So wurde der Gedanke geäußert, dass es wünschenswert sei, im IWF eine Art Kodex des gebührenden Verhaltens der Teilnehmer des internationalen Finanzmarktes auszuarbeiten. Solche Regeln würden es erlauben, die „Übertragung“ negativer Folgen von plötzlichen Konjunkturschwankungen in einem Segment dieses Marktes auf andere Länder und Regionen zu minimieren. Außerdem wurde vorgeschlagen, den IWF mit einer aktiveren Arbeit an der Aufsicht über die grenzübergreifenden Kapitalströme zu beauftragen.

Viel Beachtung fand beim Gipfel die Frage, wie auf den internationalen Märkten die Preisvolatilität bei den Rohstoffwaren zu vermindern sei.

Die drastischen Schwankungen solcher Preise in den letzten Jahren wachsen sich zu einem ernststen Problem sowohl für die Produzenten als auch für die

Verbraucher aus. Die Praxis zeigt: Je steiler der Preisanstieg ist, um so tiefer und überraschender ist darauf der Preissturz. So sank der Erdölpreis zwischen April 2008 und April 2009 auf beinahe ein Drittel: von 110 US-Dollar auf 40 US-Dollar je Barrel, worauf er bis Anfang April dieses Jahres auf das 2,5-fache — um 100 US-Dollar — anstieg. 2010 wuchsen die Preise für Aluminium, Kupfer und Nickel im Durchschnitt um 38,5 Prozent.

Eine besonders große Preisvolatilität ist auf den internationalen Märkten der Agrarerzeugnisse zu beobachten. Das Wachstum der Nachfrage nach Nahrungsmitteln wird auch in absehbarer Zukunft deutlich das Wachstumstempo ihrer Produktion überholen, und zwar wegen der stagnierenden Produktivität im Pflanzenanbau. Schon das allein „programmiert“ den Preis-Hausse-Trend vor. Es gibt jedoch auch andere Faktoren, etwa die Verminderung der Saatflächen von Lebensmittelkulturen deshalb, weil einige entwickelte Länder die Produktion von Pflanzenrohstoffen für den Biokraftstoff der ersten Generation erweitern. Im Ergebnis sind z. B. die Maispreise auf dem Weltmarkt 2010 auf das 2,3-fache gestiegen.

Mit Rücksicht auf all diese Faktoren wurden beim Gipfel in Sanya verschiedene konkrete Vorschläge zur Verminderung der Preisvolatilität auf den Rohstoffmärkten gemacht. In Bezug auf die Agrarmärkte wurde auf die Wichtigkeit einer verstärkten internationalen Kooperation hingewiesen: Es gilt, die Nahrungsmittelproduktion zu erhöhen und den Dialog von Produzenten und Konsumenten von Agrarwaren auf dem Weltmarkt zu aktivieren. Betont wurde die Bedeutung der Maßnahmen zu einer verstärkten Regulierung des Marktes von Derivativen, was die Spekulationsgeschäfte auf den Nahrungsmittelmärkten eingeschränken könnte.

Nach dem Gipfeltreffen in China wurde den BRICS-Ländern vorgeworfen, sie würden versuchen, der G20 Entscheidungen zu diktieren und in der G20-Gruppe eine gewisse „Lobby-Gruppierung“ zu bilden. Angebracht sind jedoch auch Gegenfragen: Hat denn die finanzielle Sieben zu bestehen aufgehört, strebt sie nicht danach, die Positionen der führenden Westmächte zu den Schlüsselfragen der G20-Agenda zu koordinieren? Gehört denn zur G20 nicht die Führung der Europäischen Union, die im Grunde einen geschlossenen Mechanismus zur Koordinierung der Positionen darstellt? Hier sei besonders Folgendes hervorgehoben: BRICS geht in der Einstellung zur G20-Tagesordnung absolut offen vor, seine Mitglieder streben nach dem Zusammenwirken und sogar nach einer mit den anderen G20-Teilnehmern gemeinsamen Ausarbeitung von Entscheidungen überall dort, wo eine Gemeinsamkeit der Interessen zutage tritt. Das war der Fall z. B. am Vorabend des Gipfels in Toronto, als BRICS eine Koalition mit Ländern formte wie Kanada, Australien, Argentinien, Indonesien und Mexiko, die gegen die Einführung der so genannten Banksteuer auftraten.

Ein bedeutender Schritt vorwärts bei der Schaffung günstigerer Bedingungen für die Erweiterung des gegenseitigen Handels und gemeinsamer Investitionen war die im Umfeld des Gipfels erfolgte Unterzeichnung des Rahmenabkommens über die finanzielle Zusammenarbeit im Rahmen des Interbankenmechanismus von BRICS (die Teilnehmer sind staatliche Entwicklungsbanken und russischerseits die Außenhandelsbank). Das ist der erste praktische Schritt zur Verwendung nationaler Währungen zwecks Erweiterung der Wirtschaftszusammenarbeit innerhalb von BRICS.

Ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal des Gipfels war der Akzent auf die Entwicklung der Zusammenarbeit nicht nur im Rahmen von G20 oder des UN-Sicherheitsrates, sondern auch im BRICS-Rahmen selbst. Jetzt, nach der Erweiterung durch den Beitritt der Republik Südafrika, tritt die Vereinigung in eine neue Entwicklungsstufe, bei der die Vertiefung und Konkretisierung der gegenseitigen Kooperation, die Formierung des Systems der Außenbeziehungen von BRICS in den Vordergrund treten müssen. Eine unbezweifelbare Priorität der Zusammenarbeit muss nach wie vor die Koordinierung der Positionen in der G20 sein.

Grundsätzlich wichtig ist es, im BRICS-Format die mehrseitige Zusammenarbeit in Wissenschaft, Technik und Innovationen zu entfalten. Hier haben die Mitgliedsländer ein hohes Ergänzungspotenzial: eine entwickelte wissenschaftliche Basis, einzigartige technische Entwicklungen, qualifizierte Arbeitskräfte und kolossale Märkte für die wissenschaftsintensive Produktion. Auf Vorschlag der russischen Seite wurde in der Deklaration des Gipfeltreffens die Absicht der fünf Mitglieder fixiert, die Zusammenarbeit im wissenschaftlich-technischen und Innovationsbereich auszubauen.

Die russische Seite übergab ihren Partnern bereits vor dem Gipfel ein großes Verzeichnis von konkreten Vorschlägen über das Zusammenwirken in besagtem Bereich. Sie betreffen zahlreiche Richtungen der gemeinsamen Arbeit: vom Flugzeugbau und Mikroelektronik bis zu Biotechnologien.

Der beim Gipfel gebilligte Aktionsplan schafft eine solide langzeitliche Basis für die praktische Zusammenarbeit, und das sogar in einem breiteren Spektrum der Richtungen als zuvor. In Ergänzung der bereits praktizierten Arbeitsformen (Gipfeltreffen, Treffen von hochrangigen Vertretern für Sicherheitsfragen, von Außen-, Finanzministern und von Verwaltern der Nationalbanken, von Landwirtschaftsministern, Leitern der Statistikämter, höchsten Gerichtsinstanzen) sind einige neue Maßnahmen vorgesehen. Es handelt sich um die Einführung der Zusammenkünfte von Sherpas und Sous-Sherpas, die Durchführung eines Treffens der Gesundheitsminister, eines Forums der Partnerstädte und -regionen der BRICS-Länder. Als recht produktiv kann sich die im Fünfer-Format geplante

Durcharbeitung von Möglichkeiten der Zusammenarbeit in Wissenschaft, Pharmazie, Technik, Kultur und Sport erweisen.

Besonders zu unterstreichen ist das energische, kreative Herangehen des chinesischen Vorsitzes an die Entwicklung von BRICS. Die erfolgreiche Durchführung des Gipfeltreffens und die Annahme eines dermaßen inhaltsreichen Programms der nachfolgenden Handlungen der fünf Länder sind in vieler Hinsicht ein Verdienst unserer chinesischen Partner.

Der Gipfel in Sanya hat gezeigt: Der Entwicklungsvektor des Forums ist festgelegt, der konkrete Plan seiner Arbeit in sich abgestimmt worden. BRICS erhebt sich Stufe um Stufe zu einem einflussreichen Faktor von globaler Bedeutung.<sup>1</sup>

#### FUSSNOTEN

1. Mit der Tätigkeit von BRICS und der Teilnahme Russlands an der Arbeit dieses Forums kann man auf der internet-site des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten der RF („Russland in BRICS“ [www.mid.ru/brics.usf](http://www.mid.ru/brics.usf)) bekanntmachen.

**Schlüsselwörter:** BRICS, drittes Gipfeltreffen der BRICS-Staaten, Deklaration des Gipfeltreffens.

## Juri SCHAFRANIK

Vorsitzender des Vorstandes von MGNK  
„SojusNefteGas“, Präsident des Fonds  
„Weltpolitik und Ressourcen“

referent@cng.msk.ru



# RUSSISCHE FÖDERATION — EUROPÄISCHE UNION: HINTER DEN KLAMMERN DER FOREN. WIE SOLLEN WIR RUSSLAND VON TJUMEN BIS WLADIWOSTOK EINRICHTEN

**I**nternationales Leben: Juri Konstantinowitsch, Präsident Medwedew betonte in seiner Ansprache auf dem Petersburger ökonomischen Forum, dass „die Russische Föderation ein sehr großer Partner der Europäischen Union ist und die EU überhaupt unser größter Partner ist“. Der Moderator des Business-Dialogs Russland–EU Mario Monti erklärte: „Die strategische Partnerschaft Russland–EU trägt immer komplexeren Charakter, das Niveau der Wechselbeziehungen zwischen unseren Wirtschaften wächst.“ Sind Sie mit solchen Einschätzungen einverstanden?

**Juri Schafranik:** Bestimmt. Die Entwicklung der Zusammenarbeit ist offensichtlich. Nehmen wir die Tätigkeit der französischen Erdöl- und Erdgasgesellschaft „Total“ (der viertgrößten, was den Umfang der Gewinnung betrifft), die Bereitschaft der Franzosen, die russischen Seestreitkräfte mit den Hubschrauberträgern „Mistral“ auszurüsten, unsere aktive Zusammenarbeit mit den Europäern im pharmazeutischen Business u.a.m. Die Zahl der gemeinsamen Projekte nimmt zu. Wenn wir jedoch nicht aufgrund der Abmachungen, sondern aufgrund der Möglichkeiten der Partner und der vor allem für Russland akuten Notwendigkeit von großangelegten infrastrukturellen Projekten urteilen, ist das herzlich wenig. Und die Entwicklung in dieser Richtung ist äußerst unbedeutend.

**Internationales Leben:** Woran liegt es?



**Ju. Schafranik:** Es gibt dafür mehrere Gründe. Ohne auf ihre vollständige Beschreibung und die tadellose Auslegung Anspruch zu erheben, verbleibe ich darauf, was mir für das Verständnis der entstandenen Situation am wichtigsten scheint.

Es handelt sich erstens um einen sehr prinzipiellen Fehler, der 1986 begangen wurde, als Michail Sergejewitsch Gorbatschow in seiner Ansprache im britischen Parlament erklärte: „Europa ist unser gemeinsames Haus.“ Dieser Fehler drückt bis jetzt auf uns psychologisch, politisch und sogar weltanschaulich: da das Fundament des vereinigten Kontinents heute noch nicht errichtet ist und die 1993 gegründete Europäische Union und das Russland von heutesehr verschiedene Häuser sind. Niemand lässt aber jemanden einfach so in sein Haus hinein und wird es nie tun. Wir versuchen dessen ungeachtet die Europäer (und sich selbst) zu überzeugen, dass die Russen ihnen in ihrem Gemeinsamen Haus notwendig sind.

Es ist etwas anderes notwendig. Man muss sich endlich auf den Problemen des eigenen Hauses konzentrieren, darauf, wie es Alexander Issajewitsch Solschenizyn für das Wichtigste hielt, wie wir Russland, unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft einrichten können. Es ist verständlich, dass die Nachbarn das solide, gemütliche und gastfreundliche Haus gerne besuchen. Wobei meist nicht mit leeren Händen. Wenn wir also uns selbst einrichten, würde es keine Probleme mit Investitionen und mit dem Zustrom der hochqualifizierten Kader geben. (Und unsere Häuser werden sich befreunden und möglicherweise gemeinsame Vorhaben realisieren.) Wir beobachten jedoch bisher die ständige Flucht des geistigen und Finanzkapitals aus dem eigenen Haus.

Der zweite Fehler. Wir versuchen immer unverständlicherweise den Europäern zu beweisen, dass die Zusammenarbeit mit uns außerordentlich günstig ist, und werfen ihnen die Annahme der für uns ungünstigen Beschlüsse vor, nehmen wir im Einzelnen unsere Einstellung zum „Dritten Energiepaket der EU“

**Internationales Leben:** Dieses Paket ist wirklich „giftig“ für uns...

**Ju. Schafranik:** Es geht nicht darum. Die Europäer gehen ihres Weges, auf dem, wie man sagt, jeder Schritt ausführlich besprochen und von der Mehrheit gebilligt, also legitimiert ist. Es kann gefallen oder nicht gefallen, aber es soll als eine Gegebenheit wahrgenommen werden. Man darf nicht ihre Entscheidungen kritisieren, man muss ielmehr unter Berücksichtigung dieser Entscheidungen den eigenen Gewinn finden.

**Internationales Leben:** Trotzdem erschienen nach dem Forum viele Publikationen, die eventuell die Tür ins europäische Haus öffnen. Als ob mit jedem Treffen die Positionen einander nähergebracht werden und sich die gegenseitige Verständigung festigt. Stimmt das denn nicht?

**Ju. Schafranik:** Gerade auf den Foren, in den Ansprachen der Partner ist etwas möglich, aber die Politik und Wirtschaft wird von Trends und Vektoren bestimmt,

die unter anderem auch gesetzgeberisch bestätigt sind. Die EU lässt sich von den Dokumenten leiten, die nach dem Dafürhalten ihrer Politiker den Wettbewerb erhärten und den Monopolismus der Energieträgerlieferanten untergraben.

**Internationales Leben:** Es gibt wohl keinen Rauch ohne Feuer...

**Ju. Schafranik:** Die Europäer sind nach meiner Meinung zu eifrig in ihrem Bemühen, die EU in die sozialökonomische Oase zu verwandeln. Die unreife Strategie der Entwicklung des vereinigten Europas wurde deshalb durch das taktische Spiel verdrängt, um für sich die idealen Existenzbedingungen zu schaffen: die idealen antimonopolistischen, idealen integralen und idealen energetischen und energiesparenden Bedingungen... Das ist jedoch die Taktik des gestrigen Tages (sie war möglicherweise nur am Anfang des Vereinigungsprozesses gut für sie). Im Ergebnisse dessen hinken die philosophisch-weltanschaulichen Überlegungen über die Wege und Mittel der Entwicklung der EU in vielen Fällen hinter den Forderungen der historischen Realitäten. Im Einzelnen in der Frage, dass es keinen größeren Gewinn sowohl für EU als auch die RF geben kann als die direkte Verbindung des Produzenten mit dem Konsumenten ohne Vermittler. Die vom ökonomischen Standpunkt aus optimale Variante besteht, wenn der Erdölgewinner die Tankstellen und der Erdgasgewinner die Wärmekraftwerke oder Betriebe des Konsumenten „erreichen“.

Das wäre die beiderseitig günstigste Variante der Zusammenarbeit. Sie befriedigt jedoch nicht unsere Nachbarn, die sich selbst die Angst vor dem Monopolismus einjagen. Es wäre deshalb vernünftig, dieses Thema an die Diskussionen mit den Partnern „anzuschieben“... Wir bauen unser Haus, indem wir versuchen, es modern und gemütlich zu machen, wir verfolgen die Erfolge der Nachbarn und schlagen vor, gemeinsam etwas Wertvolles zu schaffen. Und dann wollen wir sehen: Wenn es klappt, ist es gut, wenn nicht, dann eben nicht. Ich betone jedoch, dass die Anstrengungen in dieser Richtung nicht abgeschwächt werden dürfen. Es gibt dafür keine Alternative.

**Internationales Leben:** Was verstehen Sie unter der Notwendigkeit der großangelegten Projekte?

**Ju. Schafranik:** Wenn wir von der Energiewirtschaft sprechen, so meinte ich solche Projekte wie „Nordstream“ und „Southstream“. Ich unterstütze ihre Verwirklichung, kann jedoch den Gedanken nicht loswerden, dass wir um ca. 15 Jahre von dem im Rückstande sind, was mit der Produktion des Flüssig-Gases verbunden ist. Aber gerade es wird in der Zukunft auf dem Markt der Kohlenwasserstoffe „kommandieren“, da es leicht dorthin befördert werden kann, wohin es der Kunde wünscht — nach Europa, Asien, meinetwegen zum Südpol. Man braucht sicher dafür enorme Mittel, um dieses Problem zu lösen, dafür hat der Produzent dann freie Hand, d.h. freie Rohre.

**Internationales Leben:** Sie fesseln doch den Produzenten zu stark!

**Ju. Schafranik:** Sehr stark. Wenn man das nächste Rohr, da ohne finanzielle Beteiligung der Europäer, für eigenes schwer verdientes Geld zieht, vergrößert man seine Abhängigkeit von den Konsumenten. Man legt Dutzende von Milliarden an, um sich noch fester zu fesseln.

**Internationales Leben:** Womit kann man die Unnachgiebigkeit unserer europäischen Partner erklären? Möglicherweise durch den Wunsch, unsre Entwicklung zu bremsen, d.h. uns Schaden zuzufügen?

**Ju. Schafranik:** Es ist möglich, dass es jemand tun will. Der Hund ist jedoch nicht da begraben. Das Regierungssystem in der EU setzt voraus, dass jedes gemeinsame ökonomische Verdikt durch die Mehrheit der 27 abstimmenden Länder angenommen wird. Die Mehrheit besitzt keine so große Industrie und technologische Basis wie Deutschland, Frankreich und Italien, sie haben keine moderne Petrochemie und infolgedessen kein eigenes Interesse am Bau und an der Entwicklung solcher Produktionen in Russland. Deshalb bremsen sie auch.

Wie schon gesagt, jagen sie sich selbst auch wegen des angeblichen Monopolismus der russischen Gesellschaften Angst ein. Es fällt sonst schwer, zu verstehen, warum das Investitionsprojekt von „Sewerstal“, das Europa tausende Arbeitsplätze geben könnte, abgelehnt wurde. Ich kann nicht behaupten, dass ich mich für dieses Projekt einsetzte (es wäre besser, es im russischen Osten zu verwirklichen.). Ich stelle einfach fest, dass das Projekt in der EU gestoppt wurde. Die EU-Kommission verhinderte neulich „Gazprom“, die Gasbörse zu kaufen. Die EU-Beamten waren der Meinung, das „Gazprom“ durch diese Abmachung „den europäischen Gasmarkt versklaven kann“, obwohl die Liquidität des Handels an dieser Börse direkt von den russischen Gaslieferungen abhängt. Es gibt Dutzende von diesen Beispielen.

**Internationales Leben:** Das ist jedoch natürlich im Konkurrenzkampf.

**Ju. Schafranik:** Absolut widernatürlich! Von welchem Wettbewerb kann die Rede sein, wenn man uns einfach zum Markt nicht zulässt. Man kann außerdem nicht das Wettbewerbsfeld als einen stagnierenden Sumpf betrachten. Das wird doch unbedingt durch die Dynamik der internationalen Entwicklung beeinflusst, diese Dynamik kann man außer Acht lassen bzw. ignorieren, aber dann ist früher oder später der Verlust unvermeidlich. Nach meinem Dafürhalten unterschätzen Europäer seit etwa 15 Jahren den Charakter des globalen Wettbewerbes. Sie handeln im Stil der „traditionellen“ Rivalität und denken kaum daran, dass unsere Wirtschaft in ihrem bedeutenden Teil unvermeidlich in Richtung China, dieser Weltfabrik, bewegen wird.

Stellt man einmal vor, dass man morgen am Erdgas in Europa verdient, die gesamte Produktionsausrüstung jedoch ausschließlich in China kauft, da es

preisgünstiger ist. Wir erwarben früher die Bohranlagen in Deutschland und Italien, die Rohre in Deutschland und Österreich. Und wo kaufen wir jetzt dieses und jenes? Richtig, weil die Chinesen unablässig die Qualität deren Produkte und nicht die Preise erhöhen. Das gilt für heute, und aber morgen...

**Internationales Leben:** Wird Europa morgen am Rande der Geschichte der Weltkonkurrenz bleiben?

**Ju. Schafranik:** Es lohnt sich nicht, die Zukunft Europas zu dramatisieren, obwohl es sich bestimmt um eine Herausforderung für den Kontinent handelt. Es wird kein Hehl daraus gemacht, dass die Schließung einer Reihe europäischer Unternehmen mit der Expansion der chinesischen Produkte verbunden ist. Die Vereinigungsepopöe fügt außerdem der Alten Welt mehrere eigene Probleme hinzu. Nehmen wir Griechenland. Die entwickelten EU-Länder müssen ihre „ökonomische Gemütlichkeit“ opfern, um seine Wirtschaft zu retten. Obzwar andererseits Deutschland, indem es die Kredite zur Verfügung stellt, seine Produktion fördert.

**Internationales Leben:** Auf welche Weise?

**Ju. Schafranik:** Sehr einfach. Was wird Griechenland in Deutschland erwerben, wenn es keine nach den europäischen Maßen ausreichenden Mittel besitzt? Die chinesischen Dimensionen können es jedoch angesichts der knappen Mittel überaus befriedigen. Alle sollten dabei verstehen, wer der echte Konkurrent für die EU ist. Russland kann selbstverständlich weder mit dem vereinigten Europa noch mit China konkurrieren: Wir verkaufen Energieressourcen, sie kaufen diese.

**Internationales Leben:** Wir hatten jedoch die „Gaskriege“ mit Europa, es ist vielleicht günstiger, den chinesischen Markt energischer nutzbar zu machen?

**Ju. Schafranik:** So etwas gab es, nichts zu sagen. Europa ist jedoch ein guter Kunde, der einen guten Preis anbietet. Einen solchen Käufer verlässt man nicht.

**Internationales Leben:** Und welcher Käufer ist China, da wir uns mit ihm bisher nicht verständigen können?

**Ju. Schafranik:** Auch ein guter. Wir müssen jedoch begreifen, dass es sich um verschiedene Märkte, besonders Gasmärkte handelt. 1 000 Kubikmeter Gas kosten jetzt in den USA 163 Dollar, in Europa — 360. China verlangt einen Preis unter dem europäischen, und er muss so sein.

**Internationales Leben:** Wie hoch?

**Ju. Schafranik:** So hoch, dass beide Partner zufrieden sind. Es liegt uns daran, den chinesischen Energiemarkt zu erreichen. Wir müssen daher dringend die Preisformel abstimmen, indem zu berücksichtigen ist, dass es eine andere Region ist, die dort anderen Finanzmöglichkeiten bestehen und es um die andere Brennstoff-Energie-Bilanz eines riesengroßen Landes geht. Diese Bilanz ist überaus manövrierfähig: Man arbeitet dort produktiv mit der Kohle, die Sonnenenergie wird nutzbar gemacht, die erneuerbaren Stoffe werden verwendet.

China kann außerdem das Erdgas heute aus Russland und Turkmenistan und, wenn morgen Iran „offen“ wird, aus seinen enormen Vorräten bekommen. Australien ist auch mit Gas gesegnet. Fügen Sie die Lieferungen des Flüssig-Gases vom ü-beliebigen Produzenten hinzu.

Gerade wir als Produzenten müssen besondere Beziehungen zu allen Endverbrauchern aufbauen. Auf das Thema zurückkommend möchte ich deshalb betonen: Der seriöse Durchbruch in der strategische Partnerschaft EU — RF bei der Realisierung der ökonomisch relevanten gemeinsamen Projekte ist sowohl uns als auch dem vereinigten Europa notwendig.

**Internationales Leben:** Sind wir auf diesen Durchbruch gefasst?

**Ju. Schafranik:** Sicher nicht ganz. Es genügt nicht, nur zur Zusammenarbeit aufzurufen. Die gemeinsamen Vorhaben sind nur dann lebendig, wenn sie für beide Partner günstig sind und wenn es ein konkretes Verzeichnis gibt. Dazu kommt, dass wir, was Gesetzgebung und Investitionslobby betrifft, gelinde gesagt, nicht auf der Höhe sind. Wir können trotzdem meinetwegen sowohl Europa, seinen industriellen Führern — Deutschland, Frankreich und Italien — einige ernsthafte Projekte vorschlagen, die vor allem mit der tiefen Gas- und Petrolverarbeitung sowie mit Flugzeugbau und Pharmakologie verbunden sind. Man muss daraufhin gemeinsam bestimmen, wo und wie wir die vorgeplanten Objekte im gegenseitigen Interesse errichten werden.

Wenn ich von der Erdgas- und Petrolchemie spreche, meine ich die noch nicht erschlossene Rohstoffzone von Wladiwostok bis Tjumen. Die Unternehmen des höchsten technologischen Niveaus, mindestens fünf moderne Produktionszentren müssen hier entstehen.

**Internationales Leben:** Und wie werden wir dorthin die Partner „locken“?

**Ju. Schafranik:** Wir haben ein Register der Objekte und Cluster anzubieten, die günstig und, wenn Sie wollen, verlockend für die Teilnahme an deren Schaffung, Vereinigung von Ressourcen, Geld und Markt sind. Wir müssen unbedingt alle erforderlichen Bedingungen unter der staatlichen Garantie schaffen. Dabei, was hauptsächlich ist, nicht unter allgemeingültigen Bedingungen. Russland ist riesengroß, und wenn man im europäischen Teil des Landes unter den annähernd europäischen Standards leben kann, hat zum Beispiel in der Region Krasnojarsk bzw. In Jakutien die Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen, man kann sagen, noch nicht begonnen. Sie sollen zweifelsohne mit billigem Gas und billigem Strom (viele Länder schaffen auf ihrem Territorium differenzierte Bedingungen der Entwicklung zwecks der adäquaten Heranziehung der Investoren) beliefert werden, um die Produktionscluster schnell entstehen zu lassen.

Ich wiederhole: Die Bedingungen nicht allgemeinen Charakters (da die Regierung schon vieles in der Makroökonomie geleistet hat), sondern gemäß dem

Inhalt der Projektliste. Es ist nicht ausgeschlossen und sogar sicher, dass eine gesetzgeberische Akte vom Parlament angenommen werden muss, um jedes Projekt durchzusetzen... Man könnte sogar bislang vom Beitritt zur WTO vergessen, da es wichtig ist, sich gerade auf die Vorhaben, auf die effizienten Unternehmen mit besonderen Bedingungen der Profitgewinnung, egal ob s Joint Ventures bzw. Konzessionen, zu konzentrieren.

Ich möchte darauf hinweisen, dass, wenn die Sachaliner Projekte (unter Beteiligung der ausländischen Partner) nicht unter besonderen Bedingungen in Angriff genommen würden, so würden anstatt deren Realisierung bis heute die Diskussionen fortgesetzt, wie es bei der Stokmanlagerstätte der Fall ist, obwohl im Ochotskischen Meer die Eislage und die Dynamik der Strömungen komplizierter sind. Und es handelt sich nicht darum, dass wir meinetwegen ohne Sachaliner Ressourcen nicht leben könnten, sondern darum, wie sich jetzt die Einwohner der Insel zu uns verhalten würden. Das Budget wird übrigens ebenfalls aufgefüllt.

Die Hauptsache besteht darin, dass bei der Einleitung der gegenseitig nützlichen Partnerschaft sich die zwischenstaatlichen Gipfeltreffen (und sogar das Petersburger Forum) mit dem absolut konkreten Inhalt befassen, d.h. der Präzisierung dessen, was noch erforderlich ist, um dieses oder jenes Projekt zu realisieren: Finanzen abzusichern, die Organisations- und Kaderprobleme zu lösen usw. Ich möchte dabei betonen, dass es sich nicht nur um die Business-Strategie der Gesellschaften, sondern auch um die staatliche Politik handelt.

**Internationales Leben:** Schon wieder staatliche Regelung?

**Ju. Schafranik:** Sie besteht in der einen oder anderen Form überall, wenn es um ökonomisch und sozial relevante Projekte geht. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Erdölleitungen Ostsibirien — Pazifik und „Nordstream“ deswegen funktionieren, da die Regierung die Frage nach ihrem Bau stellte und bis zum Ende verfolgte. Der „Southstream“ wird nach meiner Meinung auch deshalb leben. Ich lasse vorläufig den erwarteten ökonomischen Effekt dieser Vorhaben beiseite. Der große Effekt besteht schon darin, dass das Geld ernünftig eingelegt wird und zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen werden.

Schlecht ist allerdings, dass wir im endlichen Einnahmen den Partnern/ Konsumenten einen bedeutenden Nachlass geben werden. Die Situation wird erst dann besser, wenn in Russland die Erdöl- und Gasserviceproduktion entwickelt wird. Dann werden für uns die Ausrüstungen nicht so teuer, die Innovationen in der Entwicklung real und die Zahl der Arbeitsplätze wird ebenfalls zunehmen. Geräte, Ausrüstung, Technik und Technologien werden jedoch bisher im Ausland erworben.

**Internationales Leben:** Wer wird bei uns diesen Service ins Rollen bringen, wenn es so günstig ist, seine Produkte zu verkaufen?

**Ju. Schafranik:** Viele werden es wollen. Dafür würde man keine Agitation brauchen. Man braucht nur präzise Spielregeln, verständliche Bedingungen der Tätigkeit. Es muss den Partnern klipp und klar gesagt werden, dass derjenige, der in unseren Servicemarkt einsteigt, so und so viel Prozente bekommt, das Übrige bezieht sich auf die unbedingt russische Produktion. Die Partner müssen möglicherweise in der ersten Etappe die Präferenzen bekommen, nämlich in diesem Falle gleich. Es wäre schon besser, daraufhin die Korrekturen zu machen, wie es bei der Realisierung der Projekte auf der Grundlage der Product-Sharing-Abkommen geschah. Es gab da gewiss einige Ansprüche, aber alles kam in Norm und die Projekte funktionieren, wobei unsere Teilnahme entscheidend ist.

Ich betone nochmals, dass wir alle Bedingungen für die Heranziehung der Investitionen und Technologien zwecks des Aufbaus des östlichen Flügels Unseres Hauses schaffen müssen.

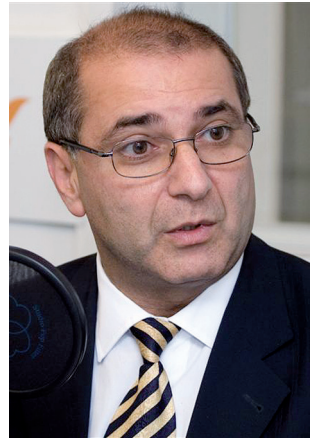
**Internationales Leben:** „Europa ist unser gemeinsames Haus“ ist trotzdem ein schöner Traum.

**Ju. Schafranik:** Ich behaupte auch nicht, dass er ein schlechter ist. Der prominente Politiker Charles de Gaulle träumte vom Aufbau „Europas von Atlantik bis Ural“. Der Traum kann bis zum Pazifik ausgedehnt werden. Man muss träumen, das ist sogar notwendig. Es ist jedoch in der Wirtschaft und Politik viel wichtiger, konkrete Ziele vor sich zu stellen und konkrete kreative Schritte zu unternehmen. Das müssen in diesem Falle grandiose Infrastruktur-Projekte auf dem Territorium von Tjumen bis Wladiwostok sein.

**Schlüsselwörter:** „Das dritte EU-Energiepaket“, das europäische Haus, „Nordstream“, „Southstream“, die Sachaliner Projekte, „Europa ist unser gemeinsames Haus“.

Garegin TOSSUNJAN

Präsident der Vereinigung der russischen Banken



## RUSSLAND IST IM PRINZIP ANZIEHEND FÜR DIE INVESTOREN, DAS KAPITAL BENIMMT SICH JEDOCH BISWEILEN WIE EINE NERVÖSE DAME\*

**I**nternationales Leben: Garegin Aschotowitsch, erlauben Sie, unser Gespräch mit der keineswegs originellen, aber aktuellen Frage zu beginnen: Ist die Finanzkrise der Welt schon vorbei?

**Garegin Tossunjan:** Wir sprechen in drei letzten Jahren in der Tat nur von der Weltfinanzkrise. Das gleicht der englischen Gewohnheit, das Wetter zu besprechen. Ich habe mehrmals meinen Standpunkt zum Ausdruck gebracht: Was in unserem Land vor sich ging, unterscheidet sich grundlegend von dem, was in der restlichen Welt geschah. Wir hatten die Krise der finanziellen Unterproduktion der finanziellen Dienstleistungen. Diese Welle ebbt zur Zeit ab. Wir weisen laut Ergebnissen 2010 die positive Dynamik auf.

Es ist gleichzeitig allgemein bekannt, dass wir vom Erdöl und Erdgas stark abhängen, und das soll uns beunruhigen. Wir können nicht sitzen und auf die zweite bzw. dritte Welle der Krise warten. Man muss arbeiten. Die Situation ist heute sowohl in der Welt als auch auf dem russischen Markt mehr oder weniger stabil. Ernst zu nehmende Probleme sind jedoch verständlicherweise geblieben.

**Internationales Leben:** Man möchte wissen, wie hoch die Verluste in der Bankengemeinschaft sind. Wie viele Banken verloren ihre Lizenzen und bankrott geworden?

**G. Tossunjan:** Es gibt in diesen Jahren, dabei nicht nur in den letzten drei Krisenjahren eine gewisse stabile Zahl. Es entsteht sogar der Verdacht, dass jemand

---

\* Das Material wird im Rahmen des Projekts der Rundfunkgesellschaft „Goloss Rossii“ (Stimme Russlands) „Visavis mit der Welt“ veröffentlicht. [www.vizavi.ru](http://www.vizavi.ru)



ein Limit festgesetzt hat. 30 – 40 Banken verlieren jährlich ihre Lizenz. Das ist im Prinzip ein normaler, natürlicher Prozess der Entwicklung und Anpassung, da auch neue Banken entstehen. Es handelt sich außerdem nicht nur um den Verlust der Lizenzen, sondern auch um Zusammenschluss und Fusion.

Andere Sache ist der Versuch, die Zahl der Banken zu bestimmen und festzusetzen. Mit anderen Worten die Reduzierungen zu limitieren. Ich bin entschiedener Gegner solcher Herangehensweise. Der Markt bestimmt selbständig den Bedarf an den finanziellen Dienstleistungen, er soll auch die Zahl der Teilnehmer bestimmen.

Wir schlugen vor, den Begriff „Bank“ zu strukturieren. Die regionale Bank (wenn sie im Rahmen eines Territoriums funktioniert) ist ein Maßstab und Niveau der Risiken. Andere Sache ist, wenn sie auf dem gesamtföderalen Niveau funktioniert. Und dritte Sache, wenn sie auf der transnationalen Ebene arbeitet. Es können da verschiedene Arbeitsweisen fungieren. Der Name kann möglicherweise ihren großangelegten Charakter widerspiegeln.

**Internationales Leben:** Sind die Banken nach Ihrer Meinung aus der Krise mit der besseren Immunität hervorgegangen? Erhöhte sich ihr Professionalismus, welche Erfahrungen haben sie gewonnen?

**G. Tossunjan:** Man ist zweifelsohne erwachsen geworden. Wenn man aber so viele Stresse erlebt, wird man nicht nur erwachsen, sondern übermäßig vorsichtig. Es verhindert manchmal die Vorwärtsbewegung. Der Grad der Selbstkontrolle der Risiken, der jetzigen Forderungen an Kreditnehmer beeinträchtigt in diesem Sinne in gewissem Maße die Stabilisierung, es erscheint die Neigung zur Stagnation, da die Bank kein Risiko der Kreditierung übernimmt und der Kreditnehmer auch nicht gewillt ist, zu riskieren. Es liegt jedoch da auch ein positives Moment. Die Kreditnehmer sind gewiss auch erwachsen geworden.

**Internationales Leben:** Garegin Aschotowitsch, was geht auf dem internationalen Valutamarkt vor sich? Wie steht es mit US-Dollar?

**G. Tossunjan:** Es ist offensichtlich, dass man auf die Monovaluta verzichtet. Die Idee der Schaffung der Euro selbst bedeutete Ende 1960er Jahre die Ablehnung des vom US-Dollar aufgezwungenen Monopols. Das ist auch ersichtlich, wenn wir sogar unser Marktsegment nehmen. Unsere Reserven bestehen aus Euro und Dollar, was nicht nur vor zehn, sondern auch nur vor sieben Jahren undenkbar war, als die Proportion sichtlich zugunsten des Dollars ausfiel. Ich möchte abschließend sagen, dass die Diversifizierung der Valuta vor sich geht.

**Internationales Leben:** Wie verhalten Sie sich zu den Vorschlägen, die Abrechnungen für unsere Energieressourcen von Dollar auf andere Währungen zu verlegen?

**G. Tossunjan:** Ich halte es für überaus vernünftig, weil wir die Hauptlieferanten der Energieressourcen in einige Länder sind und gleichzeitig die Abrechnung in der dritten Valuta durchführen, was absolut unlogisch ist, weil wir am Kommissionsgeld und den Schwankungen des Valutakurses verlieren.

**Internationales Leben:** Man muss also für Rubel verkaufen?

**G. Tossunjan:** Ja, und in diesem Sinne sind viele Länder darauf vorbereitet und schlagen es uns vor. Das wird heute auch praktisch realisiert.

**Internationales Leben:** Garegin Aschotowitsch, erzählen Sie bitte über die Vereinigung der russischen Banken.

**G. Tossunjan:** Das ist eine nichtkommerzielle Organisation, die sich das Ziel stellt, einerseits, die Bankengesellschaft zu konsolidieren und andererseits die Interessen zu integrieren und sie vor den Finanzbehörden zu lobbyieren. Sie baut die Infrastruktur, das System des Finanzmarktes und dessen Infrastruktur auf und bietet sie einem weiten Kundenkreis an. Anfang der 1990er Jahre, als unsere Einrichtung entstand, war es für Russland überaus neu. Die Vereinigung begeht in diesem Jahre 20 Jahre ihres Bestehens. Es gibt Systemfragen, die es einfacher und professioneller ist, mit den offenen Methoden über die öffentlichen und bürgerlichen Institutionen, zu denen sich die Vereinigung all diese 20 zählt, zu lösen. Das interessiert viele und nicht nur die lokalen Akteure des Marktes.

**Internationales Leben:** Eine der Missionen der Vereinigung besteht in der Arbeit mit den Behörden im Interesse der Bankengemeinschaft. Wie werden diese Kontakte realisiert?` Gelingt es ihnen im Interesse der Vereinigung darauf zu bestehen, dass einige Gesetze erforderlich sind?

**G. Tossunjan:** Ich verstehe den Skeptizismus, der beim Publikum entsteht, sage trotzdem das, was ich denke. Wir versuchen viele Gesetze zu lobbyieren, die die Entwicklung des Finanzmarktes betreffen, aber nicht einfach unter dem Blickwinkel dessen, was wir brauchen. Jeder von uns ist auch ein einfacher Konsument auf dem Markt der Finanzdienstleistungen und einfach der Bürger des Landes, wie pathetisch das auch klingen mag. Ich arbeite heute nicht in der Bank, obwohl ich in den 1990er Jahren eine von ihnen leitete, aber ich verstehe, dass es auch die Interessen der Gesellschaft gibt. In ihrem Interesse muss man solche gesetzgeberische Basis aufbauen, die gleichzeitig die Interessen sowohl des Bankensystems als auch der Konsumenten wahrnimmt.

Es wäre falsch zu denken, dass die Vereinigung der russischen Banken einfach die Interessen der Banken lobbiiert, (man pflegt dabei zu denken, dass es zum Nachteil aller Übrigen geschieht). Wir sind an der Entwicklung des Marktes interessiert. Es liegt den Banken selbst daran, dass sich die Konsumenten als morgige Kunden entwickeln. In diesem Sinne gibt es viele Ausnahmen, Widersprüche, Kollisionen wie in allen gesellschaftlichen Beziehungen. Die Vereinigung der russischen Banken ist bemüht, jene Linie zu wählen, die im Rahmen der systembezogenen und der nicht engen Interessen realisiert wird.

Wir nehmen an vielen Gesetzentwürfen teil. Kein Gesetzentwurf, der den Finanzmarkt betrifft, wird praktisch ohne unsere Begutachtung und ohne unsere Beteiligung behandelt. Es gelingt uns jedoch nicht, alles zu realisieren.

**Internationales Leben:** Wie wird das Problem der „Transparenz“ der Banken auf dem Gebiet der gesetzgeberischen Initiative gelöst?

**G. Tossunjan:** Ich werde einige Beispiele anführen, um auf kardinale Veränderungen in den letzten Jahren hinzuweisen. Die Bank könnte früher die angeblich niedrigen Zinssätze deklarieren, die nach der Überprüfung gar nicht der Wirklichkeit entsprachen. Wenn man heute den Kreditvertrag unterschreibt, hat man dank den Forderungen sowohl der Zentralbank als auch der Gesellschaft und des Gesetzgebers einen pflichtgemäßen Anhang, in dem die Zahlungsordnung und der endgültige Zinssatz vorgeschrieben sind. Die „Transparenz“ ist damit verbunden, dass die Banken zum Unterschiede von allen anderen Organisationen den Tagesbericht an die Zentralbank abzuliefern haben und verpflichtet sind, ihre Bilanzen zu veröffentlichen. Wenn Sie die Bank besuchen, können Sie ihre Finanzergebnisse kennenlernen. Andere Sache ist, dass man vielleicht mit dem groben Verhalten bzw. der Nichterfüllung dieser Forderungen konfrontiert ist. So ist jedoch unsere postsowjetische Wirklichkeit.

Entsprechend der Gesetzgebung sind wir ausreichend „transparente“ Strukturen zum Unterschiede von den anderen, die auf dem Finanzmarkt arbeiten, ohne die Banklizenz zu besitzen. In diesem Sinne gibt es ernsthafte Vorwärtsbewegung. Geschweige denn, dass wir selbst die Entstehung des Instituts der Kreditgeschichten, die uns ebenfalls für die Kreditnehmer „transparent“ machen, initiierten.

**Internationales Leben:** Wie steht es heute mit dem Bankgeheimnis?

**G. Tossunjan:** Es gibt das Gesetz über die Personalien. Deshalb kann nicht die Bank alles veröffentlichen, was das einzelne Individuum betrifft. Was jedoch seine integralen Angaben betrifft, beeinträchtigt nicht seine Interessen. Es entstehen Widersprüche, die mit der Forderung der Rechtsschutzorgane verbunden sind, die manchmal buchstäblich alles, aber alles wissen wollen. Es gibt die Gesetzgebung, die die Personalien und das Bankgeheimnis schützt. Trotzdem kann Verschiedenes passieren.

Es gibt auch die Praxis der Rechtsanwendung, die bei uns leider nicht immer den internationalen Standards entspricht.

**Internationales Leben:** Man spricht ziemlich oft auf verschiedenen Machttagen über die Notwendigkeit, unserem Staat die maximale Anziehungskraft auf dem Gebiet der Investitionen zu verleihen. Die Kapitalien verlassen jedoch nach wie vor das Land und dieser Prozess wird fortgesetzt. Was tun?

**G. Tossunjan:** Wir hatten in den 1990er Jahren und Anfang der 2000er Jahre sehr große Kapitalflucht. Darauf erfolgte der aktive Zustrom. Im Gegenteil gab es vor 1998 der große Zustrom des spekulativen Kapitals, als sehr gewinnbringende staatliche Obligationen eingeführt wurden. Alles hängt von den kurzfristigen Interessen der Investoren, wenn die Rede vom spekulativen Markt ist. Dort, wo es sich um ernst zu nehmende langfristige Kapitalflucht oder Kapitalzufuhr handelt, hängt alles vom Investitionsklima ab. Das Kapital kommt gewöhnlich zurück, wenn man an Stabilität,

Perspektiven des Landes und Glaubwürdigkeit von dessen Politik glaubt. Wenn es eine gewissen Unbestimmtheit gibt, geht das Kapital zeitweise zurück und wartet ab.

Wenn es sich um die kurzfristigen Perioden handelt, so benimmt sich das Kapital etwa wie eine nervöse Dame. Es kann für eine gewisse Zeit weggehen, um so mehr, wenn die soziale Steuer erhöht wurde. Alles ist sofort nicht mehr profitabel geworden, viele zogen ihr Kapital aus dem Lande, um die überflüssige Besteuerung zu vermeiden, weil wir uns gewöhnen müssen, „sauber“ zu spielen. Wir haben uns dem nicht alle angepasst. Die Kapitalflucht und der Rückgang zur „grauen Zone“ sind ungefähr gegenseitig verbundene Dinge. Die nicht ganz durchdachte Politik kann durchaus auch die Kapitalflucht zur Folge haben. So sind die Wellen.

**Internationales Leben:** Was tun mit den Off-shore-Zonen? Soll man da nicht etwas verändern, sie transparent machen oder ganz liquidieren?

**G. Tossunjan:** Ich würde, ehrlich gesagt, vorschlagen, die Off-shore-Zonen auf der Basis einiger postsowjetischer Republiken zu schaffen. Das Kapital muss man heranziehen und nicht abschrecken. Die Off-shore-Zonen muss man zuerst in jenen Ländern liquidieren, die dadurch den ausreichenden Entwicklungsstand und die genügende finanzielle Durchdringung erreichten. Man möchte jetzt, dass sie verständlicher, „transparenter“ und zu kleineren Konkurrenten für jene würden, die mehr die Entwicklung des Finanzmarktes brauchen.

Es wäre sicher gut, wenn es keine Off-shore gäbe. So etwas kann jedoch, vorläufig jetzt, unmöglich sein. Einige Off-shore-Elemente sind verlockend für das Kapital. Man kann daraufhin, als das Kapital sich wohl fühlt, in Entwicklung begriffen ist, wobei es sich und das „weiße“ und nicht das schwarze Kapital handelt, wenn ersdie Infrastruktur, nicht nur Finanz-, sondern auch Transport- und Verkehrsstruktur geschaffen hat, d.h. wenn es in die notwendigen Poren des ökonomischen Organismus anzulegen beginnt, allmählich und vorsichtig die Barrieren der Forderungen heben. Deshalb sind die westlichen Tendenzen der Bekämpfung der Off-shores eine Sache, und unsere, wie mir scheint, eine etwas andere Sache. Ich würde den kleinen postsowjetischen Ländern vorschlagen, diesen Weg zu beschreiten.

**Internationales Leben:** Was muss nach Ihrer Meinung getan werden, damit der Zustrom der ausländischen Investitionen nach Russland einsetzt?

**G. Tossunjan:** Die entsprechende Steuerpolitik, das Gerichtssystem und die Stabilität sind dafür notwendig. Wenn das Gerichtssystem nicht normal funktioniert, indem es die Interessen sowohl der Investoren als auch der Eigner, nicht nur der großen, nicht nur der Monopolisten, verteidigt, wird das Investitionsklima nicht günstig für die Investoren sein.

**Schlüsselwörter:** Die Krise der finanziellen Unterproduktion der Finanzdienstleistungen, der Verzicht auf die Monovaluta, die Valutadiversifizierung, die Vereinigung der russischen Banken, die Günstigkeit der Investitionen.

Международная



ЖИЗНЬ

Internationales Leben

# PRO ET CONTRA



*An der von der Zeitschrift „Internationales Leben“ und dem Institut für internationale Forschungen der MGIMO (U) des Außenministeriums Russlands abgehaltenen Diskussion über die Konzeptionen und Kriege der Zukunft nahmen Wissenschaftler und Analytiker teil, die diverse Aspekte dieses vielseitigen Problems untersuchen.*

## KONZEPTIONEN UND KRIEGE DER ZUKUNFT

**A** *rmen Oganessjan, Chefredakteur der Zeitschrift „Internationales Leben“, Berater des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Russlands:* Das neue Millennium hat der Menschheit leider keinen Frieden gebracht. Auf der globalen Tagesordnung stehen, neben den Herausforderungen der Gegenwart, immer noch das Sicherheitsproblem, Regulierung von Kriegskonflikten, Abwendung neuer Kriege. In Erkenntnis der Bedeutsamkeit des Themas haben die Redaktion der Zeitschrift „Internationales Leben“ und das Institut für internationale Forschungen von MGIMO (Universität) des russischen Außenministeriums Experten und Analysten ein Treffen vorgeschlagen, um zu erörtern, welche Kriegskonzepte heute in der Welt ausgearbeitet werden, welche Waffen in künftigen Militärkonflikten zum Einsatz kommen können.

Obwohl Politiker, Militärs und Expertenkreise an besagter Problematik arbeiten, entsteht der Eindruck, dass das Thema der Kriegskonzepte und militärischen Herausforderungen und Gefahren in der Welt von heute von uns nicht voll gedanklich verarbeitet ist. Welchen Einfluss wird die Technologieentwicklung auf den Charakter von militärischen Doktrinen und Konzepten ausüben?

Ich glaube, Sie werden mir darin zustimmen, dass wir bereits büchstäblich mitten im Strom stehen, ohne uns dennoch über die sehr wesentlichen qualitativen Veränderungen in den Typen von Waffen und ihrer Anwendung voll klar zu sein.

Vor kurzem stimmten russische und amerikanische Militärs einander darin zu, dass die Kyberattacke gegen das iranische nukleare Objekt eines der wichtigsten Ereignisse des Jahres war. Viele sagen, die modernen Kriege würden hauptsächlich im Weltraum und im Internet geführt werden. Wir dürfen diese Fakten nicht unterschätzen.

Der wissenschaftlich-technische Fortschritt und das Wettrüsten: Neue Qualität im 21. Jahrhundert — das wäre das Thema des ersten Berichts.

**Grigori Powolozki, Führender Beobachter der Zeitschrift „Internationales Leben“:** Laut Angaben des Stockholmer Instituts für Friedensprobleme der Welt stiegen die militärischen Ausgaben in der Welt im Jahre 2010 um 1,3 Prozent gegenüber 2009, das sind 1,6 Billionen US-Dollar. Zugleich neigen einige Fachleute zu dem Gedanken, dass die Finanzkrise die Entwicklung neuer Waffenarten etwas abgebremst hat, wobei sie sich auf die Verminderung des gesamten Umfangs der Geldmittel, die in militärwissenschaftliche Studien sowie Entwicklungs- und Forschungsarbeiten (E/F-Arbeiten) investiert wurden, berufen und auf die Reduzierung einiger militärischen Forschungsprogramme in den USA hinweisen.

Was die militärischen Ausgaben betrifft, stehen die USA heute nach wie vor an erster Stelle (43 Prozent der weltweiten Ausgaben), ihnen folgen China, Großbritannien, Frankreich, Russland (sein Anteil an den militärischen Ausgaben des vorigen Jahres wurde auf 3,6 Prozent geschätzt), Japan, dann kommen Saudi-Arabien, Deutschland, Indien und Italien. Wenn der wirtschaftliche Faktor die militärtechnische Entwicklung auch einschränkt, dann sehr ungenügend.

Welches sind nun die charakteristischen Merkmale der modernen militärwissenschaftlichen Studien und der E/F-Arbeiten? Die neue Qualität der militärtechnischen Arbeiten hängt mit zwei Richtungen in der Perfektionierung des Rüstungssystems zusammen: erstens mit einer wesentlichen Erweiterung der operativ-taktischen Möglichkeiten der bestehenden Muster von Rüstung und Militärtechnik und den hinzukommenden neuen Kampfeigenschaften; zweitens mit der Entwicklung grundsätzlich neuer, darunter nicht traditioneller Arten von Militärtechnik.

Das Auftauchen von Präzisionswaffen von großer Reichweite, hypersensiblen Gebern und automatischen Steuerungssystemen erlaubt es, die Vernichtungswirkung der konventionellen Waffen drastisch zu erhöhen, so dass ihr Wirkungsgrad mit dem der Massenvernichtungswaffen vergleichbar wird.

Sehr gefährlich ist die Einbeziehung der zivilen Wissenschaft in die militärischen Forschungen und die Produktion von Erzeugnissen doppelter Bestimmung. Das bedeutet, dass die gesamte materielle Produktion so oder so für militärische Bedürfnisse verwendet wird. Gerade hier verläuft der

wichtigste Verteidigungstreifen gegen die Militarisierung der Menschheit. Während technische Erfindungen, wissenschaftliche Entdeckungen und Industrierümpfungen schon deshalb gut sind, weil sie den Raum der Wahl der Zivilisation nicht verengen, sondern erweitern, birgt der hemmungslose militärische wissenschaftlich-technische Fortschritt Gefahren nicht für welche auch immer potenzielle Gegner, sondern für die ganze Menschheit in sich.

Müssen die militärischen wissenschaftlich-technischen Studien und die E/F-Arbeiten begrenzt werden? Bisher ist offenbar niemand bereit, die Frage auf diese Weise zu stellen.

Als Erstentdecker der neuen Art von Kriegen (worauf die modernen militärwissenschaftlichen Ausarbeitungen denn auch gezielt sind) gelten zwei Amerikaner: David Ronfeldt und John Arquilla, zwei Mitarbeiter der RAND Corporation, die 2000 das Buch „Das Schwärmen und die Zukunft des Konfliktes“ veröffentlichten. Gerade damals kamen die militärischen Ausdrücke wie „Netzwerkkriege“, „netzwerkzentrische Operationen“, „netzwerkzentrische Schlag- und Aufklärungskuppel“, „Kampfplattformen“ und „Kampf-Cluster“ in Umlauf. Gerade diese Ideen bringen den Einsatz von unbemannten Stoß- und Aufklärungsflugzeugen und -hubschraubern mit sich, ebenso von Kampfrobotern des Schlachtfeldes, von Railtronics, d. h. von Geschützen, die mit Hilfe der Elektrizität bis mehr als 600 Kilometer weit schießen können, von Hyperschallraketen mit einer Fluggeschwindigkeit bis zu 10 M, superneuen militärtechnischen Computer-Informationstechnologien, von Gefechts- und Aufklärungs-Raumflugkörpern sowie von vielem, vielem anderen, darunter von Waffen zur Einwirkung auf das Denken und Verhalten der Menschen.

Die Vereinigten Staaten haben mit ihren wissenschaftlichen Ausarbeitungen im militärischen Bereich im Wettrüsten schon die ganze Welt „um eine Spiralwinde“ überholt. Doch beim Ausbau der tieferen militärwissenschaftlichen Forschungen wollen die USA die ganze Menschheit bereits um „zwei volle Winden“ überholen, um für lange Zeit eine unerreichbare militärische Supermacht bleiben zu können. Möglicherweise wollen sie damit die Verteilung der militärischen Stärke ohne die amerikanische Dominanz — in Wirtschaft, Politik, Finanzen usw. — kompensieren.

Die Zahl der militärischen Forschungszentren in den USA geht nicht zurück. Geringer ist jetzt nur die Zahl von Betrieben, die die Serienwaren für Amerikas Streitkräfte produzieren, durch ihre Fusion sind mächtige Industrie-Cluster entstanden. Aber mit den militärtechnischen Forschungen befassen sich nach wie vor beinahe alle technologischen Universitäten der USA. Mehr noch, unter Nutzung der Erfahrungen der UdSSR haben die USA in den letzten Jahren staatliche militärische Forschungsinstitute geschaffen, und auch die durch die Luftstreitkräfte der USA gegründete weltbekannte analytische RAND Corporation



befasst sich nicht nur mit dem Schreiben von wissenschaftlichen Berichten. Außerdem bestehen in den USA noch völlig geschlossene wissenschaftliche Forschungsgruppen, etwa die Jason-Gesellschaft und „Majestic-12“, die schon seit Jahrzehnten an den geheimsten Projekten für die amerikanischen Waffen arbeiten.

Die Denker verschiedener Epochen verurteilten den Krieg, träumten leidenschaftlich von einem ewigen Frieden und erarbeiteten verschiedene Projekte des allgemeinen Friedens. Sie waren sich sämtlich in einem einig: Krieg ist ein Übel, das die Menschheit besiegen muss, einen anderen Weg zu überleben hat die Menschheit nicht.

**Grigori Tischtschenko, Abteilungsleiter am Russischen Institut für strategische Forschungen:** Bis Mitte der 1960er Jahre wanderten recht viele Technologien aus dem militärischen in den zivilen Sektor. Jetzt dagegen sind zivile Technologien eine Lokomotive des Fortschritts auf militärischem Gebiet. In den USA besteht beispielsweise eine Verordnung, der zufolge Entwicklungsarbeiten im militärischen System nicht durchgeführt werden dürfen, wenn sie im zivilen schon Platz haben.

Betont sei, dass heute die Forschungsarbeiten im zivilen Sektor denen im militärischen Sektor um fünf bis sieben Jahre voraus sind. Die Arbeit an neuen großen Systemen selbst nimmt im Ausland und bei uns etwa zwölf bis fünfzehn Jahre in Anspruch. In dieser Zeit veralten sie moralisch.

In den USA werden Waffensysteme im Laufe von mehreren Jahrzehnten eingesetzt. Das B-52-Flugzeug beispielsweise wird, laut offiziellen Angaben, bis 2040 fliegen. Die Amerikaner modernisieren die B-52 und andere Flugzeuge und sparen Geld dabei. Gegenwärtig wird die Zusammensetzung der Bewaffnung und Aufrüstung nicht von den Aufgaben bestimmt, die vor allem vor den Streitkräften stehen, sondern durch die Mittel, die den Streitkräften bereitgestellt werden. Im Haushaltsentwurf der USA für 2012-2016 ist Geldsparen und nicht Entwicklung der Streitkräfte, nicht die Schaffung neuer Waffen vorgesehen.

**A. Oganessjan:** Ist in Russland auf die Entwicklung militärischer Technologien durch militärische oder zivile Fachleute zu setzen?

**G. Tischtschenko:** Wenn man die gestellte Aufgabe und die Art und Weise real betrachtet, wie sie mit möglichst wenig Aufwand realisiert werden soll, muss man sich nach meiner Ansicht dem zivilen Sektor zuwenden. Das Verteidigungsministerium muss dafür sorgen, dass die Technologien des zivilen Sektors in den militärischen übertragen werden.

**Viktor Misin, Stellvertreter des Direktors des Instituts für internationale Forschungen (IMI) der Moskauer Staatlichen Hochschule für internationale Beziehungen (MGIMO-Universität) des Außenministeriums Russlands:** Ein kurzer Kommentar zu den Technologien doppelter Bestimmung. Ein ganz konkreter

Fall: Das Operationssystem INTEGRITY steuert sowohl das amerikanische Militärflugzeug F-22 als auch das zivile A-380. Das bedeutet Folgendes: Wenn ein Element nur in einem militärischen System verwendet wird, ist die Kontrolle über ihre Verbreitung wesentlich härter als die über Elemente doppelter Bestimmung. Wenn das System aber Zivilpersonen zugänglich ist, kann die Technologie dementsprechend leicht genug z. B. terroristischen Organisationen in die Hände geraten, die bei der Entwicklung eines hochtechnologischen Kampfmittels einen recht schnellen und qualitativen Sprung vollbringen können. Somit ist das Problem der Kontrolle bisher nicht gelöst.

Die Entwicklung eines Operationssystems, das ein Flugzeug steuert, ist ein sehr komplizierter Prozess, der 15-20 Jahre lang dauert. Ich sehe keine Perspektive des Auftauchens von kommerziellen Gesellschaften auf dem russischen Markt, die eine solche Ausarbeitung übernehmen könnten. Es ist kein Geheimnis, dass die führenden Konstruktionsbüros in Russland bis heute die ausländische Software verwenden und keine Bemühungen unternehmen, um die einheimische zu entwickeln und auszuarbeiten. Oder diese Ausarbeitungen bleiben innerhalb eines Konstruktionsbüros als Proprietät von ausschließlichem Charakter.

**A. Oganessjan:** Ich möchte auf die Frage zurückkommen, die ich zu Beginn der Diskussion stellte: über den Einfluss der neuen Rüstungsarten auf die militärischen Konzepte und vice versa.

**Konstantin Siwkow, Erster Vizepräsident der Akademie der geopolitischen Probleme:** Hier kann man von einem gegenseitigen Einfluss reden. Einerseits gibt das Erscheinen neuer Waffensysteme der Entwicklung von Methoden und Arten der Führung des bewaffneten Kampfes einen neuen Impuls. So trägt zur Vernichtung dieser neuen Systeme insbesondere das Aufkommen von Informationssystemen bei, die die Möglichkeit der Informationssammlung, das Tempo der Beschlussfassung, der Übergabe der Information an die Truppen und Kräfte stark erhöhen. All das hat auch eine qualitativ neue Sphäre des Informationskampfes hervorgebracht. Er spielt nun die entscheidende Rolle in einem modernen Krieg. Es sind jedoch auch neue Möglichkeiten hinzugekommen, den Kampf zu führen.

Andererseits stellt das Aufkommen neuer Arten der Führung des bewaffneten Kampfes neue Forderungen an die Waffensysteme. Diese neuen Forderungen verkörpern sich in neuen Ausarbeitungen, die zehn bis fünfzehn Jahre lang dauern können. Demnach erlangt eine genaue Prognose des Charakters des bewaffneten Kampfes auf eine solche Perspektive sehr große Bedeutung. Deshalb ist die Frage der wissenschaftlichen Tätigkeit, der wissenschaftlichen Prognose bei der Entwicklung von Waffensystemen höchst wichtig.

Oft treten die Streitkräfte mit Waffen in den Krieg, die dem Charakter des Krieges nicht entsprechen. Ein Beispiel wäre der amerikanische F-14-Jäger: eine

ausgezeichnete Maschine, doch erwies sie sich bei den Aufgaben, die vor den Seestreitkräften der USA in Lokalkriegen standen, als völlig unanwendbar. Dieses Flugzeug wurde für die Lösung einer konkreten Aufgabe geschaffen: für die Abwehr der Raketen tragenden Seefliegerkräfte der Sowjetunion. Aber bei der Lösung der Aufgaben, die im irakischen und in anderen Konflikten standen, zeigte es sich, dass es weniger effizient ist als die F-18.

**A. Oganessjan:** Die Frage ist, welche vorrangigen Forderungen an die Reformer zu stellen sind. Ich würde die drei wichtigsten hervorheben. Zweifellos Mobilität. Die Reform der Bundeswehr z. B. zielt vor allem darauf an.

Zweitens: Sparen der lebenden Kräfte. Wesentliche Verluste der eigenen lebenden Kräfte bei unmittelbarer Berührung haben stets den politischen Bumerangeffekt.

Und drittens: Geldersparnis.

In Fortführung des Themas möchte ich vom Konzept der netzwerkzentrischen Kriege sprechen, das einige Staaten, nachdem die USA es deklariert hatten, nun blind kopieren, ohne es an den eigenen realen Möglichkeiten zu messen. Wie denken Sie, soll Russland den gleichen Weg gehen oder ist das für Russland überhaupt nicht anwendbar?

**K. Siwkow:** Sicherlich anwendbar. Die Frage ist nur, wie diese Netzwerkkriege benutzt werden.

Sie sind in Bezug auf die Informationsmittel der Einwirkung sehr verwundbar. Ich will Libyen als Beispiel anführen. Die USA sicherten recht effektiv die Vernichtung von Fla-Raketenkomplexen, die Strahlungssysteme besitzen. Doch stießen sie auf das Problem der Vernichtung von Truppenluftabwehr, die überhaupt keine Mittel der Radarlenkung hat.

Im Generalstab wurde bis 2007 die Frage geprüft, wie auf die so genannten autonomen Systeme überzugehen ist, die sich informationsmäßig vollwertig versorgen. Es wird auch problematisch sein, solche zahlreichen Systeme zu vernichten. Wenn aber ein hierarchisches System des netzwerkzentrischen Kriegs mit einem einheitlichen Informationsfeld besteht, ist es möglich, diese Systeme zu treffen. Solche Systeme können selbst von einzeln genommenen Hackern lahmgelegt werden, von der Einwirkung auf das Zielobjekt ganz zu schweigen. Wenn wir also besprechen, in welchem Maß und welcher Form dieses Konzept in Russland realisiert werden kann, gilt es, zu bestimmen, mit welchen Methoden wir die Aufgaben lösen wollen, die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes gegen mögliche Kriegsgefahren in der Perspektive bis 2030, noch besser: bis 2040 zu sichern.

**W. Misin:** Ganz offensichtlich tritt noch eine Tendenz zutage: die Dominanz im Informationsraum.

**K. Siwkow:** Ja, das ist heute eine Schlüsselfrage. Doch was ist unter der „Dominanz im Informationsraum“ zu verstehen? Dominanz auf welcher Ebene?

Wenn die Dominanz, sagen wir, auf strategischer Ebene besteht, heißt das noch nicht, dass es sie auf der taktischen gibt. Weil die Parameter auf taktischer Ebene völlig anders sind. Und wir können uns die Dominanz auf taktischer Ebene sichern und dabei sie auf strategischer Ebene abtreten. Es steht nicht fest, dass wir dabei verlieren: Alles hängt vom Charakter der Kriege ab, die wir führen.

**Nikolai Dimlewitsch, Berater für Medienprojekte des Regionalen wissenschaftlichen Studienzentrums „Besopasnost“ (Sicherheit) der Moskauer Staatlichen Technologischen „N. E. Baumann“-Universität:** Die USA haben den Kyberraum für eine Kampfhandlungszone erklärt, neben denen in der Luft, zu Wasser und zu Lande. Um sich ganz darüber klar zu werden, welche Angriffs- oder Verteidigungsoperationen Russland im Kyberraum führen kann, sind die rechtliche Absicherung und ein koordinierendes und lenkendes Organ nötig, beide fehlen jedoch gegenwärtig in der Russischen Föderation. So haben die USA beispielsweise das Ministerium für Kybersicherheit. Ähnliche Organe bestehen seit langem in Frankreich, Deutschland und China. Deshalb würde ich dem Verzeichnis der vorrangigen Forderungen an die militärischen Konzepte das hinzufügen, was die Amerikaner „Ununterbrochenheit der Durchführung von Informationsoperationen“ nennen. Seit 2000 betraf das Afghanistan, Irak, Groß-Nahost. Jetzt sehen wir, wie sich nach dem Szenarium die Situation in Syrien und anderen Staaten Nordafrikas entwickelt. Denken wir an die Kyberattacke gegen Bushehr (in Iran). Dann führten die Amerikaner, die Franzosen und besonders die Deutschen eine glänzende Kampfoperation zur Nutzung des Kyberraums während der Wahlen des iranischen Präsidenten durch. Nach Meinung der Amerikaner zeitige die Ununterbrochenheit in den Informationskriegen ein konkretes Endergebnis.

**G. Tischtschenko:** Eine kurze Bemerkung dazu, wie geschaffen die Streitkräfte und die Kriegskonzepte in absehbarer Zukunft sein werden. Im Moment erlebt die Kriegswissenschaft nicht nur bei uns, sondern auch in der Welt eine bestimmte Krise. Wenn wir auf die vergangenen Jahre zurückblicken, so wurde damals viel von der so genannten neuen Revolution im Militärwesen geredet. Doch zu einer Revolution im Militärwesen ist es nicht gekommen. Was ist eine Revolution im Militärwesen? Das ist vor allem eine Revolution in den Organisationsformen der Kriegführung. Wenn wir uns die netzwerkzentrischen Kriege und die Luft- und Weltraumoperationen ansehen, ist das kein Novum, im Prinzip sind es die alten Konzepte, auf dem damaligen technischen Stand realisiert. Es wurde einfach eine neue Etikette an die militärischen Operationen angeklebt, die auch früher bekannt waren, sich jedoch erweitert, neue Möglichkeiten erhalten haben, und nun werden sie netzwerkzentrische Kriege genannt.

Spricht man von einer Revolution im Militärwesen, so wurden bestimmte Durchbrüche in den E/F-Arbeiten, durchbruchartige Ergebnisse in Motoren, in Gebern erwartet. Doch der Verbesserungskoeffizient der technischen Charakteristika macht heute zehn bis zwölf Prozent aus. Demnach ist von einer durchbruchartigen Bewegung in der Militärwissenschaft keine Rede.

**Nikolai Uwarow, Stellvertreter des Direktors eines Departements der Rechnungskammer Russlands, Generalleutnant:** Alles dreht sich um den Kyberraum. In den netzwerkzentrischen Kriegen ist das wichtigste und vorherrschende Prinzip das, was die Amerikaner „totale Informiertheit“ nennen. Dieses Prinzip durchdringt im Grunde alle Programme des militärischen Aufbaus der USA, darunter auch den Haushalt 2012. In der Armee, in den Luftstreitkräften, bei der Flotte und der Marineinfanterie — überall werden vor allem die unbemannten Flugapparate „Global Hawk“ und „Predator“ in großen Mengen auf allen Ebenen getestet: von der taktischen Ebene (d. h. der Ebene von Kompanien und Bataillonen) bis zur strategischen.

Hier wurde von der Notwendigkeit gesprochen, ein Ministerium für Kybersicherheit zu gründen. In den Streitkräften der Russischen Föderation wirkt bereits ein Kyberkommando bzw. Kommando der Führung von Kampfhandlungen im Kyberraum unter der Ägide des Vereinten Strategischen Kommandos, es beschäftigt sich mit Angriffsoperationen und nicht nur mit dem eigenen Schutz. Das ist ein strategisches Kommando.

Alle verstehen, dass die „Kyber-Spielsachen“ verwundbar sind. Nicht von ungefähr sagte dieser Tage ein NATO-Vertreter, wir seien nunmehr soweit, da es notwendig sei, Reservesysteme zu schaffen, die auch dann arbeiten würden, wenn die gesamte Elektronik aussetzt. Und wie soll es weitergehen? Man wird auf die traditionellen, üblichen Methoden der Truppenführung zurückgreifen müssen.

Und einige Bemerkungen zum Hauptbericht. Die Finanzkrise hat den militärisch-technischen Fortschritt real beeinflusst. Vor kurzem erklärte Pentagon-Chef Robert Gates in seiner programmatischen Rede, die Zeit sei vorbei, da die USA imstande gewesen waren, 20 Milliarden für eine Haubitze, 2 Milliarden für einen Bomber, 6 Milliarden für einen Zerstörer mit lenkbaren Raketenwaffen zu zahlen. Es heiße, Geld zu sparen.

Das bedeutet nicht, dass die USA auf das Wettrüsten verzichtet hätten. Aber sie sind auf eine völlig andere Ebene übergangen. Die wissenschaftlichen Studien gehen weiter, ohne sich jedoch in der Serienproduktion zu realisieren, vielmehr werden sie „bis auf weiteres aufgeschoben“. Darin ist nichts Neues. Die Militärs erinnern sich daran, da unter George Ford die B-1 (Bomber zur Überwindung unseres Luftschutzes) entwickelt worden war, es kam eine andere Administration, die von George Carter, und zwei Flugzeugtypen wurden, obwohl die Tests nicht

abgeschlossen worden waren, „aufgeschoben“. Als die Administration von Ronald Reagan kam, gingen die Flugzeuge in die Produktion, und die Bomber funktionierten erfolgreich. Die E/F-Arbeiten werden zur langzeitlichen Reserve abgelegt, das ist die übliche Praxis.

Es gab Zeiten, da die militärischen Technologien die Entwicklung der zivilen Technologien bestimmten. Diese Periode geht zu Ende.

Zur Charakteristik des Netzwerk-Zentrismus sei folgendes Beispiel angeführt: In den 1970er Jahren brauchte der Oberkommandierende der USA zur Herstellung der Verbindung mit einem Bataillonskommandeur in der Vorderzone bei allen überaus mächtigen Nachrichtensystemen 15 Minuten. Während des Golfkrieges 1990-1991 ging diese Zeit auf bis drei Minuten zurück. Nunmehr kann Präsident Obama dank der IP-Telefonie Kontakte mit jedem Kompaniechef binnen einiger weniger Sekunden herstellen.

***Iwan Timofejew, Direktor des Zentrums für analytisches Monitoring von IMI MGIMO (Universität) des Außenministeriums Russlands:*** Mein Thema heißt: moderne Kriegskonflikte und Krisen und die Art von Kriegen zwischen den entwickelten Staaten heute.

Die Hauptthese, mit der ich die Diskussion beginnen möchte, läuft darauf hinaus, dass die Konzepte der Entwicklung der Streitkräfte, der technologischen Veränderungen und der technologischen Politik unter anderem von den Typen der bewaffneten Konflikte bestimmt werden, auf welche diese Technologien orientiert sind. Ein moderner Krieg, ein moderner bewaffneter Konflikt ist heute viel komplizierter als frühere Konflikte. Dementsprechend sind die Technologien, die in jenen militärischen Handlungen erfolgreich hätten eingesetzt werden können und die zur Zeit des Kaltes geplant waren, in den modernen lokalen Konflikten mit ihren völlig anderen Gesetzmäßigkeiten unwirksam. Deshalb möchte ich drei Arten (Typen) von modernen Konflikten beleuchten (begrifflicherweise ist jede Typologie bedingt) und den Einfluss jeder Art auf den Charakter der Technologiepolitik sowohl der Großmächte als auch der unmittelbarer Konflikttelnehmer selbst betrachten.

Zur ersten Gruppe gehört wohl das, was heute in aller Munde ist: lokale Konflikte, die durch eine Krise des Staatswesens hervorgerufen sind. Dementsprechend beginnt hier der Konflikt mit dem Bürgerkrieg. Es handelt sich hauptsächlich um die Staaten der Dritten Welt. Diese Konflikte entstehen infolge der Zuspitzung der sozialökonomischen Probleme, der Zusammenstöße zwischen den ethnischen und den religiösen Segmenten dieses Staates. Sie gewinnen internationale Ausmaße, wenn sich in diese Konflikte die einen oder anderen äußeren Kräfte einmischen. Die Einmischung kann ihrerseits zwei Typen aufweisen.

Der erste Typ ist eine Situation, in der die Einmischung in zivile oder innere Angelegenheiten geschieht, weil ein Staat den eigenen Einfluss in diesem Staat erhöhen oder den Einfluss eines Konkurrenten unterminieren möchte. Ein ausgeprägtes Beispiel ist hier die Situation in Georgien 2008, als der Konflikt wegen der territorialen, ethnischen Probleme entstand, die in Georgien bereits seit der Wiederherstellung seiner Staatlichkeit existiert hatten. Allmählich wurden die konfliktgeladene Situation und das innere Potenzial von außen erhitzt. Alles endete mit einem kurzen, aber recht ernstem Konflikt, der den Grad der Beziehungen zwischen Großmächten erhitzte. Es sei daran erinnert, dass NATO-Schiffe und russische Schiffe beinahe erstmalig seit der Beendigung des Kalten Krieges sich in der Entfernung des Einsatzes ihrer Waffen befanden. Der Grad der Vorhersagbarkeit der weiteren Entwicklung der Situation war gelinde gesagt nicht sehr hoch.

Der zweite Typ der Einmischung ließe sich als Versuch charakterisieren, die sogenannten „grauen Zonen“ der Weltpolitik unter Kontrolle zu nehmen. Wir meinen die Fälle, da Territorien aufkommen, welche keine nationale Kraft, mit der eine Vereinbarung möglich wäre, unter ihrer Kontrolle hat. Besagte Territorien werden zum Zufluchtsort für terroristische und internationale Verbrechenetzwerke usw. Afghanistan ist ein anschauliches Beispiel dafür. Wir wissen nicht, wie dieser Versuch, die „grauen Zonen“ in Afghanistan unter Kontrolle zu nehmen, enden wird. Die Amerikaner strömen Optimismus, unsere Experten Pessimismus aus. Der mißlungene Versuch, eine solche Zone unter Kontrolle zu nehmen, ist Somalia. In reiner Form sind die „graue Zone“ und Versuche, sie unter Kontrolle zu nehmen, seit langem aufgegeben. Es ist unverständlich, wohin eine solche Situation in Libyen führen, also: was dort weiter geschehen wird. Die Umwandlung Libyens in eine „graue Zone“ wäre eine höchst negative Folge.

Ein paar Worte zur technologischen Seite. In solchen Konflikten werden kraft des Umstands, dass sie asymmetrisch sind, vor allem diese oder jene Technologien getestet. Das ergibt beinahe Treibhausbedingungen, unter denen sich die neuen Arten des modernen Kampfes, Muster von moderner Rüstung und Militärtechnik erprobt werden können. Der Fall Afghanistan liefert zahlreiche Beispiele dafür, angefangen mit dem Einsatz von Drohnen nicht nur zu Aufklärungszwecken, sondern mitunter auch zu gelegentlichem Versetzen von Schlägen. Seit kurzem lassen die Amerikaner Reostate aufsteigen, Luftschiffe, mit deren Hilfe die Beobachtung eines Territoriums ermöglicht wird. Das ist eine Art Erprobungsgelände.

Doch gibt es hier auch eine Kehrseite, von der wenig gesprochen wird. Denn in solchen Konflikten wird nämlich die Technologie nicht nur jener Länder erprobt, die sich darein einmischen, es werden vielmehr auch neue Technologien der Kräfte geprüft, die auf der anderen Seite der Barrikaden stehen. Der Terminus

„asymmetrischer Konflikt“ spiegelt eben die Dualität der technologischen Veränderungen wider. Es stimmt, da kommen neue Technologien auf, sie werden in den entwickelten Staaten verwendet. Aber auch die Kräfte, die in den „grauen Zonen“ handeln, passen sich dem an. Das sind andere Mittel der Organisation des Widerstands, der Arbeit unter der örtlichen Bevölkerung, der Terror gegen die örtlichen Behörden usw. usf. Wir verwirklichen ein systematisches Monitoring der Situation in Afghanistan unter Einsatz offener Quellen. Der Trend des vergangenen Jahres, den wir seit der Deklaration über Barack Obamas neue Politik entdeckt haben, ist eine wesentliche Intensivierung der Anstrengungen im Kampf gegen die Widerstandskräfte. Doch die Verstärkung der Bemühungen der Koalitionstruppen wirkt sich in keiner Weise auf die Zahl und Häufigkeit der Operationen der Taliban, auf die Verluste der Koalitionskräfte aus. Es gibt einige Schwankungen in den Statistiken der gefangen genommenen Taliban: Mehr Menschen als früher ergeben sich und wechseln zur Regierung. Unbegreiflich, was aus ihnen weiter wird und wohin sie dann gehen werden.

Hier wirkt sich auch das Verhältnis der Technologien aus, bei dem die Abhängigkeit keineswegs linear ist, das heißt, dass die Koalition gewaltige Kräfte in die Entwicklung neuer Technologien, die Perfektionierung der Panzertechnik, in eine ganze Reihe von technischen Neuheiten steckt, angefangen mit der Verstärkung des Panzers bis zur Abtrennung von Kampfsätzen im Falle eines Brandes usw. Riesengelder werden da investiert. Womit antwortet die Taliban darauf? Mit einem Sprenggeschoss von sechs Zoll, der an der Straße gelegt und aus Distanz aktiviert wird. Oder noch einfacher: Ein Sprengsatz von ungefähr gleichem Gewicht am Körper eines Selbstmordattentäters, der auf das Gelände eines Stützpunktes eindringt (was eine große Seltenheit ist) oder sich in der Nähe eines Objektes oder einer Kolonne in die Luft sprengt. Der Aufwand für ein 6-Zoll-Geschoss und den Sprengstoff ist mit dem für Panzer, neue Legierungen, Materialien, Beobachtungsmittel nicht zu vergleichen, das Ergebnis aber gleich. Es wurde ein sehr wichtiges Moment, die Verluste, erwähnt, die die friedliche Bevölkerung in Afghanistan durch die Distanzangriffe trägt. Wir haben diese Verluste anhand offener Quellen gezählt. Die von den Handlungen der Taliban verursachten Verluste der Zivilbevölkerung sind neunmal so groß wie die Verluste wegen irrtümlicher Schläge der Koalition. Die Resonanz, die Reaktion der örtlichen Bevölkerung auf die Verluste bei den Koalitionsschlägen ist viele Male so groß wie bei den Verlusten infolge der Explosionen der Selbstmordattentäter.

Die zweite Art des Konfliktes ist zwischen den Staaten auf regionaler Ebene zu beobachten, wo der technologische Aspekt darauf hinausläuft, dass diese Länder sich nicht erlauben können, ein breites Spektrum von Waffen zu entwickeln. Sie sehen sich gezwungen, sie in dem einen oder anderen Umfang im Ausland zu



kaufen. Auch hierbei erhalten große technologische Mächte die Möglichkeit, die neuen Technologien zu erproben, wenn nicht in offenen Konflikten, so doch mindestens bei der praktischen Übung im Einsatz besagter Waffen.

Die dritte Art ist ein Konflikt zwischen den weltführenden Kraftzentren. Die Wahrscheinlichkeit eines solchen Konfliktes ist recht gering, vor allem wegen der Gefahr, die von diesen Staaten ausgeht, weil sie Kernwaffen besitzen. Das haben wir noch nicht erörtert, aber die neuen Technologien könnten den Einfluss des nuklearen Faktors vermindern, nivellieren. Denn wenn es gelingt, die erwähnten Technologien zu erhalten, wird das Kräfteverhältnis und die militärische Planung als Ganzes sowie die Prognostizierung des militärischen Aufbaus wesentlich erschwert sein. Können solche Technologien in nächster Zukunft entwickelt werden, und welche Perspektiven hat der Luftschutz in dieser Beziehung?

**K. Siwkow:** Strukturell haben sich die Kriege und militärischen Konflikte des 21. Jahrhunderts nicht verändert. In morphologischer Hinsicht dagegen wesentlich.

Die Periode der frühzeitigen Vorbereitung hat sich kolossal verlängert. Während früher (Anfang, Mitte und Ende des 20. Jahrhunderts) dieser Periode in der Regel Monate und Jahre zugestanden wurden, handelt es sich jetzt schon um mehrere Jahre, die zur moralisch-psychologischen Vorbereitung eines Krieges notwendig sind. Weit bedeutender sind jetzt die Faktoren des moralisch-psychologischen, ideologisch-politischen und Informationskrieges. Ohne sie hat der Krieg keinen Erfolg. Die jüngsten Kriege — der afghanische, der andauernde irakische, der georgische Konflikt von 2008, der libysche Krieg — haben die zeitunabhängige Bedeutung des moralischen Zustands der Truppen vor Augen geführt. Mehr noch: Truppen mit weniger Waffen, aber mehr Kampfmoral hatten Erfolg, obwohl der Gegner ihnen in militärisch-technischer Hinsicht überlegen war.

Im Vergleich zu den vorangegangenen Kriegen ist die Rolle von Spezialoperationen gewachsen. In vielen Fällen waren die Handlungen der Spezialoperationen die einzige Form des bewaffneten Kampfes, wenn die Rede von Konflikten von niedriger Intensität war. Die Ideen von kontaktlosen Kriegen und der Robotisierung der Kriege sind zu Grabe getragen worden.

**Alexander Orlow, Professor der Moskauer Staatlichen Hochschule für internationale Beziehungen (MGIMO-Universität) des Außenministeriums Russlands:** Ich möchte mich zum Thema der Kriegsvorbereitung äußern. Sie sagten, dass früher die Kriege Monate im voraus vorbereitet wurden, jetzt das aber Jahre dauert. Aber in letzter Zeit waren die Kriege gerade eher spontan. Sie erwähnten Afghanistan. Nach dem 11. September begannen die ersten Bombardierungen des afghanischen Territoriums schon Ende des gleichen Monats, d. h. faktisch ein paar Wochen nach den tragischen Ereignissen in New York. Die Westler bereiteten den Krieg in Irak tatsächlich systematisch und im voraus

vor: Sie zogen eine groß angelegte Propagadakampagne auf, führten alle durch Demonstration von irgendwelchen Reagenzgläsern mit einem unverständlichen Stoff darin sowie mit Fotos der Trailer irre, die über die irakischen Straßen fuhren und in denen angeblich Geheimlabors eingerichtet waren. All das hätte die Weltöffentlichkeit davon überzeugen sollen, dass das irakische Regime über Massenvernichtungswaffen verfüge und sie pausenlos perfektioniere. Der US-Außenminister mühte sich im UN-Sicherheitsrat ab, um überzeugend genug zu beweisen (unter Berufung auf amerikanische kompetente Organe, die sich bekanntlich nie irren), dass es in Irak tatsächlich Massenvernichtungswaffen gäbe. Später tat es ihm unendlich leid. Das ist schon Geschichte, aber die ausgeklügelte Fabel des „irakischen Betrugs“ gilt jetzt als eine Art Klassik der Gattung. Der Krieg von 2008 im Kaukasus entstand wie erinnerlich ebenfalls recht spontan und überraschend, obwohl die Spannungen in dieser Region in der Tat eskalierten. Auf jeden Fall hatte Russland für die Vorbereitung auf diesen Konflikt nicht einmal ein Jahr, ja nicht einmal eine Woche. Moskau blieben Stunden, wenn nicht gar Minuten für seine Entscheidungen über die Formen des Reagierens auf den „Blitzkrieg“ der georgischen „Falken“, die Hunderte, ja Hunderttausende friedlicher Bürger des schlafenden Zchinwal und der anderen südossetischen Städte und Dörfer an den Rand der physischen Vernichtung brachten. Tbilissi dagegen muss sich wirklich eine ganze Reihe von Jahren auf den Krieg vorbereitet haben, nachdem es unter der erfahrenen Führung und Aufsicht seiner überseeischen Mentoren Präzedenzfälle und Szenarien solcher Aktionen studiert hatte.

**K. Siwkow:** Ich rede vom Trend. Ein Trend setzt das Vorhandensein einer Streuung der Parameter voraus, das wäre das erste Moment.

Das zweite Moment: Es gibt immer einen Aggressor, der den Krieg lange Zeit vorbereitet, und es gibt das Opfer, das schnell genug reagieren muss.

Was den Krieg in Afghanistan betrifft, so lassen Sie uns an die ganze vorausgehende Periode zurückdenken, in deren Verlauf eine dauernde moralisch-psychologische Vorbereitung durchgeführt, von der Notwendigkeit gesprochen wurde, eine neue Weltordnung zu schaffen. Es war die wirtschaftliche Vorbereitung im Gange, Truppengruppierungen wurden aufgestellt.

Libyen angehend — das ist es das Beispiel der Provokation im ganzen Nahen Osten. Man kann mir widersprechen, doch gibt es so etwas nicht, dass all das zufällig gleichzeitig, nach einem einheitlichen Szenarium geschah.

**Andrej Manoilo, verantwortlicher wissenschaftlicher Mitarbeiter der Diplomatischen Akademie von Russlands Außenministerium, Doktor der politischen Wissenschaften, Kandidat der physikalisch-mathematischen Wissenschaften:** Heute, angesichts des Konfliktes in Syrien zwischen dem regierenden politischen Regime und den im Namen der Hauptmasse des syrischen

Volkes vorgehenden, gut organisierten Aufständischentrupps fragen viele: Wird sich die Situation in Syrien nach dem libyschen Szenarium entwickeln und die Region im Chaos des Bürgerkriegs und der militärischen Intervention versinken? Solche Befürchtungen sind kein Zufall.

Der Krieg in Libyen hat schon gezeigt, wie rasch unter den heutigen Bedingungen einzelne schüchterne Aktionen von schwachen und einzeln vorgehenden Gruppen von Menschen, die mit dem herrschenden Regime unzufrieden sind, zuerst in bewaffnete Zusammenstöße und dann auch in einen Bürgerkrieg ausarten können, der sich infolge der direkten militärischen Einmischung der Weststaaten zu einem großen internationalen Konflikt ausgeweitet hat.

Dabei ist die Situation in der Welt heute dermaßen erhitzt, dass jeder internationale Konflikt Anlass zu einem neuen Weltkrieg geben kann. Ziel jedes Weltkrieges ist die Ummodelung der politische Karten der Welt, der historisch entstandenen Staats- und nationalen Grenzen. Es kommt hierbei nicht darauf an, von welchen konkreten Grenzen die Rede ist: von den „moralisch veralteten“ Grenzen der ehemaligen europäischen Kolonien oder den neuen geopolitischen Grenzen und „Demarkationslinien“ zwischen den „Weltzivilisationen“, die ihren „natürgegebenen Lebensraum“ umreißen — das eine kann ohne weiteres ins andere überfließen.

Andererseits streben die Vereinigten Staaten heute gerade eine solche Neuaufteilung der Welt an, indem sie das Jalta-Modell der Welteinrichtung bewusst abbauen und sich über die Notwendigkeit ergehen, die „künstlichen und lebensunfähigen“ Grenzen der ehemaligen europäischen Kolonien und der Trümmer des Osmanischen Reiches zu revidieren, die nach Washingtons Meinung als selbstständige weltpolitische Subjekte ihre Schwäche vor Augen geführt hätten. In diesem Prozess ist Libyen mit Gaddafi nur ein Anlass zu einer Neuaufteilung der Welt und die militärische Intervention das endgültige Argument für jene, deren Meinung ignoriert wird, darunter für die Urbevölkerung der ehemaligen Kolonialländer.

Die Welle der „Dattelrevolutionen“, die die mit Washington eng liierten Regimes in Tunesien und Ägypten hinweggeschwemmt haben, gerät in Syrien offensichtlich ins Stocken: Das ist immer der Fall der „farbigen Revolutionen“, wenn die Führung des jeweiligen Landes fähig ist, in der entstandenen Situation Festigkeit und Härte zu zeigen. Das war der Fall während der „farbigen Revolution“ in Usbekistan, als die regierende Macht eine Aktion der Kampfgruppen der „Oppositionellen“ in Andischan als eine bewaffnete Rebellion anprangerte und sie unter Einsatz der regimetreuen Kampftruppen grausam unterdrückte. Eine ebensolche Situation gestaltet sich gegenwärtig auch um die

„farbige Revolution“ in Libyen. In dem einen und dem anderen Fall hatten die westlichen Geheimdienste den Moment bereits versäumt: Die Salve mit den „farbigen Revolutionen“ war schon abgegeben, ohne jedoch (im Unterschied zu den anderen Ländern) ein augenblickliches Ergebnis zu zeitigen. Unter solchen Umständen treten die Kräfte der Spezialoperationen immer in den Schatten und tarnen ihre Teilnahme an den politischen Ereignissen (da jeder versäumte Tag das Risiko der Aufdeckung jeder Geheimoperation beträchtlich erhöht), um ihren Platz den Kräften für eine direkte bewaffnete Aggression abzutreten, die in die Region zwecks bewaffneter Unterstützung der Kampfgruppen der Rebellen eingeführt werden, wobei das Märchen von einer gewaltsamen Befriedung als Deckung dient. Deshalb erscheint die Entwicklung der Situation in Syrien nach dem libyschen Szenarium nicht nur recht wahrscheinlich, sondern auch unvermeidlich. Dies natürlich unter der Bedingung, dass Washington nicht bereit ist, einige seiner Pläne der „Umformatierung“ des Nahen Ostens, die diesen Staat betreffen, aufzugeben.

Indes würde der Sturz des syrischen Regimes gewaltige Folgen nach sich ziehen: Neben Ägypten ist Syrien einer der beiden Pole des arabischen Ostens, mit dem Fall des Regimes von Assad wird das ganze System der Bündnisse in der Levante zusammenbrechen. Das fällt mit einem der Hauptziele der USA zusammen: das gelenkte Chaos, in dem der Nahe Osten und Nordafrika mit Hilfe der Technologien der „Dattelrevolutionen“ versinken, um jene Konfiguration der internationalen Beziehungen zu formen, die ihren eigenen Interessen am besten entspricht und in der es möglicherweise keinen Platz für Iran und China geben und der Einfluss Russlands hart eingeschränkt sein wird.

**G. Tischtschenko:** Ich möchte auf die unbemannten Flugapparate als neueste Richtung in der Entwicklung der Technik zurückgreifen. Doch kann ich sagen, dass es hier zu Komplikationen kommt. Erstens ist die Ausbildung der Besatzungen für die Lenkung solcher Apparate sehr teuer. Zweitens aber erhebt sich die Frage, wie die von Drohnen gesammelten Informationen am billigsten und effektivsten zu bearbeiten sind. Es ist leichter, eine zu Lande wirkende Diversions- und Aufklärungsgruppe zu entsenden, die diese Aufgabe für weniger Geld lösen wird.

Die zweite Frage, zu der ich mich äußern möchte: die konzeptuellen Grundlagen, auf denen die Beziehungen zwischen den führenden militärischen Mächten, insbesondere zwischen Russland und den USA, aufzubauen sind. Analysiert man alle jüngsten Dokumente im Bereich des militärischen Aufbaus und der nationalen Sicherheit, die die Vereinigten Staaten zu Beginn dieses Jahres angenommen haben, so sieht man, dass sich eine sehr gefährliche Tendenz abzeichnet. Der Akzent wird darauf gesetzt, beim Erstschlag nicht Kern-, sondern Präzisionswaffen anzuwenden. Das ändert in unseren Beziehungen grundsätzlich alles. Leider ist dieser Trend in unserem strategischen Konzept noch nicht

ausgearbeitet worden und wird nicht erforscht, während die Amerikaner diesem Thema in den Diskussionen ausweichen.

**W. Misin:** Die Kernwaffen werden schon zur Waffe der Armen, und Präzisionswaffen können wohl nur zwei oder drei Länder in der Welt produzieren. In diesem Fall befindet sich Russland nicht in der besten Lage.

**Ilja Kramnik, politischer Beobachter der Zeitung „Wojenno-promyschlennyj Kurjer“:** Das Thema meiner Stellungnahme lautet: Wie und mit welchen Waffen wird man in der Zukunft Kriege führen?

In den nächsten 30 — 40, vielleicht auch 50 Jahren sind durchbruchartige Wunder eben in der Taktik und den technischen Charakteristika der Waffen, die auf dem Schlachtfeld eingesetzt werden, kaum zu erwarten. Man kann sagen, dass die taktisch-technischen Charakteristika nicht das Wichtigste an der Waffenqualität darstellen. Der höchste Stand solcher Waffencharakteristika entfällt auf die 1960er — 1970er Jahre, als nach Geschwindigkeit, Entfernung, dem Tauchen in große Tiefen gejagt wurde. Damals entstanden die Flugzeuge mit den größten Geschwindigkeiten, Raketen mit der längsten Reichweite usw. Zugleich damit ist heute eine bestimmte Mythologisierung der neuen Waffen zu beobachten, besonders solcher, die noch nicht existieren, von denen aber die Massenmedien oft schreiben. Vor allem betrifft das die Themen wie meteorologische, klimatische, tektonische und sogar psychotrope Waffen. Solche Waffenarten gibt es noch nicht, aber sie sind Einschreckungswaffen. Selbst das Reden davon kann den Boden dafür dazu vorbereiten, Operationen im Informationsfeld, in dem die Informationswaffe dominiert, durchzuführen. In den nächsten Kriegen werden sie eine bestimmende Rolle spielen.

Spricht man von Kriegen zwischen großen Staaten, so sind sie — erst recht unter Einsatz von Massenvernichtungswaffen — heute praktisch unmöglich. Es gibt da ein gutes Sprichwort vom Glashaus. In einem solchen Glashaus leben heute praktisch alle Länder der Welt.

Ein Krieg zwischen Russland und den USA, zwischen Russland und China, zwischen Russland und den europäischen NATO-Ländern wird ein Selbstmord sein, der die Zivilisation um hunderte Jahre zurückwirft. Die großen Staaten werden auch weiter miteinander rivalisieren, doch nicht direkt, sondern durch Teilnahme an lokalen Konflikten in Drittländern, wie das die UdSSR und die USA während des Kalten Kriegs taten.

Technisch gesehen wird die Bewaffnung und Ausrüstung immer komplizierter. Im Flugwesen beispielsweise wird jede nächste Generation schon zwei- bis dreimal so lange entwickelt wie die vorhergehende, die Flugzeuge kosten um eine Ordnung mehr. Gegenwärtig zahlen die Amerikaner für eine F-22 ca. 200 Millionen Dollar, während eine F-15 zu Beginn ihrer Serienproduktion, Ende der

1970er Jahre, etwas über 20 Millionen kostete. Um mehrere Ordnungen sind die Kosten der militärischen Entwicklungen gestiegen. Als Beispiel wollen wir erneut die USA nennen. Mit der Entwicklung der Kampfflugtechnik befassen sich in den USA zur Zeit drei Konzerne: Boeing, Lockheed Martin und Northrop Grumman, die Dutzende anderer Konstruktionsbüros in sich aufgenommen haben. Der gleiche Prozess ist auch in Russland zu verzeichnen. Wir beobachten jetzt eine auffällige Verminderung der Zahl der Konstruktionsbüros, die sich mit diesen oder jenen Forschungen beschäftigen.

Wie irgendwelche fundamentalen Durchbrüche geschehen werden, weiß niemand. Aber bevor das geschieht, werden wir gezwungen sein, die heute bestehende Flugtechnik zu benutzen, deren Wurzeln in die 1960er — 1970er Jahre zurückreichen. Man kann mit Sicherheit behaupten, dass wir im Falle möglicher Konflikte die Bombenschläge der F-18- und F-15-Flugzeuge sehen werden.

**A. Oganessjan:** Ein weiteres Thema wären künftige militärische Konflikte.

**K. Siwkow:** Der Ausbruch von militärischen Konflikten von den Ausmaßen lokaler Kriege kann im Raum des Nahen Ostens, darunter unter Teilnahme westlicher Länder, erwartet werden.

In mögliche bewaffnete Konflikte im zentralasiatischen Raum könnte Russland einbezogen werden, da es seine Verbündeten unterstützen muss. Eine Instabilitätszone besteht im asiatisch-pazifischen Raum, insbesondere in Kambodscha und Thailand.

All diese Konflikte werden in hohem Maße mit globalen Widersprüchen zusammenhängen, die den Aufbau einer neuen Weltordnung voraussetzen, und diese Weltordnung wird in der Regel mittels eines Krieges behauptet. Der Erste und der Zweite Weltkrieg zeigten das anschaulich genug. Jetzt reift eine neue Weltordnung heran, es ist die Eskalation lokaler Konflikte von regionalen Ausmaßen möglich, die zu groß angelegten Konflikten miteinander verschmelzen können. Es besteht auch die Möglichkeit der Entstehung innerer Konflikte mit einer ersten Destabilisierung Russlands in nächster Zeit.

**Anatoli Zyganok, Leiter des Zentrums für militärische Prognostizierung am Institut für politische und militärische Analyse:** Spricht man von den Ursachen militärischer Konflikte, so muss man berücksichtigen, dass in den nächsten drei bis fünf Jahren ein Konflikt um Wasser möglich ist. Russland wird unvermeidlich darein einbezogen werden, weil die Situation auch Mittelasien tangieren wird. Ein weiterer Konflikt ist durchaus im Kaukasus, in Berg-Karabach, möglich. Wenn Aserbaidschan und Armenien dieses Problem auf militärischem Wege lösen werden, wird sich Russland in einer recht heiklen Lage sehen. Wir haben gute Beziehungen zu Aserbaidschan und keine Konflikte mit ihm. In Armenien sind russische Truppen disloziert. Wie wird sich Russland in dieser Situation verhalten?

Und schließlich ein dritter möglicher Konflikt — der im Nahen Osten. Ich denke nicht, dass der Iran Pakistan, Europa oder Amerika angreifen wird. Möglicherweise werden sich die Kampfhandlungen gegen Saudi-Arabien richten.

**Alexander Paderin, verantwortlicher wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungsinstituts für Kriegsgeschichte der Militärakademie des Generalstabes der Streitkräfte der Russischen Föderation, Oberst a. D.:** Am 5. Februar 2010 wurde die neue Militärdoktrin Russlands veröffentlicht. Diesmal wirkt sie gegenständlicher, ist nicht durch allgemeine Worte überlastet. Nicht zu übersehen sind die Festigkeit der eingenommenen Position und eine in bedeutendem Maße zuvorkommende Tonalität.

Erstens ist zu vermerken, dass für den Charakter der gegenwärtigen und in Zukunft möglicher Konflikte Verständnis vorliegt: Es wird die Notwendigkeit, das System des Luftschutzes und der Weltraumverteidigung zu vervollkommen, begründet sowie auf die Gefährlichkeit der Unterschätzung des Informationskrieges, die begrenzte Geografie der Konflikte und ihren langwierigen Charakter hingewiesen.

Zweitens tritt auch die klare Erkenntnis zutage, was im Bereich des russischen militärischen Aufbaus getan werden muss: Optimierung der zahlenmäßigen Stärke der Streitkräfte, Erhöhung der Qualität ihrer Gefechtsbereitschaft (Mobilität) und der militärischen Ausbildung, würdige soziale Betreuung der Armee, ihre Neuausrüstung, Kampf gegen die Korruption in der Armee.

Eine Zusammenfassung des oben Gesagten erlaubt es, den Schluss zu ziehen, dass die neue Militärdoktrin der Russischen Föderation von ihrem beharrlichen Streben zeugt, eine moderne und gut vorbereitete Armee zu schaffen, die den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts entspreche.

Wichtig ist es hierbei, den in dynamischer Wandlung begriffenen Charakter der modernen Lokalkriege und bewaffneter Konflikte adäquat in Betracht zu ziehen. Der Grad der Drohungen und Ungewissheitsfaktoren beeinflusst wesentlich die Entwicklung der militärisch-politischen und kriegsstrategischen Lage in der Welt, die Schaffung von Spannungsherden und Konfliktzonen, den Charakter der Kriege und bewaffneten Konflikte. Zu betonen ist, dass sich die Kriege und bewaffneten Zusammenstöße der Zukunft nicht aus einem, und sei es sehr gewichtigen Faktor ergeben werden, sondern vielmehr aus einer komplizierten Verflechtung diverser sozialpolitischer, ökonomischer, nationaler und religiöser Widersprüche und Ursachen, die bei Konkretisierung des strategischen Inhalts des bewaffneten Kampfes der Zukunft zu berücksichtigen sind.

Von entscheidender Bedeutung für die sich Verteidigenden wird ein vollkommenes Aufklärungssystem sein, eines mit einer einheitlichen Leitzentrale

und gut verteidigten Zentren (Punkten) der Sammlung und Bearbeitung der Aufklärungsinformationen aller Teilstreitkräfte und Spezialdienste. Ferner die Übermittlung der bearbeiteten Aufklärungsangaben an alle zuständigen Stellen praktisch in echtzeitnaher Frist. Das Bestehen einer solchen Aufklärung wird die Möglichkeit geben, die Vorbereitung des Gegners auf einen Überfall rechtzeitig aufzudecken und alle unaufschiebbaren Maßnahmen mit zeitlichem Vorsprung gegenüber dem Gegner zu treffen.

***Jewgenija Pyadyschewa, Verantwortliche Sekretärin der Zeitschrift „Internationales Leben“, Kandidatin der Geschichtswissenschaften:*** Auch bei der Anerkennung der bekannten Wahrheit „Willst du Frieden, so rüste zum Krieg“ möchte man hoffen, dass in diesem Ausdruck der Hauptakzent nicht auf das Wort „Krieg“, sondern auf das Wort „Frieden“ gesetzt wird. Dann werden sich die langjährigen Bemühungen um die Schaffung des Systems der weltweiten allumfassenden Sicherheit nicht in Lethe versinken, sondern sich — im Gegenteil zu einer Kriegsdoktrin der Zukunft — in einer Friedensdoktrin der Zukunft verkörpern. Und Darth Vader und Co. werden nicht unsere Realität sein.

Der Name einer handelnden Person von „Star Wars“ kommt mir wohl nicht zufällig in den Sinn. Wie erinnerlich erhielten vor einigen Dutzend Jahren das von den Amerikanern deklarierte Raketenabwehrsystem (ABM) und die damit zusammenhängenden vermutlichen Kriegshandlungen den Namen „Star Wars“.

Die amerikanischen Kriegskonzepte und ihre praktische Realisierung lassen uns in die Vergangenheit zurückkehren, unser ehemaliges militärisches Potenzial einschätzen und die Schaffung (Modernisierung) von Systemen einleiten, die erforderlich sein werden, um der ABM, die von den Westländern an der europäischen Richtung entfaltet wird und entfaltet sein wird, entgegentreten zu können.

Die Lissabonner Vereinbarungen sind heute Schall und Rauch, besonders nachdem die USA und Rumänien vor kurzem vereinbart haben, wo die amerikanischen Raketenabfänger SM-3 im Jahre 2015 disloziert werden sollen.

Russischerseits folgte dem die begründete Erklärung, dass Russland und der Westen gewisse Dokumente unterzeichnen sollten, die die verbindliche juristische Kraft der Garantien hätten und bestätigen würden, dass die Raketenabwehrsysteme der USA und der NATO nicht gegen die russischen strategischen ballistischen Raketen gerichtet sein würden. Russlands Position ist einfach: Die Grundlage einer europäischen ABM muss die gleichberechtigte Teilnahme und gemeinsame unteilbare Sicherheit für aller Länder des Kontinents sein.

Die letzten US-Administrationen arbeiten recht aktiv an der Erweiterung ihrer ABM, indem sie in der ganzen Welt eine gestaffelte Verteidigung aufbauen. Deshalb ist unsere Forderung begründet und rechtzeitig. Doch zugleich damit kommt



auch die Einsicht, dass jeder unterzeichnete Vertrag Erörterung und Ratifizierung erfordert.

Was den amerikanischen Senat angeht, so kann in Erinnerung daran, wie die Bestätigung des jüngsten START-Vertrags vor sich ging, kaum jemand eine optimistische Prognose in Bezug auf die Ratifizierung selbst eines hypothetischen ABM-Vertrags riskieren.

Bislang aber stellt nach Ansicht unserer Militärs die amerikanische ABM eine reale Gefahr für Russlands Kräfte der nuklearen Zügelung nach 2015 dar, da die amerikanischen Raketenabwehrraketen wesentlich modifiziert und die Schiffsgруппierung der ABM bis auf 40 Schiffe mit ca. 400 Abfängern erweitert sein werden.

Das eben ist unsere nächste Zukunft, in der wir leben werden.

Und noch ein paar Worte zu einer Erscheinung von Informations- und Kommunikationscharakter, die in Zukunft möglicherweise als nicht nur Massenabwehr-, sondern auch als Massenvernichtungswaffe bezeichnet werden könnte. Ich meine die sozialen Netzwerke.

Die Ereignisse in den Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens haben gezeigt, wie effizient das Nachrichtenwesen, der Verkehr über das Internet funktionieren können, wenn es notwendig ist, gewaltige Menschenmengen zu gewissen Handlungen zu bewegen. Gestern und heute werden mithilfe von Facebook Regierungen gestürzt, morgen könnten Zusammenstöße zwischen Staaten oder Blöcken folgen.

Alles kommt auf Technologien an.

**A. Oganessjan:** Abschließend darf ich Alexander Arsenjewitsch Orlow, einem Partner der Zeitschrift „Internationales Leben“ und Mit-Organisator unserer Diskussion, das Wort erteilen.

**A. Orlow:** Ich danke Ihnen. Waffen der Zukunft hängen unmittelbar mit den Plänen ihres möglichen Einsatzes. In der modernen Welt offenbart sich — das ist besonders für die westlichen Armeen charakteristisch — sichtlich der Trend, den Militärangehörigen, der eine Kampfaufgabe erfüllt, möglichs weit von dem zu vernichtenden Objekt zu entfernen. Das nennt sich kontaktloser Krieg. Der Flieger oder der Richt-Lenk-Schütze, der Hunderte, ja vielleicht Tausende Kilometer weit vom Ziel entfernt ist, lässt nur die Zielmarken auf dem Monitor seines Computers sich überlagern, was aber darauf folgt — Blut, Mord von oft schuldlosen friedlichen Einwohnern, Zerstörung von Zivilobjekten, die leicht als militärische ausgegeben werden können, regt ihn nicht auf.

Diese Menschen sind von der Tragödie weit entfernt, und alles, was unten auf dem Boden vor sich geht, ist für sie im Grunde ein Spiel, genannt „Krieg“, etwas wie die Computerspiele mit Schießereien. Sie führen ihren Auftrag aus, kehren zu

ihrem gewohnten Leben zurück, trinken heißen Kaffee oder etwas noch Heißeres und haben absolut keine Gewissensbisse, ja sie halten sich für Helden, sie haben ja Übeltäter vernichtet. Noch mehr überzeugen sie davon die dem Willen ihrer Herren gehorsamen Massenmedien, die, geschickt wie Taschendiebe, an den Fakten so lange herumfummeln, bis sie den aufgegebenen Algorithmus der Handlungen ergeben. Hierbei verliert sich das, was den Menschen von einem Tier oder einem Kyborg der Zukunft unterscheidet, nämlich Menschlichkeit. Dieser komplizierte moralisch-sittliche Begriff, jedem normalen Homo sapiens zugänglich, verschwindet gänzlich aus dem Verhalten eines modernen kontaktlosen Soldaten, der sich einfach in ein Zubehör der klugen Maschine verwandelt.

Wie man prognostizieren kann, wird sich ein solches Schema von „Mord auf Distanz“ mit der Entwicklung von technisch immer „perfekteren“ Waffen nur noch vervollkommen. Eines der alarmierendsten Symptome dessen, dass die Gesellschaft von heute krank ist, stellt ihr moralischer Verfall dar. Im militärischen Bereich ist dieser moralische Verfall besonders augenfällig, was die modernen kontaktlosen Kriege in ihrer „hauseigenen“ westlichen Ausführung und ihre tragischen Folgen für ganze Länder und Völker anschaulich demonstrieren.

**A. Oganessjan:** Unser Seminar geht zu Ende. Wir haben einen weiten Kreis von Fragen angesprochen, die mit den heute bestehenden und künftigen militärischen Konzepten, den Waffen der Zukunft zusammenhängen. Es wurden verschiedene, bisweilen einander diametral entgegengesetzte Standpunkte geäußert, doch vereinigt uns alle hier, was betont sei, das tiefe Interesse für das Diskussionsthema und gründliche, professionelle Kenntnisse auf dem entsprechenden Gebiet. Ich danke allen für die interessante Diskussion.

**Schlüsselwörter:** militärische Konzepte und Zukunftskriege, neue Waffen, Netzwerkkriege, Kybersicherheit, „farbige Revolutionen“.

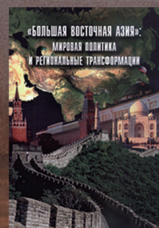
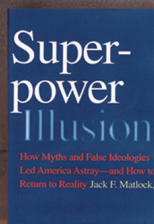
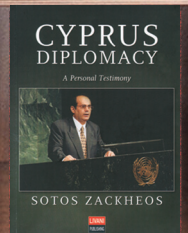
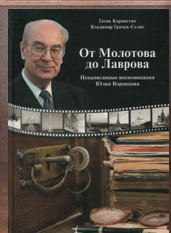
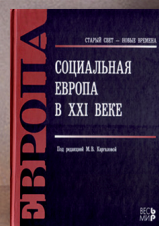
Международная



ЖИЗНЬ

Internationales Leben

# BÜCHERREGAL



## Boris PYADYSCHEW

Ausserordentlicher und Bevollmächtigter  
Botschafter, Verdienter Mitarbeiter  
des diplomatischen Dienstes,  
Doktor der Geschichtswissenschaften  
pyadysheva@gmail.com



# DIE ALPENHÖHEN DES BOTSCHAFTERS A. I. STEPANOW

**E**in großangelegtes literarisch-politisches Panorama der verschiedenartigen Beziehungen von zwei Staaten, Russland und der Schweiz mit Hilfe des Talents und der Energie unseres Kollegen, des Botschafters in der Schweiz A. I. Stepanow auf der Grundlage seiner Bücher ist entstanden. Man muss dem noch viele seine zahlreichen inhaltsreichen Artikel zur schweizerischen Thematik in unserer Zeitschrift „Internationales Leben“ hinzufügen. Das ergibt im Ganzen eine solide Bibliothek über die Wechselbeziehungen zwischen beiden Ländern: der riesengroßen UdSSR/RF und des der Größe nach ziemlich bescheidenen Alpenstaates, der eine

ansehnliche Rolle in der Weltpolitik spielt.

Seine neue Monographie „Das Berner Tagebuch des Botschafters Russlands. 1992-1999\*“ ist neulich erschienen.

Das ist hoffentlich kein Gipfel der schöpferischen Tätigkeit Andrej Iwanowitschs, sondern nur ein schöner und hoher Pik. An ihn reihen sich weitere Gipfel der Stepanowschen Werke an. Nicht jeder Autor kann solche Höhen erreichen. Andrej Iwanowitsch verfügt über ein solches Potenzial und nutzt es gekonnt aus.

---

\* Stepanow A. I. Das Berner Tagebuch des Botschafters Russlands. 1992-1999, M. 2011, 736 Seiten

„Das Berner Tagebuch...“ ist ein erfolgreiches Werk. Die Memoiren Stepanows stehen in einer Reihe mit der Klassik des Memoirengenres, die der Feder von A. Dobrynin, G. Kornijenko, Ju. Kwezinskij, A. Bessmertnych und anderen einheimischen Diplomaten entstammten.

Der verwöhnte Leser zieht im Strom der Memoirenliteratur, der auf die Bücherregale stürzte, die Bücher vor, die auf der dokumentarischen Archivbasis beruhen, in denen die früher nicht erforschten Fragen unter dem Blickwinkel der praktischen Aufgaben gestellt und analysiert werden und die auch mit einer Meisterfeder geschrieben und schön gestaltet sind. Das Buch A. I. Stepanows gehört dazu.

„Das Berner Tagebuch...“ ist der letzte Teil der Trilogie, die der Geschichte der Beziehungen unseres Staates mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein\* gewidmet ist.

Der Verfasser fungiert hier im neuen für ihn chronologischen Problemgenre: Tätigkeit und Leben der Botschaft wird Tag für Tag, Monat

\* *Stepanow A. I., Nesnakomyj Liechtenstein glasami perwogo rossijskogo posla.* [Stepanow A.I., Unbekannter Liechtenstein mit den Augen des ersten russischen Botschafters], M., 2002. *Stepanow A.I., Russkije i schweizarzy. Sapiski diplomata.* [Stepanow A.I., Russen und Schweizer. Aufzeichnungen des Diplomaten] M. 2006).



für Monat, Jahr für Jahr beleuchtet. Dieses Genre ermöglicht es, nicht nur den Pulsschlag des Kollektivs zu spüren, sondern verlangt auch vom Autor, das mitzuteilen, was er auf dem Herzen hat, welche Schwierigkeiten erlebte, was ihn beunruhigt.

Der Verfasser zeigt auf der Grundlage des umfangreichen dokumentarischen Archivmaterials die sorgfältige Kleinarbeit des außenpolitischen Ressorts, seines Zentralapparats und der diplomatischen Vertretung in Bern zwecks der Entwicklung des bilateralen Dialogs. Das Buch enthält Stellungnahmen und Beobachtungen des Autors, seine eingehende, mitunter kritische Analyse der Ereignisse und deren Teilnehmer, einschließlich des

Verfassers selbst, es zeichnet sich durch lebendige Sprache aus.

Der Minister für auswärtige Angelegenheiten der RF, S. W. Lawrow, betont im Vorwort zum „Berner Tagebuch...: „Das Buch handelt von der Periode, als nach den Jahrzehnten des gegenseitigen Misstrauens und der Entfremdung zu Zeiten des Kalten Krieges das Fundament der qualitativ neuen Beziehungen zu einem kleinen, aber im europäischen Kontext überaus wichtigen Staat, der Schweiz gelegt wurde. Gerade damals wurde durch die gemeinsamen Anstrengungen beider Staaten jener positiven Prozesse Anfang gelegt, die die russisch-schweizerischen Beziehungen auf das heutige Niveau der reifen Partnerschaft erhoben. Die Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern in allen Richtungen wurden durch den im September 2009 stattgefundenen ersten in der Geschichte Staatsbesuch des Präsidenten der Russischen Föderation D. A. Medwedew in die Schweiz überzeugend bestätigt ( Seiten 5-6)“.

Ich werde nicht fehlschlagen, wenn ich sage, dass sich der Diplomat und Forscher Stepanow in der rechten Zeit und am rechten Platz befand. Seine Kenntnisse, Erfahrungen und seine Energie trugen zur entscheidenden Wende in der Geschichte unserer Beziehungen, zum Werdegang und zur Realisierung unserer freundschaftlichen

Partnerschaft. Der Autor war nicht nur der Zeuge, sondern auch der unmittelbare aktive Teilnehmer der entscheidenden Ereignisse der damaligen Zeit.

Der Botschafter Stepanow legte in seinem Buch seine Sicht der modernen Konzeption und, wenn man will, der Philosophie der Arbeit der russischen diplomatischen Vertretung im Ausland, er geht auf taktische Methoden, Formen und Gepflogenheiten dieser Arbeit ein, schreibt über die Erfahrungen der Durchführung der Besuche und Verhandlungen auf dem Niveau des Ministers für auswärtige Angelegenheiten, des Oberhauptes der Regierung, des Präsidenten der RF, der Informationstätigkeit und des Verkehrs mit den Landsleuten. Von großem Interesse ist seine tagtägliche Aufmerksamkeit für das Kollektiv der Botschaft, die russische Kolonie. Das Buch „Das Berner Tagebuch“ ist ein ernsthafter Versuch, die klassische Partitur der diplomatischen Tätigkeit unter Berücksichtigung der qualitativ anderen Situation in unserem Lande und in der gesamten Welt zu überdenken, die Ende der 80er – Anfang der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts entstand. Die erstrangige Aufgabe bestand darin, die tiefe Demokratisierung des Landes und grundlegende Marktveränderungen zur Grundlage der Tätigkeit zu machen, sich in die „ökonomische Diplomatie“

hineinzubeziehen. Die Lösung der zahlreichen großen Aufgaben fiel schwer, sie verlangte die Multiplikation der geistigen Anstrengungen und Erhöhung der Effizienz der gesamten Arbeit.

Vielen Lesern fiel auf, dass der Verfasser des „Tagebuches“ ausreichende Aufmerksamkeit der Sphäre der Kunst in der Tätigkeit der ausländischen Vertretung widmete. Auf Initiative der Botschaft traten in Bern die Künstler des Großen Schauspielhaus „G. A. Towstonogow“ aus Sankt Petersburg, des Omsker staatlichen Chores, die Schauspieler des Wachtangow-Theaters und des schöpferischen Kollektivs „Neue Namen“ auf. Es gibt nur wenige diplomatische Memoirenschreiber, die von den internationalen Auktionen der Antiquitäten wie „Sotheby’s“ und „Christie“ schreiben. Der Verfasser widmet ihnen viele Seiten. Es ist ebenfalls aufschlussreich, dass der Botschafter viele Jahre der Fotokammer verschrieben ist. Die meisten Illustrationen in den herausgegebenen Büchern gehören ihm selbst.

Der Gedanke zieht sich durch das ganze Buch, dass die Aktivität jedes Mitarbeiters, die Geschlossenheit des gesamten Teams, dessen Orientierung auf die tadellose Lösung der gestellten Aufgaben das Wichtigste für die Effizienz der Arbeit ist. Deshalb hielt es der Autor für notwendig, ein Sonderkapitel mit Fotoillustrationen

seinen Kollegen zu widmen. Seine ersten Zeilen sind: „Meine Nächsten, Freunde und Kameraden. Dank ihnen brachte mir die Arbeit und das Schaffen die Freude.“ Etwa 100 Teilnehmer der Ereignisse treffen die Leser nur in diesem Kapitel. Wie viele andere sind auch sonst im Buch erwähnt!

Der Leser findet in manchen Abschnitten Überlegungen und Vorschläge, die von der Sorge des Verfassers getragen werden, was und wie man für die weitere Entwicklung des einheimischen diplomatischen Dienstes tun muss, um die Effektivität seiner Tätigkeit und das Ansehen zu erhöhen. Er stützt sich dabei auf die reichen praktischen Erfahrungen, die er dank der Arbeit im zentralen Apparat des Ministeriums (3. Europäisches Department, Verwaltung für die Planung der auswärtigen Massnahmen der Verwaltung für Einschätzungen und Planung des Ministeriums für auswärtige Beziehungen der UdSSR, Hauptverwaltung für Kader und Lehranstalten der UdSSR), in mehreren Vertretungen im Ausland (DDR, Österreich und Schweiz) sowie während der wissenschaftlichen und pädagogischen Tätigkeit (die Diplomatische Akademie, die Moskauer Staatliche Hochschule für internationale Beziehungen, die Staatliche Lomonossow-Universität usw.) gesammelt hat. Wenn man alle Aufzeichnungen des Autors

versammelt, bekommt man einen Lehrbehelf für jetzige und kommende Diplomaten, das vom praktischen Standpunkt aus sehr vom Nutzen ist. Unerwartet sind die Zugeständnisse des Verfassers über seine Fehler, manche übereilten Entscheidungen bezüglich dieser oder jener Fragen. Er zählt konkrete Fälle auf und gesteht, dass er zu seinen Unterstellten nicht streng genug war. Nicht alles hängt selbstverständlich vom Botschafter ab. Er betonte mehrmals: „Wie die Gesellschaft, so auch der Kaderbestand der Botschaft“. Seine schweizerischen und russischen Kollegen, Wissenschaftler und Landsleute schätzen A. I. Stepanow hoch. Die langjährige professionelle Zusammenarbeit verband A. I. Stepanow mit dem Chef des schweizerischen Außenamtes Flavio Cotti sowie mit einem von seinen nächsten Mitarbeitern F. von Denissin. Der Botschafter bekam einige Tage vor seiner Abreise (am 8. November 1999) ein persönliches Schreiben von F. Cotti: „Ich möchte Ihnen für Ihre in vieler Beziehung glänzende Tätigkeit als Vertreter Russlands in Bern danken. Sie haben vieles für hervorragende Beziehungen zwischen Russland und der Schweiz geleistet.“

Solche Einschätzungen gaben ihm auch seine Landsleute. Der Freiherr von Falz-Fein schrieb zum Beispiel am 12. Juli 2007 an Andrej Iwanowitsch: „... Ich weiß es genau, dass ich keinen

solchen Botschafter und Freund wie Dich niemals mehr haben werde. Wie viele verschiedene russische Veranstaltungen haben wir in der Schweiz und in Liechtenstein mit Dir realisiert! Ich umarme dich fest. Dein alter Eduard.“

Jedes Buch A. I. Stepanows enthält malerische Naturbeschreibungen, er liebt die Tierwelt, unsere vierbeinigen Freunde, sammelt das Material zum Thema „Diplomatie und Natur“ in der Hoffnung, das es in der Zukunft veröffentlicht wird. Er wählte von einigen tausenden Fotos, auf denen die Schweiz festgehalten ist, nur wenige, auf denen Bern, der anschließende Elfenau-Park, der Fluss Aare mit seinem blau-grünen Gewässer zu sehen sind. Der Mensch kommt hier wahrhaft mit der Natur zusammen. Man fühlt das so hier tief wie selten anderenorts. Jeder Blok der Illustrationen wird von der inhaltsreichen Beschreibung begleitet, unter jeder Photographie steht nicht etwa die Feststellung „wer ist wer“, sondern eine sinngemäße Zeile. Auf der inneren Seite des Einbandes sieht man den Titel des Buches in den vier Amtssprachen des Landes, der Inhalt des Buches wird auch in der deutschen Sprache gedruckt.

Aus der Arbeit in Bern in den 1990er Jahren Bilanz ziehend, schreibt der Verfasser, dass sie dem schweren Aufstieg in den Alpen unter den Bedingungen der wenig bekannten Landschaft beim häufigen Unwetter



und Lawinen gleicht. Der Nebel lichtete sich jedoch allmählich, der Weg wurde von den Sonnenstrahlen beleuchtet, die Perspektive eröffnet sich. Der Diplomat stellt die Frage: Haben wir den höchsten Gipfel in den Schweizer Alpen erreicht? Und er antwortet: Sicherlich nicht. Unter den damaligen Bedingungen war es uns nicht nach Kräften. Die Botschaft schuf jedoch zuversichtliche Voraussetzungen für die weitere Besteigung jener, die später kamen. Die Erklommung der immer neuen diplomatischen Höhen wird nie stehenbleiben. Besteht nicht doch darin der Sinn unserer Tätigkeit, ja des gesamten Lebens? Der Autor betont, dass es gewiss die persönliche Wahrnehmung dessen ist, womit er sich fast ein halbes Jahrhundert lang befasste (Seiten 690-691).

Das Buch ist mit Optimismus, Glauben an die Lösung der vor unserem Land stehenden kardinalen Probleme und an die weitere Festigung von dessen internationalen Positionen durchdrungen.

Es ist angenehm, darauf hinzuweisen, dass der Botschafter A. Stepanow in seinem Buch die Zusammenarbeit der russischen Botschaft in Bern mit unserer Zeitschrift „Internationales Leben“ erwähnt. Diese Zusammenarbeit gewinnt einen besonderen Sinn in dem Zusammenhang, dass das Schicksal es wollte, dass die Redaktion der Zeitung im Zentrum der Moskauer

Deutscher Sloboda (Siedlung) liegt, in der sich seit den Zeiten Iwan des Schrecklichen und besonders unter Peter I. Schweizer Meister und Geschäftsleute siedelten.

Der Botschafter A. Stepanow initiierte die Publikation der Sondernummer von „Internationales Leben“, die der Zusammenarbeit unserer beiden Länder, Russlands und der Schweiz, gewidmet war. Das war ein erfolgreiches Vorhaben. Die Nummer begann mit den Artikeln der Außenminister beider Länder. Aufschlussreiche Beiträge von Wissenschaftlern, Künstlern und Businessleuten wurden veröffentlicht.

Die russische Botschaft in Bern organisierte aus diesem Anlass die Veranstaltung, an der die Schweizer Geschäftsleute aus verschiedenen Sphären teilnahmen. Der Chefredaktor der Zeitschrift „Internationales Leben“ hielt die Grußansprache, daraufhin folgten die Ausführungen der Schweizer Gäste über die russischen-schweizerische Zusammenarbeit. Ich möchte darauf hinweisen, dass der Gastgeber, Botschafter A. I. Stepanow mit dem Erfolg der Veranstaltung überaus zufrieden war und neue Ideen initiierte, die während der großangelegten Veranstaltungen im Fürstentum Liechtenstein realisiert wurden. Die Publikation in der Zeitschrift „Internationales Leben“ über die Erschießung der Zarenfamilie durch die Bolschewiki,

die der Zeitschrift von dem Herrscher Liechtensteins übergeben waren, wurde zum konkreten Ergebnis.

**Schlüsselwörter:** „Das Berner Tagebuch des Botschafters Russlands“, Liechtenstein.

## Gennadi GATILOW

Stellvertreter des Ministers für Auswärtige  
Angelegenheiten Russlands

gatilov@mid.ru



# GEDANKEN AM RANDE EINES UNGEWÖHNLICHEN FOLIANTEN

Ich werde kein Hehl daraus machen: Ich wusste, dass am Manuskript „Von Molotow bis Lawrow. Die ungeschriebenen Memoiren Julij Woronzows\*“ gearbeitet wird, lange vor dessen neuerlicher Herausgabe im Verlag des Internationalen Roerichs-Zentrum (MZR). Einer von beiden Mitautoren des Buches, Wladimir Gratschow-Selich, ist mein langjähriger Kollege und Freund. Es nimmt deshalb nicht wunder, dass mir beschieden

war, einer der ersten Leser dieses Folianten zu werden. Ich hatte natürlich die Fragen, die auf der Oberfläche liegen. Im Prozess ihrer Beantwortung entstanden diese eigenartigen Aufzeichnungen, die dem Genre nach einem Versuch der Rezension gleichen.

Warum „die ungeschriebenen Erinnerungen“?

Es ist allgemein bekannt, dass Julij Michailowitsch in allen Zeiten offen für die Vertreter der einheimischen und ausländischen Massenmedien war. Viele versuchten ihn zu überreden, an die Niederschreibung der Memoiren heranzugehen. Man hat ihm unzählige Mini-Diktiergeräte geschenkt, damit er selbständig an den Erinnerungen

---

\* *Karapetjan G., Gratschow-Selich W. „Ot Molotowa do Lawrowa. Nenapisannyje memoiren Julija Woronzowa* [Karapetjan G., Gratschow-Selich W. Von Molotow bis Lawrow. Die ungeschriebenen Memoiren Julij Woronzows], Moskau: MUR, Master-Bank. 2011. 864 Seiten.

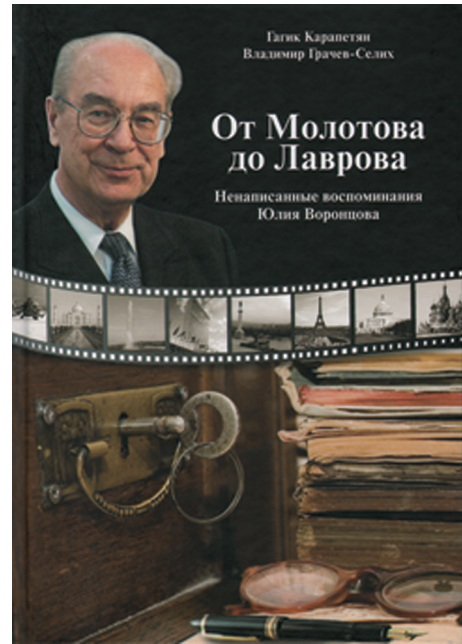
arbeiten konnte. Sogar mehr: Sein guter Bekannter, namhafter Filmregisseur, Filmkameramann und Literat Juri Nikolajewitsch Aldochin ließ Julij Wladimirowitsch allein von Angesicht zu Angesicht mit der eingeschalteten Filmkamera. Es klappte jedoch nicht.

Nur dem Journalisten G. Karapetjan gelang es, ihn kurz vor seinem Ableben sprechen zu lassen. Woronzow konnte die anfängliche Variante des Manuskripts „Von Molotow bis Lawrow“ vorbereiten und sie ihm zum Lesen geben. Der Umfang der Publikation nahm mit der Zeit auf das Vierfache zu, da der Mitautor W. W. Gratschow-Selich einstieg, der an den Materialien des Familienarchivs arbeitete, hunderte Fotos und dem breiten Publikum unbekannte Videoaufzeichnungen auswählte und zum Herausgeben bearbeitete und redigierte.

Die „mehretägige Konstruktion“ des Buches widerspiegelt nach meiner Meinung die integrale, einheitliche literarische Darstellung der Person Julij Michailowitschs selbst. Deshalb verließ mich nicht beim Lesen die Empfindung der lebendigen Rede mit den ihm eigenen „Familiensätzen“, Wortverbindungen und sogar Gesten und Mimik Woronzows.

Wieso doch Dialoge und nicht Monolog?

Um diese Frage zu beantworten, muss man Julij Michailowitsch als Intellektuellen und Profi kennen. Welchen hohen Posten er auch



bekleidete, zeichnete er sich durch den ausschließlich demokratischen Stil des Umgangs, angefangen mit Kollegen und bis zum technischen Personal. Ich kann darüber auf der Grundlage der Jahre urteilen, die ich unter seiner Leitung in unserer Ständigen UN-Vertretung in New York arbeitete.

Das Buch ist vielleicht deswegen mit den Interviews ausgefüllt. Nicht von ungefähr betont der wichtigste Gesprächspartner Julij Michailowitschs schob Woronzow niemals (!) die oder jene akute Frage diplomatisch zur Seite. Und noch eine subjektive Bemerkung. Viele Kapitel entstanden nach meinem Dafürhalten interaktiv: Frage/ Antwort, dann folgen die sorgfältig ausgewählten Fragmente und Zitate aus verschiedenen Quellen, dazu noch biografische Auskünfte und

Kommentare. Das alles macht das Buch besonders anziehend und verständlich für den breitesten Leserkreis, der sich für die Geschichte der Außenpolitik unseres Landes interessiert.

Warum ein Duo der Mitautoren?

Also, who is who?

G. A. Karapetjan, geboren 1953. Als er im Jerewaner Aluminiumwerk arbeitete, veröffentlichte er seine ersten Beiträge in der örtlichen Jugendzeitung. Nach dem Abschluss der Fakultät der Journalistik an der Moskauer Staatlichen Lomonossow-Universität blieb er ein Vierteljahrhundert lang seinem Beruf treu, indem er in „Sowjetskij Sport“ und „Trud“, „Nedelja“ und „Iswestija“, „Nowyje Iswestija“ und „Russki Kurijer“ arbeitete. W. W. Gratschow-Selich studierte an der Moskauer Staatlichen Hochschule für internationale Beziehungen, nach dem Abschluss des Studiums war er zwei Jahrzehnte lang im diplomatischen Dienst, indem er in New York, Washington und New Delhi arbeitete. Seit 1993 im UN-Sekretariat war er Oberberater der Kanzlei des UN-Generalsekretärs. Zur Zeit Direktor der Verwaltung der UN-Abteilung in Genf.

Die Mitautoren machten sich nach dem Ableben Julij Michailowitschs bekannt. Seitdem begann ihre Arbeit am Buch. Sie sahen sich im Laufe von drei Jahren in den Tagen der seltenen Dienstreisen und Urlaubszeiten W. W. Gratschow-Selihs in Moskau, während deren er sich in der ersten Tageshälfte

mit den professionellen Angelegenheiten beschäftigte und in der zweiten an den Archiven Julij Michailowitschs arbeitete und mit G. A. Karapetjan kooperierte. Man muss ihre Internet-Korrespondenz lesen, um besser zu verstehen, welche schöpferischen Diskussionen sie durchführten. Sie befreundeten sich trotz den virtuellen Streite, was, gestehen Sie, viel wert ist.

Während der Präsentation des Sammelbandes der Erinnerungen und Dokumente „Diplomat Julij Woronzow“, der vor zwei Jahren durch die Vereinigung der russischen Diplomaten und den Russisch-amerikanischen Rat für geschäftliche Zusammenarbeit herausgegeben wurde, betonte Alexander Alexandrowitsch Bessmertnych: „Das Buch enthält eine Reihe von eindrucksvollen Momenten und Entdeckungen, von denen nicht einmal Profis Vorstellung hatten. Ich fand in einzelnen Situationen, von denen ich nicht wusste, obwohl sie die außenpolitischen Aktionen betrafen, an denen wir arbeiteten.“

Ich wunderte mich bei meiner Bekanntschaft mit dem Folianten, wie enorm die Zahl der erstmalig veröffentlichten Videoaufzeichnungen J. M. Woronzows und verschiedener Materialien informellen Charakters war. Mit fiel auf, wie wohlwollend und objektiv Julij Michailowitsch die mitunter zu subjektiven und kritischen Angriffe seiner Opponenten widerlegte. Die charakteristische Stilistik Woronzows zog sich durch

alle personifizierte Kapitel des Manuskripts.

Die Vereinigung der MGIMO-Absolventen (die Moskauer Staatliche Hochschule für internationale Beziehungen (Universität), an deren Spitze Julij Michailowitsch bis zu seinen letzten Tagen stand, veröffentlichte die erste Rezension. Das Buch, das verdienstermaßen als „einzigartig“ charakterisiert wurde, konnte jedoch angesichts der heutigen Realitäten ohne Beistand der guten Menschen nicht erscheinen.

Wie kann man A. G. Chariton, dem Vorsitzenden der Internationalen Akademie der Informatisation nicht danken, der für die Digitalisierung der immensen Zahl der Videoaufzeichnungen sorgte!

Den unschätzbaren Beitrag zur Herausgabe der Publikation leisteten der Vorsitzende des Rates der

Veteranen des Außenministeriums Russlands, der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter W. Kasimirow und Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter Russlands in Indien A. Kadakin, das Internationale Roerichs-Zentrum von und der Vorsitzender des Vorstandes der Master-Bank B. Bulotschnik... Die oben angeführte Liste ist sicher nicht vollständig. Man muss glauben, dass sehr viele Menschen im rechten Moment und in der rechten Zeit die hervorragenden Qualitäten der treuen Freunde demonstrierten, die dem lichten Andenken Julij Michailowitsch Woronzows treu geblieben sind.

**Schlüsselwörter:** „Von Molotow bis Lawrow. Die ungeschriebenen Erinnerungen Julij Woronzows“, das Internationale Roerichs-Zentrum, W. W. Gratschow-Selich, G. Karapetjan..

Andrej DUBINA

Redakteur der Zeitschrift  
„Internationales Leben“

dubina@gmail.com



## DAS TAGEBUCH DES ZYPRISCHEN DIPLOMATEN

**H**inter dem üblichen und bescheidenen Titel dieses Buches von Sotos Zackheos „Die Diplomatie von Zypern. Persönliches Zeugnis\*“ verbirgt sich der dramatische Bericht über den Kampf der zyprischen Diplomatie für die Einheit des Landes. Der Verfasser machte den 33-jährigen Weg der diplomatischen Laufbahn durch und sammelte die Erfahrungen der Arbeit in den ausschlaggebenden Botschaften in Moskau, Peking und Washington, den Vertretungen von Zypern in den internationalen Organisationen in

Genf und New York, seine Tätigkeit schloss er in der Funktion des ständigen (General-) Sekretärs des Außenministeriums von Zypern ab. S. Zackheos kennt ausreichend die Ereignisse der internationalen Diplomatie von Ende des 20. — Anfang des 21. Jahrhunderts. Er beschreibt im einzelnen die Anstrengungen für die Verhinderung des Krieges in Irak 2002 sowie die Versuche, das nahöstliche Problem zu regeln, das Wichtigste in seinem Buch ist jedoch die Geschichte des Problems von Zypern, die Geschichte der vielseitigen und vielschichtigen Tätigkeit auf dem internationalen Schauplatz, vor allem im Rahmen der UNO, die auf die Regelung der Krise gerichtet ist, welche der

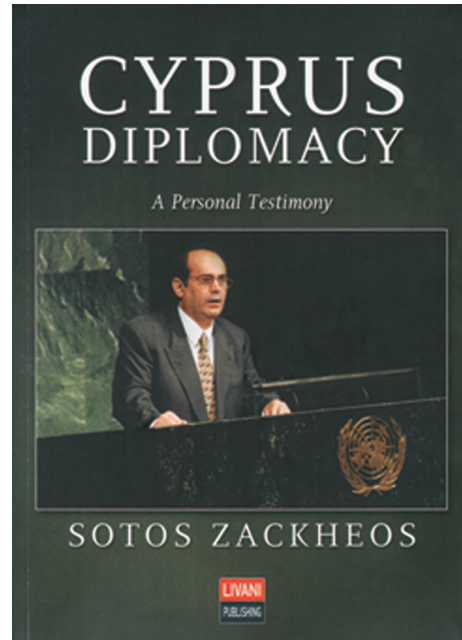
---

\* *Sotos Zackheos. Cyprus diplomacy. A personal Testimony*“ [Diplomatie von Zypern. Persönliches Zeugnis], Athens: Livany Publishing Organization, 2011, 235 Seiten.

britische Kolonialismus hinterließ und die sich 1974 schlagartig zuspitzte, und die bis jetzt nicht beigelegt ist, sowie die Geschichte der Wiederherstellung der Einheit des Landes, seiner Souveränität. Aktive Teilnehmer dieser Tätigkeit waren Länder der Region, Weltgroßmächte, internationale Organisationen mit der UNO an der Spitze, angesehene Diplomaten, die an den wichtigsten Weltereignissen in der damaligen Zeit beteiligt waren: K. Annan, R. Holbrook, C. Prendegast, J. Solana, S. Lawrow,, G. Gatilow u.a.m.

Dieser Prozess hielt Schritt mit den anderen Weltproblemen, war mit ihnen verflochten. Der Bericht des Autors ist deshalb dahingehend interessant, dass er viele Erscheinungen der internationalen Politik zu verstehen hilft. Die in vielem ausschlaggebende türkische Position musste, im Einzelnen, in der zyprischen Frage die Position der Europäischen Union berücksichtigen, da in dieser Zeit die Frage nach der Aufnahme von sowohl Zypern als auch der Türkei in die EU erwogen wurde.

Im Mittelpunkt des Berichtes stehen die Anstrengungen, die zwecks der Lösung des zyprischen Problems unternommen wurden, und mitunter auch der Kampf im Rahmen und unter der Schirmherrschaft der UNO, dessen aktiver Teilnehmer S. Zackheos war, sowie die Resolutionen des UN-Sicherheitsrates, die Mission guten Willens des Generalsekretärs,



bilaterale und multilaterale Treffen im Rahmen der UNO usw. Dieser lange Prozess erreichte 2004 seinen maximalen Höhepunkt, als der UN-Generalsekretär Kofi Annan seinen Plan vorschlug, der seinen Namen bekam und angesichts der Tatsache, dass er von der Türkei, den türkischen Zyprioten, einer Reihe der Länder des Westens genehmigt war, angenommen und verwirklicht werden soll, wodurch das Problem aus der Welt geschaffen werden musste. Der Plan übersah jedoch das Wichtigste, nämlich das Bestreben des griechischen Zyprioten die Einheit des Landes zu erhalten und zu erreichen, dass die ausländischen Truppen ihr Territorium verlassen und die Flüchtlinge zurückkehren. Die Ereignisse, die der Autor buchstäblich nach Minuten wiedergibt



(wobei sowohl die Reihenfolge des Referendums laut Plan im Lande als auch die entsprechende Abstimmung im Sicherheitsrat von grundsätzlicher Bedeutung waren), gewannen im April 2004 den dramatischen gespannten Charakter. Der ruhige diplomatische Prozess von Verhandlungen, Konsultationen, Abstimmungen und Depeschen wich der Reihe der dringenden Aktionen, Telefongespräche in New York und in der gesamten Welt. Im Ergebnis dessen wurde die Resolution des UN-Sicherheitsrates, die den Plan billigte, mit dessen Annahme die Verfasser hofften, den Einfluss auf die Resultate des Referendums zu diesem Plan in Zypern auszuüben, durch das Veto Russlands abgelehnt. Laut Autor wurde dieses Vetorecht, das Russland erstmalig in den letzten zehn Jahren verhängt hat, von Zypern hoch eingeschätzt. Jemand wollte es als einen Versuch ausdeuten, die Weltgemeinschaft an den ehemaligen Status Russlands als Supermacht zu erinnern. Man versuchte tatsächlich Russland aus dem Verhandlungsprozess zum Annanplan zu verdrängen. Unser Land wurde, wie es hieß, nicht einmal darüber informiert, dass die USA und Großbritannien ihren Resolutionsentwurf vorbereiteten. Das Wichtigste, was aus dem Buch ersichtlich ist, besteht jedoch darin, dass es der Ausdruck der prinzipiellen Stellungnahme bezüglich der

zyprischen Regelung war, die ohne Verhängung des Vetorechts nicht realisiert werden konnte.

In seiner Analyse der Herangehensweisen aller Konfliktseiten und Teilnehmer des Regelungsprozesses widmet der Verfasser Russland große Aufmerksamkeit. Er unterstreicht den traditionell freundschaftlichen Charakter der Beziehungen zwischen unseren Ländern und unterstreicht gleichzeitig die konstruktive und prinzipielle Linie Moskaus in der Frage der zyprischen Regelung. Interessant sind auch die persönlichen Einschätzungen der russischen Diplomaten, mit denen der Autor in Moskau und New York arbeitete.

Das Buch lenkt nicht nur als praktische Erzählung über die konkreten Prozesse die Aufmerksamkeit auf sich. Es gibt gute Vorstellung davon, was die moderne Diplomatie ist. Der Leser sieht, dass der Kampf um diese oder jene Wortverbindung im diplomatischen Papier nicht nur den Friedenskampf, sondern auch die unmittelbaren materiellen Interessen an Territorien, Finanzen, Vermögen und mitunter an ganz alltäglichen Fragen, wie die Versorgung mit den Lebensmitteln, den Verkehr mit den Nachbarn u.a.m., widerspiegelt. Die Diplomatie in der Erzählung von S. Zackheos, wie im realen Leben, was der Laie nicht sehr versteht, ist lebendige Arbeit der lebendigen Menschen mit ihren Leidenschaften und Besonderheiten. Diese persönliche Note

im Buch ist wohl das Interessanteste für den Leser. Sie bleibt doch sonst „hinter den Kulissen“ für Außenstehende, für die die Diplomatie in den glatten Texten der Kommunikues und Mitteilungen über die Verhandlungen der Staatsmänner besteht. S. Zackheos schreibt darüber, wie diese oder jene Teilnehmer der geschilderten Ereignisse, darunter die UN-Vertreter, die angeblich unvoreingenommen sein sollten, abhängig von deren persönlichen Eigenschaften, mitunter aber auch von ihren politischen Neigungen oder sogar persönlichen Sympathien oder Abneigungen ihre Linie durchsetzen. In manchen heiklen Situationen gab es sogar Anspielungen auf die persönliche Sicherheit.

Das Buch ist nicht schlecht illustriert, die persönlichen Momente der Publikation sind durch Fotos jener unterstrichen, die zusammen mit dem Autor an den beschriebenen Ereignissen teilnahmen.

Das Buch wird nach meiner Meinung für viele relevant: sowohl für Spezialisten und Forscher der Geschichte der internationalen Beziehungen als auch die Leser, die sich für gegenwärtige internationale Beziehungen und Praxis der Arbeit der Diplomaten interessieren.

Die Erinnerungen vieler russischer Diplomaten, die zu den wichtigsten Ereignissen in der Welt Hand anlegten, erschienen in der letzten Zeit. Ihre Autoren halten sich jedoch leider oft an den Geist der offiziellen Publikationen, vieles kann man nur „zwischen den Zeilen“ lesen. Es wäre wünschenswert, wenn man in den Werken auch unserer Diplomaten mehr über Realien der praktischen Politik, lebendige Leute und handelnde Personen lesen könnte.

**Schlüsselwörter:** „Diplomatie von Zypern. Persönliches Zeugnis“, Sotos Zackheos.